

**HESSISCHER LANDTAG**

24. 11. 88

**62. Sitzung**

Wiesbaden, den 24. November 1988

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	3321	<b>Änderungsanträge der Fraktion der SPD</b>	
<i>Entgegengenommen</i> .....	3321	- Drucks. 12/3459 bis 12/3539, 12/3596 und 12/3612 -	
Präsident Möller .....	3321	<b>Änderungsanträge der Fraktion der GRÜNEN</b>	
<b>2. Wahlen</b>		- Drucks. 12/3401 bis 12/3458, 12/3540 bis 12/3542, 12/3610 und 12/3611 - .....	3323
a) Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. für die <b>Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen</b>		<i>In zweiter Lesung angenommen und dem Haushaltsausschuß zurücküberwiesen</i> .....	3383
- Drucks. 12/3607 - .....	3321	<b>Einzelplan 15</b>	
<i>Gewählt: Dr. Erwin Trapp</i> .....	3321	Prof. Breithaupt .....	3323
b) Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. für die <b>Wahl des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen</b>		Degen .....	3326
- Drucks. 12/3608 - .....	3321	Hinz .....	3330
<i>Gewählt: Horst Henrichs</i> .....	3321	Wagner (Darmstadt) .....	3333
Dr. Trapp, Präsident des Staatsgerichtshofs ..	3322	<i>Prof. Breithaupt</i> .....	3335
Präsident Möller .....	3322	Prof. Dr. Hamer .....	3337
<b>3. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Datenschutzgesetzes (HDSG) vom 11. November 1986 (GVBl. I S. 309)</b>		Minister Dr. Gerhardt .....	3338
- Drucks. 12/3324 - .....	3322	<i>Nassauer</i> .....	3342
<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuß überwiesen</i>	3322	<b>Einzelplan 04</b>	
Vizepräsident Clauss .....	3322	Holzappel .....	3344
<b>6. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1989 und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften</b>		Korn .....	3348
- Drucks. 12/3332 zu Drucks. 12/3032 - .....	3322	Hertle .....	3351
Hierzu:		Kappel .....	3355
Änderungsantrag der Landesregierung		Schoppe .....	3358
- Drucks. 12/3613 -		Minister Dr. Wagner .....	3360
Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der F.D.P.		<b>Einzelplan 10</b>	
- Drucks. 12/3354 bis 21/3400, 12/3545 bis 12/3595, 12/3597 bis 12/3604, 12/3606, 12/3609 und 12/3614 -		Clauss .....	3365
		Dr. Müller (Gelnhausen) .....	3367
		Boppel .....	3370
		Hielscher .....	3374
		<i>Clauss</i> .....	3375
		<i>Fischer (Frankfurt)</i> .....	3376
		Schlappner .....	3377
		Minister Weimar .....	3379
		Clauss .....	3383
		Hielscher .....	3383
		<b>Einzelpläne 06, 13, 14, 17, 18, 11, 12 und 20</b>	
		Präsident Möller .....	3383
		<b>5. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 1988 (Nachtragshaushaltsgesetz 1988)</b>	
		- Drucks. 12/3331 zu Drucks. 12/3031 - .....	3385
		<i>In zweiter Lesung angenommen und dem Haushaltsausschuß zurücküberwiesen</i> .....	3385

	Seite		Seite
Präsident Möller .....	3385	Fraktion der GRÜNEN betreffend "Erklärungs-Tohuwabohu" innerhalb der Landesregierung zum weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens	
4. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über den privaten Rundfunk in Hessen (Hessisches Privatrundfunkgesetz - HPRG)		- Drucks. 12/3258 zu Drucks. 12/2981 - .....	3398
- Drucks. 12/3281 zu Drucks. 12/2478 - .....	3385	<i>Beschlußempfehlung angenommen</i> .....	3398
<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>		Vizepräsident Claus .....	3398
<i>Gesetz beschlossen</i> .....	3396	48. Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technik zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Zukunftsperspektiven des Frankfurter Flughafens	
52. Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Antrag der Abg. Lütgert, Krollmann, Reitz, Kurth, Starzacher, Dr. Streletz, Hart Herz, Winterstein, Zabel (SPD) und Fraktion betreffend Sicherung des Rechts auf freie Berichterstattung		- Drucks. 12/3259 zu Drucks. 12/3185 - .....	3398
- Drucks. 12/3285 zu Drucks. 12/3107 - .....	3385	<i>Beschlußempfehlung angenommen</i> .....	3398
<i>Beschlußempfehlung angenommen</i> .....	3396	Vizepräsident Claus .....	3398
Troeltsch .....	3385	49. Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Verhängung der Todesstrafe durch ein Militärgericht der USA in Frankfurt am Main	
Ministerpräsident Dr. Wallmann .....	3386	- Drucks. 12/3282 zu Drucks. 12/2242 - .....	3398
Lütgert .....	3387	<i>Beschlußempfehlung angenommen</i> .....	3398
Posch .....	3389	Vizepräsident Claus .....	3398
von Plottnitz .....	3390	50. Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Gestattungsvertrag für das militärische Übungsgelände im Viernheimer Wald	
Wagner (Darmstadt) .....	3392	- Drucks. 12/3283 zu Drucks. 12/2307 - .....	3398
Nassauer .....	3394	<i>Beschlußempfehlung angenommen</i> .....	3398
Dr. Streletz .....	3394	Vizepräsident Claus .....	3398
Fraas .....	3396	51. Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Gestattungsvertrag für das militärische Übungsgelände im Viernheimer/Lampertheimer Wald	
Posch .....	3396	- Drucks. 12/3284 zu Drucks. 12/2570 - .....	3398
von Plottnitz .....	3397	<i>Beschlußempfehlung angenommen</i> .....	3398
Vizepräsident Claus .....	3397	Vizepräsident Claus .....	3398
18. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Fort- und Weiterbildung der Lehrer an beruflichen Schulen		51. Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Gestattungsvertrag für das militärische Übungsgelände im Viernheimer/Lampertheimer Wald	
- Drucks. 12/3026 - .....	3397	- Drucks. 12/3284 zu Drucks. 12/2570 - .....	3398
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen</i> .....	3397	<i>Beschlußempfehlung angenommen</i> .....	3398
Dr. Jung .....	3397	Vizepräsident Claus .....	3398
Vizepräsident Claus .....	3397	58. Dringlicher Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend finanzielle Inanspruchnahme von Fluggesellschaften im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern auf dem Frankfurter Flughafen	
41. Beschlußempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Aufteilung der Stellen bei der Teilung der Gewerbeaufsichtsverwaltung		- Drucks. 12/3605 - .....	3399
- Drucks. 12/3237 zu Drucks. 12/2186 - .....	3398	<i>Dem Innenausschuß überwiesen</i> .....	3399
<i>Beschlußempfehlung angenommen</i> .....	3398	Vizepräsident Claus .....	3399
Vizepräsident Claus .....	3398	56. Beschlußempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen	
43. Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Sofortprogramm gegen die katastrophalen Studienbedingungen		- Drucks. 12/3351 - .....	3399
- Drucks. 12/3250 zu Drucks. 12/3183 - .....	3398	<i>Beschlußempfehlungen angenommen</i> .....	3399
<i>Beschlußempfehlung angenommen</i> .....	3398	Vizepräsident Claus .....	3399
Vizepräsident Claus .....	3398	<i>Die Punkte 7 bis 17, 19 bis 40, 42, 44 bis 46 und 53 bis 55 wurden von der Tagesordnung abgesetzt</i> .....	3399
47. Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technik zu dem Antrag der			

**Im Präsidium:**

Präsident Möller  
Vizepräsident Clauss  
Vizepräsident Dr. Günther  
Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt)  
Vizepräsident Sturmowski

**Auf der Regierungsbank:**

Ministerpräsident Dr. Wallmann  
Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Gerhardt  
Minister des Finanzen Kanther  
Minister des Innern Milde  
Kultusminister Dr. Wagner  
Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz  
Reichhardt  
Minister für Wirtschaft und Technik Schmidt  
Sozialminister Trageser  
Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit Weimar  
Staatssekretär Dr. Gauland  
Staatssekretärin Geschka  
Staatssekretär Dr. Kleinstück  
Staatssekretär Demke  
Staatssekretär Bouffier  
Staatssekretär Lauterbach  
Staatssekretär Kirst  
Staatssekretär Weiß  
Staatssekretär Dr. Popp

**Abwesende Abgeordnete:**

Kahl  
Müller (Solms)  
Weghorn

(Beginn: 9.03 Uhr)

**Präsident Möller:**

Meine Damen und Herren! Auch wenn Sie noch nicht Platz genommen haben, eröffne ich jetzt die 62. Plenarsitzung des Landtages und heiße Sie alle herzlich willkommen. Ich stelle fest: Das Haus ist beschlußfähig. Erledigt sind die Punkte 1 und 57. Begonnen ist die Beratung zu Tagesordnungspunkt 6.

(Unruhe - Glockenzeichen des Präsidenten)

- Es herrscht für Morgenmuffel eine geradezu unbotmäßige Freude und Betriebsamkeit. - Wir tagen heute ohne Pause bis 18 Uhr.

Ein Wort zu Beginn an einige Kolleginnen und Kollegen, die mich gestern angesprochen haben - ich sage: auch zu Recht angesprochen haben -, weil ich den Ablauf der Beratungen der Justizpolitiker so besonders lobend hervorheben habe. Es bleibt im Prinzip beim Lob der Angehörigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Andererseits geniere ich mich nicht, zuzugestehen, daß es auch Ausschüsse gibt, die von der Vielzahl der zu behandelnden Themen einen größeren Beratungsbedarf haben können, und daß es unter Umständen Tagesfragen gibt, die so besonders im Blickpunkt stehen, daß sie einer ausführlicheren Diskussion bedürfen. Deswegen haben wir auch einen Rahmen gesetzt, der alles zuläßt. Wenn wir uns den Zeitplan für heute ansehen, ist es eher gut, so schnell wie die Juristen zu sein, als anders zu verfahren. Das wollte ich am Beginn dieser Sitzung sagen.

Meine Damen und Herren, wir wählen heute den Präsidenten und danach den Vizepräsidenten des Hessischen Staatsgerichtshofs. Deswegen rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Wahlen**

**a) Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. für die Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen - Drucks. 12/3607 -**

**b) Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. für die Wahl des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen - Drucks. 12/3608 -**

Es erfolgt zunächst die Wahl des Präsidenten. Durch das Ableben des bisherigen Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Kleinschmidt, ist die Neuwahl des Präsidenten des Hessischen Staatsgerichtshofs erforderlich geworden. Mit der Drucksache 12/3607 liegt Ihnen der gemeinsame Wahlvorschlag von CDU, SPD und F.D.P. vor. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Nach § 8 des Staatsgerichtshofgesetzes ist der Präsident des Staatsgerichtshofs vom Plenum des Landtags zu wählen.

Die Wahl muß nach § 2 Abs. 3 dieses Gesetzes geheim sein. Sie werden aufgerufen. Ich bitte Sie, nach Aufruf Ihres Namens zur Wahlkabine zu gehen und nach erfolgter Wahl Ihren Stimmzettel in die Urne zu werfen.

Zur Durchführung der Wahl sind Schriftführer erforderlich. Wir haben da eine sehr bewährte Crew. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, bitte ich Abg. Lenz (Hannau), Abg. Dr. Zwecker, Abg. Hertle und Abg. Posch, diese Aufgabe wahrzunehmen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich bitte die vier Schriftführer dieser Wahl, für sämtliche heute noch durchzuführenden Wahlen zur Verfügung zu stehen.

Dann darf ich die Mitglieder des Präsidiums bitten, die Namen aufzurufen.

(Folgt Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, wir zählen zunächst aus, ehe ich zum zweiten Wahlgang aufrufen kann. Jeder wurde aufgerufen; jeder hatte Gelegenheit zur Wahl. Ich schließe jetzt den Wahlgang ab.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen bekannt. Vorgeschlagen war Herr Dr. Trapp. Es sind 97 Stimmzettel abgegeben worden. Alle Stimmzettel waren gültig. Von den gültigen Stimmen entfielen auf den Vorschlag Dr. Trapp 88. Vier haben mit Nein gestimmt, fünf haben sich enthalten. Nach § 8 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof bedarf es zur Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Landtagsmitglieder, also mindestens 56 Stimmen.

Auf Herrn Dr. Trapp entfielen, wie erwähnt, 88 Stimmen. Damit hat er im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt und ist zum Präsidenten des Staatsgerichtshofs gewählt worden. Von hier aus herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, nachdem Herr Dr. Trapp zum Präsidenten des Staatsgerichtshofs gewählt worden ist, wird dadurch die Neuwahl des Vizepräsidenten des Hessischen Staatsgerichtshofs erforderlich. Mit Drucks. 12/3608 liegt Ihnen ebenfalls ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, SPD und F.D.P. vor. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Entsprechend den von mir bereits vor der Wahl des Präsidenten angeführten gesetzlichen Bestimmungen ist auch der Vizepräsident des Staatsgerichtshofs vom Plenum des Landtags zu wählen. Ich darf deshalb wiederum bitten, nach Aufruf Ihres Namens zur Wahlkabine zu gehen und nach der Wahl Ihren Stimmzettel in die Urne zu werfen.

(Folgt Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt den Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen gewählt. Vorgeschlagen war Herr Henrichs.

Es wurden 102 Stimmzettel abgegeben. Ein Stimmzettel war ungültig, 101 waren gültig. Von den gültigen Stimmen entfielen auf den Vorschlag Henrichs 79, 11 haben mit Nein gestimmt, 11 haben sich enthalten.

Nach § 8 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof bedarf es zur Wahl des Vizepräsidenten der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Landtagsmitglieder, also mindestens 56. Auf Herrn Henrichs fielen, wie eben ausgeführt, 79 Stimmen. Damit hat er im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit der Stimmen zur Wahl des Vizepräsidenten erreicht. Herr Vizepräsident, ich gratuliere Ihnen ebenfalls von hier aus jetzt schon sehr herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße jetzt vor allem auch die anwesenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs und den Herrn Landesanwalt sehr herzlich und offiziell. Ich freue mich, daß Sie in unserer Mitte sind.

(Allgemeiner Beifall)

Nach § 9 des Gesetzes werden der Präsident und der Vizepräsident vom Landtagspräsidenten vor dem Landtag vereidigt.

Die Wahl hat soeben stattgefunden. Ich darf zunächst Sie, Herr Präsident Dr. Trapp, zu mir bitten.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Herr Präsident! Ich beglückwünsche Sie noch einmal von diesem Platz aus zu Ihrer Wahl. Ich setze voraus, daß Sie diese Wahl annehmen.

**Dr. Trapp, Präsident des Staatsgerichtshofs:**

Jawohl!

**Präsident Möller:**

Ich bitte Sie nun, die Eidesformel nachzusprechen, die ich Ihnen vorspreche, wobei Sie die religiöse Beteuerungsform anfügen können.

Herr Präsident, Sie schwören:

Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will.

**Dr. Trapp, Präsident des Staatsgerichtshofs:**

Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will, so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Möller:**

Herr Präsident, damit haben Sie den Eid abgelegt und können nun Ihr Amt ausüben. Alles Gute!

**Dr. Trapp, Präsident des Staatsgerichtshofs:**

Danke sehr!

**Präsident Möller:**

Ich darf nun Herrn Vizepräsident Henrichs zu mir bitten.

Herr Vizepräsident Henrichs, ich gratuliere auch Ihnen sehr herzlich zur Wahl. Auch bei Ihnen setze ich natürlich voraus, daß Sie die Wahl annehmen.

**Henrichs, Vizepräsident des Staatsgerichtshofs:**

Ja!

**Präsident Möller:**

Ich bitte Sie gleichfalls, daß Sie mir die Eidesformel nachsprechen:

Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will.

**Henrichs, Vizepräsident des Staatsgerichtshofs:**

Ich schwöre, daß ich ein gerechter Richter sein und die Verfassung getreulich wahren will.

**Präsident Möller:**

Ich bedanke mich. Ich bitte auch Sie, nun Ihr Amt anzutreten, und wünsche Ihnen Erfolg.

**Henrichs, Vizepräsident des Staatsgerichtshofs:**

Danke schön!

(Allgemeiner Beifall - Die Anwesenden nehmen Ihre Plätze wieder ein.)

**Präsident Möller:**

Ich gebe jetzt dem Herrn Präsidenten des Staatsgerichtshofs die Möglichkeit, einige Worte an das Plenum zu richten.

**Dr. Trapp, Präsident des Staatsgerichtshofs:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst bedanke ich mich sehr herzlich für das Vertrauen, das Sie mir mit der Wahl zum Präsidenten des Staatsgerichtshofs erwiesen haben. Ich trete das Amt in großer Achtung vor meinen Vorgängern und voller Bescheidenheit an. Ich werde mich bemühen, es mit all meiner Kraft auszufüllen und das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben, zu rechtfertigen. Vielen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

**Präsident Möller:**

Ich bedanke mich, Herr Präsident des Staatsgerichtshofs, und bitte nun Herrn Vizepräsident Clauss, vereinbarungsgemäß Punkt 3 unserer heutigen Tagesordnung aufzurufen.

**Vizepräsident Clauss:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir fahren in der Beratung fort. Ich darf Punkt 3 der Tagesordnung aufrufen:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der F.D.P. für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Datenschutzgesetzes (HDSG) vom 11. November 1986 (GVBl. I S. 309) - Drucks. 12/3324 -**

Wem darf ich das Wort erteilen?

(Dr. Jung (CDU): Keine Aussprache!)

- Wird auch nicht begründet?

(Dr. Jung (CDU): Nein! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nein!)

- Ohne Begründung und ohne Aussprache haben wir dann die Erste Lesung vorgenommen.

(Dr. Jung (CDU): Überweisung an den Innenausschuß!)

Darf ich einmal feststellen, da das nicht ausgedrückt ist: Federführend ist der Innenausschuß. Gibt es einen mitberatenden Ausschuß? - Das ist nicht der Fall. Es ist kein anderer Ausschuß beteiligt.

Dann darf ich feststellen, daß wir die erste Lesung zu diesem Gesetzentwurf vorgenommen haben. Zur Vorbereitung der zweiten Lesung überweise ich diesen Gesetzentwurf an den Innenausschuß. Dort kann dann gegebenenfalls geprüft werden, inwieweit noch zusätzlicher Beratungsbedarf von anderen Ausschüssen erforderlich ist.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Wenn ich es richtig sehe, können wir jetzt in der Haushaltsberatung fortfahren. Ich rufe hierzu erneut Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1989 und zur Änderung des**

**Finanzausgleichsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften - Drucks. 12/3332 zu Drucks. 12/3032 -**

**Hierzu:**

**Ergänzung der Vorlage der Landesregierung vom 6. September 1988**

**Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der F.D.P. - Drucks. 12/3354 bis Drucks. 12/3400, Drucks. 12/3545 bis Drucks. 12/3595, Drucks. 12/3597 bis Drucks. 12/3604, Drucks. 12/3606, Drucks. 12/3609 und Drucks. 12/3614 -**

**Änderungsanträge der Fraktion der SPD - Drucks. 12/3459 bis Drucks. 12/3539, Drucks. 12/3596 und Drucks. 12/3612 -**

**Änderungsanträge der Fraktion der GRÜNEN - Drucks. 12/3401 bis Drucks. 12/3458, Drucks. 12/3540 bis Drucks. 12/3542, Drucks. 12/3610 und Drucks. 12/3611 -**

Berichtersteller ist Herr Abg. Zabel.

Es war verabredet, daß wir die Haushaltsberatung heute mit der Beratung des Einzelplanes 15 fortsetzen.

**Einzelplan 15 - Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst -**

Auch hier darf ich noch einmal darauf hinweisen, daß wir uns auf eine Redezeit von 2 Stunden einschließlich der Redezeit der Landesregierung verständigt haben. Das bedeutet pro Fraktion und für die Landesregierung maximal je 24 Minuten.

Als erste hat Frau Kollegin Prof. Breithaupt für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte sehr!

**Prof. Breithaupt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir in diesem Jahr den Einzelplan 15 - sprich: den Einzelplan, in dem die Hochschulen, Wissenschaft und Kunst für das Land Hessen finanziert werden - diskutieren, dann tun wir das in einer Zeit, in der es zum erstenmal seit langen Jahren der Ruhe an den Hochschulen wieder beachtlich gärt. Es gärt so beachtlich, daß sich selbst Präsidenten und Rektoren mit den Forderungen von Studenten auseinandersetzen, solidarisieren. Inzwischen rufen selbst Rektoren und Präsidenten mit zu Demonstrationen auf.

Es geht heute nicht darum, Schulzuweisungen vorzunehmen und genau festzumachen, an welcher Stelle und in welchem Jahr Fehler gemacht worden sind. Die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher und diejenigen, die sich für Hochschulpolitik interessiert haben, sind in den vergangenen Jahren nicht müde geworden, die Hochschulen dafür zu loben, daß sie bereit waren, auch unter schwierigen Bedingungen Forschung, Lehre und Ausbildung junger Menschen sicherzustellen. Sie haben es in den vergangenen Jahren in der Tat unter schwierigen Bedingungen noch immer optimal geleistet.

Gleichzeitig sind sie nicht müde geworden, uns, den Politikern, zu sagen, daß die Berechnungszahlen nicht stimmen, die wir für die Studentenlast, die auf die Hochschulen zukommt, zugrunde gelegt haben. Sie haben auf eine nicht gute Weise recht bekommen, und zwar so, daß sich die Vorstellungen, die wir an diesem Rednerpult 1986 benannt haben, daß es erstmalig 1984/85 so etwas wie eine Stabilisierung, wenn nicht gar einen leichten Rückgang im Andrang auf die Hochschulen gebe, als Fehler erwiesen haben. In diesem Jahr rollt eine Zusatzlast auf die Hochschulen zu, wie sie niemand wirklich erahnen konnte. Deshalb geht es heute nicht darum,

Schulzuweisungen vorzunehmen. Ich werde mich hüten, das zu tun. Es geht vielmehr darum, daß wir uns alle miteinander dieser Aufgabe stellen und jetzt auf das, was an den Hochschulen passiert, reagieren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang noch einmal sehr deutlich hervorzuheben, daß die Hochschulen als einzige Institution in der Bundesrepublik Deutschland in der Lage sind, wirklich umfassend Forschung, Ausbildung, Vermittlung und Entwicklung von Wissenschaft zu betreiben. Sicher mag es - da bin ich mit dem Wissenschaftsrat einig - einzelne Institutionen geben, die Details dieser Aufgaben besser bewältigen können. Aber in der Gesamtheit sind die Hochschulen als einzige in der Lage, alles ausgewogen miteinander zu verbinden.

Deshalb bin ich der Auffassung, daß es notwendig ist, die Hochschulen optimal für diese Tätigkeit auszustatten. Den Hochschulen wachsen zunehmend wichtige Funktionen zur Entwicklung und Beantwortung von Fragen zu, die in Zukunft auf uns zukommen. Nicht umsonst diskutieren Hochschulpolitiker und -politikerinnen immer mehr darüber, daß es auch darum geht, Wissenstransfer in die Hochschulen hineinzunehmen. Ich sage bewußt "Wissenstransfer", weil ich es politisch für falsch halte, nur über Technologietransfer zu reden. Es geht um Wissenstransfer.

Die Hochschulen müssen zunehmend instand gesetzt werden, sich umfassend den Weiterbildungsaufgaben zu widmen. Das sind Weiterbildungsaufgaben für Menschen, die in der Praxis arbeiten und neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu erwerben und weiterzuentwickeln haben. Diese Erkenntnisse können sie in den Hochschulen erwerben.

Wir werden in eine Zukunft hineingehen, in der sehr viel mehr alte Menschen spät dazu bereit sind, sich noch einmal in den Hochschulen zu bilden und auszubilden. Wir müssen davon ausgehen, daß sich das Seniorenstudium sehr viel umfangreicher entwickeln wird. Es deutet alles darauf hin, daß der Bedarf an Hochschulleistungen nicht zurückgehen, sondern größer werden wird, und zwar nicht nur in bezug auf Quantität, sondern auch auf Qualität.

In den Hochschulen muß man sich Fragen stellen, wie man die Bewältigung neuer sozialer Probleme ermöglichen kann. Man muß Antworten auf ökologische Fragen, auf Umweltfragen finden. Es gilt, Antworten auf die Entwicklung und Verfestigung demokratischer Strukturen zu finden. Nicht zuletzt geht es auch um die Suche nach Antworten auf Fragen, die durch die wissenschaftliche Entwicklung selbst erst aufgeworfen werden. Ich denke hier besonders an das aktuelle Thema der Biotechnologie.

Ich habe eingangs gesagt, wir alle, Hochschulpolitiker und Hochschulpolitikerinnen, seien von der aktuellen Entwicklung an den Hochschulen überrascht. Es gilt jetzt zu handeln. Es ist erfreulich, daß es auch den Mehrheitsfraktionen gelungen ist, im Rahmen der Haushaltsberatungen Ergänzungen für den vorliegenden Regierungsentwurf vorzunehmen. Es ist gut, daß auch die Mehrheitsfraktionen die Erkenntnis gewonnen haben, daß die soziale Lage von Studenten eine Antwort verlangt. Die Bundesregierung hat sich in den letzten Jahren aus dem Hochschulbau zurückgezogen. Infolgedessen ist die Wohnraumversorgung von Studenten entsprechend schlecht. Es ist deshalb nur richtig, daß sich

alle Fraktionen in diesem Hause dieser Problematik stellen. Das findet Niederschlag in den Anträgen der Fraktionen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist wichtig, darauf eine Antwort zu suchen und zu finden. Dabei kann man es aber nicht bewenden lassen. Es geht vielmehr um die Frage, wie wir jetzt damit umgehen, schnelle Antworten auf die Tatsache zu finden, daß es überfüllte Hörsäle gibt, daß zu wenig Lehrende zur Verfügung stehen, um die Studienleistungen entsprechend zu fördern.

Ich kann deshalb den Antrag der Mehrheitsfraktionen, den berühmten Leertitelantrag, in zweierlei Hinsicht verstehen. Ich kann ihn einerseits so verstehen, daß Sie mit dem Leertitelantrag Herrn Möllemann ins Wort nehmen wollen, daß Sie Druck auf die Bundesregierung ausüben wollen, damit Herr Möllemann nicht nur redet, sondern handelt. Zu reden versteht er, aber mit dem Handeln hat es bislang gehapert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Wagner, wenn ich das gutwillig nehme, dann sagen Sie: Wir stellen höchst vorsorglich einen Leertitelantrag und schicken ihn nach Bonn. Dann weiß Herr Möllemann, daß im Hessischen Landtag erwartet wird, daß er etwas tut und Zahlen hineinschreibt.

(Dr. Jung (CDU): Hessen, das Land der Zukunft!)

Ich kann den Antrag aber auch ganz anders sehen, und zwar unter dem Prinzip Hoffnung, daß Sie noch gar nicht wissen, ob und wann und in welcher Höhe Herr Möllemann zu handeln gedenkt, und daß Sie ihm nicht so recht trauen, daß Ihre Erfahrungen die unsrigen sind, daß er sehr viel redet und wenig handelt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb könnten Sie höchst vorsorglich sagen: Wir verträsten die Hochschulen einmal darauf, daß Herr Möllemann überkommt, aber wir wissen es nicht.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Nein! Wir kennen die Sozialdemokraten in den anderen Bundesländern! - Dr. Jung (CDU): Hessen geht beispielhaft voran!)

- Es geht nicht um andere Bundesländer, sondern darum, daß Sie einen Leertitel beantragen. Frau Wagner, Sie erwarten doch wohl nicht, daß andere Bundesländer die Einnahmeseite Ihres Leertitels füllen. Das muß schon aus dem Bundeshaushalt geschehen.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Richtig!)

Daß Sie Herrn Möllemann auch nicht so viel trauen können, beweist die Diskussion um BAföG. Die BAföG-Diskussion ist nicht neu. Daß der BAföG-Kahlschlag sich negativ auf die soziale Situation und die Bedingungen von Studenten auswirken würde, wußten alle, die sich ernsthaft dieser Frage stellten. Inzwischen weiß es auch Herr Möllemann. Herr Hamer weiß es immer noch nicht; denn Herr Hamer ist im Unterschied zu Herrn Möllemann immer noch der Meinung, daß nur Darlehen richtig seien; so vor drei Tagen noch gesagt.

(Prof. Dr. Hamer (CDU): Richtig!)

Herr Möllemann ist in diesem Punkt zumindest verbal lernfähig und sagt, daß das alles so nicht richtig sei und daß man an diesem Punkt einiges zu ändern habe. Trotzdem auch da viel Diskussion, kein Handeln.

Sie haben sicherlich etwas Vernünftiges mit Ihrem Antrag getan, auch jetzt aktuell noch einmal Stellen zu schaffen. Aber das ist in der Tat nun ein sehr schmalbrüstiger Antrag. Er gibt keineswegs wirklich Antworten auf die konkreten schlechten Bedingungen in den Hochschulen.

(Beifall des Abg. Wagner (Angelburg) (SPD))

Sie haben nicht die Courage gehabt, jetzt wirklich zu sagen: Wir sind bereit, uns dieser Situation zu stellen, für diese jetzige Situation ausreichend Stellen zur Verfügung zu stellen und dann - da gebe ich Ihnen zweifelsohne recht - sehr wohl mit gestreckten kw-Vermerken und diesen neu geschaffenen Stellen zu arbeiten.

Obwohl man auch hinter diese meine letzte Aussage ein Fragezeichen setzen kann, so muß man - wenn man wirklich Hochschulen so ausstatten will, daß sie zukünftigen Aufgaben gerecht werden können, und wenn man ihnen diese zentrale Funktion, die sie für die Gesellschaft haben, auch wirklich zuweisen will - die Hochschulen auf Dauer unabhängig von sinkenden Studentenzahlen entsprechend ausstatten.

(Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

- Das ist in Ordnung, Frau Wagner. Darüber brauchen wir uns gar nicht zu streiten. Ich streite mich mit Ihnen nicht um Sachen, von denen ich meine, es lohnt sich nicht.

(Beifall bei der SPD und demonstrativer Beifall bei der F.D.P.)

Es lohnt sich nicht, mit Ihnen darüber zu streiten und Ihnen nochmals zu bescheinigen, daß sie sehr wohl ihre Leistungen haben. So schwarz-weiß sieht die Welt für mich nicht aus.

Trotzdem will ich mich mit einem weiteren kritischen Punkt zu diesem Etat befassen.

(Prof. Dr. Hamer (CDU): Jetzt fangen Sie bei Null an!)

- Ich fange nicht bei Null an, sondern ich fange bei sämtlichen Haushaltsreden des ehemaligen hochschulpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion an, der nicht müde geworden ist, von Haushaltsberatung zu Haushaltsberatung an diesem Pult zu beklagen, daß die Gesamthochschule Kassel nicht in ausreichendem Ausmaß ausgebaut werde, nicht zügig genug, nicht schnell genug. Er hat es wie eine Gebetsmühle von diesem Pult aus zu Zeiten gesagt, als de facto jährlich der Gesamthochschule Kassel 30 Stellen zugewiesen wurden.

Seitdem aber der Herr Windfuhr Mitglied der regierungstragenden Fraktionen ist, ändert sich das schlagartig. Denn jedes Jahr ist der Haushaltsentwurf unter dieser Marke von 30 Stellen geblieben, und in keinem Jahr, Herr Windfuhr, haben Sie dieses beklagt.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Prof. Dr. Hamer (CDU))

Ich mache es im Unterschied zu Ihnen, ich sage: Wir bleiben dabei, was wir zu Regierungszeiten auch getan haben, nämlich Ausbau mit 30 Stellen. - Herr Windfuhr, eigentlich müßten gerade Sie, der Sie das immer so deutlich gesagt haben, sich jetzt hier hinstellen und sagen: "Frau Breithaupt, Sie haben recht. Die 30 Stellen müssen nach Kassel."

Ein zweiter Punkt. Die Gesamthochschule Kassel hat zweifelsohne auch eine regionale Funktion - nicht nur, aber auch. Ich empfinde es schon als sehr merkwürdig, wenn wir, wie in den vergangenen Jahren, hören, daß

Witzenhausen ausgebaut werden soll. Jetzt schaut man in den Haushalt und ist erstaunt darüber, daß für den Ausbau von Witzenhausen im Haushaltsplan nichts mehr vorgesehen ist.

Nun weiß ich zufälligerweise, daß es daran hapert, weil es regierungsinterne Abstimmungen über Größe, Ausmaß usw. gibt. Aber es ist doch schon ein sehr merkwürdiges Verfahren, daß diese regierungsinternen Probleme auf dem Rücken der Gesamthochschule Kassel ausgetragen werden, indem sie für den Ausbau Witzenhausen nicht berücksichtigt ist.

Das gleiche gilt übrigens für das Hygiene-Institut in Marburg. Auch da wird das Problem von Abstimmungen in den Vordergrund gerückt. Die Konsequenz ist: Es gibt Abstimmungsprobleme, und schon findet sich nichts mehr im Haushalt.

Noch einmal zurück zu Kassel. In Kassel gab es ein Modell, das bundesweit durchgeführt wurde: Gewerkschaften und Hochschulen kumulierend in einer Kooperationsstelle. Es gibt eine umfassende wissenschaftliche Ausarbeitung über das, was in dieser Kooperationsstelle an wertvollen Erfahrungen und Erkenntnissen entwickelt worden ist. Als dieses Modell auslief, ging es darum, daß die Länder dieses Modell übernehmen und von Länderseite finanzieren. Andere Bundesländer haben das auch getan. In Hessen ist es nicht geschehen.

Es handelt sich um ein möglicherweise politisch für Sie als brisant zu beurteilendes wissenschaftliches Projekt. Es ist konzentriert auf Gewerkschaft und Hochschule, nicht Industrie- und Handelskammer und nicht Arbeitgeberverbände und Hochschule und nicht Betriebe und Hochschule, sondern Gewerkschaft und Hochschule. Deshalb, vermute ich, ist dieses Modell auf kaltem Wege liquidiert worden. Haushaltsgründe können es angesichts des Volumens des Einzelplanes 15 nicht sein. 300.000 DM können nicht der Grund dafür sein - angesichts des Volumens dieses Haushaltes -, daß die Kooperationsstelle liquidiert wurde.

Ich komme auf einen Punkt, von dem ich glaube, daß wir alle Grund haben, uns damit noch einmal intensiver auseinanderzusetzen. Das ist der Punkt, daß die Frauenforschung, die zu Zeiten der rot-grünen Landesregierung erstmalig mit einem Sondertitel versehen wurde, noch immer ein Kümmerdasein führt. Es gibt kaum Forschungsmittel, die im Landshaushalt ausgewiesen sind, die soviel Effizienz gebracht haben wie dieser Titel.

Frau Wagner, Sie haben das von diesem Pult aus einmal bezweifelt. Ich gehe davon aus, daß Sie inzwischen Gelegenheit genommen haben, sich vor Ort ein bißchen näher zu erkundigen, was dort in welchem Umfang, mit welchen Fragestellungen und auch mit welchen Konsequenzen für Bewußtsein für Studentinnen und Lehrende herausgekommen ist, so daß wir möglicherweise ab jetzt sehr viel mehr darüber einig sind, daß es sich lohnt, in diesem Bereich noch stärker Schwerpunkte zu setzen. Damit will ich es zunächst einmal - auch angesichts der Uhrzeit - zu dem Bereich Wissenschaft und Hochschulen bewenden lassen.

Ich will nicht im Detail unsere Anträge zum Kunst- und Kulturbereich hier noch einmal erläutern. Ich denke aber, daß es wichtig ist, auf einige Punkte noch einmal hinzuweisen. Da ist das Beispiel der Filmförderung in Hessen. Zugeständenermaßen hat Frau Hinz da die bessere Position mir gegenüber.

Deshalb überlasse ich Ihnen das auch gern, denn Sie sind in der Tat in Ihrem Haushaltsantrag noch einmal weit über das hinausgegangen, was wir gefordert haben. Im Grundsatz ist es notwendig, gerade Filmförderung in Hessen besser auszustatten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Als dieser Titel, ebenfalls zu Zeiten rot-grüner Mehrheiten, erstmalig in den Haushalt aufgenommen wurde, stand ein Vermerk im Haushaltsplan: Einstiegsfinanzierung. Dabei kann und darf es nun wirklich nicht bleiben. Sie sind im vergangenen Jahr bei dieser Einstiegsfinanzierung heruntergegangen. Jetzt muß es mit der Einstiegsfinanzierung aufhören und zur Finanzierung kommen.

Zum Denkmalschutz wäre viel zu sagen. Ich weise nur darauf hin, Herr Minister, daß Denkmalschutz nur dann umfassend realisiert werden kann, wenn die Denkmaltopographie auch ausreichend erstellt werden kann. Wir haben keinen Haushaltsantrag gestellt. Es ist aber die Frage zu stellen, ob die von Ihnen bereitgestellten Mittel wirklich so ausreichend sind, daß diese Denkmaltopographie zügig fortgeschrieben werden kann.

Ein letzter Punkt zu einem aktuellen Thema, zur Problematik der Grube Messel. Da gab es im letzten Jahr ein erhebliches Durcheinander, auch seitens der Landesregierung. Der Herr Ministerpräsident entdeckte sein großes Interesse an der Erhaltung des Kulturgutes Grube Messel und ging dann sehr ungeschützt in die Region und in den Landtag und verkündete überall, er wolle die Grube Messel ausschließlich für die Forschung halten.

Jetzt liegt ein Urteil vor. Jetzt gibt es die Möglichkeit, keine Revision gegen dieses Urteil, das gestern ergangen ist, einzulegen.

Der Herr Umweltminister hat gestern verkündet - das konnte jeder im Rundfunk und Fernsehen wahrnehmen -, daß es seitens der Landesregierung möglich sei, sehr schnell zu handeln und auch auf Revision zu verzichten, ohne daß dabei ein Müllnotstand entsteht.

Das heißt aber nicht etwa, daß jetzt für die Grube Messel alles erledigt ist, sondern jetzt wird es erst spannend. Jetzt wird es spannend unter dem Gesichtspunkt: Wollen Sie die Sicherung der Grube Messel für die paläontologische Forschung auch wirklich?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Wenn Sie das wirklich durchsetzen wollen, dann brauchen Sie dazu sehr viel Geld; denn wenn Sie sichern wollen, dann müssen Sie verhindern, daß diese Grube absackt, und mit Wasser vollläuft und damit die Forschung, die Funde und die Grabungen unmöglich werden.

Die alte Landesregierung hatte im Haushalt immer einen Titel über 30 Millionen DM für diesen Teil. Diese 30 Millionen DM habe ich im letzten Jahr schon nicht mehr gefunden. Ich finde sie auch in diesem Jahr nicht. Sie können so freundlich sein und mir aufzeigen, wo der Titel im Haushalt ist.

**Vizepräsident Claus:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Prof. Breithaupt (SPD):**

Ach du liebe Zeit! Ich wollte viel kürzer reden.



(Degen (CDU): Sie dürfen weiterreden! Das haben wir gestern vereinbart!)

- Ich kann zum Ende kommen. Das ist in Ordnung. - Deshalb, Herr Minister, hoffe ich darauf, daß Sie uns allen hier im Hause endlich klar sagen, wie Sie es mit der Entwicklung der Grube Messel halten und wie Sie es finanzieren wollen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

#### Vizepräsident Claus:

Bevor wir in der Debatte fortfahren, darf ich auf den Zwischenruf von Frau Degen eingehen. Ich habe beim Aufruf des Tagesordnungspunktes klargestellt, daß zwei Stunden Redezeit - -

(Degen (CDU): Aber nicht auf die Minute! Das haben wir gestern festgelegt!)

- Wann ich die Minute hier abklinge, Frau Kollegin, das müssen Sie schon dem Präsidium überlassen. Es wird so gehandhabt, daß es allen gegenüber fair ist. Die Frau Kollegin Breithaupt hat ihre Redezeit knapp überschritten. Deswegen weise ich jetzt noch einmal darauf hin.

(Prof. Breithaupt (SPD): Als ich angemahnt wurde, habe ich gerade nach dem Punkt noch einen Satz gesprochen!)

- Frau Kollegin, auch das steht Ihnen nicht zu. Es gibt unten zwei Signale. Es ist, wie immer, ordnungsgemäß signalisiert worden, daß noch eine Minute zur Verfügung stand und wann die Redezeit zu Ende war. Insoweit muß ich die Mitarbeiter in Schutz nehmen, die Ihnen das ordnungsgemäß signalisiert haben. Ich denke, wir sollten keine Zeit verplempern und die Diskussion fortsetzen.

(Allgemeiner Beifall)

Als nächste Rednerin hat die Abg. Degen für die CDU-Fraktion das Wort. Ihr folgt die Kollegin Hinz für die Fraktion der GRÜNEN. Bitte sehr!

#### Degen (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zweifellos sind wir alle von den ansteigenden Studentenzahlen überrascht worden, die Hochschulen, die Ministerien, die Kultusministerkonferenz und auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz. Das räumen mittlerweile auch alle Beteiligten ein, Herr Dann. Das ist kein Grund zum Lachen. Das ist eine traurige Situation.

Die Hessische Landesregierung hat in dieser Situation schnell, überlegt und sehr wirksam gehandelt. Das steht fest. Mit dem hessischen Hochschulprogramm haben die CDU-Fraktion und die F.D.P.-Fraktion bundesweit Maßstäbe gesetzt. Aber nicht nur mit diesem Programm, sondern bereits auch im Haushalt 1988 und im jetzt anstehenden Haushalt sind die eingesetzten Mittel ganz gewaltig.

Meine Damen und Herren von der Opposition - Frau Breithaupt, Sie waren lange Jahre noch gar nicht hier, als die heißen Diskussionen geführt wurden -, seien Sie doch einmal ehrlich: Vor diesem Ansturm war an unseren Hochschulen die Welt auch nicht in Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Wagner (Eschwege) (SPD): Erträglich!)

Die heutige Schiefelage hat sich doch nun nicht nach okkulten Gesetzen vollzogen, sondern die CDU und auch

die F.D.P. machen seit Jahren auf die Misere, die auf uns zukommt, aufmerksam.

Nur, meine Damen und Herren, Sie haben ebenso an den Hochschulen wie an den Schulen versucht, Ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen umzusetzen. Frau Breithaupt, darüber jetzt so leichtfertig mit völlig unumstrittenen Zukunftsvisionen hinwegzugehen, wie Sie das gerade heute tun; so einfach kann man sich eine Vergangenheitsbewältigung nicht machen.

Lassen Sie mich das an Hand der Bauinvestitionen in Frankfurt darstellen. Die Zahlen hierüber sprechen Bände. Für die Bauinvestitionen in Frankfurt haben wir im Jahr 1975 45 Millionen DM gehabt, die bis 1985 auf 9,4 Millionen DM zurückgefahren wurden. Die Studentenzahlen stiegen von 22.000 im Jahre 1975 auf 31.000 im Jahre 1985. Das alles geschah, nachdem es seit 1977 in Frankfurt eine CDU-Mehrheit in der Stadt gab.

Mit dem Haushalt 1988, um darauf zurückzukommen, haben wir bereits wichtige Schritte unternommen, den Hochschulen neue Perspektiven zu eröffnen. Diese Linie wollen wir kontinuierlich fortsetzen. Wir haben zum Beispiel die 1987 von 7 auf 15 Millionen DM erhöhte Mittel für Forschungszwecke auch dieses Jahr weiter im Haushalt eingesetzt. Wir werden das auch fortführen.

An den Hochschulen - auch das ist umstritten - wurden jahrelang ganz bestimmte Fachbereiche favorisiert. Noch heute gibt es Fachbereiche - ich denke hier an einen ganz bestimmten in einer ganz bestimmten Hochschulstadt -, wo das Verhältnis Professoren zu Studenten 1 : 1 ist. Diese Zahlen sind vorhanden.

(Welteke (SPD): Wo ist das? - Boppel (GRÜNE): Sagen Sie es doch!)

- Die Fachleute wissen, wo es ist, Herr Welteke. Sie sollten es als Fraktionsvorsitzender auch wissen.

(Welteke (SPD): Sagen Sie es doch auch den Dummen! - Boppel (GRÜNE): Machen Sie hier doch kein Versteckspiel!)

Technische und Wirtschaftswissenschaften verkümmern seit Jahren. Das alles hat System, Herr Welteke. Das ist alles unumstritten. Genau hier sind Umstrukturierungsmaßnahmen an den Hochschulen und durch die Hochschulen erforderlich. Auch das fordert die CDU seit mehr als zehn Jahren.

Man höre und staune: Sogar die GRÜNEN sprechen in ihrem neuesten Antrag von Umstrukturierungsmaßnahmen. Ich habe das zweimal lesen müssen, weil ich es beim ersten Lesen gar nicht glauben wollte. Solche Wunder geschehen hier auf einmal.

Die wissenschaftlichen Bibliotheken erhielten im letzten Haushalt, da sie jahrzehntelang Not litten, 1,5 Millionen DM als Soforthilfe, um ihre Lehrbuchsammlungen, ihre Fachbuchsammlungen, die Periodika und Monographien aufzubessern. Unter der rot-grünen Koalition war es hier zu erschreckenden Abbestellungen gekommen. Irreparable Schäden sind entstanden.

Zur weiteren Behebung dieser Mängel wollen wir im Haushalt 1989 und auch in folgenden Haushalten weiterhin 500.000 DM eingestellt wissen. Ebenso haben wir einen neuen Titel für die privaten Bibliotheken geschaffen. Wir halten es für erforderlich, hierfür 100.000 DM einzusetzen; das ist neu.

Hinsichtlich der außeruniversitären Forschungseinrichtungen wurden wichtige Initiativen ergriffen. Hier wurde erstmals im letzten Jahr ein Betrag von 9 Millionen DM

eingestellt. Den Betrag aus dem Haushalt 1988 haben wir auch im Haushalt 1989 gehalten.

Diese Maßnahmen sind Bestandteil einer neuen Hochschulpolitik geworden. Nun gilt es, die Infrastruktur an den Hochschulen zu verbessern. Dazu gehört, daß wir alle Stellenstreichungen, die von der rot-grünen Koalition bis 1991 vorgesehen waren, erst einmal aufgehoben haben. Dann haben wir neue Stellen an den Hochschulen ausgewiesen. Ich will jetzt nicht im einzelnen darauf eingehen; sie sind alle im Haushalt nachweisbar.

Übrigens, Frau Breithaupt, es stimmt nicht, was Sie zu Marburg gesagt haben. Das Marburger Klinikum erhält wie alle anderen Universitätskliniken 16 Stellen und zusätzlich noch einmal 9 Stellen.

(Prof. Breithaupt (SPD): Ich habe vom Hygiene-Institut gesprochen, Frau Degen!)

- Ja, bitte schön! Ich nenne Ihnen nur die Zahlen, die stimmen. Sie tun so, als wäre der allgemeine Notstand ausgebrochen.

(Erneuter Zuruf der Abg. Prof. Breithaupt (SPD))

Das alles bedeutet viel mehr als das, was die SPD in ihren Haushaltsanträgen beantragt hat. Sie sehen, wie hoch unser Programm und unser Haushalt anzusiedeln sind.

Ich komme kurz auf die Gesamthochschule Kassel zurück, Frau Breithaupt: Die Gesamthochschule Kassel wird den ihr und auch der Region gebührenden Rang bekommen.

(Zuruf der Abg. Prof. Breithaupt (SPD))

Wir wollen sie zu einer angesehenen Universität machen. Deshalb werden wir auch versuchen, sie bis 1991 so auszustatten, daß die Voraussetzungen für eine Förderung durch die Deutsche Forschungs-Gemeinschaft gegeben sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Prof. Breithaupt (SPD))

Die spezifischen Mittel der Hochschulen für Forschung und Lehre - die berühmte ATG 71 - wurden um 4,8 Millionen DM, das sind 6 Prozent, erhöht. Die Mittel der Hochschulen für die wissenschaftlichen Hilfskräfte haben wir um 2,2 Millionen DM, um 9 Prozent, erhöht. Das Zusatzlastprogramm für 1989 wurde zusätzlich um 4 Millionen DM auf 13,9 Millionen DM erhöht.

Meine Damen und Herren, es steht doch fest, ich sagte es schon zu Beginn: Mit dem Sonderprogramm hat Hessen nicht nur finanziell, sondern auch ideell Maßstäbe gesetzt. Trotz bundesweitem Numerus clausus versuchen wir die Hochschulen offenzuhalten, vor allem auch für die Studiengänge, die weiterhin gute Berufsaussichten eröffnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hessen stellt sich damit der Verantwortung, die es den jungen Menschen gegenüber hat.

(Dr. Jung (CDU): Sehr richtig!)

Es wäre doch im Grunde genommen sehr einfach: Der billigste und bequemste Weg wäre es sicherlich, wenn wir einen Numerus clausus einführen würden, wie es in den Nachbarländern üblich ist.

(Dr. Jung (CDU): Jawohl, in Nordrhein-Westfalen!)

Dann regelt sich das Problem in kurzer Zeit von ganz allein. Aber genau das wollen wir eben nicht.

(Dr. Jung (CDU): So ist es!)

Investitionen in die Hochschulen sind Investitionen in die Jugend und damit in die Zukunft unseres Staates.

(Beifall bei der CDU - Boppel (GRÜNE): Das ist der schönste Allgemeinplatz in Ihrer bisherigen Redel)

- Herr Boppel, bekanntermaßen leben wir nicht vom Export der Rohstoffe. Sie kümmern sich doch sonst immer so um die Umwelt. Wir leben nicht vom Export der Rohstoffe unseres Landes,

(Boppel (GRÜNE): Wir teilen doch Ihre Auffassung! Nur ziehen Sie nicht die Konsequenz daraus! Sie handeln so, als wäre es gar nicht so!)

sondern von dem, was die Menschen in unserem Lande an Wissen und Können in ihren Köpfen besitzen.

(Boppel (GRÜNE): Aber die Praxis an den Hochschulen ist erbärmlich!)

Lassen Sie mich zum Hochschulprogramm zurückkommen. Ich zähle nur ganz kurz die wichtigsten Fakten unseres Sofortprogrammes auf. Kollege Hamer wird gleich noch eingehend dazu Stellung nehmen. Zu Ihrer weiteren Unterrichtung können Sie aber gern einmal unsere Broschüre aus dem Jahre 1980 "Der Weg einer Hochschule ins Abseits" lesen. Vielleicht hilft das.

Also die wichtigsten Fakten: Das Hessen-Programm beinhaltet zirka 16 Millionen DM in den Jahren 1989 und 1990.

Erstens. An den Fachhochschulen werden 25 Stellen neu ausgewiesen.

(Prof. Breithaupt (SPD): Daß Hochschulen teuer sind, das wissen alle hier im Raum!)

Zweitens. Die Lehraufträge an den Fachhochschulen werden in Zukunft genauso bezahlt werden wie an den Universitäten. Das bedeutet eine Erhöhung um 13 Prozent. Damit kann die Bereitschaft zur Annahme solcher Aufträge sicher erhöht werden.

(Zuruf der Abg. Prof. Breithaupt (SPD))

Drittens. Die Mittel für Studentenwohnungen werden erheblich aufgestockt. Durch vielfältige, regional ganz unterschiedliche Maßnahmen soll der studentische Wohnraum um 10 Prozent gesteigert werden. Dafür werden 1989 und 1990 Mittel in Höhe von 14,2 Millionen DM bereitgestellt.

Ich weiß gar nicht, Frau Breithaupt, warum Sie diese Situation so beklagen. Ich erinnere mich noch daran, daß wir uns hier Gefechte geliefert haben - ich weiß nicht, ob Sie damals schon dabei waren -, als es um den studentischen Wohnraum in Frankfurt ging. Frau Rüdiger hat auf meine vielfältigen Anfragen immer wieder ausweichend geantwortet und den Wohnraumbau für die Studenten hinausgezögert. Die Stadt Frankfurt war bereit, sich hier zu engagieren. Aber die damalige Hessische Landesregierung hat nichts unternommen. Sie hat das immer hinausgezögert. Aber das war sowieso ihre Haupttätigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zusätzlich zu unserem Hessen-Programm werden wir dann noch die berühmten 50 Stellen, von denen Sie vorhin sprachen, zur Vorbereitung des geplanten Bun-

deshochschulprogramms 1995 in den Haushalt einstellen.

(Hinz (GRÜNE): Leerstellen sind das!)

Im übrigen ist Hessen das einzige Bundesland, das die notwendigen Komplementärstellen hierfür bereits eingestellt hat, so daß wir in Hessen bei Mittelfreigabe durch den Bund sofort - ich erinnere hier nur an die sozialdemokratisch geführten Bundesländer, Frau Breithaupt - mit der Besetzung dieser Stellen beginnen können.

(Prof. Breithaupt (SPD): Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!)

Ich glaube, diese Programme sprechen ganz allein für sich.

(Hinz (GRÜNE): Wohl wahr!)

Die Prognose sinkender Studentenzahlen wird wahrscheinlich zeitversetzt in den neunziger Jahren eintreten. Bis dahin gilt es, unsere Hochschulen so auszurüsten,

(Prof. Breithaupt (SPD): Vorsicht mit Prognosen!)

daß sie ihrem Auftrag der Forschung und der Lehre gerecht werden können.

Noch etwas kommt hinzu: Für Zeiten, in denen die Studentenzahlen voraussichtlich zurückgehen werden, in denen die Studenten nicht mehr über die ZVS zwangsverteilt werden, sondern sich wie früher - auch das ist ein Teil der akademischen Freiheit - frei entscheiden können, an welche Hochschulen sie gehen möchten, für solche Zeiten gilt es, zukunftsorientierte und attraktive Hochschulen zu schaffen, damit die hessischen Hochschulen auch im bundesweiten Wettbewerb untereinander ihren Platz behaupten können. Dieser Wettbewerb kommt, darauf können Sie sich verlassen.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, aber nicht nur in den Hochschulen, sondern auch in der Kunst versuchen wir, jahrelange Mißstände zu beseitigen.

(Zuruf von der SPD)

- Ich höre von hinten aus der Opposition: "Das ist richtig". Aber auch hier sind keine Wunder möglich, sondern wir versuchen, unser Ziel Schritt für Schritt zu erreichen.

(Zuruf von der SPD: "Das geht nicht!", hat er gesagt!)

Im gesamten Denkmalsbereich - Frau Breithaupt, hören Sie zu, Sie haben vorhin versucht, hier etwas zu monieren; aber ich werde Ihnen gleich das Gegenteil beweisen - wurden die Haushaltsmittel von 1988 auch im Haushalt 1989 gehalten. Immerhin wurden von der neuen Landesregierung die Mittel für die allgemeine Denkmalpflege von 12 auf 17,2 Millionen DM erhöht. Das sind dann in den Jahren 1988 und 1989 insgesamt 10,5 Millionen DM mehr, die für die Denkmalpflege zur Verfügung stehen. Für die Bodendenkmale wurden in den beiden Jahren 1988 und 1989 zirka 800.000 DM bereitgestellt. Das war eine völlig neu ergriffene Initiative. Wie erfolgreich diese Initiative bereits ist, davon legt die Broschüre des Ministeriums beredtes Zeugnis ab. Auch das ist nachzulesen.

Was die Denkmaltopographie anlangt, Frau Breithaupt, können Sie ganz beruhigt sein. Auch hier haben wir die Mittel in der Form erhöht, daß jetzt abzusehen ist, wann die Fertigstellung der Denkmaltopographie in etwa abge-

schlossen sein wird. Sie haben doch damals alles verzögert, weil Sie die Mittel nicht freigegeben haben.

Zu den Landestheatern und den Theatern allgemein: Die Landestheater haben jeweils drei Stellen erhalten. Für das Landestheater Kassel kommen noch einmal 1 Million DM als Bauunterhaltungsmittel hinzu. Es ist auch endlich gelungen, ein Denkmalkonzept für Mittelhessen in die Wege zu leiten, für Marburg und für Gießen. Für die Privattheater - auch das haben wir neu in Angriff genommen - haben wir einen Betrag - -

(Schulze (CDU): Sie meinen das Theaterprogramm, nicht das Denkmalprogramm!)

- Verzeihung, das Theaterprogramm! Ich habe mich versprochen. Es ist uns gelungen, ein neues Theaterkonzept für Mittelhessen in die Wege zu leiten, sowohl für Gießen als auch für Marburg.

(Boppel (GRÜNE): Das Gießener Theater ist auch ein Denkmal!)

Ich bedanke mich für den Hinweis, Herr Kollege Schulze.

(Boppel (GRÜNE): Die Bodendenkmäler in Hessen brauchen noch mehr Geld!)

Für die Privattheater wird es in verschiedenen Regionen und für verschiedene Bühnen neue Mittel geben; hierfür haben wir 100.000 DM zusätzlich eingesetzt. Zur Bereicherung der regionalen Kulturszene wollen wir über 500.000 DM von seiten der Koalitionsfraktionen bereitgestellt wissen. Hiervon sollen das geplante Gustav-Mahler-Festival in Kassel, die in Arolsen geplante Barock-Ausstellung und auch ein Teil der Unterdeckung des Rheingau-Festivals finanziert werden.

Meine Damen und Herren, diese kulturellen Initiativen sind auch ein Teil des Konzeptes, mit dem Hessen in den kommenden Jahren seinem Anspruch als Kulturland der Mitte gerecht werden will.

(Beifall bei der CDU)

Die Filmförderung wurde von Ihnen so beklagt, Frau Breithaupt. Wir haben sie auf 1,7 Millionen DM erhöht. Damit ist zugleich der Beginn eines neuen Förderungskonzeptes eingeleitet. Auch wir reden von einem Beginn. Ob man das nun Einstiegsfinanzierung oder Neubeginn nennt, ist wurscht.

(Prof. Dr. Hamer (CDU): Ein sinnvoller Beginn vor allen Dingen!)

- Ja, ein sinnvoller Beginn!

Zu den Musikschulen. Bei den Musikschulen hat die frühere Landesregierung doppelt gesündigt. In der Schule fiel der Musikunterricht ständig aus, und die Musikschulen, die einen Teil dieser Aufgaben gut übernommen hatten, erhielten nur ein Almosen. Wir haben diesen Betrag verdoppelt und in diesem Jahr noch einmal 250.000 DM zusätzlich eingesetzt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Wenn Sie nicht mengenlehregechädigt wären, Herr Boppel,

(Boppel (GRÜNE): Bin ich nicht!)

könnten Sie nachrechnen, daß dies in den zwei Jahren eine Erhöhung von über 150 Prozent bedeutet.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Ganz im Sinne dieses Anliegens ist auch die Steigerung des Ansatzes von 100.000 DM bei den Sängerbänden zu verstehen.

Noch kurz zur Literatur. Das Literaturbüro in Hessen hat eine außerordentlich positive Arbeit geleistet und damit eine deutliche Lücke in der hessischen Kulturszene geschlossen. Durch die Erhöhung des Ansatzes wird diesen Verdiensten Rechnung getragen. Zusätzlich haben die Koalitionsfraktionen noch die Mittel für den Boedecker-Kreis und die Neue Literarische Gesellschaft erhöht. Sie sehen, auch die Literatur ist bei uns in guten Händen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ja, vor allem beim Kultusminister, weil der ein so perfektes Deutsch spricht!)

- Aber sicher, dort ganz besonders!

Die Landesmuseen werden auch in diesem Jahr zusätzliche Mittel erhalten. Hier ist in 40 Jahren SPD-Regierung und auch in den letzten Jahren der rot-grünen Regierung so gut wie nichts geschehen.

(Dr. Günther (SPD): 140 Millionen in Kassel!)

Ein kaum zu bewältigender Nachholbedarf ist entstanden. Aus diesem Grund haben wir auch im Haushalt 1989 Mittel eingesetzt.

(Prof. Breithaupt (SPD): Jetzt haben wir endlich Kultur!)

- Jetzt haben wir endlich Kultur, Frau Breithaupt; ich wiederhole Sie und stelle das auch noch einmal fest.

(Beifall bei der CDU - Prof. Breithaupt (SPD): Frau Degen kam, und schon kam die Kultur!)

Wir haben 1988 und 1989 Mittel eingesetzt, die die Museen in die Lage versetzen, die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten.

(Dr. Günther (SPD): Frau Degen, 140 Millionen DM haben wir in Kassel in zehn Jahren investiert!)

So erhielt zum Beispiel das Landesmuseum Wiesbaden 100.000 DM, um die in wenig erfreulichem Zustand befindlichen Dresdener Gemälde präsentabel zu machen. Das Landesmuseum erhielt 150.000 DM für Restaurierungsarbeiten, ähnlich wie alle anderen Landesmuseen. Außerdem sollen dem Museum in Wiesbaden noch einmal 50.000 DM für Sonderausstellungen zugute kommen. Als Landeshauptstadt hat Wiesbaden eine besondere Funktion zu erfüllen. In diesem Zusammenhang spielt das Wiesbadener Landesmuseum - übrigens ebenso wie das Landestheater - eine wichtige Rolle.

Alles in allem wurden im diesjährigen Haushalt für die Landesmuseen fast 1 Million DM an zusätzlichen Mitteln bereitgestellt. Das sind zusammen mit der Neukonzeption der Kasseler Museumslandschaft wichtige Maßnahmen.

(Dr. Günther (SPD): Wieviel Geld ist im Haushalt?)

Abschließend, meine Damen und Herren, zu einem wichtigen Punkt, auf den wir ganz besonders stolz sind: die Kulturstiftung. Stiftungsrat und Vorstand sind personell ausgedeutet. Die konstituierende Sitzung hat stattgefunden, und es gibt bereits erste und, wie ich meine, ausgezeichnete Ergebnisse! Das Kirchner-Gemälde aus der Becker-vom-Rath-Sammlung wurde erworben, die Fürstliche Bibliothek in Arolsen wird in den kommenden drei Jahren restauriert und katalogisiert, und eine weitere

bedeutende Sammlung, die zu dieser Sammlung hinzukommt, wird ebenfalls katalogisiert. Das wird dann eine für die Waldecksche Gegend ganz besonders interessante und bedeutsame Bibliothek werden. Die Ausstellung 1000 Jahre Russische Kunst" wird aus Mitteln der Kulturstiftung mit ermöglicht. Dank der Initiative des Wissenschaftsministers, Herrn Dr. Gerhardt, haben wir endlich auch in Hessen eine Ausstellung von international hohem Rang, zudem noch in einem repräsentablen Rahmen.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Jubel! Mit Ihnen kam die Kultur in dieses Land, Herr Gerhardt!)

- Ich freue mich, daß ich auf solche Zustimmung bei der Opposition stoße.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Hier gebührt auch dem neuen Direktor des Landesmuseums, Herrn Dr. Rattemeyer, besonderer Dank.

(Welteke (SPD): Und was haben Sie bei seiner Berufung gesagt?)

- Im übrigen, schauen Sie sich die Ausstellung an, Herr Welteke.

(Welteke (SPD): Das habe ich!)

- Ich rede jetzt nicht vom kalten Buffet, sondern von der Ausstellung.

(Welteke (SPD): Und ich rede von Herrn Rattemeyer!)

Der Erwerb des Beuys-Blocks, der mittlerweile leider durch alle Gazetten geistert, wäre in der Tat vor einigen Jahren sehr viel preiswerter gewesen. Aber hier konnte sich die frühere Landesregierung wieder einmal nicht entscheiden.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Börner hat von Kunst nichts verstanden, das muß man sagen! So modernes Zeug!)

Als die Sammlung Ströher vor Jahren zum Kauf anstand, hat die Stadt Frankfurt noch unter Dr. Wallmann als Oberbürgermeister schnell und klug gehandelt und sich einen wichtigen Teil daraus gesichert. Das Land Hessen hingegen, dem man damals die gesamte zeitgenössische Sammlung von der Familie Ströher angeboten hatte, zögerte zu lange. Man zierte sich, die Forderung des Erblassers nach einem Anbau an das Landesmuseum zu erfüllen. Man überlegte, ob man kaufen sollte oder besser nicht, und hüllte sich in Schweigen. So wurde dann die Sammlung nach Frankfurt und an andere Interessenten außerhalb Hessens verkauft. Als dann in Darmstadt die Entrüstung groß war, versuchte man die zu Recht aufgebrachten Gemüter mit einem Anbau zu beruhigen. Ein Teil der dort vorgesehenen Ausstellungsstücke kommt nun jedoch in das in Frankfurt im Bau befindliche Museum für zeitgenössische Kunst, und der Beuys-Block, der vom Land viel eher und damit preisgünstiger hätte erworben werden können, ist in Gefahr, abgezogen zu werden.

Meine Damen und Herren, man mag zu Beuys stehen, wie man will. Aber ein Künstler von Weltrang ist er unbestritten.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Er war sogar ein GRÜNER!)

- Ich darf bei dieser Gelegenheit unseren Ministerpräsidenten zitieren, Herr Fischer: Politiker haben Freiräume

für Kunst und Künstler zu schaffen und nicht darüber zu befinden, was wertvolle und unwerte Kunst sei.

(Beifall bei der CDU, der Abg. Prof. Breithaupt (SPD) und bei Abgeordneten der GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Richtig!)

Meine Damen und Herren, wenn wir die Möglichkeit haben, diesen Werkkomplex zu erwerben, zumal noch eine eventuelle Beteiligung der Bund-Länder-Stiftung angesagt ist, dann bleibt dem Land überhaupt keine andere Wahl. Genau für solche Situationen ist die Kulturstiftung gedacht. Wir wollen doch einen Fall wie die Sammlung Hirsch nicht noch einmal erleben.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, zu einem Kulturstaat gehört nicht nur klassische, sondern auch zeitgenössische Kunst.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ja, Rock and Roll, Mickeymaus, Asterix!)

Das gilt selbst auf die Gefahr hin, daß sich in Zukunft nicht alles bewährt. Ebenso müssen auch die Menschen vergangener Epochen gedacht haben. Auf ihre damals auch zeitgenössischen Sammlungen sind wir heute ganz besonders stolz. Es geht doch in einem Kulturstaat darum, das Überkommene zu pflegen und zu erhalten - das nehmen wir jetzt nach Jahren der Versäumnisse in Angriff -, aber auch die Kunst unserer Epoche nach besten Kräften zu fördern und für die nach uns kommenden Generationen zu bewahren. Das versuchen wir.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

#### Vizepräsident Claus:

Als nächste hat Frau Kollegin Hinz für die Fraktion der GRÜNEN das Wort. Ihr folgt Frau Kollegin Wagner für die Fraktion der F.D.P.

#### Hinz (GRÜNE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! "Wir sind der Pillenknick!" mit dieser Parole gingen vorgestern mehrere Tausend Studentinnen und Studenten in Frankfurt auf die Straße. Völlig zu Recht verlangen sie von der Landesregierung Studienbedingungen, die etwas anderes als eine legehennenartige Massenhaltung von Studierenden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aufgabe des Landes und des Bundes ist die Bereitstellung eines qualitativ und quantitativ ausreichenden Angebots von Studienplätzen an den Hochschulen, und dieser Aufgabe kommen weder der Bund noch die Länder nach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Hessen drängen sich bei einem Ausbaustand von etwa 72.000 Studienplätzen 121.000 Studentinnen und Studenten wie die Ölsardinen. Seit Jahren wird diese katastrophale Studiensituation verharmlost. Das Planungsinstrumentarium diente jahrelang nur als Weihrauchfaß, mit dem der Öffentlichkeit Illusionen über die zeitweise Überlastung der Hochschulen vorgegaukelt wurden. Händeringend haben die Planer versprochen, 1988 gehe die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger zurück. Auf diese Prognosen bauten die Hochschulplaner, aber auch die Politiker und die Politikerinnen.

(Zuruf von der CDU: Wieder die anderen!)

- Alle haben darauf gebaut, auch Grün-Rot.

Richtig ist sicherlich, daß die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten zurückgeht. Aber gleichzeitig findet hinter dem hoffnungsvoll von Fehlplanern erwarteten Pillenknick an den Hochschulen ein Wandel der Studierbereitschaft, des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft zur dritten technologischen Revolution hin statt, alles mit der Folge wachsender Studierbereitschaft. Dem müssen wir Rechnung tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute kommen auf acht Studienplätze annähernd fünfzehn Studenten und Studentinnen, also fast zwei Studierende auf einen Studienplatz. Nicht besser sieht es bei den Stellen für wissenschaftliches Personal aus, ganz im Gegenteil.

Was hinter den Zahlen steht, können wir seit Wochen in den Zeitungen lesen. Da wird mehrere Semester lang auf den Laborplatz gewartet. In studentischen Tutorien tummeln sich 60 bis 70 Studenten und Studentinnen, um dort in der "bewährten Kleingruppenarbeit" Fragen zu stellen, Probleme zu diskutieren und Lektüre zu erschließen. Das ist wirklich ein Hohn.

(Prof. Dr. Hamer (CDU): Weil die GRÜNEN gekürzt haben!)

- Herr Hamer, unter Grün-Rot wurden mehr Stellen regulär bereitgestellt als in Ihrem Zusatz-Fachhochschulprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch der Abg. Prof. Dr. Hamer (CDU) und Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

In Jura sind die aktuellen Lehrbücher, Gesetzestexte und Kommentare nur noch zu haben, wenn man sie rechtzeitig in der Bibliothek versteckt.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ich würde gern zuhören! Läßt sich das machen? - Gegenrufe von der CDU)

#### Vizepräsident Claus:

Das Wort hat Frau Abg. Hinz.

(Beifall bei den GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nicht Hamer!)

#### Hinz (GRÜNE):

In Jura sind die aktuellen Lehrbücher, Gesetzestexte und Kommentare nur noch zu haben, wenn man sie rechtzeitig in der Bibliothek versteckt und dann das Glück hat, daß nicht die gebrauchten Seiten herausgerissen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehen wir uns also die Entwicklung hessischer Hochschulen an. Zwei Beispiele will ich nennen, erstens die Universität Frankfurt. Im Wintersemester 1973/74 hatte sie 21.000 Studenten und Studentinnen. Sie wurden von 811 beamteten Professoren und Professorinnen, Dozenten und Dozentinnen, Lehrern und Lehrerinnen unterrichtet. 1988 sind es nur noch 768 Lehrende, also 40 weniger. Nun denkt ein vernünftiger Mensch, dann ist auch die Studentenzahl zurückgegangen. Das Gegenteil ist aber der Fall. Immer mehr tummeln sich auf dem Campus. Der mitgebrachte Klappstuhl wird zur Waffe im Studium; ist für ihn kein Platz, dann müssen es die Ellenbogen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute, im Wintersemester, haben wir 31.000 Studentinnen und Studenten

(Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Das heißt, es versuchen 10.000 Studierende, also ein Drittel mehr, ihren Professor oder ihre Professorin notfalls mit dem Opernglas zu sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Universität Frankfurt reicht der größte Hörsaal mit 600 Plätzen nicht mehr aus, um die 850 Erstsemester-Studenten für die Einführungsvorlesungen aufzunehmen.

(Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Sie alle wissen, die Proteste begannen an den Fachhochschulen, genauer gesagt, in Fulda. Die Fachhochschulen sind besonders betroffen; denn sie erleben einen noch stärkeren Zulauf an Studenten und Studentinnen als die Universitäten, und sie sind weniger in der Lage, diesen zu verkraften. Es fehlt ihnen am Mittelbau. Die Professoren und Professorinnen sind eh schon mit 18 Stunden Lehrverpflichtung höher belastet. Viele technische Fachbereiche sind lehr- und platzintensiv.

In Fulda begannen im Oktober die Proteste im Fachbereich Haushalts- und Ernährungswissenschaften. Dieser Fachbereich ist chronisch unterversorgt. Von zwölf Stellen sind sechs besetzt, für 300 Studentinnen und Studenten. Das Faß lief über, als ein qualifizierter Nachwuchswissenschaftler, der seit Jahren Lehrbeauftragter dort ist, vom Wissenschaftsminister nicht berufen wurde.

(Prof. Dr. Hamer (CDU): Ein Öko-Marxist! - Gegenruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

- Herr Hamer, Sie sagen es; der Mann wurde offenbar aus politischen Gründen nicht berufen, weil die ökologische Orientierung nicht in den Schatten des Fuldaer Doms paßt.

In zwei Jahren wird die Fachhochschule so ausgebaut sein, daß es 1.200 Studienplätze gibt. Heute studieren dort schon 2.500.

Es ist überall an den Hochschulen das gleiche Bild, die Therapie eindeutig: Es fehlt auf Jahre hinaus Personal in Lehre und Verwaltung, es fehlt an Räumen und Ausstattung. Ein grundlegend forciertem Ausbau der Fachhochschulen und Universitäten in Hessen steht auf der Tagesordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Qualität der Ausbildung ganzer Generationen von Studenten und Studentinnen ist in Frage gestellt, wenn die Hochschulen weiter als reflexionstötender und kommunikationsarmer Massenbetrieb unterhalten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist an der Zeit, eine Konsequenz aus den über den Haufen geworfenen Prognosen der letzten Jahre zu ziehen. Wir werfen dem Minister nicht vor, daß er sich auf die Prognosen stützt; das war früher auch so. Aber er muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er erst reagiert hat, als die Studierenden streikten, die Vorlesungen boykottierten und auf die Straße gingen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Becker (Gießen) (SPD))

Unser Dringlicher Antrag für ein Sofortprogramm von 10 Millionen DM wurde anfangs belächelt und vom Tisch

gewischt. Allerdings war schon damals absehbar, daß die Proteste der Lehrenden und Studierenden an den Hochschulen kein Sturm im Wasserglas sein würden, die in Kohlischer Manier auszusitzen sind.

(Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Im Ausschuß für Wissenschaft und Kunst wurde unser Antrag abgebügelt, und eineinhalb Monate später wurde ein sogenanntes Fachhochschulprogramm aus der Tasche gezogen, das einige unserer Forderungen aufnimmt. - Frau Wagner, lesen Sie das nach, und erinnern Sie sich an die Diskussion; das ist wahr.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Nein, das ist un wahr! - Zuruf des Abg. Prof. Dr. Hamer (CDU))

- Sie können schreien, wie Sie wollen, ich mache trotzdem hier meine Ausführungen.

Das nun von den Fraktionen und vom Minister vorgelegte sogenannte 15,6-Millionen-DM-Programm ist eine haarsträubende Roßtäuscherei. In den Haushalt sollen 25 Stellen neu eingestellt werden. Das ist neu, und das macht 1,45 Millionen DM. Neu in den Haushalt sollen 6 Millionen DM für den Wohnheimbau und das Anmietprogramm aufgenommen werden. Das ergibt sich auch aus den Anträgen der Koalitionsfraktionen. Wo bitte sind die restlichen Millionen von den 15,6 Millionen DM?

Zum heißersehnten Bundesprogramm von Minister Möllemann: Er hat 2 Milliarden DM zur Unterstützung der Hochschulen versprochen. Die Stellen sollten allerdings nur der Forschung zugute kommen, nicht der Lehre. Ein Antrag der GRÜNEN im Bundestag, 9.000 Zeitstellen in den nächsten Jahren bereitzustellen, ist mehr als angemessen und nimmt Herrn Möllemann beim Wort, tatsächlich etwas zu tun. Er stellte sich aber diese Woche noch vor das Mikrofon des Bundestages, seine Hände waren leer und seine Taschen auch. Das heißt, auch die vom hessischen Wissenschaftsminister bereitgestellten Leerstellen bleiben leer, und die Studenten und Studentinnen, Professoren und Professorinnen haben dies auszubaden.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Becker (Gießen) (SPD))

Zu den Zahlentricks gehört auch, daß die Lehrauftragsvergütung um 13 Prozent erhöht werden soll. Das ist richtig, aber die Haushaltsmittel insgesamt für Lehraufträge werden nicht erhöht. Das heißt, daß dann weniger Lehraufträge vergeben werden können. Außerdem ist das Problem der Dauerstellen nicht mit einer erhöhten Vergabe von Lehraufträgen zu lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch das gehört zum Zahlentrick des angekündigten Fachhochschulprogramms: die Überlastmittel von 1,5 Millionen DM für 1988 und von 4 Millionen DM für 1989. Es ist sicher gut, daß man sie ausgebracht hat, aber sie sind in neue Programme nicht wieder einzurechnen, sondern sie stehen schon im Haushaltsentwurf für 1989. In den nächsten Jahren wird der Stein, der auf den Hochschulen lastet, zum Felsenberg. Die vielen Studenten im ersten Semester kommen dann in die Hauptstudienphase. Das heißt, es werden mehr Leute in den Hochschulen bleiben, weil sie kein Interesse haben, nach dem ersten oder zweiten Semester wieder aufzuhören. Sie kommen dann in die Hauptphase, in die Praktikumsphase. Wir brauchen dann mehr Praktikumsplätze und mehr Laborplätze, wenn sie in diese Phase übergehen.

Aus der heutigen Misere sind entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Wir brauchen künftig mehr Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen, die heute einen Einstieg in die Hochschulen finden müssen. Ein Sofortprogramm würde bis zur Mitte der neunziger Jahre für diesen Nachwuchs eine Brücke schlagen, wenn viele Stellen in den Hochschulen in einer Pensionierungswelle frei werden. Das wäre eine Chance für Frauen, jetzt in die Hochschulen hineinzukommen und die Benachteiligung abzubauen. Deswegen unser 20-Millionen-DM-Programm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gilt nicht nur darüber zu reden, daß der NC für Hessen nicht stattfinden soll. Das begrüßen wir, und da unterstützen wir auch den Wissenschaftsminister.

(Rippert (CDU): Das muß man loben!)

- Das habe ich eben gesagt. Wir unterstützen ihn dabei, das finden wir gut. - Aber dann können wir nicht dadurch einen inoffiziellen NC in Hessen einführen, daß wir nicht die entsprechende Ausstattung bereitstellen und die Leute nach zwei Semestern völlig entnervt aufhören, weil sie noch immer keinen Platz in den Hörsälen bekommen.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Das ist die schlimmste Rede, die Sie je gehalten haben, weil alles unwahr ist, und Sie wissen es auch noch! - Gegenüber der Abg. Wagner-Pätzhold (GRÜNE): Dann gehen Sie doch nachher in die Bütt und verkünden die Wahrheit!)

- Frau Wagner, Sie kommen nachher dran und können auf meine Rede entgegenen.

Angesichts der Zeit nur noch einige Anmerkungen zur Forschungspolitik. Diese Fragen müssen wir in anderen Plenarsitzungen noch einmal verstärkt aufgreifen. Die Frauenforschung müßte endlich als Schwerpunkt in das Forschungsförderungsprogramm aufgenommen werden. Dieses Programm hat eine Initialwirkung gehabt, und man sollte diesen Punkt jetzt als regulären Schwerpunkt begreifen und in das 15-Millionen-DM-Programm überführen. Der interdisziplinären problembezogenen Forschung gehört der Vorrang in der Förderung, und ebenso müssen sozial-ökologische Fragestellungen bei den Forschungsprojekten Vorrang haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hoffen auf die Einsicht der Koalition, daß die Hochschulen nicht mit Versprechungen und Zahlentricks abgespeist werden. Denn es ist abzusehen, daß Sie mit den hier vorgelegten Haushaltsansätzen keine Ruhe an den Hochschulen bekommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie der Abg. Becker (Gießen) und Prof. Breithaupt (SPD))

Ich komme zum Kulturbereich, in dem die CDU/F.D.P.-Landesregierung trotz gegenteiliger Sprechblasen darauf hinwirkt, den internationalen Kunstruf Hessens am Beispiel der nordhessischen Kunstmetropole Kassel zu schwächen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Ich meine damit die Unsicherheiten in Sachen "documenta 1992".

(Beifall bei den GRÜNEN - Ibel (CDU): Wollen Sie auch noch die letzten aus dem Saal verjagen?)

Herr Gerhardt, Sie und der Ministerpräsident Wallmann haben durch eigenmächtige Entscheidungen gegen das Votum von SPD, CDU und GRÜNEN in der Stadt Kassel der "documenta" einen wichtigen Ausstellungsort weggenommen, nämlich die Kasseler Orangerie.

(Boppel (GRÜNE): So ist es, das ist ihr Nordhessenhilfsprogramm!)

Damit entfällt nicht nur der eigentliche Ausstellungsraum, sondern auch die Karlsaue als gestaltbarer Kunst-raum in der Landschaft. Als Ausgleich dafür hat Herr Wallmann Museumsinvestitionen für Kassel versprochen. Leider finden wir dazu im Haushalt jedoch keinen Ansatz. Hier gibt es wirklich Erklärungsbedarf. Deshalb gehe ich davon aus, daß im Jahr 1990 die neue "documenta"-Halle nicht zur Verfügung stehen wird, um die nächste "documenta" für 1992 vorbereiten zu können.

Wir GRÜNEN haben den Verdacht, daß dies Wallmann und Gerhardt sehr gelegen kommt - hört man doch schon länger von den Initiativen im Rhein-Main-Gebiet, Teile des internationalen Kunstparts aus Kassel zu verlegen. Trotz gegenteiliger Beteuerungen Ihrerseits können Sie auf Grund der Haushaltsansätze diesen Bestrebungen nichts entgegensetzen. Wir GRÜNEN wollen die "documenta" für Kassel in vollem Umfang erhalten, ja vielleicht um einen Kunstmarkt und hochkarätige Wechselausstellungen in den Zwischenjahren aufwerten. Das wäre doch eine Aufwertung der Kunstmetropole Kassel.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Das wollen wir nicht nur, wir tun es!)

- Das wäre hervorragend, aber dann sollten Sie auch die Haushaltsansätze einstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Degen (CDU) und Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Das haben wir doch!)

In diesem Sinn verstehen wir unseren Haushaltsantrag.

Nicht viel anders ist Wallmanns und Gerhardts Versprechen für einen Neubau des Gebäudes des Landesmuseums zu bewerten. Auch hierfür gibt es keinen Haushaltsansatz. Deshalb beantragen wir 1 Million DM für Planungskosten.

(Prof. Dr. Hamer (CDU): Mehr nicht?)

Zum nächsten Punkt, der Filmförderung. Im nächsten Jahr soll die wirtschaftliche Filmförderung neu aufgenommen werden. Wir haben nicht grundsätzlich etwas gegen wirtschaftliche Filmförderung neben der kulturellen Filmförderung. Wir haben aber etwas dagegen, wenn nicht geklärt ist - wir warten immer noch auf die Richtlinien des Ministers und auf die Beantwortung einer Großen Anfrage zur hessischen Filmförderung -, wie die wirtschaftliche Filmförderung aussehen soll, vor allem wer über die Gelder entscheiden soll und wie künftig mit der Jury für kulturelle Filmförderung verfahren werden soll. Soll es die noch geben, oder soll die Geldvergabe in das Ministerium zurückgeholt werden? Frau Degen, wie ist es dann mit Ihrem vielbeschworenen Freiraum für die Künste, wenn wieder nur Bürokraten entscheiden, welche Filme künstlerisch wertvoll sind?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben ein neues Film- und Medienhaus in Hessen vorgeschlagen. Das könnte bestehende Ansätze zusammenführen und neue Initialzündungen auslösen. Dort könnten das Filmbüro, die Arbeitsgemeinschaft Doku-

mentarfilm, die Filmtheater usw. einen neuen Sitz finden. Es wäre möglich, dort Werkstätten für Produktion und Schneideräume anzusiedeln, ebenso mit "Taunusfilm" zu kooperieren. Unserer Meinung nach sollte auch der Videobereich einbezogen werden. Es gibt ein immenses Interesse von Gruppen, von Schulen und Medienpädagogen, Räume zu haben, um Filme zu machen und auch Nachwuchs an die Film- und Videokunst heranzuführen. Wir meinen, solch ein Zentrum könnte Hessen als Kulturmetropole stärken.

Ein anderer Punkt ist Breitenau. Wir hatten schon Debatten im Ausschuß, wie es um die Gedenkstätte Breitenau bestellt ist. Wir sind sehr froh, daß es inzwischen einen Vertrag gibt, daß die Akten dort bleiben können und die Gedenkstätte für die nächsten Jahre erhalten bleiben kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Gedenkstätte hat internationales Renommee. Sie ist bildungspolitisch und aus pädagogischen Gründen wichtig; dazu brauche ich keine längeren Ausführungen zu machen. Was wir aber brauchen, ist eine institutionelle Absicherung dieser Gedenkstätte. Wir haben dazu im Ausschuß einen Antrag der SPD-Fraktion beraten, der uns nicht deutlich genug war. Deshalb haben wir jetzt einen Haushaltsantrag für eine künftige institutionelle Förderung gestellt, damit nicht mehr jedes Jahr die Unsicherheit besteht: Gibt es Mittel im Haushalt zur Erhaltung der Gedenkstätte, oder werden sie gestrichen?

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abg. Prof. Breithaupt (SPD))

In dem Zusammenhang ein anderer Punkt. Vor Ort gibt es viele Gruppen, die Spurensicherung betreiben, entweder Jugendliche, Persönlichkeiten oder Geschichtsvereine, die ihre Geschichte aufarbeiten, was vor allem die Zeit des Nationalsozialismus betrifft. Wir halten diese Arbeit für notwendig. Außerhalb der Idee eines Zentralarchivs, finden wir, sollten auch solche Gruppen gefördert werden. Wenn Gruppen solche Aufarbeitungen dokumentieren wollen, wenn sie zum Beispiel Ausstellungen durchführen wollen, sollten sie dafür Zuschüsse des Landes Hessen bekommen. "50 Jahre danach" heißt nicht nur, Reden zu schwingen, sondern heißt auch, Mittel zur Verfügung zu stellen, daß die Geschichte tatsächlich öffentlich wird und daraus gelernt werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letzter Punkt angesichts der Zeit: die Kulturstiftung Hessen. Wir haben für das Gesetz über die Kulturstiftung gestimmt, und wir halten sie auch für notwendig. Aber wir haben große Bedenken anzumelden und Kritik zu üben, wie der Stiftungsrat zusammengesetzt ist. Darin sind altehrwürdige Herren vertreten,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Mit dem "ehrwürdig" wäre ich bei einem vorsichtig! - Kändler (CDU): Das ist ja ehrabschneidend!)

die, so wurde uns gesagt, internationales Renommee im Kulturbereich haben. Wir sind aber der Meinung, es reicht nicht aus, Männer zu berufen, die schon immer irgend etwas mit Kunst zu tun hatten, indem sie Mäzene waren, Spenden und Finanzmittel bereitgestellt haben. Das finden wir alles in Ordnung, und dafür soll die Kulturstiftung auch sein. Aber warum werden in einen solchen Stiftungsrat, der über Kunst zu entscheiden hat, nicht auch junge Künstler berufen?

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Damit die sich selber bedienen?)

- Es geht nicht darum, daß die sich selber bedienen, sondern darum, daß, wenn über Kunst entschieden wird, auch Fachverstand und vor allem Querdenker da sein müssen. Warum entscheiden diejenigen, die Geld geben, auch noch darüber, wofür es verwendet wird?

(Beifall des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Wir werden sehr kritisch betrachten, wie die Arbeit dieser Kulturstiftung weitergeht.

Wir haben einen Haushaltsantrag zur Förderung der Nachwuchskünstler und Künstlerinnen gestellt; denn wir sind der Meinung, daß es nicht nur darum gehen kann, bestimmte Kunstgegenstände renommierter Leute möglichst dann, wenn sie gestorben sind, anzukaufen. Es geht darum, Künstler zu fördern, die auch gegen den Strom schwimmen; denn Kunst muß anstößig sein. Eine solche Förderung wollen wir haben, damit auch Hessen in diesem Punkte zu einer Kulturmetropole wird, die der Wissenschafts- und Kunstminister sonst immer nur verbal beschwört, wohingegen er bisher aber noch nicht viel gezeigt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Das Wort hat Frau Wagner von der F.D.P.-Fraktion.

(Soltwedel (GRÜNE): Ich finde, das Parlament ist zu leer!)

**Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):**

Meine Damen und Herren! Die Schwäche mindestens einer Oppositionsrednerin zeigt sich in einem Beitrag, den ein ehemaliges Kabinettsmitglied in der letzten Woche im Haushaltsausschuß und im Ausschuß für Wissenschaft und Kunst geleistet hat. Dort hat der ehemalige Minister Görlach etwas neidvoll, mit Komplimenten und hoher Anerkennung zugestanden, daß der Einzelplan 15 dieses Landeshaushaltes einen deutlichen Beitrag für die Steigerung der Mittel in den Bereichen Kunst, Wissenschaft und Hochschulen leiste, die er und seine Landesregierung niemals erreicht hätte. Deshalb frage ich Sie, Frau Hinz, angesichts dieser Äußerung, die sich auch in Zahlen belegen läßt - -

(Becker (Gießen) (SPD): Aber nicht in Worten!)

- Ich bin, wie Sie wissen, gelegentlich doch ein friedfertiger Mensch, auch wenn das nicht viele glauben. Aber angesichts einer Rede, die eine Mischung aus Unwahrheit, Verharmlosung und Demagogie darstellt,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Friedfertig sind Sie? Sie haben zehnmal "Sie lügen" gesagt, werte Frau Wagner!)

die einen Eindruck entwickelt hat, der allenfalls dem Bild der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen gerecht wird, aber nicht dem in Hessen, bin ich doch sehr ärgerlich.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Pfliffe von der Zuhörertribüne)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Einen Augenblick bitte, Frau Abgeordnete! Von der Zuschauertribüne dürfen keine Äußerungen gemacht werden! Wer pfeift, geht raus!



(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Jawohl, Herr Innenminister! Wasser marsch!)

**Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):**

Während der gesamte Haushalt eine Steigerungsrate von 2,9 Prozent aufweist, ist der Einzelplan des Ministers für Wissenschaft und Kunst in den Bereichen der Wissenschaft um 5,5 Prozent und im Bereich der Kunstpflege um 9,9 Prozent gestiegen. Insgesamt weist er eine Steigerungsrate von 4,8 Prozent auf. Das heißt, daß diese Landesregierung ihren Schwerpunkt bei dieser Haushaltsberatung eindeutig in diesem Einzelplan sieht, um den Erfordernissen in den Hochschulen, den Erfordernissen in der Forschung und den Erfordernissen bei Kunst und Kultur in besonderer Weise gerecht zu werden. Das ist der Regierungsentwurf. Danach haben die Fraktionen und hat die Landesregierung selbst, auf die Notsituation der Hochschulen eingehend, weitere Sonderprogramme beschlossen.

(Becker (Gießen) (SPD): Jetzt sind Sie aber besonders friedfertig gegenüber der Regierung!)

- Das bin ich, Herr Becker. Sie sollten sich einmal ein Beispiel daran nehmen, wie Frau Breithaupt in außerordentlich fairer Weise begrüßt hat, daß hier eine Verstärkung vorgenommen worden ist, von der sie gesagt hat: Das haben wir nicht erreicht.

(Zuruf der Abg. Prof. Breithaupt (SPD))

Ich finde, wir sollten die Gemeinsamkeit mindestens insoweit wieder einkehren lassen, daß alle Fraktionen - außer Frau Hinz - gesagt haben: Hier ist in der Tat ein Schwerpunkt zu sehen. - Meine Damen und Herren, wir reden nicht nur, wir handeln.

(Becker (Gießen) (SPD): Besonders Herr Mölle- mann!)

Wir haben für Hessen als dem geographischen und politischen Land der Mitte mit diesem Haushalt nicht irgendwelchem Druck, nicht irgendwelchen organisierten Streiksituationen nachgegeben, Frau Hinz, sondern bevor der Streik begann, haben wir auf die Situation, die an den Fachhochschulen seit dem Sommersemester absehbar war, bereits in einem Regierungsentwurf reagiert. Es ist einfach unwahr, wenn Sie behaupten, daß wir Ihren Antrag alternativlos vom Tisch gewischt hätten. Das ist schlichte Unwahrheit, und da bin ich einfach sauer,

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

weil es schon im Ausschuß klar gesagt wurde. Sie wissen das auch noch. Deshalb ist es vorsätzlich und bösar- tig.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜ- NE): Na, na, ich denke, Sie sind friedfertig!)

Jetzt sage ich Ihnen schlicht einmal die Zahlen, und zwar genauso friedfertig wie Sie, Herr Fischer.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie müssen reden! Sie sitzen dauernd da hinten in der Ecke und kreischen herum! Sie haben doch zehnmal der Frau Hinz Lügen vorgeworfen! Sie stellen sich immer hin und sagen, friedfertig wollen Sie sein! Gleichzeitig treten Sie den Leuten an das Schienbein!)

- Ich mache das nur so wie Sie, mein Lieber! Ich habe Ihnen doch schon einmal gesagt, sehr verehrter Herr Fischer: Wenn Sie in der Mitte des Saales jeden Redner in seinem Rederecht stören, dann muß er sich genauso zur

Wehr setzen, wie Sie das hier ankurbeln. Ich halte das für keinen guten Stil.

(Beifall bei der CDU - (Fischer (Frankfurt) (GRÜ- NE): Fassen Sie sich doch einmal an die eigene Nase! Was produzieren Sie denn da hinten an Zwischenrufen: Lüge, Lüge, Lüge!)

Ich sage Ihnen: Was bleibt denn jemandem übrig, der politisch genauso engagiert ist wie Sie?

Herr Präsident, vielleicht darf ich jetzt endlich einmal zu Wort kommen.

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Sie dürfen, Frau Abgeordnete.

**Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):**

Herr Abgeordneter, ich finde es unmöglich, wenn Sie immer provozieren!

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Jetzt provozieren Sie mich gleich wieder zu Zwischenrufen!)

- Ja, das tue ich, aber ich denke, Sie können das auch einmal aushalten, mein Lieber, wenn jemand hier vorne genauso engagiert redet wie Sie!

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Dann beschweren Sie sich nicht beim Präsidenten! Ich halte mehr aus, als Sie glauben, sonst wäre ich schon längst rausgegangen!)

Meine Damen und Herren, bei der sogenannten Überlast, die ich in der Tat sprachlich und politisch für eine falsche Bezeichnung halte - bei den Mitteln, die insgesamt zur Verfügung stehen müssen, um den erhöhten Studentenzahlen an den Hochschulen gerecht zu werden -, ist schon im Regierungsentwurf eine Steigerung enthalten, die wir noch einmal verstärkt haben. Ich darf nur drei Zahlen nennen. Im Regierungsentwurf sind 160 neue Stellen.

(Beifall bei der CDU)

Im Fachhochschulprogramm sind 25 neue Stellen. Das Bundesprogramm wird für Hessen - und das ist beschlossen - 50 neue Stellen bringen. Ich denke, daß der Minister das noch einmal bestätigen kann.

(Zuruf der Abg. Hinz (GRÜNE))

Diese Summe, Frau Hinz, 160 plus 25 plus 50 Stellen, ist mehr, als SPD und GRÜNE zusammen in diesem Haushalt beantragt haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Situation. Liebe Frau Breithaupt, lassen Sie sich doch bitte einmal fragen, ob es richtig ist, daß die "Frankfurter Rundschau" vom 17. November berichtet hat, daß im Gegensatz zu Hessen alle sozialdemokratisch regierten Länder keine einzige neue Stelle beschließen, Nordrhein-Westfalen sogar 456 Stellen streicht.

(Lenz (Frankfurt) (CDU): Hört, hört!)

In Bayern, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, in allen anderen Ländern in Fachhochschulbereichen wie Informatik, Maschinenbau, Elektrotechnik, in den entscheidenden Fächern, für die sich junge Leute endlich marktgerecht als Studiengang entscheiden, sind die Sozialdemokraten für einen Numerus clausus und zwingen das Land Hessen, in doppelter Hinsicht eine Belastung zu tragen: erstens durch einen Nachtragshaushalt zum Länderfinanzausgleich.

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Frau Abg. Wagner - -

**Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):**

Lassen Sie mich den Satz noch zu Ende sprechen, dann kann eine Zwischenfrage gestellt werden.

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Ich bemühe mich!

**Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):**

Man muß vielleicht einmal zwei Sätze zu Ende führen dürfen.

(Lachen des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

1,3 Milliarden Mark - das ist doppelt soviel wie vor zwei Jahren, liebe Frau Breithaupt - zahlen wir in den Länderfinanzausgleich. Mit diesem hessischen Geld wird der Stellenabbau der Hochschulen in den sozialdemokratischen Ländern bezahlt. Zweitens sind wir auch noch diejenigen, die die Studenten aus anderen Bundesländern wegen des Numerus clausus mit einer Überlast in Hessen zu finanzieren haben.

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Frau Abg. Wagner, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):**

Gerne! - Diesen doppelten Salto

(Lachen bei den GRÜNEN und bei der SPD)

müssen Sie doch erst gegenüber Ihren Sozialdemokraten verantworten und sagen, wie Sie den im Hessischen Landtag bewältigen wollen. - Jetzt können Sie bitte fragen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Ich bin Ihnen sehr zu Dank verbunden. - Frau Breithaupt, bitte sehr!

**Prof. Breithaupt (SPD):**

Frau Wagner! Ich wäre gerne bereit, Sie auch an dieser Stelle noch einmal ungeheuer zu loben. Ich möchte aber gerne wissen: Wie kommen Sie denn dazu, dem Haus mitzuteilen, vom Bund werde es 58 Stellen geben, es aber in Ihrem Antrag nicht auf die Einnahmeseite zu schreiben? Wir können das nicht riechen. Sie scheinen das nicht recht zu glauben, sonst würden Sie es wohl hineinschreiben.

**Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):**

Sehr geehrte Frau Breithaupt, Ihnen traue ich wirklich zu, daß Sie erstens wissen, wie die verfassungsrechtliche Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern ist. Die Länder, und zwar alle, egal wie sie politisch geführt sind, sind zunächst einmal selbständig für die Stellen in der Lehre zuständig. Der Bund hat dafür keine Kompetenz.

(Prof. Breithaupt (SPD): Richtig!)

Das heißt, daß alle Stellen, die uns der Bund in einem Bundesprogramm zur Verfügung stellen kann, in direktem oder indirektem Zusammenhang mit Forschung

stehen müssen. Damit bekommt man natürlich Entlastung in der Lehre.

Zweitens müssen Sie uns schön zugestehen - das war früher bei Ihnen auch so -, daß wir als Koalitionsfraktionen mit dem Bundesminister einen etwas intensiveren Kommunikationsstrang haben als Sie. Es gibt einen Bundeskabinettsbeschuß vom 17. November, daß das Programm aufgelegt wird. Ich nehme an, daß der Minister auf Grund der Beratungen gestern abend - wie Sie wissen, sind die Anträge mindestens von vorgestern - sagen kann, wie der Stand ist. Weil wir ein wenig voraussehend sind, haben wir wenigstens mit einem Leertitel die haushaltstechnischen Vorbereitungen getroffen, in den in den nächsten Tagen die Zahl eingeschrieben werden kann. Wenn Frau Rüdiger vor Jahren zusammen mit den hervorragenden GRÜNEN, die sich jetzt für die "Legehennen" in den Hochschulen einsetzen, getan hätte, was wir heute tun, dann hätten wir diese Situation nicht.

(Zuruf der Abg. Hinz (GRÜNE))

- Liebe Frau Hinz, wer hat denn die kw-Stellen eingeführt? Das waren doch Sie. Sie haben die Legehennensituation mit kw-Stellen eingeführt.

(Boppel (GRÜNE): Das stimmt gar nicht! - Degen (CDU): Doch, das stimmt!)

Heute stellen Sie sich hierhin und wollen die Hochschulen zum Streik auffordern. Hinterher sagen Sie, der Streik habe bewirkt, daß diese blöde Regierung aus CDU und F.D.P. auch noch etwas tut.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie sind heute aber friedfertig! - Weitere lebhaftere Zurufe - Glockenzeichen des Präsidenten)

Das haben Sie vorgetragen. Herr Fischer, das ist ein seichter Aufguß des Augstein-Artikels vom Montag dieser Woche im "Spiegel". Damit macht man aber keine Politik. Wir handeln und reden nicht nur.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Prof. Breithaupt (SPD): Frau Wagner, auch Sie haben eine Geschichte!)

Jetzt komme ich zu Kunst und Kultur.

(Boppel (GRÜNE): Jetzt wird der Fettstuhl gefeiert!)

- So ist es. Wenn Herr Fischer so viel Humor hätte und Kultur dazu, was er nicht hat, hätte er vor zwei Jahren einen Holzstuhl, den ich und Herr Weghorn ihm zu seinem Amtsantritt überreichen wollten, angenommen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ich war nicht mehr da, als Sie in den Saal kamen!)

Ich hätte mich so gefreut, wenn er in einer Performance in der Lobby dieses Hauses den damals noch lebenden Beuys dazu gebracht hätte, ihm einen solchen Stuhl auch noch künstlerisch ästhetisch mit Fett zu garnieren. Dazu war er nicht in der Lage, soviel Distanz hatte er nicht zu sich selbst.

Im Gegensatz zu Ihnen, die Sie keine Traute zu so etwas haben, werden wir den Mut haben, mit Hilfe der Mittel, die wir in die Kulturstiftung einsetzen, den Beuys-Block, der von internationalem Rang ist, in Hessen zu halten.

Der damalige Kultusminister Krollmann hat bei der Einweihung des Ströhermuseums gesagt, er wollte eine "unaufwendige Einweihung". Das ist der Unterschied dieser Regierung gegenüber der alten: Wir werden dafür sorgen, daß die Künste in Hessen leben und blühen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Demonstrativer Beifall des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Sie haben dafür gesorgt, daß sie sich in Depots verstecken mußten. Das ist der Unterschied!

(Boppel (GRÜNE): Es lebe und blühe die Scheckbuchkultur!)

Während Sie gemeint haben, mit Initiativen, die in ihrer Konzeption noch nicht vorbereitet waren, Kunstpolitik zu machen, und die traditionellen Bereiche von Kunst und Kultur vernachlässigt haben, haben wir heute zunächst einmal einen unglaublichen Nachholbedarf befriedigen müssen.

Die Musikschulen werden in Hessen zu 64 Prozent von den Eltern finanziert. Die Darmstädter Landesbibliothek hat zum Beispiel Buchbestände, die seit der Brandnacht 1946 von keiner menschlichen Hand mehr berührt wurden, weil die Gelder für die Restaurierung fehlten. Sie haben das Stadttheater in Gießen und das Schauspiel in Marburg verhungern lassen. Sie haben überhaupt nichts für regionale Kulturinitiativen getan, während in anderen Bundesländern ein Zusammenhang zwischen Fremdenverkehr, Kunst und Kultur entstanden ist. Wer hat diese Idee zuerst gehabt? Damals hat das zum Beispiel Nordrhein-Westfalen in Recklinghausen versucht. Das haben Herr Späth in Stuttgart und die Bayern in vielen Regionen Bayerns versucht. Wir holen etwas in einem Feld nach, in dem wir uns in einem hoffnungslosen Rückstand befinden, der uns unglaublich viel Geld kosten wird.

Das kann aber nicht nur mit Geld geschehen, sondern auch mit einer vorausschauenden Planung, mit Initiativen und Phantasie. Deshalb, liebe Frau Hinz, ist es nicht entscheidend - vielleicht muß man den Haushaltsplan besser lesen -, ob 1 Million DM für einen Hallenanbau, der für die "documenta" wichtig ist, im Haushalt stehen. Es bedurfte der Ideen und des Verhandlungsgeschicks von Dr. Gerhardt, um den gordischen Knoten in Kassel zu zerreißen,

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Jubel!)

in den sich - Sie bestätigen es - die alte Landesregierung und SPD und GRÜNE in Kassel verstrickt hatten, so daß weder etwas für die "documenta" noch für die Museen getan wurde.

(Holzapfel (SPD): Das glaubst du doch selbst nicht!)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Frau Wagner, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):**

Nein, ich habe leider zu wenig Zeit!

Meine Damen und Herren, wir haben einen Ansatz entwickelt, der eine neue Sicht der Vernetzung künstlerischer Initiativen, wirtschaftlicher Entwicklung und handwerklichen Könnens darstellt. Das geschah mit der Gründung des Design-Zentrums in Darmstadt, in dem mittlerweile sämtliche Industrie- und Handelskammern, alle Handwerkskammern, die Technische Hochschule, die Fachhochschule und das Institut für neue technische Form vertreten sind.

Mit so etwas, was sich überhaupt nicht in großen Beträgen ausdrückt, sondern in neuen Ideen und dem Zusammen-

wirken von bisher als getrennt angesehenen Bereichen, kommt Bewegung in die Kunst- und Kulturpolitik. Hier werden Initiativen realisiert, die bisher nur in anderen Bundesländern oder über die Bundesrepublik hinaus zu wichtigen Entwicklungen beigetragen haben. Wenn das Thema Design in Italien und Japan eine so große Bedeutung hat, so gilt das nicht nur für Kunst und Kultur, sondern für die Entwicklung ganzer Industrie- und Handwerksbranchen. Es ist außerordentlich wichtig, daß wir auch in Hessen Kunst und Handwerk zum Design zusammenführen. Das ist eine gute Idee, die seit Jahren wegen des Denkverbots nicht verwirklicht werden konnte, das sich Sozialdemokraten und GRÜNE in diesem Bereich auferlegt haben.

Vor Jahren haben wir einen Museumsentwicklungsplan verabschiedet, in dem drei große Defizite angesprochen waren: die räumliche Situation, das Personal und die Berater sowie die Ausstattung. Mit der Museumskonzeption in Kassel, mit dem Anbau in Darmstadt, mit den großen Museen in Frankfurt und den Plänen für Wiesbaden - hier muß dringend etwas geschehen -

(Beifall der Abg. Degen (CDU))

haben wir für die räumliche Situation einen Durchbruch erzielt. Wenn in der Landeshauptstadt Wiesbaden die Stadt - diese fordere ich hiermit ausdrücklich auf - und das Land sich an einen Tisch setzen und ein Gesamtkonzept entwickeln, in dem deutlich wird, daß die Stadt, die bisher überhaupt kein Stadt- oder Regionalmuseum hat, sich zusammen mit dem Land darum kümmert, ist es außerordentlich wichtig, daß die nassauischen Altertümer, die in diese Region hineingehören, einen hervorragenden Platz bekommen.

(Beifall der Abg. Degen (CDU))

In einem verbundenen Konzept für die Situation der Ausstellungshallen, die jetzt für die große Ausstellung "1.000 Jahre russische Kunst" notdürftig hergerichtet worden sind, wird in Zukunft die Chance gegeben, auch in Wiesbaden neben dem Theater überhaupt erst die Kunst zur Geltung kommen zu lassen.

Wir haben weiteren Nachholbedarf bei den Museumsberatern. Das wird in den nächsten Haushaltsjahren behoben werden. Wir brauchen diese Berater dringend. Zwei Berater reichen auf Dauer nicht, um die konzeptionelle Erarbeitung der Präsentation der regionalen Museen, der kleinen Heimatmuseen und Heimatstuben zu verbessern.

Wir brauchen die Zusammenarbeit mit anderen kulturellen Initiativen.

Lassen Sie mich zum Thema Filmförderung noch etwas sagen. Frau Breithaupt, wir haben wegen der Abwicklungsprobleme, die bei Filmherstellung, Filmverleih und Filmproduktionen auftreten, Haushaltsprobleme gehabt, seitdem es diesen Titel überhaupt gab. Ich habe damals immer gesagt: Wenn die Richtlinien nicht klar sind, dann ist es falsch, eine so hohe Summe in den Haushalt einzustellen.

Wir haben aber in diesem Jahr erreicht, daß in der Soll-Zahl der Abwicklung des Haushalts 1988 eben nicht die 1,0 Millionen DM ausgezahlt worden sind, sondern alle Haushaltsrechte der letzten Jahre tatsächlich abgewickelt wurden, so daß wir in der Ausgabensituation in diesem Jahr schon mehr für Filmförderung ausgeben als jemals zuvor in Hessen. Wir haben im Soll 1,3 Millionen DM ausgegeben und nicht - wie im Ist-Stand - 1,0 Millionen DM.

Wir werden aufstocken. Ich halte es für richtig, daß wir eine Infrastruktur schaffen mit der Förderung von Kopien alter Repertoire-Filme, die es erlaubt, daß in den Orten unter 25.000 Einwohnern zunächst einmal wieder eine Chance geschaffen wird, die das Kino überhaupt erhält. Darauf muß kulturelle Filmförderung aufbauen.

Ich bin ziemlich sicher, daß auf Grund der Gespräche, die ich mit den Wirtschaftsverbänden und mit den an Filmförderung interessierten Gruppen geführt habe, eine Konzeption gefunden wird, die beidem gerecht wird: mittels Kopienförderung, mittels konkreter Projektförderung mit Kinopreisen und einem hessischen Filmpreis zunächst einmal die Filmlandschaft, die Kinolandschaft überhaupt erst wieder auf lebendigere Beine zu stellen und dann eine verbesserte kulturelle Förderung fortzusetzen.

(Prof. Breithaupt (SPD): Das läuft unter dem Stichwort Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Oder wie verstehe ich das?)

- Ja, richtig. Wieso? Warum?

(Lachen bei der SPD)

Sind 1,7 Millionen DM nicht mehr als 1,3 Millionen DM? Oder kann ich nicht mehr rechnen?

(Zuruf des Abg. Holzapfel (SPD))

- Ja, aber manchmal ist Mathematik ganz hilfreich, auch wenn sie in die politische Argumentation nicht hineinpaßt.

Ich darf zum Bereich der Musikschulen folgendes sagen: Wir haben einen Anmeldestau beim Verband der Musikschulen von über 20 Schulen, die aufgenommen werden wollen, die in ihrer Arbeit in der Tat einen Beitrag zur kulturellen Förderung unserer Jugend liefern, der anders ist als der der Schulen, weil hier die musikalische Grundausbildung gemacht wird, die die Schule gar nicht leisten kann und von ihrem Ansatz her auch nicht leisten will.

Wenn wir mit dem Antrag, den wir einbringen, die Zuschüsse für die privaten Musikschulen auf 1,25 Millionen DM erhöhen, so ist das eine Verdoppelung gegenüber den Ansätzen von vor zwei Jahren. Ich halte das für außerordentlich wichtig und gut. Ich sage hier in aller Öffentlichkeit und Klarheit: Ich lehne die Petition für ein Musikschulgesetz ab, die der Verband der Musikschulen eingereicht hat. Ich halte es für falsch - Herr Starzacher sieht das genauso -, daß wir mittels neuer Gesetze Gängelungen schaffen, anstatt die Musikschulen zu fördern. Ich bin der Meinung, daß wir die Haushaltsansätze in den nächsten Jahren konsequent erhöhen müssen und keine gesetzlichen Regelungen für diesen Bereich brauchen.

(Becker (Gießen) (SPD): Einspruch! - Starzacher (SPD): Es nützt nichts, wenn das Geld, das erforderlich ist, nicht vorhanden ist!)

- Richtig. Da sind wir uns einig. Der Meinung bin ich auch. Deshalb, Herr Starzacher, haben wir im Gegensatz zu Ihnen einen Antrag eingebracht, die Mittel zu erhöhen. Sie haben keine Anträge gestellt. Das finde ich schon sehr bemerkenswert.

(Becker (Gießen) (SPD): Wir haben uns auf Sie verlassen!)

- Sie haben sich auf mich verlassen. Wunderbar, das ist ja ein Kompliment.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß noch einmal sagen: In diesem Haushalt wird deutlich, daß schon bei der Aufstellung dieses Regierungsentwurfes ein deutlicher Schwerpunkt auf Wissenschaft, Forschung und Kunst gesetzt wurde, daß mit den Änderungs- und Ergänzungsanträgen der Fraktionen noch einmal gezielt Kunstinitiativen und Institutionen gefördert werden und daß mit dem Sonderprogramm für die Fachhochschulen und den Komplementärmitteln des Landes für das Bundesprogramm eine Situation in diesem Haushalt erreicht ist, die kein anderes Bundesland - auch nicht CDU- und F.D.P.-geführte andere Bundesländer - erreicht hat. Ich sage Ihnen offen: Darauf sind meine Fraktion und die Fraktion der CDU stolz.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Das Wort hat Herr Abg. Hamer für die CDU.

**Prof. Dr. Hamer (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut und angemessen, daß im Rahmen der heutigen Haushaltsdiskussion zum Einzelplan 15 des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst das Thema der Hochschulpolitik so breit erörtert wird. Ich möchte deshalb die ganz wenigen Minuten, die noch zur Verfügung stehen, wenigstens noch einmal für dieses Thema nutzen. Wer die Situation an den hessischen Hochschulen derzeit miterleben will, der sollte sich einmal dorthin begeben. Es ist in der Tat so, daß heute in verschiedenen Bereichen von einem ordnungsgemäßen Studienbetrieb leider nicht mehr gesprochen werden kann.

Die Hessische Regierung ist angetreten, dies nach Möglichkeit zu ändern. Wir sind keine Phantasten. Wir haben keinen Zauberstab, aber wir tun das, was möglich ist.

Meine Damen und Herren, wenn die SPD durch die verehrte Kollegin Breithaupt heute den Wunsch und den Eindruck vermittelt, wir sollten doch die Vergangenheit beiseite schieben und jetzt gemeinsam Anstrengungen unternehmen, dann stimme ich Ihnen insofern zu, als Sie sicherlich den 5. April 1987 als den Wendepunkt für einen Neuanfang ansehen. Völlig einverstanden, Frau Breithaupt!

Nur, 42 Jahre SPD-Kulturpolitik und -Hochschulpolitik können wir nicht in wenigen Monaten aufarbeiten. Das bitte ich auch einmal zur Kenntnis zu nehmen, wenn wir heute sachgerecht über das Thema Hochschulpolitik sprechen wollen.

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Prof. Dr. Hamer (CDU):**

Nein. Ich bitte um Verständnis wegen der Kürze der Zeit. - Hessen will nicht die Hochschulen dichtmachen, so wie es Nordrhein-Westfalen und andere SPD-regierte Länder mit den Zulassungsbeschränkungen tun. So kann man das Problem nicht lösen. Wir wollen nach Möglichkeit keine Zulassungsbeschränkungen. In Nordrhein-Westfalen kreist über dem früheren Wunsch-Kanzlerkandidaten Rau der Pleitegeier. In Hessen geht es aufwärts. In Hessen ist die Wirtschaft wieder angekurbelt. Wir haben die Möglichkeit, endlich wieder Programme auf den Weg zu bringen, die Sie unterlassen haben.

Wenn wir kürzlich dem Antrag der rot-grünen Opposition mit einem 10-Millionen-DM-Programm nicht ohne weiteres zugestimmt haben, dann hatten wir unsere guten Gründe. Wir haben jetzt ein 30-Millionen-DM-Programm auf den Weg gebracht, 15,6 Millionen und 14,6 Millionen DM. Das ist die Realität. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben ein Mehrfaches jetzt auf den Weg gebracht. Ich möchte ausdrücklich Herrn Wissenschaftsminister Gerhardt und auch dem Herrn Finanzminister danken, daß sie dieses Programm fördern, unterstützen und mittragen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das sind enorme Leistungen, die das Land Hessen beispielhaft in der Bundesrepublik auf den Weg bringt.

Wenn wir heute auch noch die Frage stellen: "Wie konnte es überhaupt zu dieser Situation kommen?", und wenn wir eine entsprechende Therapie finden wollen, dann müssen wir auch nach den Ursachen fragen. Wir haben seitens der CDU in den letzten 15 Jahren immer wieder klar und deutlich gesagt: Fördert und baut die Fachbereiche an den hessischen Hochschulen aus, die Zukunft haben, die technischen Fachbereiche, die Wirtschaftsfachbereiche. - Sie von der SPD haben in erster Linie das Gegenteil gemacht. Sie haben die gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereiche, die sozialwissenschaftlichen Fachbereiche ausgebaut.

Ich möchte Ihnen dazu nur ein einziges Beispiel nennen, das symptomatisch für alles ist. An der Frankfurter Fachhochschule gibt es zwei sozialwissenschaftliche Fachbereiche mit etwa 1.500 Studenten und - sage und schreibe - 70 Professorenstellen. In der Nachbarschaft gibt es den noch etwas größeren Fachbereich Wirtschaft mit über 1.500 Studenten und - sage und schreibe - nur 31 Professorenstellen.

Meine Damen und Herren, diese Zahl spricht für sich. Hier sind falsche Weichenstellungen vorgenommen worden. Wir treten jetzt an, diese zu korrigieren.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Gerhardt.

**Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich sehr für die anregende Kritik aus den Reihen der Opposition und für die freundliche und deutliche Unterstützung der Fraktionen von CDU und F.D.P. für einen massiven Einstieg des Landes Hessen in den Versuch, bei hohen Studentenzahlen an Universitäten und Fachhochschulen als einziges Bundesland noch die größte Offenhaltepolitik machen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, einige Mißverständnisse, die vermeidbar gewesen wären, wenn manche Debattenredner der Opposition den Haushalt richtig gelesen hätten, aufzuklären.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Wir haben eine große Zahlenentwicklung. Es ist unbestritten, daß es die Studentinnen und Studenten an den Universitäten und Fachhochschulen mit räumlichen Problemen zu tun haben, daß die Prognosesicherheit weder bei der Opposition noch bei der Landesregierung vorhanden war und diese Zahlen nicht erwartet wurden. Wir wissen, daß wir bei den Universitäten eine unglaubliche Zahl bewältigen müssen und daß wir bei den Fachhochschulen in eine ganz schwierige Situation gekommen sind.

Meine Damen und Herren, aber niemand - auch nicht die heutige Opposition und frühere Regierung - hat in seiner Prognose die Tatsache berücksichtigt, daß wir heute 30 Prozent der Hochschulzugangsberechtigten in das Fachhochschulsystem bekommen. Wenn Sie das berücksichtigt hätten, hätten die kw-Vermerke in dieser Größenordnung für diese Legislaturperiode nicht stehen dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Es dient nur dem politischen Schlagabtausch, wenn man hier als Opposition ausschließlich die Berichterstattung des "Spiegel" vorträgt.

(Zurufe von der SPD)

- Die Lage ist bekannt, aber mit welchem Konzept begegnet man ihr?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Wir haben in dem hessischen Hochschulsystem große Steigerungsraten. Wir haben die großen Verteilungsstudiengänge Elektrotechnik mit 18,2 Prozent, Informatik mit 35,3 Prozent und Maschinenbau mit 10,8 Prozent Steigerung. Wir haben noch stärker betroffene singuläre Studiengänge wie Chemische Technologie mit 26 Prozent, Kunststofftechnik mit 59 Prozent, Energie- und Wärmetechnik mit 34 Prozent und Physikalische Technik mit 89 Prozent Steigerung.

Aber warum haben wir das in Hessen? Weil wir umgeben sind von Bundesländern, die es sich meistens bequem gemacht haben. Sie haben ihre Fachhochschulsysteme mit örtlichen NCs abgeschottet, und sie unternehmen nicht die vergleichbaren Anstrengungen, die die hessische Regierungskoalition im Offenhalten unternimmt. Das ist die schlichte Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Während in den Nachbarländern fast alle Fachhochschulstudiengänge zulassungsbeschränkt sind, besteht etwa im Studiengang Informatik nur noch in Hessen eine Studienplatzgarantie. Andere Bundesländer, Bayern, überwiegend Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, haben diesen Studiengang beschränkt.

Hessen ist das Bundesland, das auch zu Beginn dieses Wintersemesters die umfangreichste Studienplatzgarantie bieten kann, und zwar vor allem in den Studiengängen, in denen attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen. Wir wollen keine Verdrängung von Studienbewerbern in andere Studiengänge mit geringen oder schlechten Berufsaussichten.

Nun möchte ich der sozialdemokratischen Opposition doch einige Anregungen zum Nachdenken und zu weiteren Aktivitäten in den nächsten Wochen geben. Sowohl in der Kultusministerkonferenz als auch in der Minister-

präsidentenkonferenz habe ich mich für Hessen gegen Zulassungsbeschränkungen ausgesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

In die Beschlußfassung der Ministerpräsidentenkonferenz ist auf meine Anregung hin eine ursprünglich als Protokollnotiz auf Wunsch sozialdemokratisch regierter Länder vorgesehene Bemerkung, daß die Länder Überlastanstrengungen machen müßten, überhaupt erst eingegangen.

Allerdings haben die Länder Hamburg, Bremen und das Saarland, nachdem ich den Antrag gestellt hatte und der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen mir dabei zustimmte, dann zu Protokoll erklärt, daß sie keine Möglichkeit hätten, zusätzliche Mittel bereitzustellen, und auch in dem Beschluß kein Präjudiz für das beim Bundesverwaltungsgericht anhängige Verfahren sähen. Da ging es um die Verhängung des NC bei Betriebswirtschaftslehre. Mit einer solchen Politik kann man in Hessen natürlich eine bedrängende Situation herstellen.

Ich fordere von hier aus vor allem sozialdemokratisch regierte Bundesländer auf, mit uns in eine Offenhaltungspolitik zu gehen

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

und Abstand zu nehmen von einer NC-Politik. Ich sage das deshalb, weil ich bisher der Auffassung war, daß die Zukunftsinvestition Wissenschaftspolitik unbestritten auf sozialdemokratischer Seite war. Wo haben denn Länder wie das Saarland, wie Bremen, wie Hamburg und wie Nordrhein-Westfalen im strukturellen Wandel unserer Gesellschaft eine Zukunft, wenn sie nicht dieses Feld mit investiven Maßnahmen versehen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Ich fasse das an hessischer Leistung einmal zusammen.

Erstens. Wir haben die zentralen Forschungsförderungsmittel auf 15 Millionen DM erhöht. Wir werden dieses Programm in dieser Legislaturperiode so fortsetzen. Dabei ist es uns gelungen, vier neue Sonderforschungsbereiche nach Hessen zu bekommen. Wir haben vier Graduiertenkollegs in Hessen für den wissenschaftlichen Nachwuchs eingerichtet.

Das Haus für Graphische Datenverarbeitung ist in Darmstadt eingerichtet worden. Das Land Hessen ist Gesellschafter der Gesellschaft für Mathematik in Darmstadt geworden. Wir haben das Institut für Solare Energieversorgungstechnik gegründet. Wir haben die Aids-Forschung im Grundlagenforschungsbereich am Georg-Speyer-Haus finanziert. Wir sind in das Design-Zentrum eingestiegen. Wir planen für Mittelhessen ein Institut in Zusammenarbeit mit der optischen Industrie als Beitrag für eine hessische Regionalpolitik, die eben nicht nur auf große öffentliche Fördermaßnahmen und auf regionale Fördergebiete setzt, sondern die in diesem innovativen Bereich, auch in den vergleichsweise schwächeren Regionen im Vergleich zum Ballungsgebiet, Mittel-, Ost- und Nordhessen, dennoch an die Stärken dieser Regionen anknüpft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Solare Energieversorgungstechnik in Nordhessen und Zusammenarbeit im Verbundprojekt mit der optischen Industrie, die eine Stärke Mittelhessens ist, an den Hochschulstandorten in Mittelhessen - das ist neue Strukturpolitik für die Hessische Landesregierung. Es mögen das Saarland, Nordrhein-Westfalen und Bremen die alte Strukturpolitik fortsetzen, auch wenn der Strukturfonds, den der Bund auf Druck bei der Steuerreformdebatte aufgelegt hat, dies finanziert. Ein Land hat nur eine Zukunft, wenn es diesen Weg der innovativen Strukturpolitik geht, wie ihn auch der Einzelplan, den ich zu vertreten habe, vorsieht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Zweitens. Bisher war es nur begrenzt möglich, Personalkosten aus den zentralen Mitteln zu decken, auch in der früheren rot-grünen Koalition. Wir haben das beseitigt. Das hat die Förderung geisteswissenschaftlicher Vorhaben stark behindert, weil geisteswissenschaftliche Vorhaben nicht von dem naturwissenschaftlichen Gerät abhängen, sondern von Hilfskraftzuarbeit und von Bibliotheksmitteln. Diese Einschränkung entfällt im Haushalt 1989, wenn er so verabschiedet wird.

Drittens. Wir haben ein Sonderprogramm für wissenschaftliche Bibliotheken aufgelegt. Die Studentenzahlen sind auch von 1984 bis 1987 gestiegen, als andere hier die Verantwortung hatten. Warum hat man denn damals für die Bibliotheksgrundausstattung keine Vorbereitungen getroffen, wir wir sie vorgenommen haben?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Viertens. Alle Stellenstreichungen, die nach den früheren falschen Prognosen auf den Universitäten in diesen Jahren lasteten, haben wir beseitigt, und die Stellen, die im vergangenen Jahr als "kw" in Abgang gingen, sind wieder eingestellt. Es folgten keine Stellenstreichungen an einer hessischen Hochschule.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Ich bin der Auffassung, daß Vertreterinnen und Vertreter der Sozialdemokraten und der GRÜNEN dann auch an den Universitäten sagen sollten, daß die Landesregierung das tut. Es muß in Hessen kein Transparent gegen Stellenstreichungen gehoben werden. Diese sollten mit dem Güterwaggon nach Nordrhein-Westfalen oder anderswohin transportiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Die Gesamthochschule Kassel erhält 25 Stellen zum stetigen Ausbau. Sie hat niemals in den letzten Jahren immer 30 Stellen erhalten. Prüfen Sie das bitte nach!

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Ja!)

Die Technische Hochschule Darmstadt erhält 10 Stellen für Materialwissenschaften. Die Fachhochschulen erhalten jetzt insgesamt 37 Stellen für die Verbesserung der Infrastruktur. Die Infrastruktur der Fachhochschulen in Hessen ist schlecht. Sie war auch unter der früheren Regierung schlecht. Die Zahlen sind auch unter der früheren Regierung gestiegen. Weshalb hat man sich denn da nicht für die Fachhochschulen engagiert, wie wir es tun?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir geben dem Klinikum Marburg, Herr Kollege Schnabel, 18 Millionen DM zur Verlustabdeckung, die sich Ihre Regierung seit 1985 hätte einmal vornehmen können. Hinzu kommen 16 Stellen wegen der neuen Arbeitszeitregelung

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

und weitere 9 Stellen für die Verbesserung des ärztlichen Dienstes. Wir haben dort eine Last zu bewältigen, die auch die frühere Regierung - sie ist nämlich 1984/85 schon eingetreten - hätte klären können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich hätte es auch lieber gesehen, wenn mir diese 18 Millionen DM heute noch für weitere Hochschulmaßnahmen zur Verfügung stünden.

Diese Landesregierung hat Ihnen einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der zum erstenmal seit Jahren eine reale Steigerung der klassischen Titelgruppe 71, der Mittel für Forschung und Lehre, um 6 Prozent, um 4,8 Millionen DM auf 85,5 Millionen DM, vorsieht. Diese Titelgruppe kann auch durch Drittmittel verstärkt werden.

Ich verschweige nichts, wenn ich hier sage, daß mir die Präsidenten der Hochschulen dafür besonders herzlich gedankt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Wir haben der Studentenschaft ein Angebot gemacht. Die Mittel zur Beschäftigung von wissenschaftlichen Hilfskräften und Tutoren sind im ersten Haushaltsentwurf, den diese Koalition vorgelegt hat, schon einmal um 1,2 Millionen DM gesteigert worden; sie steigen jetzt noch einmal um 2,2 Millionen DM - das sind 9 Prozent - auf 26,6 Millionen DM.

Meine Damen und Herren von der Opposition, nennen Sie mir ein Bundesland, das diese Steigerung als Angebot an die Studentenschaft macht! Es gibt keines.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben dann die Zusatzlastmittel um 4 Millionen DM auf 13,9 Millionen DM aufgestockt. Dies haben Frau Degen und Frau Wagner genannt; Frau Breithaupt hat das auch anerkannt. Ich erlaube mir nur die Bemerkung: Als ich mein Amt antrat, waren die Studentenzahlen auch nicht geringer geworden; da hatte die rot-grüne Koalition die Zusatzlastmittel von 12 Millionen DM auf 9,6 Millionen DM gekürzt. Was war denn das für eine Hochschulpolitik?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es gehört durchaus auch zu einer Haushaltsdebatte, zwar die Vergangenheit nicht aufzurechnen, aber sehr maßvoll mit einer Regierung dann umzugehen, wenn sie diesen kraftanstrengenden Einstieg unternimmt und man selbst früher einiges mitzuverantworten hatte. Diese Bemerkung richte ich jetzt als Vorwurf an die Landtagsfraktion der GRÜNEN. Es ist ungläubwürdig, die Anstrengungen der Regierung nicht zur Kenntnis zu nehmen und sie zu kritisieren, wenn man selbst in der Regierungsverantwortung die Zusatzlast zurückgefahren hat. Wir haben in die klassischen Kapitel der Fachhochschulen die Verstärkung der Lehrauftragsmittel überhaupt erst wieder eingearbeitet, um den Fachhochschulen eine Basis zu geben, die damals schwach ausgestattet waren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN haben nur eine Chance, ihre Polemik loszulassen, wenn sie darauf verzichten, sich im Haushalt sachkundig zu machen. Das schadet aber der Glaubwürdigkeit von Politik. Sie können gern mehr fordern als wir; aber Sie können nicht einfach diese Kraftanstrengung negieren und so tun, als geschähe nichts.

Ich darf eine aufklärende Bemerkung machen, Frau Kollegin Hinz.

(Zuruf der Abg. Hinz (GRÜNE))

Wenn Sie es nicht verstanden haben, wofür die 15,65 Millionen DM im Haushalt verwandt werden sollen, dann dürfen Sie daraus nicht den Vorwurf ableiten, wir täten nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Diese 15,65 Millionen DM für ein Überlastprogramm sind für die beiden Haushalte eingestellt. Eine Baumaßnahme, die ich im nächsten Jahr beim Studentenwohnheimbau beginne, wird im nächsten Jahr nicht fertig; deshalb müssen wir die weiteren Mittel für 1990 vorsehen.

(Degen (CDU): So ist das!)

Das ergibt zum Beispiel ein 14,2-Millionen-DM-Programm für Neubau und Mietzuschüsse. Aber diese Millionen werden im Haushalt 1990 wirksam, weil die Neubaumaßnahmen erst dann zum Abschluß kommen.

Was die Bundesregierung und Herrn Möllemann betrifft, so rege ich jetzt an, daß mir die Opposition aus Hessen in den Ländern behilflich sein möge, die sozialdemokratisch regiert sind. Es ist ein Treffen mit dem Bundeskanzler am 15. Dezember verabredet. Als Präsident der Kultusministerkonferenz habe ich dieses mit angeregt und mich heftig dafür eingesetzt, weil ich will, daß die Ministerpräsidenten der Länder mit dem Bundeskanzler eine neue Feststellung zur Offenhaltepolitik treffen.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Hamer (CDU))

An Hessen scheitert es nicht, wenn der Bund ein Überlastprogramm anbietet. Hessen ist bisher das einzige Land, das seine Komplementärmittel im Haushalt eingestellt hat. Ich wünsche mir, daß mich zum Überlastprogramm des Bundes Herr Lafontaine (Saarland), Herr Wedemeier (Bremen), Herr Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen) und Herr Bürgermeister Voschrau (Freie und Hansestadt Hamburg) am 15. Dezember tatkräftig unterstützen. Wenn dies geschieht, wird der Bund einen Nachtragshaushalt einbringen mit dem Volumen von 1 Milliarde DM und den Ländern das Überlastangebot machen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es ist jetzt Aufgabe der verehrten sozialdemokratischen Opposition, ihre Glaubwürdigkeit in Hessen herzustellen, indem sie auf die Politik der sozialdemokratischen Parteien in den Ländern Einfluß nimmt, in denen sie zumeist über absolute Mehrheiten verfügen und in eigener Machtzuständigkeit die Entscheidungen treffen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Eine Bemerkung dazu zum Abschluß. Ich weiß, daß wir weiterarbeiten müssen. Auch die Haushalte 1990 und 1991 müssen diese Kraftanstrengung beibehalten. Ich weiß aber auch, daß Hessen nach einer Berechnung des

Wissenschaftsrates pro Einwohner 235 DM an Landesmitteln für die Wissenschaft aus gibt; damit beträgt der entsprechende Anteil am Gesamthaushalt 7,1 Prozent. Hessen liegt damit vor Baden-Württemberg mit einem Anteil von 6,7 Prozent am Gesamthaushalt und vor Bayern mit 6,6 Prozent. Zahlen sprechen manchmal eine dürre Sprache. Aber wir sind stolz, daß wir in dieser Koalition diese Position erreicht haben. Wissenschaftspolitik ist ein Feld Nummer 1 für die hessische Landespolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenige Bemerkungen zur Kunst- und Kulturpolitik. Ich würde gern auch zu der Entwicklung der Geisteswissenschaften Stellung nehmen, zu Technologietransfer und zur Grundlagenforschung.

(Prof. Breithaupt (SPD): Wissenstransfer!)

- Wissenstransfer und Technologietransfer! Ich stimme Ihnen zu, Frau Prof. Breithaupt. Wir sollten von Wissenstransfer sprechen.

Aber ich möchte mich zur Kulturpolitik äußern, weil hier doch ein Eindruck entstanden ist, insbesondere in der Würdigung der Mitglieder des Stiftungsrates der Hessischen Kulturstiftung, der mir abenteuerlich erscheint.

(Zustimmung bei der CDU)

Lassen Sie mich zunächst einmal zu den Mitgliedern des Stiftungsrates Stellung nehmen und die Landtagsfraktion der GRÜNEN damit umfassend informieren. Sie hat auch einen Anspruch darauf.

(Nassauer (CDU): Sie nehmen ihr ihre Vorurteile!)

- Ich nehme an, daß sich ihre Vorurteile darauf konzentrieren, daß wir Herrn Abs berufen haben. Ich stehe zu dieser Berufung. Herr Abs hat sich unglaublich hohe Verdienste in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

für Mäzenatentum und auch für den Erwerb von für die Geschichte unseres Landes wichtigen historischen Dokumenten erworben.

Wir haben Herrn Prof. Coing berufen. Er ist der erste Vorsitzende des Wissenschaftsrates und engagiert in der Max-Planck-Gesellschaft; er ist Mitglied der Academia de le Science del Instituto di Bologna, der Royal Academy of Arts and Sciences in Uppsala.

(Nassauer (CDU): Exzellenter Wissenschaftler!)

Er ist ein exzellenter Wissenschaftler.

(Holzapfel (SPD): Sagt Herr Nassauer!)

Er ist in Italien ein hochgeschätzter Kenner der Kunst.

Wir haben ferner Herrn Hugo Borger berufen: Kunstgeschichte, Archäologie, Geschichte; Direktor des Römisch-Germanischen Museums der Stadt Köln. Er hat zu mittelalterlichen Themen, zur mittelalterlichen Architekturgeschichte große Veröffentlichungen herausgegeben.

Wir haben ferner Herrn Gerhard Bott berufen, Generaldirektor des Germanischen Nationalmuseums. Er hat über kunstgeschichtliche Themen, über aktuelle Museumsfragen promoviert.

Wir haben Herrn Dietrich Mahlow berufen, Kunsthistoriker, Direktor der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden.

Wenn Sie hätten miterleben können, wie Herr Mahlow bei dem Erwerb des Kirchner-Bildes "Seehorn" aus dem Stand in der Lage war, sich in die psychische Zerrissenheit von Herrn Kirchner zur Zeit seiner künstlerischen Produktion bei der Interpretation dieses Gemäldes hineinzu begeben, dann würde hier keine Minute des Streits dafür verwandt, daß er zu denen gehört, die die Moderne überhaupt erst als Wegbereiter mit unheimlich großem kunstwissenschaftlichem Sachverstand begleitet haben.

Wir haben auch Herrn Prof. Wieland Schmied berufen, Akademie der Bildenden Künste in München, Mitglied des PEN-Zentrums der Bundesrepublik Deutschland. Herr Mahlow und Herr Schmied sind Wegbereiter der Moderne gewesen. Herr Schmied ist der Mann, der Ausstellungskonzeptionen für die Moderne überhaupt erst gebracht hat.

Meine Damen und Herren von der Landtagsfraktion der GRÜNEN, wollen Sie denn wirklich in der Kunstpolitik feststellen, daß jemand, der ein bestimmtes Alter überschritten habe, nicht mehr in der Lage sei, die Moderne zu beachten?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.  
- Zuruf der Abg. Blaul (GRÜNE))

Kunst und Kultur haben eben auch eine Bedeutung

(Blaul (GRÜNE): Kunst und Kultur sind männlich!)

für Wirtschaft und Wissenschaft. Sie sind kein Beiwerk, kein Gegensatz zu wirtschaftlichen Investitionen.

Der wichtigste Punkt ist: Der Staat muß die Freiheit der Kunst respektieren. Die Freiheit der Kunst bedeutet eine Abstinenz des Staates. Deshalb haben wir bewußt eine Mehrheit der Stiftungsratsmitglieder nicht von einer Szene innerhalb der Koalition berufen, sondern von außerhalb. Wir wollten eine regierungsferne Kulturstiftung; Sie haben früher eine regierungsnahe Kulturstiftung propagiert.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich weiß ebenso wie Sie, Frau Hinz, daß die Kunst durch radikale künstlerische Grenzpositionen bestimmt ist. Sie drückt auch nicht die Einheit, sondern viel Zerrissenheit aus. Ich will, daß staatliche Kulturpolitik die künstlerische Avantgarde nicht ausschließt. Ich sage das an drei Beispielen.

Der Erwerb des Beuys-Blocks kann nicht im Stil der Berichterstattung der "Bild"-Zeitung diskutiert werden, meine Damen und Herren. Wenn sich so etwas schon früher vollzogen hätte, dann hätte man damals den Expressionismus wie heute Herrn Beuys behandelt. Beuys ist schon heute ein Klassiker der Moderne. Er ist streitig, und er muß auch streitig bleiben. Aber die Landesregierung ist dafür, diesen Beuys-Block im Landesmuseum in Darmstadt zu erhalten. Wir hoffen, daß die Kulturstiftung der Länder der Finanzierung beiträgt. Das gilt auch für das Gemälde von Herrn Hrdlicka, das die Szene der Vergewaltigung einer Frau künstlerisch darstellt. Ich habe viele Briefe bekommen. Die Öffentlichkeit hat wohl den Eindruck, daß der zuständige Kunst- und Kulturminister aus seiner Machtvollkommenheit heraus einen Film verbieten oder ein Bild abhängen könnte. Das ist nicht der Fall. Die Zerrissenheit unserer Gesellschaft muß sich in öffentlicher Diskussion deutlich machen, aber nicht durch Verordnungshaltung der Landesregierung.

Zur Kunst- und Kulturpolitik gehört die Steigerung der Förderung der Musikschulen, das Theaterkonzept Mit-



telhessen, die Steigerung der Denkmalpflege, die Bauunterhaltung in Lorsch, die Restaurierung der Dresdener Gemälde, die Sicherung des Literaturbüros in Hessen. Ich könnte länger darüber sprechen, weil diese Koalition einen enormen Einstieg auf diesem Gebiet gemacht hat.

Aber nun zur Neuordnung der Kunstlandschaft in Kassel. - Frau Kollegin Hinz, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir einen Moment zuhören könnten,

(Nassauer (CDU): Sie überfordern die Dame!)

weil ich einige Bemerkungen dazu machen muß. Zunächst möchte ich Sie aufklären, daß es nicht nötig ist, in den Haushalt 1989 die Mittel für die Baumaßnahmen, die Sie beantragt haben, einzustellen, weil die Planungsmittel für die Baumaßnahmen ohnehin im Zentralkapitel stehen und wir davon ausgehen, daß wir bis Jahresmitte 1989 mit den Vorbereitungen fertig sein werden und dann in die Haushalte 1990 und 1991 auch die Mittel für die Verwirklichung zur Verfügung stellen werden.

Dasselbe gilt im übrigen - ich weiß nicht, ob Sie das angesprochen haben - für das Laborgebäude in Witzenhausen. Dazu möchte ich mir jetzt eine Bemerkung gestatten, weil mich der Präsident der Gesamthochschule Kassel öffentlich angegriffen und gefragt hat, wieso ich es versäumt hätte, das Laborgebäude und den Hörsaal der GhK in Witzenhausen in den Haushaltsentwurf der Landesregierung für 1989 einzubringen. Ich nehme Vorwürfe öffentlich zur Kenntnis, aber ich gehe ihnen auch nach, um festzustellen, ob sie berechtigt sind. Präsident Neumann hat die Verzögerung der Baumaßnahme für dieses Gebäude am Standort der GhK in Witzenhausen selbst zu verantworten. Die Kostenvoranmeldung datiert vom 15. Juli 1987. Sie hatte eine Kostensteigerung von 15,9 auf 25 Millionen DM erfahren. Das Finanzministerium hat sie angehalten und um Klärung dieses Punktes vor Ort gebeten. Die GhK hat die Punkte nicht ausräumen können; sie hat uns noch nicht einmal mit der Bitte um Unterstützung unterrichtet.

(Nassauer (CDU): Unglaublich!)

Erst auf unsere Veranlassung hat am 15. November ein gemeinsames Gespräch im Finanzministerium stattgefunden, an dem Vertreter der GhK, darunter Präsident Neumann, teilgenommen haben. Es ist Einvernehmen erzielt worden, daß die Voraussetzungen für die Einstellung der Gesamtmaßnahme in den Haushalt 1990/91 geschaffen werden. Einvernehmen besteht auch darüber, daß die Haushaltsunterlage Bau für das Hörsaal- und Laborgebäude bis Ende März 1989 vorliegen muß, damit im Jahre 1990 mit dem Bau begonnen werden kann. Es ist nicht Schuld des Wissenschaftsministers, daß diese Baumaßnahme nicht im Entwurf steht, und ich weise den öffentlich auf mich erfolgten Angriff des Präsidenten der Gesamthochschule Kassel mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Minister?

**Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Ich will dem Präsidenten zugute halten, daß er sich gegenwärtig in einer Wahlkampfsituation um das Präsidentenamt an der GhK befindet. Für die Zukunft rege ich an, daß der Präsident der Gesamthochschule Kassel, wenn er Probleme hat, mir rechtzeitig signalisiert, wo er

sie hat, damit ich ihm behilflich sein kann, und darauf verzichtet, mich nicht zu informieren, aber dann öffentlich anzugreifen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Minister Dr. Gerhardt: Bitte sehr!)

Bitte, Herr Abg. Nassauer!

**Nassauer (CDU) (Redner hat auf Durchsicht verzichtet):**

Herr Minister, wie beurteilen Sie unter diesem Gesichtspunkt die Meldung, daß ein Kasseler Universitätspremiere es abgelehnt hat, mit einem der namhaftesten Materialwissenschaftler in Kassel, der von einer auswärtigen Universität einen Ruf bekommen hat, Bleibeverhandlungen zu führen? Halten Sie dieses Verhalten für geeignet, die wissenschaftliche Qualität und den wissenschaftlichen Ruf der Kasseler Universität zu fördern?

**Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Ich möchte die Frage klar beantworten. In der wissenschaftsbezogenen Landschaft der Bundesrepublik ist klar bekannt, daß Herr Prof. Ehrenstein zu den Leistungsträgern an der Gesamthochschule Kassel gehört. Ebenso ist das wissenschaftliche Renommee von Herrn Professor Schneider bekannt. Wenn wir die Gesamthochschule Kassel abrunden und in die Mitgliedschaft der Deutschen Forschungsgemeinschaft führen wollen, dann ist sie dringend darauf angewiesen, daß sie auch in ihren internen Gremien Entscheidungen, die Ausstattungsfragen von Leistungsträgern berühren, klärt. Ich bin dazu bereit. Ich habe den beiden Hochschullehrern das dringende Interesse bekundet, daß wir sie gern an der Gesamthochschule Kassel behalten möchten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nun zurück von Witzenhausen nach Kassel. In Kassel befinden wir uns in einer Neuordnung der Museumslandschaft. Ich bin von der Landtagsfraktion der GRÜNEN gefragt worden, wie wir die Zukunft der "documenta" sehen. Die Zukunft der "documenta" kann man nur sehen, wenn man auch die Geschichte der "documenta" kennt. Die "documenta" hat unter Arnold Bode mit einer Retrospektive angefangen. Sie entstand in Kassel in Ruinen und hat nicht fertig gefüllte Gebäude vor sich gehabt. Oder sie hat sich Ausstellungsgebäude bis hin zum Herkules gesucht. Die "documenta" wäre nie zustande gekommen, wenn er mit der Forderung nach einer fertig gebauten Orangerie gekommen wäre und gesagt hätte, nur dann wäre eine "documenta" in Kassel möglich. Die Zukunft der "documenta" ist in Kassel auch nicht räumlich zu sichern. Entweder ist sie künstlerisch zu sichern, oder sie wird in Hessen nicht bleiben können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb muß unser massives Interesse darin bestehen, die "documenta" künstlerisch zu sichern. Dazu ist erstens ein exzellenter "documenta"-Macher Voraussetzung. Zweitens ist Voraussetzung, welche innere Philosophie sich die "documenta" gibt, ob sie in den nächsten "documenta"-Ausstellungen bis zum Ende dieses Jahrtausends noch einmal eine große Retrospektive zur Kunst unseres Jahrhunderts machen wird, oder ob sie den Wurf über die Jahrtausendgrenze hinaus in die Zukunft wagt. Ein

solcher Wurf ist schon einmal von einer "documenta" versucht worden, einfach Künstlerinnen und Künstler zu präsentieren, bei denen man das Gefühl haben könnte, sie würden in Zukunft eine Bedeutung erhalten. Und die "documenta"-Diskussion in Kassel halte ich so, wie sie gelaufen ist, für sehr steril und konservativ. Sie ist nur darum geführt worden, ob es eine Zukunft der "documenta" mit der Orangerie gibt. Eine "documenta", die Themendruck hat, die eine innere Philosophie und eine künstlerische Konzeption hat, sucht sich in Kassel die Orte, die sie benötigt, egal, ob nun im Vorfeld der Orangerie oder in vielen anderen Bereichen.

(Zuruf des Abg. Holzapfel (SPD))

Wir bauen eine hohe Halle hinter dem Fridericianum. Wir eröffnen der Museumslandschaft in Kassel eine Neuordnung mit dem Neubau eines Museums. Ich darf der sozialdemokratischen Opposition sagen: Die Atmosphäre in der Stadt ist völlig umgeschlagen. Nach der öffentlichen Vertretung des Konzepts vom Ministerpräsidenten und von mir dürfen wir heute feststellen, daß eine überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Kassel das für eine wegweisende Perspektive für ihre Stadt hält.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben eine Reihe von weiteren Initiativen vorgesehen. Wir wollen am Standort der Landeshauptstadt das Landesmuseum auch zu einer Ausstellungstätigkeit motivieren. Wir haben das mit dem Erwerb der Sammlung Hanna Becker vom Rath und der Ausstellung "Oktogon" begonnen. Wir haben einen öffentlichen Glanzpunkt mit der Ausstellung "1.000 Jahre russische Kunst" gesetzt, weil über alle Mechanismen kulturell flächendeckender Förderung das Land Hessen die Aufgabe hat, auch signalhafte Wirkung mit kulturellen Ereignissen zu erzielen. Die Atmosphäre eines Landes muß sich auch neben dem Flughafen Frankfurt am Main, neben dem Bankenzentrum Frankfurt im kulturpolitischen Feld deutlich machen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Aber mit Blick auf viele kommunal Verantwortliche in Hessen sage ich, meine Damen und Herren, daß es gut wäre, wenn auch die kommunalen Gebietskörperschaften diese Bedeutung erkennen würden,

(Beifall bei der CDU)

und zwar auch die vielen kommunalen Gebietskörperschaften, in denen Mehrheiten die Verantwortung haben, die der Koalitionsmehrheit im Landtag nicht entsprechen. Am Ende kommt den Städten, Gemeinden und Landkreisen eine Kulturpolitik zugute, die ihr eigenes Profil stärkt und ihre Identität herausarbeitet. Kulturpolitik in Hessen ist nicht nur Sache des Landes, sondern auch Sache der kommunalen Selbstverwaltung. Ich werde Gelegenheit nehmen, in manchen, in den folgenden Monaten des nächsten Jahres vor uns stehenden Debatten einmal den Sachverhalt zu überprüfen, ob nicht manche hier noch weitergehende kulturpolitische Anstrengungen der Landesregierung fordern, aber ihre kommunalen Haushalte doch stark schonen, wenn es um die Kulturpolitik geht.

(Beifall bei der CDU)

Die verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten sind in allen Ländern gleich. Die Atmosphäre eines Bundeslandes bildet sich nicht zuletzt über die kulturellen Entwicklungen im gesellschaftlichen Zusammenleben heraus. Das Ansehen eines Bundeslandes entsteht auch mit einer

Kulturpolitik, die mit den günstigen Verkehrsanbindungen, die wir haben, auch die Möglichkeiten internationaler kultureller Beziehungen schafft. Wir wollen mit Wissenschaftspolitik und Kulturpolitik daran arbeiten, daß das Bild und die Atmosphäre Hessens als urbane, städtebaulich wie landschaftlich schöne Region mit einer hervorragenden wirtschaftlichen Entwicklung und einem lebendigen kulturellen Leben bei unseren Nachbarn in der Bundesrepublik Deutschland und international geprägt wird.

Wenn wir mit diesem Haushalt 1989 die Situation nicht für jede Studentin und jeden Studenten so klären können, wie man es sich wünscht, dann bitte ich die Studentenschaft, die Präsidenten der Universitäten und die Rektoren der Fachhochschulen, sich den Blick für das politisch und finanziell Machbare insofern zu bewahren, als sie anerkennen, daß das einzige Bundesland, das auch unter schwierigen Bedingungen eine Offenhaltungspolitik durchzuhalten versucht, das Bundesland Hessen ist, daß das einzige Bundesland, das diesen Versuch, noch einmal ein Überlastprogramm aufzustellen, macht, das Bundesland Hessen ist, daß das Bundesland Hessen als einziges Informatik offenhält, daß es sich gegen einen NC bei Betriebswirtschaftslehre ausgesprochen hat. Das Land Hessen hat eine bedrängende Situation in den Fachhochschulen, der wir in der Koalition nach Kräften abzuhelpen versuchen. Wir brauchen dazu noch die Haushalte 1990 und 1991.

Ich appelliere an die Opposition, die sich aus früherer Regierungsverantwortung den Blick für das Machbare nicht so verstellt haben kann, daß sie nicht gestehen müßte: Es gefällt uns dieser Punkt, es gefällt uns jener Punkt, da hätten wir gern noch 500.000 DM mehr. Aber Sie müssen zugeben - wenn Sie es hier nicht tun, tun Sie es insgeheim -, es hat in den achtziger Jahren keine solche finanzielle Kraftanstrengung gegeben wie in den letzten beiden Haushalten dieser Koalition, die Wissenschafts- und Kulturpolitik nach vorn zu bringen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Lassen Sie uns über die Punkte streiten, in denen Sie politisch anderer Meinung als wir sind. Die Grundlagenforschung stärken wir - eine Ihrer Forderungen -, sie ist auch das solide Standbein der Universitäten. Der Studentenschaft machen wir ein Angebot bei wissenschaftlichen Hilfskräften und Tutoren. In die Infrastruktur der Fachhochschulen gehen wir. Die Kunst- und Kulturpolitik versehen wir mit überdurchschnittlichen Haushaltssteigerungen.

Meine Damen und Herren, man kann uns entgegenhalten, daß das eine oder andere auch noch wünschenswert wäre, daß man vielleicht die eine oder andere Baumaßnahme noch früher beginnen sollte, daß ich vielleicht übersehen hätte, daß man schon jetzt einen Leertitel in den Haushalt hätte einbringen müssen. Aber eines kann der Landesregierung bestätigt werden: Sie ist nach der Koalitionsvereinbarung, dieses Feld energisch zu einem Feld der strukturellen, innovativen Erneuerung Hessens zu machen, sich selbst treu und damit glaubwürdig geblieben, auch wenn wir nicht alle Probleme mit einem Schlag lösen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Günther:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren

Wortmeldungen zum Einzelplan 15 vor. Ich rufe vereinbarungsgemäß jetzt den

#### Einzelplan 04 - Hessischer Kultusminister -

auf. Ich erteile Herrn Abg. Holzapfel für die SPD-Fraktion das Wort.

#### Holzapfel (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem wir den Minister dieser Landesregierung gehört haben, der so schön über die Zukunft reden kann, wenden wir uns jetzt dem Minister zu, der mit der gleichen Energie versucht, das Schulwesen des Landes Hessen in die Vergangenheit zurückzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Nun könnte man es sich leicht machen und diesen Widerspruch zwischen der zukunfts-offenen Philosophie des einen Ministers und dem rückwärtsgewandten Blick des anderen Ministers mit einem Blick in die FAZ von heute bewenden lassen, in der die Dissonanzen in dieser Regierungskoalition in einer erfrischend offenen Weise dargestellt worden sind. Aber dabei kann man es ja doch nicht belassen.

Der Ministerpräsident hat mit der ihm eigenen hohlen und aufgeblasenen Art auf dem Schulkongreß der CDU in Lich davon gesprochen, die CDU-Bildungspolitik beruhe auf philosophischen Grundlagen. Nun haben wir gestern in der Debatte über die Situation in Frankfurt erlebt, wie dieser Mann damit beschäftigt ist, schöne Kulissen zu verschieben, während zugleich in Frankfurt die Herrschaft der CDU in dem von ihm hinterlassenen politischen Sumpf versinkt. Ich denke, es ist sein Problem, daß er auch hier so über den Wolken schwebt, daß er gar nicht wahrnimmt, daß man draußen im Lande, wenn man über die Wagnersche Bildungspolitik redet, nicht nach ihren philosophischen Grundlagen fragt, sondern diese Bildungspolitik nach einer ganz anderen Maxime beurteilt, nämlich der Vermutung, sie gehe nach der handfesten Devise vor: Ist der Ruf erst ruiniert, so lebt man gänzlich ungeniert.

Sie können nicht erwarten, daß wir in der heutigen Debatte über das Ereignis hinweggehen, das am Anfang dieser Woche die Schlagzeilen bestimmt hat, nämlich die gemeinsame Pressekonferenz von CDU und F.D.P. mit dem Kultusminister, in der diese Koalition ihre Politik der systematischen Wortbrüche gegenüber Eltern, Lehrern und Schülern in Hessen fortgesetzt hat. Es war schon auffallend, daß der Minister in dieser Pressekonferenz in die Mitte genommen werden mußte, um gemeinsam zu demonstrieren, wie wenig diese Koalition insgesamt ihre Aussagen von gestern noch interessieren.

(Schoppe (CDU): Eigenwillige Interpretation!)

Das wenigstens ist eine neue Erfahrung. Daß wir im Augenblick von einer Koalition regiert werden, die nach der Wahl nicht das hält, was sie den Wählern vor der Wahl versprochen hat, das haben die Menschen in diesem Lande schon gemerkt, was den Schulbereich anbelangt. Aber daß diese Regierung auch noch versucht, ihre Politik der Täuschung während der Legislaturperiode fortzusetzen, das ist in der Tat etwas Neues. Das ist eine ganz neue Qualität der hessischen Landespolitik.

Lassen Sie mich nur daran erinnern: Am 8. September 1988 ist der "Wiesbadener Kurier" mit der Überschrift erschienen: "Für Hessens Viertkläßler nie wieder Probe-

unterricht". In vielen anderen Zeitungskomentaren wurde die frohe Botschaft verbreitet, so als hätte dieser Minister etwas aus der juristischen Bauchlandung vor dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel gelernt, nämlich nicht nur gelernt, daß er die Grenzen der Verfassung nicht gekannt hat, sondern auch inhaltlich etwas gelernt.

Herr Kollege Nassauer hat am 21. September gesagt - ich zitiere die Wiedergabe des Textes des Landesdienstes Hessen von dpa in vielen Zeitungen -:

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Hartmut Nassauer, berichtete auf Anfrage am Dienstag in Wiesbaden, die Regierungsparteien CDU und F.D.P. erwägten nach der bereits beschlossenen Abschaffung des einwöchigen Probeunterrichts nunmehr auch den Verzicht auf die zunächst geplante Einführung eines Probejahres.

Und dann hatte Herr Kollege Nassauer gestern die Stirn, Herrn Kollegen Fischer zu widersprechen, als dieser daran erinnert hat, wie diese Koalition seit dem Sommer auf Zeit gespielt hat, um jetzt, kurz vor Weihnachten, doch wieder den Knüppel aus dem Sack zu holen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Was hat sich denn eigentlich geändert? Sie sind mit einer Übergangsverordnung auf den Bauch gefallen, in der die Lehrer das erste und das letzte Wort haben. Sie legen jetzt eine Regelung vor, mit der die Lehrer das letzte Wort haben. Und das wollen Sie den Eltern draußen im Lande als Umsetzung des Elternrechts und des Rechts auf freie Schulwahl verkaufen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie bleiben auch insofern in der Tradition, als wieder einmal davon auszugehen ist, daß das Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren nur noch dilettantisch gehandhabt werden kann.

Eine Koalition, die in dieser Sitzung noch nicht in der Lage ist, einen Gesetzentwurf vorzulegen, kann dieses Verfahren nicht mehr ordnungsgemäß für das nächste Schuljahr zu Ende bringen. Denn in diesen Tagen - das wissen Sie vielleicht nicht, meine Damen und Herren - finden bereits die Informationen an den Schulen statt, wo die Lehrer gefragt werden, wie es weitergehen soll. Herr Minister, haben Sie vielleicht wieder vor, einen Ihrer unsäglichen Briefe an die hessische Schulaufsicht und die hessischen Lehrer zu schicken, damit die wenigstens etwas aus hohem Munde erfahren, wenn Sie schon nicht mit Ihrer Hausarbeit zu Rande kommen? Wir werden das noch diskutieren.

Der Widerspruch zwischen den großen Sprüchen, die vor allem der Ministerpräsident in diesem Lande pflegt, und der Realität setzt die Landesregierung in der Schulpolitik wie in kaum einem anderen Bereich der Politik schlicht der Lächerlichkeit aus, und das ist schlimmer als harte Kritik.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hertle (GRÜNE))

Gestern haben wir in ganz anderem Zusammenhang hehre Grundsätze zum Ende der Parteibuchwirtschaft gehört. Das muß unglaublich sein, was in Hessen offensichtlich alles aufzuklären ist. Draußen im Lande haben die Menschen eine ganz andere Erfahrung. Sie nehmen die Realität einer Parteibuchwirtschaft wahr, wie sie sie im Lande Hessen bisher nicht gekannt haben.

In Fernwald hat der Minister vor Schulaufsichtsbeamten vor einem Jahr wörtlich erklärt:

Ich beabsichtige im übrigen, die Besetzung von Schulleiterstellen grundsätzlich selbst zu entscheiden.

Das hat er offensichtlich auch getan. Seit der Zeit reiht sich in Personalentscheidungen eine juristische Niederlage an die andere.

(Reeh (GRÜNE): Wie viele Prozesse hat er denn gewonnen?)

Das Problem ist nicht, daß diese Regierung viele Prozesse in der Schulpolitik führen muß. Das muß jede Regierung in einem Ressort, in dem jedes gebrochene Bein auf einer Schulwanderung dazu führt, daß man Haftpflichtfragen vor Gericht klären muß. Aber das politisch Neue in diesem Land ist, welche Prozesse dieser Minister führt und welche er mit welcher Begründung verliert. Da reihe ich nur einmal aneinander, was das Ergebnis ist.

Der VGH zu Fulda: Der Grundsatz der Bestenauslese ist verletzt.

Das Verwaltungsgericht Gießen zu Alsfeld - wörtlich -:

In erster Linie hat sich der Minister nicht an den Forderungen des Leistungsgrundsatzes orientiert, sondern diese in rechtsfehlerhafter Weise mißachtet.

(Beifall bei der SPD)

Der Verwaltungsgerichtshof Gießen zu Mücke-Nieder-Ohmen - wörtlich -:

Die Kammer kann nicht erkennen, daß der Antragsgegner sich bei der Auswahl in erster Linie an den Anforderungen des Leistungsgrundsatzes orientiert hat.

(Beifall bei der SPD - Reeh (GRÜNE): Eine gute Bilanz!)

Das ist das Neue in diesem Land: die systematische Außerkraftsetzung des Leistungsgrundsatzes in der hessischen Landesverwaltung zugunsten von Parteibuchkarrieren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Reeh (GRÜNE) - Dr. Günther (SPD): Wie nie zuvor!)

Inzwischen geht das schon so weit - Herr Kollege Kappel, ich nehme an, daß Sie das wissen, und Sie können sich dazu entsprechend verhalten -,

(Reeh (GRÜNE): Das glaube ich nicht!)

daß dieser Minister versucht, einen aus seiner parteipolitischen Sicht verdienten CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzenden in die hessische Schulaufsicht zu bringen, obwohl er keinen einzigen Beamten findet, der bereit ist, diesem Herrn die dafür notwendige fachliche Qualifikation zu bescheinigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Dr. Günther (SPD): Hört, hört!)

Damit wir das wirklich einmal auf den Tisch legen: Inzwischen ist das Kultusministerium zu einem Versorgungsamt geworden, für CDU-Parteifunktionäre aus Hamburg ebenso wie für Ministerverwandte aus Wiesbaden, ohne daß auch nur der Versuch gemacht wird, dies fachlich zu begründen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Dr. Günther (SPD): Unglaublich! - Rippert (CDU): Das ist Quatsch, was Sie hier reden!)

Als Opposition kann man das mit einem lachenden und einem weinenden Auge sehen. Mit einem lachenden Auge

kann man es deswegen sehen, weil dieser völlige Verzicht auf Qualifikationsanforderungen natürlich bedeutet, daß die hessische Opposition sicher sein kann: Bis zur nächsten Landtagswahl 1991 wird es mit dieser Laienspielschar so weitergehen! Die legen gar keinen Wert darauf, qualifizierte Mitarbeiter zu haben, und deswegen können wir in Ruhe warten, wie die nächsten Bauchlandungen aussehen. - Aber das ist nur die Perspektive einer lachenden Opposition, die das ausschlagen kann. Zugleich ist es jedoch eine Zumutung an den Hessischen Landtag, für diese Politik im Haushalt auch noch eine Aufblähung des Kultusministeriums zur Förderung solcher Karrieren bewilligen zu sollen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hertle (GRÜNE))

Aber der Lack ist nicht nur im großen, sondern auch im kleinen ab. Herr Schoppe, vor einem Jahr haben Sie wenigstens noch so getan, als gebe es in Hessen ein Berufsschulsonderprogramm. Das war schon vor einem Jahr ein reiner Bluff, eine reine Fußnote im laufenden Schulbauprogramm.

(Schoppe (CDU): Das paßt Ihnen nicht!)

Inzwischen haben die Leute draußen gemerkt, daß kein Pfennig mehr in die Berufsschulen geflossen ist, sondern daß Sie nur Mittel umdeklariert haben. Teilweise haben sich dadurch Bewilligungen sogar verzögert. Im Haushaltsplan für das Jahr 1989 bleibt noch nicht einmal der Etikettenschwindel übrig. Der Haushaltsplan enthält keinen Vermerk mehr für ein Berufsschulsonderprogramm.

Das ist kein Zufall; denn der Finanzminister hat das Schulbauprogramm des Landes Hessen so zusammengestrichen - das können Sie selber nachlesen -, daß 1989 keine müde Mark zur Verfügung steht, die im nächsten Jahr noch abfließen könnte. Alles, was Sie an Spielraum für 1989 hatten, haben Sie bereits vorab bewilligt. Das Volumen für 1989 ist insgesamt so niedrig angesetzt, daß die Kommunen Mittel, wenn überhaupt, nur noch aus dem Investitionsfonds erhalten können. Das Schulbauprogramm, das 1989 neu aus dem Landeshaushalt abfließen kann, ist zum erstenmal in der Geschichte des Landes Hessen auf 0,00 DM gesetzt worden.

(Dr. Günther (SPD): Hört, hört!)

Wo nichts ist, klappt noch nicht einmal der Etikettenschwindel. Deswegen haben wir beantragt, hierfür ein echtes Sonderprogramm auszuweisen, das auch wirklich ein Zusatzprogramm ist. Wir sind gespannt, wie Sie sich dazu verhalten werden.

Man kann auch im kleinen nachvollziehen, wie der Lack abgeht. Da hat die Kollegin Geschka in der Hausberichterstattung der Landesregierung und im "Hessenreport" plötzlich so getan, als hätte sie die betreuende Grundschule erfunden - ein Konzept, das schon ein bißchen Tradition in Hessen hat und an dem schon ganz andere Menschen mitgearbeitet haben. Aber mir soll das recht sein. Ich bin nie einer Regierung dafür böse, daß sie einen guten Gedanken aufgreift und fortführt. Aber irgend jemand hätte doch der Kollegin Geschka wenigstens sagen müssen, daß der Kultusminister ihrer eigenen Regierung im Haushaltsplan 1989 den Haushaltsansatz, den es dafür bisher gegeben hat, ersatzlos gestrichen hat.

Das sind die Kleinigkeiten, die die Leute draußen im Lande an jeder einzelnen Stelle bemerken und die zu dem führen, was ich mit dem Satz beschrieben habe: Der Lack

ist ab. Was übrigbleibt, ist eine Politik der leeren Ankündigungen.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage Sie zunächst einmal: Wo ist denn jetzt, Ende 1988, der schon für Ende 1987 angekündigte Lehrbedarfsplan geblieben?

(Wagner (Eschwege) (SPD): Ja, wo ist er denn?)

Wir haben das im letzten Jahr diskutiert, und da hat der Minister den Mund nicht voll genug nehmen können mit Ankündigungen. Nun habe ich auf einigen Podiumsdiskussionen in den letzten Tagen mit Interesse bemerkt, daß der Kollege Kappel, der immer die Ohren im Wind hat und der die neue Linie schon kennt, während der Kollege Korn noch die alte vertritt, langsam in vorsichtige Distanz zu diesem Wahnsinnsunternehmen geht, das angekündigt worden ist.

(Dr. Günther (SPD): Aha!)

Bis heute gibt es keinen Lehrbedarfsplan. Unbestätigten Gerüchten zufolge soll er inzwischen ganz woanders liegen als im Kultusministerium, weil man diesem Kultusminister offensichtlich gar nicht mehr zutraut, einen zustande zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Das einzige, was er bisher zustande gebracht hat, ist, daß er die Fachbeamten, die früher in Hessen Lehrbedarfsplanung gemacht haben, entmachtet und seine Laienspieltruppe in der neuen Abteilung damit beauftragt hat, dieses Ding zu schreiben.

Herausgekommen ist ein Nullergebnis, nichts als ein neues Verwirrspiel. Der Minister läuft durchs Land und sagt, es gebe 500 Stellen mehr, und das sei das große Verdienst dieser Regierung.

(Schoppe (CDU): Das sagt er nicht!)

- In der Koalitionsfraktion möchten Sie gern mit im Boot sein. Herr Schoppe, ich nehme Sie gern mit. - Inzwischen hat sich herausgestellt, es geht allenfalls um die Frage, ob man mehr oder weniger kürzt, und nicht um mehr Stellen.

(Zuruf der Abg. Dr. Babel (F.D.P.) - Korn (CDU): Das ist doch nicht zu glauben!)

- Aber selbstverständlich! Ich bin doch gern dabei, das zu loben. Lassen Sie mich einmal ausreden: Nun aber, Frau Kollegin Babel, möchte ich Sie doch einmal fragen: Wie verhält es sich dann mit der Presseerklärung, die Herr Kollege Nassauer und Herr Kollege Wilke bei der Vorstellung der Haushaltsanträge für dieses Jahr abgegeben haben? Der dpa-Kulturdienst hat sie veröffentlicht unter der Überschrift: "Koalition will bis 1991 vor allem Stellen im Lehrerbereich streichen". Der Kollege Nassauer hat ausdrücklich und wörtlich erklärt - so hat man es in allen Zeitungen lesen können -:

Sie gingen davon aus, daß nicht zuletzt der Rückgang der Schülerzahlen die Landesregierung in die Lage versetzen würde, bis Ende der Legislaturperiode

- das ist 1991 -

1.400 Stellen zu streichen.

Aus denen will er auch noch Umschichtungen finanzieren. Deswegen frage ich: Was stimmt denn nun? Gibt es 500 Stellen mehr, werden weniger gestrichen, oder werden plötzlich 1.400 Stellen gestrichen? Ich erwarte von

dieser Debatte, daß die Koalition klärt, was nun stimmt, und daß sie nicht wie bei anderen Themen vor der Kommunalwahl eine positive Fahne herabhängt und im nächsten Herbst, nachdem sie wieder die Wähler getäuscht hat, die Rechnung präsentiert.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen ist es ja ein offenes Geheimnis, daß die Koalition einen Doppelhaushalt für 1990/91 plant. Das kann ich gut verstehen. Ich kann das deswegen gut verstehen, weil die Folgen der von Ihnen zu verantwortenden Steuerreform das Land Hessen so treffen werden, daß Sie Angst davor haben müssen, ein halbes Jahr vor der nächsten Landtagswahl in diesem Hause eine Finanzdebatte über die Lage des Landes Hessen zu führen.

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Herr Kollege! Darf ich Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kappel beantworten möchten.

(Wagner (Eschwege) (SPD): Der fragt immer so lange!)

**Holzapfel (SPD):**

Ich möchte ganz gerne in der Redezeit bleiben und bitte deswegen um Nachsicht. Ich sagte: Da kann ich ganz gut verstehen, daß die Koalition Angst davor hat, eine Haushaltsdebatte im Herbst 1990 zu führen, weil ja dann die ganzen Seifenblasen, von denen Sie leben, zerstoßen sind, weil die Realität der Auswirkungen der Steuerreform im Landeshaushalt angekommen ist und weil Sie kurz vor der Landtagswahl an der Stunde der Wahrheit sind. Das wollen Sie vermeiden. Das wollen Sie dadurch erledigen, daß Sie schon im nächsten Herbst einen Doppelhaushalt machen. Das ist ein verführerischer Zeitpunkt. Da ist die Kommunalwahl vorbei, und da kann man gewissermaßen nach dem Motto handeln: Jetzt kommen die Grausamkeiten.

Meine Damen und Herren, deswegen möchten wir heute in dieser Debatte wissen, was stimmt. Gibt es 500 Stellen mehr, wie Herr Minister Wagner behauptet, oder sollen im Schulbereich bis zum Ende dieser Legislaturperiode 1.400 Stellen eingespart werden, wie die Kollegen Nassauer und Wilke vor der Presse erklärt haben? Wir möchten das heute hier hören!

(Beifall bei der SPD)

Wir möchten das von Ihnen hören, und sei es nur deswegen, meine Damen und Herren von der CDU und F.D.P., damit wir Ihnen das im Herbst nächsten Jahres wieder so vorlesen können wie die unwahren Ankündigungen, die wir Ihnen jetzt bereits in dieser Debatte vorlesen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nun gibt es ja einen Grund, weshalb der Lehrbedarfsplan nicht vorliegt. Dieser Grund liegt darin, daß dann ganz offen zutage treten würde, wo durch die von Ihnen zu verantwortende Politik im Augenblick im Lande Hessen Stellen gebunden werden. Dem Minister liegt ja eine Vorlage vor, aus der er entnehmen kann, daß das, was er im Augenblick an Politik in der Mittelstufe macht - das, was ein hessischer Schulaufsichtsbeamter die Balkanisierung des hessischen Schulwesens genannt hat - dazu führt, daß wir pro Jahrgang einen Stellenmehrbedarf von 300 Stellen haben. Das bedeutet allein für die Jahrgänge 5 und 6 600 Stellen Mehrbedarf. Das ist schon deutlich mehr als die 500 angeblich zusätzlichen Stellen.

Das müßte einmal auf den Tisch kommen, meine Damen und Herren, damit die Menschen im Lande Hessen wissen, wo die Stellen hingehen, für welche ideologievorrante Politik sie verbraucht werden und was davon zu halten ist, wenn derselbe Minister erklärt, er habe beispielsweise für die Integration Behinderter in der Grundschule keine Stellen mehr in diesem Landeshaushalt. Das würde ein Lehrbedarfsplan offenlegen und deswegen verstehe ich, daß Sie ihn nicht auf den Tisch legen.

Nun sind aber durch dieses ganze Täuschungsspiel um neue Stellen und Stellenentwicklung natürlich auch die Beschäftigten betrogen. Da will ich auch die Demonstration ansprechen, die gestern in Wiesbaden stattgefunden hat und bei der ich annehme, daß Sie überrascht waren, wie viele trotz der nicht gerade günstigen Wetterbedingungen an diesem Tag nach Wiesbaden gekommen sind, um gegen den Betrug dieser Landesregierung an den hessischen Beamten zu protestieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Finanzplan des Jahres 1987, den Ihr Finanzminister vorgelegt hat, sah Personalsteigerungen um jeweils 3,5 Prozent in den Jahren 1989 und 1990 vor. Sie wissen, daß die Gewerkschaften über einen langen Zeitraum von 3 Jahren - das ist für die Tarifpolitik eine lange Laufzeit - niedrige Tarifabschlüsse vereinbart haben, um Beschäftigungsspielräume zu schaffen. So steigt das Einkommen nur um 1,4 Prozent im Jahre 1989 und um 1,7 Prozent im Jahre 1990. Wir wissen heute, daß das, was da vereinbart worden ist, unter der zu erwartenden Preissteigerungsrate liegt.

Meine Damen und Herren, da steht nun in der Tat die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Beschäftigungspolitik auf dem Spiel. Man kann nicht jahrelang den Bediensteten auch im öffentlichen Dienst immer mit moralischem Zeigefinger sagen: Sie müßten einen Solidarbeitrag leisten, um etwas dazu beizutragen, daß andere eingestellt werden. Sie leisten ihn nun mit einem Tarifabschluß für einen Zeitraum von 3 Jahren, der noch nicht einmal die Preissteigerungsraten ausgleicht. Sie aber tun nichts anderes, als das als Verfügungsmasse zur Finanzierung der Steuerreform einzukassieren, die das Geld in den Bereich der Gesellschaft schaufelt, in dem es am wenigsten benötigt wird. Wir haben ja den neuen Finanzplan des Ministers. Dort wird plötzlich der entsprechende Ansatz einfach reduziert, dort wird nichts beschäftigungswirksam, dort wird gewissermaßen einfach verfrühstückt. Wenn Sie nur einfach umrechnen, was Sie für einen Finanzierungsspielraum gewonnen hätten durch die Differenz zwischen dem, was Sie in der mittelfristigen Finanzplanung selber eingeplant hatten, und diesen Tarifabschluß, so wäre dies allein für den Schulbereich Hessens in den 2 Jahren ein Einstellungsvolumen von 1.750 Stellen.

Wir sind da gar nicht unrealistisch, Herr Kollege Kappel. Wir wissen, daß das auch nach Bedarf in den unterschiedlichen Sektoren verteilt werden muß. Angesichts der Verfügungsmasse, die Ihnen dieser Tarifabschluß gegenüber Ihrer eigenen Finanzplanung gibt - da bin ich jetzt bei dem zweiten Punkt, Frau Kollegin Babel -, ist aber Ihre stolze Ankündigung, daß Sie 500 Stellen weniger abbauen wollen, überhaupt nichts mehr wert. Das mindeste nach dieser veränderten Situation wäre doch, daß Sie wenigstens den Anstand hätten, den Stellenabbau im Schulbereich vor diesem Hintergrund einzustellen. Das ist das, was wir in unseren Haushalts-

anträgen beantragen. Dies liegt weit, ich sage es noch einmal, unterhalb des Finanzspielraums, den Ihnen dieser Tarifabschluß gebracht hat.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung zu einem anderen Bereich dieses Haushalts machen. Es gehört auch zur fehlenden Ehrlichkeit dieser Regierung: Seit 1987 werden die Zuschüsse für die Erwachsenenbildung eingefroren, was, wie jeder ausrechnen kann, einen realen Rückgang bedeutet. Das, was die Koalitionsfraktionen an Änderungsanträgen vorlegen, gleicht das nicht im geringsten aus. Der Minister hat im Haushaltsausschuß auf die Frage, wie das begründet werde, frei vor sich hin fabuliert. Er hat behauptet, die Hauptgruppe 6 des Haushaltsplanes sei generell eingefroren. Nein, meine Damen und Herren, eingefroren ist nicht die Hauptgruppe 6, unverfroren ist diese Auskunft des Ministers.

(Beifall bei der SPD)

Jeder Blick in den Haushaltsplan desselben Ministeriums zeigt, an wie vielen Stellen Titel der Hauptgruppe 6 nicht eingefroren worden sind. Sie haben eine ordnungspolitische Entscheidung getroffen. Da wäre es gut, wenn Sie zu der auch ständen, Herr Minister Wagner, und wenn Sie nicht eine Veranstaltung der Privatschulen dazu benützten, Ihre ordnungspolitische Entscheidung bekanntzugeben. Dort haben Sie ja keinen Hehl daraus gemacht, was Sie meinen. Sie sind dagegen, daß Weiterbildung vor allem in öffentlicher Verantwortung geschehen soll. Sie sind für die Privatisierung der Weiterbildungsfunktion. Sie haben sich ausdrücklich gegen Volkshochschulen und Erwachsenenbildung in freier, gemeinnütziger Trägerschaft zugunsten privater Unternehmungen ausgesprochen.

(Zuruf von der SPD: Was sagt denn da der Herr Kollege Korn? - Schoppe (CDU): Das ist wahrheitswidrig, Herr Kollege!)

- Herr Kollege Schoppe, es wäre wohl das mindeste, daß der Minister ehrlicherweise auch einmal sagt, wenn er vor dem Volkshochschulverband redet, wie er dessen Arbeit einschätzt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Schoppe, diese Veranstaltung hat den Nachteil, daß die Reden, die dort gehalten wurden, gedruckt sind. Ich sage Ihnen das, bevor Sie unvorsichtigerweise dazwischenrufen, das sei unwahr. Wir werden es alle zu lesen bekommen, und dann komme ich gern auf Ihren Zwischenruf zurück.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsplan, den diese Regierung für 1989 vorlegt - -

(Zuruf von der SPD: Was hat der Minister nicht schon alles gesagt!)

- Das ist richtig!

(Korn (CDU): Ich war dabei, es war ein wenig anders, Herr Holzapfel!)

- Ach Gott, Herr Kollege Korn, ob Sie nun der Zeuge sind, das richtig wahrgenommen zu haben, was der Minister sagte?

(Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn über den Haushaltsplan des Kultusministers geredet wird, geht es sicherlich immer neben der Einzeldiskussion um einzelne Positionen, die ich angesprochen habe, auch um grundsätzliche Fragestellungen. Ich denke, wenn ich heute zum Teil darauf

verzichtet habe, dann deswegen, weil wir dazu noch Gelegenheit haben werden. Wir werden darüber reden, wenn Sie endlich mit einem Gesetzentwurf zur Ablösung der Übergangsverordnung herausrücken, wenn wir so etwas endlich einmal auf dem parlamentarischen Tisch sehen.

(Korn (CDU): Gemach, gemacht!)

- Ach, gemacht, gemacht! Ist sowieso die Devise der Regierung, wenn sie sich eine Aufgabe vornimmt, die sie nicht bewältigen kann. Dann rufen Sie immer: Gemach, gemacht!

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie in Ihren Ansprüchen etwas bescheidener wären, könnte man dafür sogar noch Verständnis haben. Sie aber tun gleichzeitig so, als könnten Sie vor Kraft in diesem Lande nicht gehen. Sie haben in diesem Jahr nichts erledigt. Das gilt nicht nur für den Lehrbedarfsplan. Es gibt auch kein Konzept für Studienseminare, Herr Kollege Korn. Suchen Sie doch einmal im Haushaltsplan, was es da noch an unerledigten Aufgaben gibt. Haben Sie früher schon einmal erlebt, daß ein gesamtes Ressort mit einem ganzen Titel unter Kuratel des Finanzministers gestellt wird, wie das jetzt bei den Studienseminaren geschieht, wo oben drüber steht: In diesem Sektor darf der Kultusminister nur noch mit Zustimmung des Finanzministers eine Stelle ausschreiben und besetzen? Haben Sie dafür irgendwo einen Präzedenzfall in der Geschichte des Landes Hessens? Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie nicht merken, was da läuft.

(Schoppe (CDU): Was haben Sie denn mit den Studienseminaren gemacht?)

- Lieber Herr Kollege Schoppe, Sie haben einen Kabinettsbeschuß zu den Studienseminaren übernommen, nicht nur eine Vorlage. Wenn Sie damit nicht zufrieden waren, hätten Sie ihn ja ändern können. Das werfe ich Ihnen nicht vor, das ist nicht mehr als Ihr gutes Recht. Daß Sie aber darüber reden und zwei Jahre lang nichts tun, gleichzeitig den Minister schwadronieren lassen, er habe eine Unordnung vorgefunden, das ist mit Menschen, die intellektuell redlich miteinander umgehen, außerhalb des Zulässigen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Diese Applausituationen müssen sein. Sie werden niemandem von der Redezeit abgezogen.

(Beifall bei der SPD)

Als nächster Redner hat Herr Korn für die CDU das Wort.

(Wagner (Eschwege) (SPD): Jetzt geht es rund!)

**Korn (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Schule hat die Aufgabe, heute die Kinder auf ihr Leben von morgen vorzubereiten. Sie hat dabei einige Grundsätze zu beachten. Wir orientieren uns seit einhalb Jahren an wichtigen Grundsätzen, die man in Erinnerung rufen muß, weil sie vorher keine Gültigkeit mehr hatten.

(Holzapfel (SPD): Da lacht ganz Hessen!)

Ich nenne fünf dieser Grundsätze:

Erstens das Prinzip der kleinen, überschaubaren Lebenskreise. Wir wollen weg von der Schulbuspädagogik der vergangenen Jahre. Auch die Schulkinder müssen Schule als Heimat empfinden.

(Oh-Rufe bei der SPD und den GRÜNEN - Wagner (Angelburg) (SPD): Und Heimatlieder singen!)

Deshalb machen wir mit dem Schulsterben Schluß. Sie dürfen gerne darüber stöhnen, wenn ich Ihnen sage, daß Sie von 1970 bis 1985 1.600 Schulen in Hessen aufgelöst haben. Unsere Politik beendet dieses Schulsterben.

(Beifall bei der CDU - Lachen der Abg. Klemm und Holzapfel (SPD))

Der zweite Orientierungspunkt ist die Stärkung der Allgemeinbildung. Dazu diente zum Beispiel die Änderung des Gesetzes zur gymnasialen Oberstufe. Schnelle Veränderungen in der heutigen Welt bedürfen mehr denn je einer breiten Allgemeinbildung statt eines zu frühen speziellen Fachwissens, das keinen Unterbau hat.

Drittens: Die Wiedergewinnung des Erzieherischen liegt uns am Herzen. Der ganze Mensch ist Gegenstand von Bildung und Erziehung.

(Reeh (GRÜNE): Das kann nicht wahr sein! - Wagner (Eschwege) (SPD): Es darf wieder gesungen werden!)

Der ganze Mensch mit Kopf, Herz und Hand. Hier haben wir noch viel Arbeit, das gestehen wir zu. Ich denke hier an die Lehrpläne und an die Lehrerbildung, denn für diese Erziehung und Bildung brauchen wir die Lehrerpersönlichkeit.

(Ah-Rufe bei der SPD)

- Für die Zuschauer oben auf der Tribüne wird es erstaunlich sein, mit welchen Kommentaren diese Grundsätze, die von ihnen allen sicherlich bejaht werden, von der Opposition bedacht werden.

(Dann (SPD): Da vorne steht doch eine Lehrerpersönlichkeit!)

Viertens. Alle Schüler, gleich welcher Begabung, haben das gleiche Recht auf Bildung. Sie haben das Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit, ihrer Begabung und Neigung, auf die Rücksichtnahme auf ihre Stärken und Schwächen. Deshalb haben für uns alle Schulen die gleiche politische Zuwendung. Schluß mit der Bevorzugung politisch angenehmer Schulsysteme,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das haben wir in den letzten neun Monaten gemerkt!)

wie es bei SPD und GRÜNEN mit den integrierten Schulsystemen der Fall war!

(Beifall bei der CDU)

Fünftens. Wir denken schon in diesen Tagen über die Konsequenzen nach, die uns aus dem europäischen Binnenmarkt zum Beispiel bei den Schulabschlüssen ab 1992 erwachsen. Wir müssen die Auswirkungen bedenken und Nachteile für die deutschen und die hessischen Absolventen vermeiden.

Meine Damen und Herren, zu all dem hat die SPD nichts gesagt. Sie ist sprachlos zu den Dingen, die anstehen und die geregelt werden müssen. Statt dessen kommt die alte Platte des Herrn Holzapfel mit der überzogenen Polemik, der kleinkarierten Kritikasterei, der Diffamierung der soliden politischen Arbeit und der Aufräumarbeit dieser Koalition und des Hessischen Kultusministers.

(Hartherz (SPD): Na, na! - Gegenruf der Abg. Wagner (Eschwege) (SPD): Er spricht doch nur von sich!)

Ich gehe noch auf zwei Themen ein, die mein Vorredner angesprochen hat. Natürlich fand die Vorstellung der künftigen Regelung der Übergänge die Kritik der Opposition. Sie hat es in den vergangenen Wochen und Monaten auch tunlichst vermieden, konstruktive Vorschläge zu machen, wie man es nach ihrer Meinung denn machen soll. Sie wartet darauf, mit welcher Regelung wir kommen, um diese dann zu diffamieren und in Mißkredit zu bringen.

(Wagner (Eschwege) (SPD): Freie Schulwahl! - Gegenruf des Abg. Reeh (GRÜNE): Die freie Schulwahl braucht keine Regelung!)

Ich freue mich ungemein darüber, daß das, was wir Ihnen vorgelegt haben, Sie aber auch in gewissem Sinne sprachlos macht.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Holzapfel hat sich geradezu vollmundig sprachlos gezeigt. Was angekündigt worden ist und was wir vorgelegt haben, ist erstens die gesetzliche Regelung, wie es der Verwaltungsgerichtshof in Kassel empfohlen hat. Und es ist zweitens eine Übergangsregelung, wie sie vom heutigen Landesvorsitzenden der SPD, dem damaligen Kultusminister Krollmann, per Verordnung erlassen worden war und in Hessen seit März 1983 galt.

(Holzapfel (SPD): Das haben Sie schon einmal behauptet!)

Wenn Sie heute davon abrücken, dann stellen Sie Ihren damaligen Kultusminister und den heutigen Landesvorsitzenden der SPD in den Regen. Das möge Ihnen auch beweisen, daß wir überhaupt keine Berührungspunkte gegenüber Bereichen in der Landespolitik haben, die wir für gut, praktikabel und erprobt halten. Warum sollten wir diese nicht übernehmen?

Die monatelange Diskussion nach dem Beschluß des Verwaltungsgerichtshofes vom Juni 1988, die wir in unserer Partei, in der Koalition, mit der pädagogischen und der schulischen Fachwelt, mit den Eltern, den Lehrern und Vertretern des Landeselternbeirats geführt haben, hat zu dem Ergebnis geführt, daß wir die Eignung des Kindes - das Recht des Kindes - und den Wunsch der Eltern am ehesten in Übereinstimmung und in ein vertretbares Miteinander bringen, wenn die Eignung vor dem Übergang in die weiterführende Schule festgestellt wird, wie es in der Krollmann-Verordnung und der davor auch der Fall war. In den Dissensfällen besteht für die Eltern durch die Probeweche die Möglichkeit, die Beurteilung der weiterführenden Schule anzurufen, wenn sie mit der Auffassung der Grundschule auch nach erneuter Beratung nicht übereinstimmen.

(Holzapfel (SPD): Um das abzuschreiben, haben Sie zwei Jahre gebraucht? - Wagner (Eschwege) (SPD): Das hängt mit der niedrigen Allgemeinbildung zusammen!)

Unter dem Strich ist das die kinderfreundlichste, humanste und effektivste Regelung. Das will die SPD nicht mehr. Hier ist zu fragen, warum sie bis 1987 diese ihre Regelung nicht verändert hat, wenn sie jetzt gegen diese Regelung zu Felde zieht.

(Wagner (Eschwege) (SPD): Haben wir doch!)

- Sie haben sie nicht verändert. Sie galt bis zum 8.2.1988. Sie haben das Land mit der Zwangsförderstufe überzogen

und wollten damit natürlich diese Verordnung in bezug auf ihre Gültigkeit für den Übergang nach Klasse 4 mit der Zwangsförderstufe aushebeln oder überflüssig machen. Das war Ihre Politik: Zwangsbeglückung statt Sorge dafür, daß die Kinder den richtigen Bildungsweg beschreiten.

(Beifall bei der CDU)

Darüber werden wir gerne diskutieren, wie Sie es hier angekündigt haben. Wir warten auf Ihre Argumente, meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN.

Noch ein zweiter Punkt: Herr Holzapfel, wenn Sie von den Stellenbesetzungen in diesem Lande sprechen, weiß ich nicht mehr, auf welchem Stern Sie leben. Sie reden von Parteibuchpolitik und beklagen, daß nun nicht mehr jeder Schulleiter und jeder Funktionsträger - Ausnahmen bestätigten auch in der Vergangenheit die Regel, ich bin selbst eine - in der Regel das SPD-Parteibuch hat, sondern daß auch andere Leute mit Qualifikationen zum Zuge kommen. Sie wollen nichts anderes, als in der Schulpolitik dort, wo Sie mit Ihren Mehrheiten das Sagen haben, das fortzusetzen, was Sie im Landtag mit dem Boykott des Schulfreiheitgesetzes praktiziert haben: Sie verweigern draußen im Lande den Eltern die Wahlmöglichkeit durch das Angebot der gegliederten Schulform.

Genau das versuchen Sie auch in puncto Stellenbesetzungen fortzusetzen. Sie versuchen, den roten Parteifilz, den wir in Hessen vorgetragen haben.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

wirksam bleiben zu lassen zur Erneuerung ständig neuen Parteifilzes der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Ich spreche das ganz deutlich hier an, ob Ihnen das gefällt oder nicht. Ich weiß, wie schwierig und wie bindend die "Aktenlage" für einen Minister oder für einen Regierungspräsidenten ist, wenn er über Stellenbesetzungen zu entscheiden hat. Wir wissen ja, wie und durch wen diese Aktenlage zustande kommt.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte den Kultusminister darin bestärken, daß er auch hinter die Aktenlage schaut und sich die Personen und Persönlichkeiten anschaut, die sich bewerben,

(Beifall bei der CDU)

und sich nicht ausschließlich und allein auf die Aktenlage verläßt. Das würde Ihnen, Herr Holzapfel, so passen, daß Sie den roten Parteifilz - obwohl Sie schon längst nicht mehr die Landesregierung stellen - fortsetzen. Wir wollen, daß die Auswahl von Persönlichkeiten für wichtige Funktionsämter allein nach dem Prinzip der Leistung und nicht mehr nach dem Prinzip des Parteibuches erfolgt.

(Wagner (Angelburg) (SPD): Dann tun Sie es doch! - Weitere Zurufe von der SPD)

Das erfolgt durch die neue Regierung, so gut es diese Bedingungen zulassen, auch wenn Sie mit diesen Dingen zum Schaden der Schulen, die es betrifft, draußen auf dem Markt hausieren gehen und ohne Rücksicht auf die davon betroffenen Kollegien, in die Sie Unfrieden tragen, und die davon betroffenen Schulen Ihre Parteipolitik austragen und versuchen, kleinkarierten politischen Vorteil zu erreichen, indem Sie alles das in die Öffentlichkeit zerren, was allein Sache der Verwaltung ist und allein nach Recht und Gesetz zu erfolgen hat.

(Zurufe von der SPD)



- Sprechen Sie sich ruhig aus. Es gibt ein Sprichwort, das heißt: Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.

(Zurufe von der SPD)

- Damit will ich aber nicht sagen, daß Sie alle Könige sind.

Wir stellen fest, daß die Schulwahlfreiheit in Hessen nicht so weit, wie gewünscht, erreicht ist. Wir hatten nicht mit diesem politischen Widerstand gerechnet. Wir stellen fest, daß ein Drittel der Fläche des Landes Hessen bisher keine Wahlmöglichkeit hat. Ich sage frei heraus: Auch das kann auf Dauer nicht so bleiben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD : Weiter so!)

Es ist der Sinn des Schulfreiheitsgesetzes gewesen, in ganz Hessen die Wahlfreiheit herzustellen. Wir haben jetzt ein zweigeteiltes Land, einen Teil mit Wahlmöglichkeiten und einen Teil ohne Wahlmöglichkeiten. Ich fordere von dieser Stelle aus die SPD-geführten Schulträger auf, noch vor der Kommunalwahl die Weichen dort auf Schulwahlfreiheit zu stellen, wo sie nicht vorhanden ist.

Die Bürger sollten bei der Kommunalwahl ein Zeichen setzen, wenn Schulträger sich weiter am Buchstaben des Gesetzes festklammern und den Eltern die Wahlmöglichkeiten verweigern. Wenn das so bleibt, daß hier weiterhin die zentrale Einfalt statt regionaler Vielfalt das Ziel von Politik ist und man sich weiter am Buchstaben des Gesetzes festklammert, dann werden wir mit dem Koalitionspartner zusammen zu überlegen haben, wie man den Buchstaben des Gesetzes verändert,

(Hartherz (SPD): Was ist denn das für ein Rechtsverständnis?)

damit alle Bürger in Hessen Auswahlmöglichkeiten erhalten.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Dr. Jung (CDU))

Denn Schulfriede kann nur durch die Verwirklichung des Bürgerrechts auf Bildung erreicht werden.

(Zurufe von der SPD)

Nun komme ich zu der wichtigsten Reform im hessischen Schulwesen, wie wir sie immer bezeichnet haben, zur Unterrichtsversorgung, zu der Herr Holzapfel hier wieder Nebelbomben über Nebelbomben geworfen hat. Ich glaube, er weiß am Schluß selbst nicht, was er hier vorgetragen hat. Herr Kollege Holzapfel, lesen Sie einmal das Protokoll nach. Sie sprechen hinten von etwas ganz anderem als vorn.

(Welteke (SPD): Es kommt immer darauf an, was hinten herauskommt!)

Jedenfalls kann aus Ihren Berechnungen kein Bürger klug werden. Mathematik kann nicht Ihre Stärke gewesen sein, Herr Holzapfel.

Nach der Regierungsübernahme haben wir festgestellt, daß rund 3.000 Lehrkräfte fehlen, wenn man die Schüler-Lehrer-Relation der SPD-geführten Landesregierung und die Stundentafeln zugrunde legt. Es ist eine großartige Leistung dieser Regierung, wenn sie von den von der Vorgängerregierung vorgesehenen 350 Streichungen, die sie bis 1992 jedes Jahr vorgesehen hatte, Abstriche macht. Das ist Kabinettsbeschuß, Herr Holzapfel. Wenn Sie schon nicht rechnen können, dann müßten Sie doch wenigstens lesen können. Dieser Kabinettsbeschuß sagt

eindeutig, daß an Stelle der 1.050 Planstellen an den hessischen Schulen, die Herr Holzapfel und Genossen streichen wollten, von 1989 bis 1991 500 Stellen zusätzlich besetzt werden. Wenn Sie das nicht rechnen können, dann nehmen Sie eine Rechenmaschine. 1.050 minus 500 ergibt 550 Stellen, die statt dessen nur nicht wiederbesetzt werden.

(Holzapfel (SPD): Herr Nassauer kommt auf 1.400 Stellen. - Wagner (Eschwege) (SPD): Herr Nassauer hat das gesagt!)

- Ach, Herr Holzapfel, ich habe Ihnen ja gesagt: Wenn man nicht rechnen kann, fällt es einem auch schwer, Zahlen zu lesen und miteinander in Beziehung zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Bei 70.000 Schülern, die wir in dieser Zeit weniger haben, und bei jetzt 166 beziehungsweise 167 Mehreinstellungen pro Jahr - das heißt im Grunde nur 184 Nichtwiederbesetzungen von freiwerdenden Planstellen in den hessischen Schulen pro Jahr - werden wir dem Ziel, die Unterrichtsabdeckung entscheidend zu verbessern, bis zum Ende der Legislaturperiode sehr nahegekommen sein, auch auf der Grundlage der Daten eines Lehrbedarfsplans, der in Arbeit ist und den Sie uns als wesentliches politisches Handwerkszeug nicht hinterlassen haben.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Holzapfel)

Da kommt nun die Opposition her und will alle kw-Vermerke im Haushalt streichen. Das ist so billig und unseriös, meine Damen und Herren, daß man darüber nur mit dem Kopf schütteln kann: Nachdem man in der Regierung pro Jahr 350 Lehrerplanstellen streichen wollte, will man uns jetzt überbieten die wir mit einem Kraftakt von dieser Planung der SPD weggegangen sind, auch gegen weite Teile der öffentlichen Meinung. Das ist schon die Methode des billigen Jakob, das muß ich Ihnen aber sagen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Methode des billigen Jakob, dem kein Mittel zu schäbig ist, um verantwortliches Regierungshandeln, wie es hier demonstriert worden ist, in einer schwierigen finanziellen Lage zu konterkarieren und noch zu überbieten, um dieses letztlich wieder ins Abseits zu bringen. Damit schaden Sie erneut den Schulen, für die Sie angeblich hier immer antreten, während Sie in Wirklichkeit die Koalitionsfraktionen und den Kultusminister ungerechtfertigt diffamieren.

(Beifall bei der CDU - Wagner (Angelburg) (SPD): Herr Korn, Sie schaden den Schulen schon 18 Monate lang!)

Die Gleichwertigkeit der Schulformen, die für uns in der Politik Prinzip ist und die auch in diesem Landeshaushalt zum Ausdruck kommt, wirkt sich insbesondere in der Angleichung der Unterrichtsbedingungen an den beruflichen Schulen an die der allgemeinbildenden Schulen aus, was die Vorgängerregierungen sträflich vernachlässigt haben, für die - ich sagte es schon einmal - der "Mensch" eigentlich erst mit dem Abitur anfing. Für uns sind alle Bürger gleich und haben gleiches Recht auf Bildung, ob praktisch oder theoretisch begabt.

Deshalb ist für die beruflichen Schulen ein Paket von Verbesserungen im Haushalt 1989 vorgesehen. Darüber hinaus haben wir dazu noch eine ganze Reihe von Haushaltsanträgen gestellt.

Chancengleichheit unter den Schulformen - dazu gehören bei uns auch die Privatschulen. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen 45 Leerstellen für private Gymnasien beantragt; denn sie leisten wichtige Arbeit. Die Wettbewerbsfähigkeit dieser Schulen muß verbessert werden. Darauf haben sie ein Recht. Das hat zuletzt im Februar 1987 das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil festgestellt. Diese 45 Leerstellen sind ein erster Schritt dahin. Ich sage dies noch einmal, auch weil es unser Ziel ist, die "zentrale Einfalt" der Schulpolitik der hessischen SPD durch eine "regionale Vielfalt" im Schulwesen zu ersetzen.

Das gehört zu den Suchlinien, um den Schulfrieden zu finden, möchte ich sagen. Auf die Orientierung an der Schulbesuchspflicht, am Schulbesuchsrecht und an der Schulwahlfreiheit ist die einzig richtige Antwort eine gewisse Schulgestaltungsfreiheit, vornehmlich durch die privaten Schulen.

Auf die weiteren Anträge, die wir zum Haushalt gestellt haben, will ich jetzt im einzelnen nicht eingehen. Sie unterstreichen diese Richtung der Politik, die ich hier darzulegen versucht habe.

Meine Damen und Herren, Hessen muß Spitze werden, wie es die Regierung sich zum Ziel gesetzt hat. Sie ist auf dem Wege dahin. Für Hessen als Land der Zukunft brauchen wir ein freiheitliches Schulsystem. Ein vielfältig gegliedertes, differenziertes Bildungsangebot ist dafür ein unabdingbarer Teil der Infrastruktur zur Erreichung dieses Ziels.

Mit Einheitsschule und ideologiebefrachteten Bildungsinhalten wäre das nicht zu schaffen. Deshalb ist die Regierung Wallmann mit Kultusminister Wagner hier auf dem richtigen Weg, auch mit dem Haushalt 1989. Sie kann auf die volle Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion bei der Fortsetzung dieses Weges rechnen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

#### Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):

Nächster Redner in der Aussprache ist Herr Hertle für die Fraktion der GRÜNEN.

#### Hertle (GRÜNE):

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich muß mich immer wieder über Herrn Korn wundern. Der stellt sich hier hin und redet so wie im April 1987 und merkt überhaupt nicht, daß seine eigene Partei schon den Teppich unter ihm weggezogen hat,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Wagner (Angelburg) (SPD): Der merkt gar nicht, daß wir im November 1988 sind!)

daß das, worüber er redet, schon gar nicht mehr Realität in Hessen ist.

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN haben sich, was den Haushalt des Kultusministers angeht, auf drei Schwerpunkte beschränkt, die uns für die künftige Gestaltung der Schulen, für die künftige Gestaltung der Beziehung von Lernen und Leben in den hessischen Schulen sehr wichtig erscheinen: erstens die Neueinrichtung von Ganztagschulen, zweitens ein Programm zur integrativen Betreuung behinderter Kinder an hessischen Schulen, drittens die Ausstattung der Selbsthilfeorganisationen in Hessen zur Verbesserung des Sprachunter-

richts für Aussiedlerkinder, für Kinder von Asylsuchenden und für Ausländer.

Meine Damen und Herren, Schule muß sich angesichts der rapiden Veränderungen in unserer Gesellschaft konsequent umgestalten. Die Lebensrealität von Kindern entspricht seit Jahren schon längst nicht mehr der programmatischen Idylle konservativer Schulpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Blütezeit der Kernfamilie ist in den westeuropäischen Ländern längst vorbei. Der Mensch als Familienwesen löst sich zunehmend in Richtung des Menschen als Individuum auf, und die Ehe als herrschende Lebensform verliert an Bedeutung.

Auch in Hessen zeichnet sich ab, daß nahezu jedes dritte Kind, das gegenwärtig geboren wird, nicht in der Familie aufwachsen wird, in die es hineingeboren ist. 40 Prozent unserer Kinder wachsen ohne Geschwister auf. Jede dritte Ehe wird nach fünf Jahren getrennt. Psychische Belastungen der Kinder durch Trennung von Vater und Mutter sind erheblich.

Zudem findet, bedingt durch eine verfehlte Infrastruktur und eine verfehlte Verkehrspolitik, überhaupt nicht mehr die normale Umwelt- und Straßensozialisation der Kinder in einer normalen Umwelt statt. Kinder sind heutzutage bereits an Termine gebunden. Sie sind im Grunde schon im jugendlichsten Alter Terminkinder. Das wissen Sie aus eigener Familienrealität ganz genau.

Hinzu kommen eine geänderte Rollendefinition von Mädchen und Jungen und Orientierungsprobleme in unserer wertpluralen, ethisch und kulturell sehr unterschiedlichen Umwelt. Dies erfordert von Kindern heute ein hohes Maß an Selbständigkeit, Individualität und Offenheit für andere Traditionen und vielfältige Kulturen.

Doch mit der einfachen Rezeptur konservativer Schulpolitik, der Frühtrennung von Kindern in ein dreigliedriges Leistungsschulwesen, gepaart mit einer Am-Brunnen-vor-dem-Tore-Wertamentalität, sind diese Aufgaben nicht zu bewältigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): O du Fallada, da du hangest!)

Kinder müssen aus ihrer Isolation herausgeholt werden. Schule muß angesichts der Auflösung von Familienstrukturen, angesichts neuer technologischer Entwicklungen und der daraus resultierenden Orientierungslosigkeit eine Art soziale Geborgenheit liefern. Schule darf nicht der Ausgrenzung bestimmter Gruppen von Kindern dienen

(Zuruf Korn (CDU))

- hören Sie gut zu! -, sondern man muß in ihrem Arrangement die Vielfalt bewußt und aktiv gestalten. Auf die Aussonderung lernschwacher, lernblockierter Kinder kann und muß Schule heutzutage verzichten.

Auch der gewachsene Bedarf nach Klärung von Grundsatzen, Wertefragen, Sinnfragen, kulturellen und ökologischen Problemen ist nicht mit der gegenwärtigen inhaltlichen und organisatorischen Vorstellung konservativer Schulpolitik zu decken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Schulpolitik, Herr Minister und meine Damen und Herren der CDU und der F.D.P., setzt auf Leistung und

Streß bereits in der Grundschule, auf Frühtrennung nach dem 4. Schuljahr, auf Trennungsprozesse in ein höheres und niederes Schulwesen, Prozesse, die in hohem Maße soziale Gegebenheiten und soziale Schicksale widerspiegeln, und sie setzt auf die Ausgrenzung benachteiligter, behinderter, ausländischer Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, den Schulproblemen und Erziehungsproblemen von heute ist nicht mit den Antworten von gestern zu begegnen. Das ist das, was Sie uns hier seit 19 Monaten Woche für Woche demonstrieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in unserem Haushaltskonzept den Schwerpunkt auf ein Entwicklungsprogramm in Richtung auf eine moderne, offene Ganztagschule gelegt, insbesondere auf die Integration behinderter Kinder.

Lassen Sie mich vor diesem Hintergrund die letzten Monate Schulpolitik dieser Regierung bewerten. Die CDU/F.D.P.-Regierung hat mit dem Elternrecht, dem Elternwillen nach freier Wahl der Bildungswege beispiellos Schindluder getrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die alte Übergangsverordnung, der Plan, über neun- und zehnjährige Kinder ein endgültiges Urteil zu treffen, hat zu riesigen Protesten in Hessen geführt, die Sie, Herr Minister und die konservative Schulpolitik Ihrer Partei in die Defensive brachte und politisch im ganzen Land Hessen, in großen Teilen der Elternschaft ungläubwüridig machten.

(Zuruf des Abg. Korn (CDU))

- Auf den anderen Teil komme ich gleich. Gut, daß Sie fragen.

Rund 50.000 Kinder wurden beurteilt, 2.000 Kinder sollten sich im Frühjahr dieses Jahres einem absurden Probeverfahren aussetzen. Gelder wurden verschwendet. Von dem Streß und den Klimaveränderungen an den hessischen Grundschulen möchte ich hier gar nicht sprechen.

(Zuruf des Abg. Korn (CDU))

- Kommt gleich, Herr Korn. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat Ihnen mit dem Verdikt der Verfassungswidrigkeit den juristischen Schlußpunkt unter dieses traurige Kapitel hessischer Schulgeschichte gesetzt.

Herr Korn, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, meine Damen und Herren der F.D.P.-Fraktion, haben Sie aus dieser bildungspolitischen Bruchlandung nur irgend etwas gelernt?

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nein!)

Wird das Elternrecht jetzt respektiert?

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nein!)

Noch im Sommer erschien es kurze Zeit so.

Mit den Freien Demokraten wird es eine Neuauflage des Probeunterrichts nicht geben.

- In dem Kinder bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Elternhaus und Schule über die weiterführende Schule nach dem 4. Schuljahr ihre Qualifikation in einem Unterricht auf Probe nachweisen sollten.

Nach Meinung der Liberalen haben Eltern bei der Schulwahl das erste und das letzte Wort.

Zitat aus der "Frankfurter Rundschau" vom 2. August 1988.

Auch Minister Wagner, erst auf Druck des Hessischen Datenschutzbeauftragten dazu gezwungen, die gesamten Eignungsgutachten einem Reißwolf anzuvertrauen, verkündete noch im September: Nie mehr Probewochen für hessische Schulkinder! Doch bereits im Herbst verschwindet das freie Elternrecht.

Die freie Schulwahl wird aus der Sprachregelung der hessischen CDU gestrichen. Auf dem Bildungsparteitag in Lich wird nur noch verschämt und mit roten Ohren von der "möglichst freien Schulwahl" geredet. Die Schulfreiheitspassage im Redekonzept des Ministerpräsidenten wird ersatzlos gestrichen. Die entscheidende Passage aus dem Entwurf für ein CDU-Programm zur Kommunalwahl am 12. März 1989 - "Dem Elternrecht kommt höchste Priorität zu" - verschwindet, wandert in den Reißwolf.

Meine Damen und Herren, Kultusminister Wagner beginnt in dieser Zeit, zunehmend die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel zu schelten und die Kompetenz des Gerichtes anzuzweifeln.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das kann man von seiner Kompetenz nicht sagen; er hat keine!)

Am Montag dieser Woche wird nun der alte Hut, das alte Konzept des Probeunterrichts wieder aus der Versenkung hervorgeholt. Der Minister stellt in einer Pressekonferenz seinen noch nicht intensiv abgestimmten Rohentwurf der gespannten hessischen Öffentlichkeit vor.

(Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, halten wir hier doch einmal fest: Kein Mensch, weder Eltern noch Lehrkräfte - und das hat die Auseinandersetzung des Frühjahrs gezeigt -, ist in der Lage, über alle Kinder zum Ende des 4. Schuljahres eine treffsichere Prognose abzugeben.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): So ist es!)

Deshalb sind wir der Auffassung: Wenn Sie schon gesetzlich die Frühtrennung nach Klasse 4 erzwingen - Herr Korn, jetzt meine Antwort auf Ihre Frage -, dann soll der Elternwille nach Klasse 4 frei bleiben. Das gleiche gilt für den Übergang von Klasse 6 in Klasse 7. Sie haben Recht und Legitimation verloren, mit dem Begriff "freie Elternwahl, freier Elternwille" noch einmal durch Hessen zu ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abg. Korn (CDU) - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Politischer Betrüger!)

Wir halten fest: Die hessische CDU ist nicht die Partei des Elternrechts. Sie mißachtet die freie Schulwahl. Kultusminister Wagner ist an die lange Leine, an das Halsband des Hessischen Elternvereins genommen,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Der Schulvogt!)

abhängig von einer winzigen Gymnasial-Lobby und den Resten der Aktion "Freie Schulwahl". Sie haben nicht das Wohl der hessischen Schulkinder im Auge, sondern sind eng begrenzten Lobby-Interessen einer kleinen Klientel verpflichtet.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): So ist es! - Zuruf des Abg. Korn (CDU))

Elternrecht bedeutet diesem Kultusminister nichts, es sei denn, es paßt ins ideologische Konzept und Weltbild.

Was wurde denn aus dem Elternwillen auf Einrichtung neuer Ganztagschulen? Was wurde denn aus dem Elternwillen auf Einrichtung einer modernen Ganztagschule in Fulda? Was geschah mit den Anträgen auf neue Gesamtschulen im Wetterau-Kreis? Wo bleiben die Genehmigungen für die Freien Schulen Gießen und Kassel? Freier Elternwille zählt nur dort, wo es Ihnen ins Konzept paßt!

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abg. Korn (CDU))

Wo bleibt die Beachtung des Elternwillens bei Anträgen auf Integration behinderter Kinder? Schauen wir uns an, was Sie sich hier seit Mai 1988 geleistet haben! Eiskalt sind Sie über Monate hinweg gegen Eltern und Kinder vorgegangen. Eltern behinderter Kinder mußten gegen die Mauern Ihrer ideologischen Borniertheit und Uneinsichtigkeit Sturm laufen. Die Menschen, welche in ihrer Benachteiligung und Schwäche unserer größten Zuwendung bedürfen, haben Sie den härtesten Belastungsproben ausgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): So ist es! - Korn (CDU): Quatsch!)

Nur einer gesellschaftlichen Mehrheit in Hessen, jenseits Ihrer engen Dogmen, Herr Korn, ist es zu danken, daß beide Kinder heute erfolgreich in Bad Sooden-Allendorf die Grundschule besuchen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): So ist es! - Zurufe von der CDU)

Weitere Anträge auf Integration behinderter Kinder schieben Sie zur Zeit auf die lange Bank, um sie dann über eine Änderung des Schulverwaltungsgesetzes zwangsweise gegen den Elternwillen in die Sonderschule abschieben zu können.

Der Integration behinderter Kinder in die Regelschulen trägt unser Änderungsantrag, ausgestattet mit 2 Millionen DM, Rechnung.

(Beifall bei den GRÜNEN - Korn (CDU): Weil Ihnen die Kinder egal sind!)

- Herr Korn, das ist so unsäglich, daß ich auf diesen Zwischenruf wirklich nicht eingehe.

(Korn (CDU): Wirklich egal! - Zurufe von den GRÜNEN)

Aber auch die Lernbedingungen in den Grundschulen und in den Klassen 5 und 6 haben sich unter Ihrer Verantwortung, meine Damen und Herren von CDU und F.D.P., verschlechtert. Die Klassenstärken sind in erheblicher Zahl wieder angewachsen. Das geht zu Lasten jedes einzelnen Kindes; denn Kinder brauchen heute optimale Zuwendung, müssen die Möglichkeit von Förderunterricht in kleinen Gruppen und zusätzliche Betreuung erhalten. Das Überschreiten der 25er-Klassenstärke, Ihr Weg zu größeren Klassen in Hessen, ist ein gravierender Rückschritt gegenüber dem 1.8.1986. Es ist die Verabschiedung von einer kinderfreundlichen Schule, einer Schule, die integrationswillig und integrationsfähig ist. Diese Verschlechterung ist Konsequenz Ihrer perspektivlosen Beschäftigungspolitik im öffentlichen Dienst, auch und gerade im Schulwesen.

(Korn (CDU): Na, na, na!)

Hartnäckig verweigern Sie den hessischen Lehrerinnen und Lehrern die längst verdiente Arbeitszeitverkürzung und versperren somit die Möglichkeit, junge Lehrkräfte schnell in den hessischen Schuldienst einzustellen. Drin-

gend brauchen die hessischen Schulkinder nämlich junge Menschen im Schuldienst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hessische Schulwesen ist dabei, zu verkalken und zu vergreisen!

(Zurufe von der CDU)

Doch bei Wallmann und Wagner in Hessen gibt es keine Arbeitszeitverkürzung, sondern das sture Festhalten an der Wilhelminischen Beamtentradition.

Gerade unter der Perspektive des europäischen Binnenmarktes ist das Festhalten am Beamtenstatus absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN - Velte (CDU): Sagen Sie das mal den Lehrern!)

- Das sage ich auch den Lehrern, Frau Velte, da habe ich keinerlei Hemmungen.

Lehr- und Erziehungstätigkeit muß keine Hoheitsaufgabe sein. Diese Schranken müssen fallen, um dringend notwendige Reformen in den Schulen überhaupt durchführen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade auch aus diesen Gründen fordern wir im Landeshaushalt die Anhebung der Mittel für Selbsthilfetätigkeit arbeitsloser Lehrerinnen und Lehrer, diese berühmte 1 Million DM. Es kann nämlich nicht angehen, daß diese jungen Leute, die das von Ihnen stets hochgelobte Subsidiaritätsprinzip realisieren, nur dann willkommen sind, wenn der Staat nicht mehr weiter weiß. Zur Zeit unterrichten diese Leute Kinder von Aussiedlern und Asylsuchenden und betreuen sie.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Aha, aha, aha!)

Politik und Haushalt müssen für diese freien Unternehmungen im Bildungsbereich die Rahmenbedingungen erhalten, um auf einer abgesicherten Grundlage weitere Arbeit zu ermöglichen. Für diese Aufgaben werden auch Schulleitungen benötigt, die in der Lage sind, kollegial, kooperativ und demokratisch zu handeln. Sie jedoch, Herr Minister, haben Stellenbesetzungen mehr nach Parteibuch denn nach Eignung, Leistung, Erfahrung und Kompetenz vorgenommen.

(Zuruf der Abg. Velte (CDU))

Sie haben vom Rheingau-Taunus-Kreis bis Fulda durch Ihren Hausbewerbererlaß das Schulleben schwer gestört, Parteibuchinhaber kompetenten Bewerbern vorgezogen,

(Kartmann (CDU): Die zeigen Sie mir mal!)

die Bewerbung von Frauen auf Funktionsstellen massiv behindert

(Korn (CDU): Wer hat Ihnen denn den Unsinn aufgeschrieben?)

und erhielten vom Verwaltungsgerichtshof die juristische Quittung. Ihre Erlaßlage ist rechtswidrig. Woche für Woche hagelt es Urteile gegen Ihre Personalpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abg. Schoppe (CDU))

Staatliche Bevormundung, Entmündigung der Eltern, Ausgrenzung behinderter Kinder, bürokratischer Zentralismus - -

(Kartmann (CDU): In welchem Land leben Sie? -

Korn (CDU): Nichts als der Versuch der Einschüchterung!

- Es ist klar, daß Sie das sticht. Sie begreifen anscheinend gar nicht, was im Bereich Ihres Kultusministeriums vorgeht!

Bürokratischer Zentralismus und eine durch Parteibuch bestimmte Stellenpolitik sind die Negativbilanz der Schulpolitik dieser Landesregierung im Jahre 1988.

(Schoppe (CDU): Legen Sie mal die Fakten auf den Tisch! - Rösler (CDU): Wo waren die Störungen, Herr Kollege?)

Doch lassen Sie mich jetzt einige Anmerkungen zu Dingen machen, die nicht gemacht wurden, die unterlassen wurden. Auch Unterlassung zeigt ein deutliches Bild von Schul- und Kultuspolitik.

(Korn (CDU): Sich im Schafskleid hier hinstellen und wie ein reißennder Wolf alles kaputtmachen!)

Sie, Herr Minister Wagner, haben die hessische Öffentlichkeit mit einer Reihe tiefsinnigster Erkenntnisse über das anthropologische Menschenbild dieser Landesregierung, über Begabungen, über Singen, über Religionsunterricht, über Tugenden beglückt.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Kaliningrad!)

Sie haben es bei keiner Gelegenheit unterlassen, Ihre deutsch-nationalen Sehnsüchte zu verkünden!

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Kaliningrad! - Holzapfel (SPD): Bis Memel!)

Ich zitiere:

Verstärkte Anstrengungen müssen unternommen werden zur Behandlung der deutschen Frage im Unterricht, der Geschichte und Kultur Mittel- und Ostdeutschlands, des Sudetenlands und der deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südeuropa. Das muß unternommen werden.

Wir haben aus Ihrem Hause, aus Ihrem Munde zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht nichts gehört. Sendepause war im Hause des Hessischen Kultusministers! Keine Initiative des Ministers zur Behandlung des Themas im Unterricht, keine Förderung lokaler Spurensuche von Geschichte des deutschen Nationalsozialismus durch Schülerinnen und Schüler, keine Förderung schulischer Initiativen zu diesem Thema, Schweigen in dieser wichtigen Frage heutiger Identität!

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Diese Sendepause aus Ihrem sonst sehr beredten Hause stimmt uns sehr bedenklich.

Noch etwas: Ich wundere mich, Herr Minister, daß Sie sich als Kultusminister und auch als Funktionär einer Landsmannschaft bis heute nicht von den unglaublichen Entgleisungen Ihres Vertriebenen-Blattes "Der Schlesier" distanziert haben.

(Kartmann (CDU): Das haben die doch alle schon gemacht!)

- Er? Wo?

(Kartmann (CDU): Der Verband hat es doch getan!)

- Wo hat er sich distanziert?

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Alle, alle! Ihr wart doch die mit dem "Schlesien bleibt unser!")

Ich lese das einmal vor:

Da sitzen sie alle friedlich beisammen: Weizsäcker, Honecker, Diepgen, Sindermann, Willy Brandt,

Kohl, protestantische und katholische Bischöfe, Gewerkschafter, Arbeitgeberführer, Arbeitnehmerführer verkleiden sich als Juden und dreschen einmütig auf ihr Volk herunter.

Wo hat sich der Minister von seinem Blatt distanziert? Das habe ich nicht hier vernommen:

Wenn so etwas auch in Hessen gedruckt werden kann, ohne daß man sich davon distanziert, Herr Korn, Herr Wagner, dann ist das unglaublich. Ich erwarte eine Distanzierung des Kultusministers.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Unglaublich ist, was Sie hier vortragen! - Gegenruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie sind doch auch so ein Berufsvertriebener!)

Er als hoher Vertriebenenfunktionär muß sich von so etwas distanzieren. Indem er das bislang unterläßt, offenbart er ein gefährliches Bild von Geschichte und Geschichtsunterricht.

(Kartmann (CDU): Das ist aber ein Zusammenhang! Mein Gott!)

Ich habe auch seine Interventionen bezüglich der Schulkinder vermißt - ich vermisse sie bis heute -, die in Hessen zur Zeit von Ausweisung bedroht sind. Schulkinder, Eltern und Lehrerkollegien zeigen dieser Tage konkret, was praktizierte Humanität ist, indem sie sich schützend vor diese Kinder stellen, um deren Ausweisung zu verhindern. Hier wäre eine Intervention des Kultusministers in seiner Fürsorgepflicht für hessische Kinder dringend vonnöten.

(Beifall des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Gilt denn, Herr Minister, Ihre Forderung, die Sie am 11. September 1988 im Schwalm-Eder-Kreis erhoben haben - ich zitiere: "Heimat erinnere jenseits aller Besitztitel an das unveräußerliche Recht eines jeden Menschen, einen Platz zu haben, dem er sich zugehörig fühle" -, auch für die Kinder, die seit ihrer Geburt hier in Hessen, hier in der Bundesrepublik leben? Gilt dieser Satz, oder gilt er nicht?

(Zuruf von der CDU: Ja, freilich!)

Meine Damen und Herren, die Gesamtbilanz dieser Bildungspolitik entspricht in keinem einzigen Punkt den Anforderungen gegenwärtiger Gesellschaft an Schule. Sie orientiert sich nicht an den Rechten der Eltern, den Interessen, Bedürfnissen und dem Wohl der Kinder.

(Nassauer (CDU): Bald haben wir es geschafft!)

Wer auf allen Ebenen 12 Monate lang Unfrieden, Konflikte, Scherben verursacht hat,

(Korn (CDU): Reden Sie von sich? Spieglein, Spieglein, an der Wand!)

Eltern, Kinder und Schulen Belastungen und sinnlosen bürokratischen Verfahren ausgesetzt hat, kann sich heute nicht hinstellen und Schulfrieden und Harmonie für die Schulen einklagen.

(Schoppe (CDU): Wer schürt denn hier Konflikte?)

Wer mehr als 12 Monate lang schulpolitischer Falke gewesen ist, dem wird es nicht gelingen, sich über Nacht zur Friedenstaube des hessischen Schulwesens zu verwandeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser negativen Gesamtbilanz lehnt meine Fraktion, die Fraktion der GRÜNEN, diesen Einzelplan 04 ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Herr Abg. Kappel.

**Kappel (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Lassen Sie mich zwei Bemerkungen vorwegschicken. Herr Hertle, ich glaube, Sie sind nicht ausreichend informiert, was die Erlaßsituation des Kultusministers angeht. Wenn ich es richtig weiß, dann hat er einen Erlaß im Blick auf die "Reichskristallnacht" herausgegeben. Wenn Sie sich in diesem Land um Schulpolitik kümmern, müßte Ihnen dieser Erlaß ja auch bekannt sein. Von da aus gesehen, bitte ich Sie, noch einmal die Lektüre aufzunehmen, damit Sie nicht das Falsche behaupten; das schadet Ihnen.

Der zweite Punkt ist folgender: Wir sollten ein bißchen differenzieren. Das eine mag meinerwegen Deutschtümelei oder überzogener Nationalismus oder was auch immer sein; da sind wir uns einig. Es ist jedoch etwas anderes, wenn der Kultusminister bemüht ist, jungen Leuten ihre Heimat nahezubringen oder ihnen Kenntnisse über ihre Heimat zu vermitteln; dann kann das ja wohl von vornherein nicht schlimm sein. Irgendwo müssen wir noch ein bißchen auf dem Teppich bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann lassen Sie mich einige Punkte der hessischen Schulpolitik aus einer anderen Perspektive ansprechen, die Sie auch schon zu behandeln versucht haben. Natürlich haben wir bestimmte Hypotheken von der vorhergehenden Regierung übernommen. Das ist jetzt gar nicht als bitter zu vermerken, sondern das ist einfach ein Faktum. Hypotheken müssen in Zins und Tilgung abgetragen werden; das dauert länger als ein paar Wochen.

So wollen wir einmal feststellen, daß es eine dieser Hypotheken war und ist, die Schulvielfalt wiederherstellen zu müssen.

(Zuruf von der SPD: Das mußte sie gar nicht!)

Das bedeutet *sui generis*, daß damit natürlich auch eine bestimmte Unruhe einhergeht. Das ist völlig klar. Sie haben ein anderes Konzept gehabt, und das muß man von Ihrer Warte anerkennen. Sie wollten nicht die Schulvielfalt, die freie Wahl unter den Schulformen, sondern Sie wollten ganz bestimmte, festgelegte und, wie ich meine, von bestimmten Ideologien geprägte Schulformen.

(Ibel (CDU): So ist es!)

Da war die Förderstufe für alle obligatorisch, und Ihr Fernziel war die integrierte Gesamtschule. Das ist doch klar. Das entspricht vielleicht auch den Vorstellungen, daß der Universaldilletantismus überall eingeführt werden sollte.

Eines müssen wir nun wissen: Wir wollen eine andere Form von Schule, nämlich die Vielfalt, die möglichst jedem einzelnen in seinen Ansprüchen gerecht wird. Das bringt natürlich auch Schwierigkeiten, wenn wir sehen, daß der Elternwille dem Eignungsgebot gegenübersteht. Diese beiden Dinge müssen zusammengebracht werden. Meine Damen und Herren, es ist gar nicht strittig, daß da nur Illusionisten behaupten können, an der Schule bleibe

es ruhig. Darüber müssen wir uns völlig einig sein. Da kann es nicht nur mit Ruhe zugehen. Da gibt es Spannungen und Auseinandersetzungen, die auch ausgetragen werden müssen. Wenn man Nivellierung um jeden Preis will, kann man nicht mehr von Auseinandersetzung reden.

Wir geben doch auch zu, daß uns hinsichtlich der Übergangsbestimmungen der Verwaltungsgerichtshof einen Strich durch die Rechnung gemacht hat - das ist doch zugegeben -, weil wir offensichtlich die Reihenfolge nicht nach den Vorstellungen der Richter gewählt haben.

(Zuruf von der SPD: Nach dem Gesetz!)

Wir haben jetzt die Konsequenzen daraus zu ziehen. Auch das kann man doch ganz locker zugeben. Und wenn man das zugibt, dann muß man auch sagen, daß wir möglicherweise im ersten Schreck manch eine Äußerung getan haben, die vielleicht besser unterlassen worden wäre,

(Hertle (GRÜNE): Oh!)

und manche Entscheidung zu treffen versucht haben, die sich dann nicht realisieren ließ. Jetzt sind wir aber zu einer Konzeption gekommen, mit der man leben kann. Was will man eigentlich mehr? Wir haben auch rundum eine relativ gute Resonanz auf die jetzt vorgelegte Konzeption. Ich mache Ihnen hier sogar noch ein Angebot: Die SPD hat doch angekündigt, daß sie eigene Überlegungen hinsichtlich Übergangsbestimmungen hat; das gilt auch für die GRÜNEN. Legen Sie diese doch rechtzeitig vor, und dann arbeiten wir gemeinsam daran. Wenn dies kein völliger Unsinn ist, können wir sogar manches von Ihnen einbeziehen. Aber über eines müssen Sie sich dabei im klaren sein: Sie müssen sich an Elternwille und Eignungsgebot orientieren, an beiden Positionen! Da ist man zwischen Szylla und Charybdis unterwegs; das muß klar bleiben. Man hätte, so denke ich, auch andere Lösungen finden können, die auch vertretbar gewesen wären. Nur muß irgendwann der Kompromiß gefunden und das irgendwann dann auch klargestellt werden.

Wollen wir noch einmal zu den Hypotheken zurückkommen! Da ist zum Beispiel die Frage der Lehrersituation in den Schulen. Ich nenne Ihnen einmal zwei Zahlen, nur damit wir uns im klaren sind, wie derzeit die Schüler-Lehrer-Relation im Lande aussieht. Wir hatten 1980 1.001.048 Schüler und 42.998 Lehrer. Wir haben 1988 801.118 Schüler, das heißt rund 200.000 weniger, und statt 42.998 41.677 Lehrer.

(Ibel (CDU): So ist das!)

Da muß man sich doch im klaren sein, daß diese Relationen bedeuten - da gebe ich meinem Fraktionsvorsitzenden recht -, daß nie so viele Lehrer für so wenige Schüler zur Verfügung standen. Das ist doch eine Situation, an der wir uns nicht vorbeimogeln können.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommen Sie, liebe Kollegen Holzapfel und Hertle, und sagen: Aber die Grundschule! Hättet ihr die Schulvielfalt nicht eingeführt, dann wären an der Grundschule ausreichend Lehrer! - Das ist der größte Unfug, den ich mir denken kann. Die einzige Schule, die keinerlei innere strukturelle Veränderungen erfahren hat, ist die Grundschule. Wir haben nun einmal Grundschullehrer und Sekundarstufe-I-Lehrer, die an die Grundschule herüberzubringen auf Grund Ihrer Nachhilfe schlechterdings kaum möglich ist. So gesehen, ist die Versorgung der Grundschule genauso, wie sie gewesen wäre, wenn das Schulsystem nicht mit der Vielfalt entstanden wäre. Die Grundschule hat sich in ihrer Struktur nicht verändert,

und die Grundschullehrer sind in ihrer Zahl so geblieben, wie Sie sie geschaffen haben. Deswegen ist das, was an Problemen derzeit in der Grundschule existiert, letztlich das von Ihnen übergebene Erbe. Das müssen Sie fairerweise einmal zugeben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Mit dem von Ihnen übergebenen Erbe versuchen wir schlecht und recht hinzukommen. Anders kann man das nicht nennen. Man versucht, aus allen Schwierigkeiten noch das Beste zu machen.

(Claus (SPD): Selbst wenn es so ist: mehr schlecht als recht!)

Aus diesen Schwierigkeiten profitieren Sie auf eine ganz unfaire Weise, und zwar indem Sie Postulate aufstellen, die das Chaos in sich tragen. Dieses Chaos möchten Sie um jeden Preis - das unterstelle ich - in unseren hessischen Schulen erreichen.

Ich will einige Punkte nennen. Sie fordern die kleine Klasse, die auf keinen Fall in der Grundschule mehr als 25 Schüler haben darf. Sie fordern gleichzeitig vehement: keine Abordnung aus der Sekundarstufe I. Sie sagen auch: keine Standortpreisgabe, auch wenn die Schulen noch so klein sind.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sie rufen auch nach Integrationsklassen um jeden Preis, und jetzt stürzen Sie sich noch auf die Arbeitszeitverkürzung. Jede einzelne dieser Komponenten bringt zusätzliche Belastungen und macht am Ende die Lage völlig aussichtslos. Wenn man auch nur annähernd das umsetzen würde, was Sie fordern, würde eine chaotische Situation im Hessenland entstehen, so daß man froh sein kann, daß Sie in der Opposition sitzen und nicht das anstellen können, was Sie alles fordern.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Holzapfel (SPD): Das erklären Sie einmal Ihren Wählern! - Wagner (Angelburg) (SPD): Das ist eine Karnevalsrede, die Sie hier halten!)

- Welcher Kauz hat denn das gesagt? Wer so etwas sagt, kann von der Sache aber auch gar nichts verstehen.

(Claus (SPD): Er versteht nichts von Karneval! Nicht einmal dort hätten Sie diese Rede halten können!)

- Er versteht auch nichts von Karneval, richtig, Herr Kollege Claus.

Kommen wir zu der Stellenfrage. Herr Kollege Holzapfel, Sie haben noch vor Jahresfrist festgehalten, daß nach Ihren Vorstellungen jährlich 350 Stellen abgebaut werden sollen. Das wäre nicht unbegründet, weil die Lehrer-Schüler-Relation sich in der Tat immer mehr zugunsten der Lehrer veränderte.

(Holzapfel (SPD): Vor Jahresfrist haben Sie schon regiert, Herr Kappel!)

- 1986. - Diese 350 Lehrerstellen pro Jahr werden von dieser Koalition, von dieser Regierung nicht abgebaut, sondern es werden 500 Stellen weniger abgebaut; das ist die richtige Diktion. Das heißt, es werden rund 180 statt 350 Stellen, wie Sie es vorgesehen hatten, per anno abgebaut. Das heißt zusätzliche Lehrereinstellung, das heißt, daß zusätzlich junge Lehrer in die Schulen kommen. Das hätten Sie alles nicht geschafft. Und dann regen Sie sich über die Schulsituation in Hessen auf!

Wir können natürlich nicht alle 500 Stellen in die Grundschule bringen. Denn Sie haben mit Ihrer völlig

dilettantischen Form der Lehrereinstellung eine Vielfalt von Formen der Beschäftigung geschaffen, bei denen die Leute von der Bezahlung weder leben noch sterben können. Auch das muß erst einmal bereinigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Die realistisch zur Verfügung stehenden Stellen - es dürften rund 400 sein - können wir auch nicht ganz in die Grundschule einbringen, weil Lehrer für den Fachunterricht in den Sekundarstufen I und II und vor allem in der Berufsschule gebraucht werden. Das wissen Sie so gut wie wir. Deswegen können wir nur peu à peu die von Ihnen übernommene miserable Hypothek abbauen. Dafür müssen wir draußen um Verständnis bitten und können nur jedem empfehlen, nicht auf Ihr Sirenengeheul hereinzu-fallen.

Noch etwas muß klar werden: Im Gesamthaushalt kommt die Schule außergewöhnlich gut weg.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Alle anderen Haushalte genießen nicht solche Vorteile wie die Schule. Wir haben bei der Polizei, beim Strafvollzug, bei den sozialen Diensten Erwartungen, die nicht in gleicher Weise erfüllt werden, inklusive der Leerstellen. Daher können wir uns nicht anders als anerkennend darüber äußern, was dieser Haushalt für die Schule hergibt, und dürfen nicht so tun, als ob das alles schlimm sei. Sie müssen doch irgendwann einmal zur Wahrheit zurückfinden, statt irgendwelche Geschichten zu erzählen.

Wir verstehen, daß Lehrer die Arbeitszeitverkürzung reklamieren. Natürlich können wir das verstehen, Herr Kollege Holzapfel. Aber dann müssen Sie den Lehrern auch sagen, welche Kosten das verursacht. Wenn wir bei gleicher Lehrerschaft die Arbeitszeitverkürzung einführen wollten, würde das entweder größere Klassen bedeuten oder weniger Stunden für die Schüler oder Aufgabe von Standorten. Diese Fragen müssen Sie beantworten, wenn Sie Ihre Forderungen in die Welt hinausposaunen. Sonst ist das unseriös.

(Wilke (F.D.P.): Das sowieso!)

Natürlich haben die anderen Bundesländer - obwohl sie im Finanzausgleich die Empfängerländer sind - die Arbeitszeitverkürzung mitgemacht. Aber sie haben keinen einzigen Lehrer zusätzlich eingestellt, sondern sie haben einfach die Leistungen gekürzt, wo auch immer.

(Zustimmung bei der F.D.P. und der CDU - Holzapfel (SPD): Tausend Stellen in Rheinland-Pfalz!)

Das wollen Sie am Ende für seriös erachten. Ich möchte einmal fragen, für wen diese Leute eigentlich da sein sollen.

Beim nächsten Punkt werde ich schon arg empfindlich. Wenn jetzt protestiert wird und Sie möglicherweise Ihr Herz dafür entdecken, daß Lehrer erklären: unter den gegebenen Umständen keine Klassenfahrten mehr, keine Schulfeste mehr, dann muß ich fragen: Für wen ist denn eigentlich die Schule da? Ist die Schule für die Schüler da, oder ist sie für die Lehrer und deren Befriedigung da?

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU - Hertle (GRÜNE): Billigste Polemik!)

Wir haben Verständnis für die Probleme und die Erwartungen der Lehrer. Aber wir müssen von den Lehrern

auch Verständnis für die Schule fordern. Das darf nicht auf Kosten der Schule gehen.

(Holzapfel (SPD): Hat das jemand gesagt?)

Sie dürfen sich nicht immer so schnell an irgendwelche Demonstrationen anhängen in der Hoffnung, daß Sie da und dort ein bißchen Zulauf bekommen.

(Ibel (CDU): Sehr richtig!)

Das Überaltern in der Schule ist in der Tat ein Problem; Herr Hertle hat es angesprochen. Damit kommen zusätzliche Belastungen auf die Schule zu, sowohl im Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern als auch für die Lehrer selbst. Aber auch darüber müssen wir uns seriöse Gedanken machen. Es ist zu überlegen, ob wir nicht zusätzlich Lehrer einstellen können, wenn wir die Arbeitszeit für ältere Lehrerinnen und Lehrer, über die Ressorts hinweg koordiniert, verändern. Dies ist sicherlich kein Anliegen, das der Kultusminister allein verfolgen kann. In unserer Gesellschaft müssen Überlegungen angestellt werden, ob man es überhaupt zulassen kann, daß ältere Lehrer mit voller Arbeitszeit arbeiten und junge Lehrer arbeitslos auf der Straße stehen. Das ist ein Problem, das wir in der Tat bedenken müssen. Welche Art Beschäftigungsbrücken wir auch finden, wir müssen den jungen Lehrern die Aussicht geben, daß sie in der Schule demnächst wieder gebraucht werden; sonst sind sie dann nicht vorhanden, wenn sie in einigen Jahren wirklich gebraucht und gesucht werden. Hierbei ist auch die Überprüfung der Weiterbildung, der Stellenbesetzungsvorsorge und der Organisation der Schulformen dringend nötig.

Zu den Integrationsklassen. Herr Hertle, glauben Sie ja nicht, daß wir nicht auch Verständnis für Eltern mit behinderten Kindern hätten, die ihre Kinder in der Regelschule unterbringen wollen. Sie haben Bad Sooden-Allendorf angesprochen. Man muß in Erinnerung rufen: Die Kinder sind eingeschult. Einige Herrschaften, auch von politischer Seite, standen glückstrahlend mit Blumensträußchen dabei. Wer interessiert sich eigentlich jetzt noch dafür, daß die Kinder nur 13 Stunden in der Woche von einem zweiten Lehrer unterrichtet werden, daß diese Kinder aber in den übrigen sieben Stunden nicht unterrichtet werden können, weil der zweite Lehrer fehlt, und sie deshalb zumindest teilweise vor den anderen Kindern nach Hause geschickt werden?

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Nein, daran ist nicht der Kultusminister schuld, sondern da wurde etwas ohne solide Grundlage probiert, da wurde etwas um jeden Preis durchgesetzt, auf Kosten der Kinder. Das lassen wir künftig nicht mehr zu!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir haben uns um eine gute und überzeugende Integration zu bemühen, wo sie machbar ist. Aber wir dürfen nicht Hoffnungen wecken, die hinterher nicht erfüllt werden können, wodurch möglicherweise das Unglück nur noch vergrößert wird.

Lassen Sie mich an die dringlichen Bedürfnisse erinnern, die tatsächlich aktuell sind. In der Tat haben wir für Aussiedlerkinder und für Ausländerkinder eine ganze Menge zusätzlicher Leistungen zu erbringen, und das nicht nur bei der Integration, sondern auch hinsichtlich der Remigration. Wir haben auch daran zu denken, daß Kinder in unserem Lande groß werden, deren Eltern in absehbarer Zeit wieder in ihre Heimatländer zurück wollen.

(Boppel (GRÜNE): Müssen! - Gegenrufe von der CDU)

Wir haben auch dafür zu sorgen, daß diese Kinder sich in ihrer Heimat wieder zurechtfinden können, auch das gehört zu unseren Aufgaben. Wir müssen solche besonderen Aufgaben erfüllen - nicht nur für Ausländerkinder -, damit nicht das, was der Kultusminister möglicherweise jetzt versäumt - nicht durch seine Schuld, sondern wegen fehlender Mittel -, später den Sozialminister oder den Justizminister teurer zu stehen kommt. Hier haben wir eine ganze Menge zu leisten und dürfen das nicht auf die lange Bank schieben. Ich glaube, wir sind uns in dieser Sache einig.

Wenn ich die Belange der Berufsschulen anspreche und sie besonders hervorhebe, dann betrifft das nicht nur die Schüler-Lehrer-Relation generell, sondern auch einen ganz besonderen Punkt. Wir haben den Berufsschulen unsere besondere Zuwendung und Aufmerksamkeit auch in der Frage der Standorterhaltung zu widmen. Wenn Berufsschulen wegen kleiner Schülerzahlen ihre Standorte aufgeben müßten, ruinierten wir damit regional ganze Berufszweige. Wir haben dafür zu sorgen, daß die Standorte erhalten werden, um den Ausbildern das Engagement in der Ausbildung weiterhin akzeptabel zu machen.

(Schoppe (CDU): Das ist Strukturpolitik!)

Hier haben wir eine Menge zu leisten, und zwar von der Einstellung qualifizierter Lehrer mit vollen Stellen bis zur Standorterhaltung.

Ich möchte auf die Betreuungsschulen zu sprechen kommen und in der Tat nicht darüber streiten, wer sie erfunden hat. Das ist gar nicht wichtig. Daß die Kinder heute aber einen höheren Bedarf an schulischer Betreuung haben als früher, ist klar. Ich will das konkretisieren.

Eine Mutter, die berufstätig ist, kann ohne Not ihr Kind morgens im Kindergarten abgeben, weil sie weiß, um wieviel Uhr das Kind abgeholt werden kann und muß. Bei einem Kind in der Schule weiß die Mutter häufig nicht, welche Stunden ausfallen, wann das Kind schon in der Grundschulzeit, weil es nicht weiß, wohin es gehört, auf der Straße oder sonstwo ohne Betreuung ist. Da haben wir uns intensiv zu bemühen und auch zu überlegen, wie die schulische Organisation auszusehen hat und ob es immer so sein muß, daß Lehrern die Unterrichtsstunden in einem möglichst lückenlosen Block angeboten werden müssen oder ob nicht gelegentlich auch zusätzliche Präsenz in der Schule notwendig ist, damit den Kindern Gerechtigkeit widerfährt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich habe sehr viel Verständnis für die Lehrer. Ich kann vieles dabei akzeptieren. Aber ich kann nicht akzeptieren, daß die Verhältnisse umgedreht werden und am Ende die Schule nicht mehr für die Schüler da ist. Das ist unser Hauptanliegen, und das haben wir auch zu vertreten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir engagieren uns für das Abendgymnasium und für das Hessenkolleg in gleicher Weise, weil wir es für richtig halten, daß auch lebens- und berufserfahrene Leute junge Menschen in die Universität kommen und dort zusätzliche Aspekte einbringen, vielleicht sogar die durch Nurakademiker etwas eingengte Welt der Universität etwas erweitern können.



Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas deutlich machen: Beim Hessenkolleg Wetzlar ist es durch den Einsatz des Kollegen Müller von der SPD, des Kollegen Korn von der CDU und meinen Einsatz gelungen, daß dieses Hessenkolleg sein Angebot erweitern kann. Wir machen Ihnen das Angebot: Wenn sachliche, vernünftige und seriöse Zusammenarbeit möglich ist, machen Sie doch bitte mit, und dann anerkennen wir das gegenseitig! Aber wir können nicht anerkennen, daß nur gefordert wird, ohne daß die Realität auch nur annähernd im Blick bleibt.

Ein Hinweis zur Frage Lehrerausbildung und -weiterbildung. Wir müssen insbesondere in Fächern, die derzeit eifrig propagiert werden, für die aber zum großen Teil die Lehrer noch nicht da sind, intensiv Weiterbildung und Fortbildung betreiben. Was ergibt das denn für einen Sinn, meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, daß Sie fordern, Polytechnik/Arbeitslehre solle überall gegeben werden, wenn wir weder die Lehrer haben noch eine vernünftige, überzeugende und abgeschlossene Ausbildungskonzeption für diese Lehrer vorliegt? Da ist ein Fach geschaffen worden, ohne daß man definitiv wußte, was und vor allem durch wen unterrichtet werden soll. Vielleicht ist einmal klarzumachen, daß wir die Lehrer brauchen, bevor wir ein Fach anbieten.

In der Frage der Studienseminare ist der Kultusminister dabei, Überlegungen und Entscheidungen zu treffen. Aber ich bitte, eines zusätzlich zu bedenken. Ich will die Zahlen der Studienseminare nennen. Im Juni 1987 hatten wir 2.498 Referendare, 1988 haben wir nur noch knapp 2.000. Wir haben in der Tat einen Rückgang an Referendaren. Aber auch hier stellt sich die Frage: Können wir es uns leisten, den Erhalt des Angebots in der Fläche schnell preiszugeben? Können wir es uns leisten, heute Studienseminare zu schließen, wenn wir übermorgen möglicherweise wieder mehr Kapazitäten brauchen? Hier muß vorsichtig entschieden werden, und hier müssen auch alternative Auslastungen bedacht werden, bevor wir uns endgültig entscheiden.

Ein Punkt erscheint mir noch wichtig: Was wollen wir denn in der Schule? Wollen wir in der Schule am Leistungsprinzip festhalten, es wahren und noch verstärken? Oder wollen wir, daß die Schule nicht leistungsorientiert sein soll? Letzteres kann ich mir in der Bundesrepublik, einem Industriestaat, der weitgehend von der Leistungsfähigkeit seiner Menschen abhängig ist, nicht ernsthaft vorstellen.

Von da aus ist es unser Ziel und bleibt es unsere Aufgabe, die Schulen leistungsstark zu erhalten und Leistungen in den Schulen hoch anzusetzen, ja die Lehrer geradezu aufzufordern, Leistungen auch den Schülern nahezulegen. Es ist ein völliger Irrtum, wenn man denkt, daß derjenige, der leistungsstark ist, nur die Ellbogen gebrauchen kann. Leistung ist auch etwas, was man sozial umsetzen kann. Es kann auch für andere "geleistet" werden. Wenn wir nur Schwache in unserer Gesellschaft hätten, wäre keiner da, der helfen könnte. Unsere Aufgabe muß sein, auf allen Sektoren, nicht nur im Schreiben, Rechnen und Lesen - es gibt auch andere Fächer in der Schule, die leistungsstark betrieben werden müssen wie beispielsweise die musischen -, die Leistung voranzutreiben, zu fördern, zu helfen und nicht am Ende nur lamentös die Schulen nach unten zu reden.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Der Kultusminister betont häufig: "Et respice finem" - und bedenket das Ende! Ich möchte dies auch im Blick auf Überlegungen, im Gymnasium statt 13 Jahrgängen 12 vorzusehen, tun. Bevor dies umgesetzt wird, bitte ich, ernsthaft zu prüfen, ob diese Überlegungen mit dem Hamburger Abkommen in Einklang stehen.

**Vizepräsident Sturmowski:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist um.

**Kappel (F.D.P.):**

Ich brauche noch Zeit für zwei, drei Sätze.

Ich bitte auch, zu prüfen, ob das mit den KMK-Vereinbarungen in Einklang steht. Vor allem bitte ich, grundsätzlich zu prüfen, wo sinnvoll gekürzt werden soll in der Ausbildung der jungen Leute, die zugegebenermaßen in der Bundesrepublik länger dauert als in den Nachbarstaaten - ob es in der Grundschule, in der Mittelstufe, im Gymnasium oder beim Studium ist. Bevor wir zu schnell entscheiden, halte ich diese Überlegung für dringend notwendig.

(Claus (SPD): Vorsichtige Absonderungsbewegung, bevor das Unglück eintritt!)

Wir wollen in der Tat die Vielfalt in der Schule. Wir wissen, daß diese Schulvielfalt einen Preis hat, daß sie auch Unruhe schafft. Wir wissen aber auch, daß der größte Teil des Ärgers, der Unruhe und auch der Ängste im Land mit aufgeheizt und mit inszeniert worden ist von den Oppositionsparteien. Ich sage das in aller Deutlichkeit.

(Holzapfel (SPD): Wo kein Feuer ist, ist kein Rauch!)

Wenn man sich überlegt, auf wie vielen Veranstaltungen erklärt wird, was alles Schlimmes an den Schulen im Land geschehe, und wenn man feststellt, wie Sie Flächen- und Waldbrände entfachen, wo nichts ist als eine Kerze, die gelegentlich flackern könnte,

(Soltwedel (GRÜNE): Was sollen wir denn sonst machen, kalkan? - Boppel (GRÜNE): Eine sprühende Wunderkerze!)

dann sind Sie - lassen Sie mich mit dem Hinweis schließen - derzeit dabei, die Schule zugunsten einfachster politischer Ambitionen und Ziele zu instrumentalisieren.

(Soltwedel (GRÜNE): Aber wir haben Erfolg im Gegensatz zur CDU! - Claus (SPD): Sie wollen die Brände mit Kerosin bekämpfen!)

Sie, meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, müssen überlegen, was Ihnen wichtiger ist: kurzfristige politische Effekthascherei oder die Kinder im Hesse-land. Ich unterstelle, Sie sind noch lange unterwegs, um zu einem vernünftigen Schluß zu kommen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Herr Abg. Schoppe.

**Schoppe (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die SPD ist profillos und nur begrenzt eine Alternative zu CDU und F.D.P.

Dieser Feststellung der Jungsozialisten kann ich mich nur zum Teil anschließen; denn ich würde sagen, sie ist überhaupt keine Alternative zur CDU und F.D.P.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das haben die Ausführungen des Kollegen Holzapfel vorhin deutlich gemacht, dem es nur darum ging, zu diffamieren, weil ihm das, was diese neue Regierung an Leistungen und Erfolgen erbracht hat, ganz einfach nicht in den Kram paßt. Mit Diffamierungen und Unterstellungen wird hier operiert, statt sich mit den Fakten auseinanderzusetzen.

Lassen Sie mich einige Stichworte aufgreifen, zunächst die Frage der Prozesse und der angeblichen Parteibuchwirtschaft. Herr Holzapfel, Sie wollen gern verdrängen, daß die SPD in ihren Zeiten mehr als doppelt so viele Prozesse hätte, als es jetzt der Fall ist. Das paßt nicht in Ihr Bild.

(Ibel (CDU): Hört, hört!)

Der "rot-grüne Filz", von dem Insider sprechen, wird zu Recht angesprochen; denn auch da wollen Sie Ihre Vergangenheit verdrängen. Wenn ein sozialdemokratischer Funktionsträger nicht sofort mit einer Funktionsstelle betraut wird, sprechen Sie von "schwarzem Filz". So weit sind wir heute. Wenn ein Sozialdemokrat nicht installiert wird, dann ist das "schwarzer Filz". Das ist nachweisbar.

(Wagner (Angelburg) (SPD): Sie werden doch jede Woche einmal zurückgepfiffen, Herr Schoppe!)

Vergessen Sie nicht, daß in den Jahren von 1977 bis 1987 von 50 Schulleiter-Stellenbesetzungen in Frankfurt nur 4 Leute waren, die nicht Mitglied der GEW waren. Das war roter Filz, und das hat sich im umgekehrten Fall nicht wiederholt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ist es vielleicht schwarzer Filz, wenn ein Sozialdemokrat Leiter des Staatlichen Schulamtes des Main-Taunus-Kreises wird?

(Holzapfel (SPD): Aber Herr Schoppe, darüber hätten Sie lieber geschwiegen!)

Ist es schwarzer Filz, wenn Ihr Kollege Dieter Geißler Schulleiter in Wieseck wird? Ist es schwarzer Filz, wenn in der Wetterau die Frau des Landrates Rüfer (SPD) Schulleiterin wird?

Ist es schwarzer Filz, wenn in Ranstadt die Frau eines Finanzamtsleiters (SPD) Schulleiterin wird? Das ist kein schwarzer Filz! Da sagen Sie nichts dazu, lieber Herr Holzapfel!

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zu dem Stichwort Arbeitszeitverkürzung zwei Bemerkungen machen. Wir haben gesagt: Wir können die Arbeitszeit der Beamten nicht verkürzen. Dies gilt auch für Lehrer. Es wäre unverantwortlich, weil keine neuen Stellen geschaffen werden können, entweder die Stundentafel zu kürzen oder aber die Klassen noch größer zu machen. Das halten wir für unverantwortlich. Deshalb übernehmen wir die Arbeitszeitverkürzung nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie reklamieren, es seien keine beschäftigungspolitischen Impulse gegeben worden, dann frage ich Sie einmal: Wo waren denn Ihre beschäftigungspolitischen Impulse, als Sie die Arbeitszeit zum Teil durch Altersermäßigung verkürzt haben? Sie haben damals keine

einzig zusätzliche Stelle geschaffen. Sie haben deshalb auch nicht das Recht, dies zu reklamieren.

(Beifall bei der CDU)

Stichwort Sonderprogramm: Es paßt Ihnen nicht, Herr Holzapfel, daß wir hier neue Schwerpunkte setzen und endlich bei Fragen der beruflichen Bildung etwas tun und nicht wie Sie in der Vergangenheit nur davon reden. Sie werden nicht verhindern, daß unsere Schulen in diesem und im nächsten Jahr in den Werkstätten, in den Räumen besser ausgestattet werden, um den Anforderungen durch die neuen Techniken zu entsprechen. Die Bewilligungsbescheide für das Jahr 1988 sind bereits ergangen, und für das Jahr 1989 werden sie folgen. Das werden Sie auch nicht mit Ihren Unkenrufen verhindern.

Wir haben die Programme so aufgelegt, wie Sie früher beispielsweise Ausstattungsprogramme gestaltet hatten oder wie Sie ein Förderstufenprogramm gemacht haben. Genau die gleichen Programme haben wir gemacht. Das kommt den Schulen zugute.

Wir haben aber auch im Stellenbereich etwas getan, Herr Holzapfel. Seit 1977 hat es in Hessen keine einzige zusätzliche A 14- oder A 15- Beförderungsstelle gegeben. Es gab nichts dergleichen, weil Ihre Prioritäten anders waren, und zwar einseitig zugunsten der Gesamtschulen und der Förderstufen aus ideologischen Gründen. Sie lagen nicht da, wo es wirklich notwendig war. Wir schaffen mit diesem Haushalt die Voraussetzungen für eine neue Funktionsstelle für Fachlehrer der Arbeitstechnik in der Besoldungsgruppe A 12. Hier werden 1989 38 neue Stellen zu besetzen sein. Wir schaffen 122 Beförderungsmöglichkeiten in der Besoldungsgruppe A 14 und 45 neue Möglichkeiten, Ableitungsleiter in beruflichen Schulen nach A 15 zu besolden, was dem Unterricht in unseren Schulen durch bessere Qualität zugute kommt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Kollege Korn hat bereits darauf hingewiesen: Auch die 45 zusätzlichen Leerstellen für die Privatschulen sind ein Schritt voran, weil Sie in der Vergangenheit auf diesem Gebiet nur die Nulllösung anzubieten hatten. Auch dies wird unseren beruflichen Schulen zugute kommen.

Ein letztes Stichwort zu dem, was die Weiterbildung anbelangt. Man kann nicht ohne Kenntnis der Betriebswirklichkeit und ohne Kenntnis der neuen Techniken Jugendliche ausbilden,

(Beifall des Abg. Kappel (F.D.P.))

die sich heute nach Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen beispielsweise im Bereich Metall und Elektro den neuen Anforderungen im Betrieb zu stellen haben. Deshalb müssen unsere Berufsschullehrer in die Lage versetzt werden, diese Ausbildung ebenfalls sachgerecht durchzuführen. Deshalb haben wir dem Hause auch einen Antrag vorgelegt, wo wir sagen: Die berufliche Fort- und Weiterbildung der Berufsschullehrer muß intensiviert werden, sowohl was die betrieblich-fachliche Fortbildung, als auch was Maßnahmen im Bereich des HILF anbelangt, wo es neue Schwerpunktsetzungen geben muß.

Als drittes müssen unsere Universitäten verstärkt in dieses Weiterbildungskonzept mit einbezogen werden.

**Vizepräsident Sturmowski:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit!

**Schoppe (CDU):**

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident! - Wir haben dies nicht nur gefordert, sondern konkrete Anträge gestellt, um beispielsweise die Mittel im Bereich des Hessischen Instituts für Lehrerfortbildung um 70.000 Mark im nächsten Jahr zu erhöhen und die Mittel für betrieblich-fachliche Fortbildung um weitere 100.000 Mark zu erhöhen. Ich glaube, die Feststellung kann ich zum Schluß treffen: Wir haben die Mittel für die betrieblich-fachliche Fortbildung gegenüber Ihren Ansätzen von 1986 nahezu verfünzigfacht.

(Beifall bei der CDU)

Das sind Erfolge, von denen Sie früher nur geträumt haben. Wir handeln, statt zu reden. Es paßt Ihnen manches nicht an dieser praktizierten politischen Verantwortung, der größeren Freiheit für Eltern, die wir geschaffen haben. Die ganze Richtung paßt Ihnen nicht. Ich glaube aber, das ist der richtige Weg, den die Union geht. Es geht Ihnen nicht um die Sache, es geht Ihnen auch nicht um die Kinder, sondern es geht Ihnen nur um Ihre Ideologie.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat der Herr Staatsminister Dr. Wagner.

**Dr. Wagner, Kultusminister:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die öffentlichen Auftritte der Opposition in den letzten Monaten und auch die heutigen Debattenbeiträge verfolgt, dann wird eines immer wieder ganz deutlich: Weder SPD noch GRÜNEN geht es um die konkrete Gestaltung unseres hessischen Schulwesens. Es geht Ihnen, meine Damen und Herren - hier kann ich direkt an meinen Vorredner anknüpfen -, um die Verwirklichung Ihres Parteiprogrammes, um die Verwirklichung Ihrer Ideologie, von der Sie nicht lassen können.

(Beifall bei der CDU)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, wollen nach wie vor als Endziel Ihrer politischen Agitation die integrierte Gesamtschule als obligatorische Einheitsschule durchsetzen und alle anderen Schulformen beseitigen.

Meine Damen und Herren, wenn dem nicht so wäre, dann möchte ich einmal endlich die Vertreter von SPD und GRÜNEN auffordern, sich von Ihrem Hessenplan 1980 zu distanzieren, wonach 411 integrierte Gesamtschulen in Hessen unter gleichzeitiger Beseitigung von Hauptschule, Realschule und Gymnasium flächendeckend eingeführt werden sollten. Sagen Sie doch bitte endlich heute am 24. November 1988 ja zum gegliederten Schulwesen! Geben Sie ein Bekenntnis ab, meine Damen und Herren von der Opposition, zur Hauptschule, zur Realschule und zum Gymnasium! Geben Sie es bitte nicht nur etwa abstrakt, nicht nur etwa in Erklärungen ab, sondern handeln Sie danach! Ich denke zum Beispiel an den Altkreis Wetzlar, wo unter Ihrer Vorherrschaft noch immer flächendeckend integrierte Gesamtschulen unter Ausschließung jeglicher Wahlmöglichkeiten vorhanden sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke an den Altkreis Hanau, bei dem übrigens das Unikum festzustellen ist, daß der dort regierende Landrat

(SPD) sein Kind von der integrierten Gesamtschule nimmt und es auf ein Gymnasium schickt.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Ich wäre dankbar, wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, hier endlich einmal glaubwürdiger würden. Ich will folgendes aufgreifen: Der Unterschied zwischen der Schulpolitik dieser Landesregierung und der der Opposition besteht darin, daß wir uns ganz konkret um Sacharbeit bemühen. Ich will gar nicht abstreiten, daß uns dabei auch Fehler unterlaufen.

(Hertle (GRÜNE): Ja, aber in Massen!)

Es ist ein Stück politischer Stärke, vorhandene Fehler oder Irrtümer zu korrigieren und nicht einäugig oder wie mit Scheuklappen ausgestattet immer nur einem eigenen ideologischen Konzept verhaftet zu bleiben.

(Zuruf des Abg. Hertle (GRÜNE))

Diese Regierung setzt Sacharbeit gegen den Weltanschauungskampf der Opposition.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, mir ist die Frage der bereits von der Opposition angesprochenen Übergangsregelung von Klasse 4 in das gegliederte Schulwesen ein willkommener Anlaß.

(Hertle (GRÜNE): Wo bleibt denn da der Elternwille als Priorität?)

Ich will zunächst ganz klar und deutlich sagen: Die Koalition hat sich die Entscheidung über die Übergangsregelung nicht leicht gemacht. Wir haben miteinander über viele Wochen und Monate diskutiert, aber nicht nur miteinander - wir haben mit Eltern und Lehrerverbänden gesprochen. Wir haben mit dem Vorsitzenden des Landeselternbeirates gesprochen, der demokratisch gewählten Repräsentation der hessischen Eltern. Wir haben mit Praktikern gesprochen. Wir haben gefragt, was dem Kind am meisten und am besten nützt. Meine Damen und Herren, wir haben überlegt: Ist das Probejahr die richtige Lösung, ist ein halbes Probejahr das Richtige oder etwa eine Probeweche?

(Hertle (GRÜNE): Sie hängen doch an der Leine des Elternvereins!)

Wir haben gefragt: Welche Erfahrungen haben wir in Hessen in den letzten 30 Jahren mit der Probeweche gemacht? Wir haben gefragt, wie es in anderen Bundesländern aussieht, welche Erfahrungen es dort gibt. Meine Damen und Herren, all diesen Fragen haben Sie sich von der Opposition nicht gestellt.

**Vizepräsident Sturmowski:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Staatsminister?

**Dr. Wagner, Kultusminister:**

Nein! Ich möchte auch im Hinblick auf die Zeit die Rede so zu Ende führen.

(Soltwedel (GRÜNE): Oder trauen Sie sich nicht?)

Meine Damen und Herren, Sie von der Opposition interessiert das Wohl und Wehe des Kindes nicht. Sie interessiert nur eines - und das werden wir der Öffentlichkeit immer und immer wieder sagen -, Sie interessiert nur: Wie verhindere ich das gegliederte Schulwesen, und wie mache ich dieses gegliederte Schulwesen kaputt?

(Soltwedel (GRÜNE): Wie bitte? - Wagner-Pätzhold (GRÜNE): Was Sie mit unseren Schulkindern getan haben in diesem Sommer! Unfähiger Typ da vorne!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben zunächst die Zwangsförderstufe flächendeckend in Hessen eingeführt, dann sind Sie im April 1987 vom Wähler gestoppt worden. Dann gab es das Schulfreiheitsgesetz. Sie haben per Parlamentsboykott versucht, die Schulfreiheit in Hessen zu verhindern. Sie haben versucht, per Parlamentsboykott zu verhindern, daß die Wahlfreiheit wiederhergestellt wird. Sie sind damit kläglich gescheitert. Diesen Boykott setzen Sie jetzt auf der unteren Ebene der Schulträger fort.

(Beifall bei der CDU)

Nun mißbrauchen Sie die Übergangsregelung als Hebel gegen das gegliederte Schulwesen. Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihnen geht es gar nicht um die Übergangsregelung als solche.

(Schoppe (CDU): So ist es!)

Ihr Kampf gegen die Übergangsregelung gilt einzig und allein der Schulvielfalt und der Wahlfreiheit in Hessen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ihre Forderung nach Preisgabe des verfassungsmäßig verankerten Eignungsgrundsatzes ist nichts anderes als eine Strategie, die der Aushebelung des gegliederten Schulsystems mit dem Ziel der flächendeckenden Gesamtschule als ausschließlichem Einheitsschulsystem dienen soll.

CDU und F.D.P. haben das Kernstück des Elternrechts im Schulwesen, das Auswahlrecht der Eltern zwischen verschiedenen Bildungswegen, gegen Ihren erbitterten Widerstand durchgesetzt. Deshalb lautet die politische Alternative: Mit CDU und F.D.P. gibt es ein Auswahlrecht zwischen den fünf Bildungsgängen Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Förderstufe und integrierte Gesamtschule; mit SPD und GRÜNEN gäbe es die Abschaffung der Wahlmöglichkeiten und eine einheitliche Zwangsförderstufe für alle. Das ist die aktuelle schulpolitische Alternative im Jahre 1988 in Hessen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich füge hinzu, daß sie auch durch noch so kunstvolle rhetorische Klimmzüge nicht wegdiskutiert werden kann. Die Koalition setzt das verfassungsmäßige Recht der Eltern an die erste Stelle und verknüpft es mit dem ebenfalls in Verfassung und Gesetz verankerten Grundsatz der Eignung. Sie wendet das gleiche Prinzip an, nach dem alle Bundesländer verfahren, die ihren Bürgern ein gegliedertes Schulwesen im Anschluß an die vierjährige Grundschule anbieten - einschließlich Nordrhein-Westfalen.

(Holzapfel (SPD): Das ist doch unwahr!)

Meine Damen und Herren, die SPD müßte eigentlich so klug sein, zumindest den Wunsch zu haben, sich nicht selbst zu blamieren und eine dreißigjährige hessische Praxis unter Ihrer Regierung, den Probeunterricht, heute zu verteufeln.

(Hertle (GRÜNE): Was haben Sie im September dazu gesagt?)

Ich werde nicht müde zu wiederholen: Unsere Schulpolitik des gegliederten Schulwesens, der Qualität und der Ansprüche ist letzten Endes auch eine soziale Schulpo-

litik, weil unter Ihrer Vorherrschaft, meine Damen und Herren von der SPD, nur wohlhabende Bürgerinnen und Bürger in der Lage waren, ihre Kinder an Ihren integrierten Einheitsschulen vorbei auf Internate, auf Privatschulen oder außerhalb des Landes auf entsprechende Schulen zu schicken.

In diesem Zusammenhang möchte ich den früheren sozialistischen Erziehungsminister von Frankreich zitieren, Herrn Chevènement.

(Holzapfel (SPD): Der ist längst Verteidigungsminister!)

Er hat zu diesem Thema in der "Zeit" folgendes gesagt:

Die Kinder aus der Unterschicht haben keine andere Wahl als die öffentliche Schule. Deshalb muß diese solide sein. Wenn die öffentlichen Schulen minderer Qualität sind, können nur die Kinder der Oberschicht ausweichen. Ihre Eltern kommen für Nachhilfestunden, Privatlehrer, Privatschulen und Auslandsaufenthalte auf. Ich sage aber,

- so Herr Chevènement -

alle Kinder haben ein Recht auf eine gute Schule. Das ist ein Erfordernis der Demokratie. Ich behaupte rundheraus,

- so spricht immer noch Herr Chevènement, sozialistischer Genosse von Herrn Holzapfel -

daß Leistung, Arbeit, Qualität keine konservativen Werte sind. Es ist eine Verdrehung, zu behaupten, daß die Rechten im Alleinbesitz dieser Werte seien.

Ich finde das sehr aufschlußreich.

(Beifall bei der CDU - Holzapfel (SPD): Was beweist das denn?)

Diese Landesregierung tritt für Schulvielfalt und für Wohnortnähe ein. Die Landesregierung hat sich von Anfang an zu einer Politik der Standorterhaltung bekannt. Sie hat danach gehandelt. Der Dauerton der SPD-Politiker in den letzten Jahrzehnten war die Schulschließung, die Konzentration auf immer weniger Standorte. Sie von der SPD haben in einer Mischung aus Technokratie und Ideologie gehandelt und in fünfzehn Jahren 1.100 Schulen des gegliederten Schulsystems schlichtweg abgeschafft. Das müssen wir den Bürgern immer wieder aufs neue sagen, damit sie wissen, was passiert wäre, wenn Sie weiterhin in der Regierungsverantwortung geblieben wären.

Meine Damen und Herren, wir haben dagegen in eineinhalb Jahren die Bildungsangebote in den fünften und sechsten Schuljahrgängen von 490 Standorten beziehungsweise Angeboten auf 750 erweitert. Das ist bürgernahe Politik. Das ist Politik im Interesse der Gemeinden und im Dienste der Kinder und Jugendlichen.

(Beifall bei der CDU)

In diesen Zusammenhang gehört auch, daß in diesem Jahr zum erstenmal seit langer Zeit wieder zwei Neugründungen von Grundschulen stattgefunden haben. Eine weitere Grundschule konnte vor ihrer Schließung bewahrt werden. Ich sage freimütig, daß das ein Ergebnis ist, über das ich mich besonders freue. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sozialdemokraten in Hessen jahrzehntelang betrieben haben.

(Beifall bei der CDU)

Da wir gerade bei den Grundschulen sind: Es ist schlichtweg eine Mär, die von der Opposition wie viele andere Märchen immer wieder in die Welt gesetzt wird, daß unter dieser Landesregierung die Klassenfrequenzen gestiegen seien. Die Durchschnittsgröße zum Beispiel in allen neu gebildeten Klassen 1 im laufenden Schuljahr beträgt 21,4 Schüler. Das ist weit unter Ihrer sozialdemokratischen magischen Zahl von 25 Schülern, die Sie im übrigen selbst nicht eingehalten haben, wie Sie wissen.

(Beifall bei der CDU - Hertle (GRÜNE): Immer diese Durchschnittszahlen!)

Diese Zahl widerlegt die beispiellose Kampagne gegen die angebliche Erhöhung der Klassenstärken. Die SPD hat eine "Aktion kleine Klassen" ins Leben gerufen. Von dem künstlich erzeugten Protest auf dem Rücken unserer Kindes ist nun nichts mehr übriggeblieben. Es ist alles in sich zusammengefallen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Lehrstellensituation: Die Verteilung der Lehrerstellen auf die Schulformen hat unter der Vorgängerregierung hinten und vorne nicht gestimmt. Drastisches Beispiel ist die Grundschule. Hier hat die rot-grüne Koalition eine Senkung der Klassenhöchstzahl auf 25 Schüler propagiert, ohne für diese Maßnahme irgendeine Vorsorge getroffen zu haben. Es entstand ein Mehrbedarf von 1.000 Lehrerstellen pro Schuljahrgang, der nicht zu decken war. Mein Amtsvorgänger mußte sich mit einer großen Zahl von Abordnungen behelfen und damit, daß er die Klassenhöchstzahl als politische Richtgröße bezeichnete, die auch um 10 Prozent überschritten werden konnte.

Die neue Landesregierung löst das Problem, indem sie über mehrere Jahre hinweg schwerpunktmäßig Grundschullehrer einstellt. Trotzdem ist sie zusätzlich noch auf Abordnungen angewiesen. Erst Anfang der neunziger Jahre wird diese Lücke im Grundschullehramt gefüllt und diese Altlast abgearbeitet sein.

Gleichzeitig muß in allen Lehrämtern durch gezielte bedarfsgerechte Einstellung der fachspezifische Unterrichtsausfall in Mangelfächern bekämpft werden, den Sie, meine Damen und Herren von der SPD, produziert haben. Dabei ist der Beschluß der Koalition, in den Jahren von 1989 bis 1991 500 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten zu schaffen, eine große Hilfe. An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich für diesen Beschluß bedanken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dieser Beschluß ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, bis 1990 mit der Lücke im Grundschullehreramt fertig zu werden, die Unterrichtsabdeckung in den beruflichen Schulen zu verbessern und in den übrigen Lehrämtern Einstellungskorridore für die Mangelfächer zu schaffen.

An dieser Stelle weise ich auf einige Änderungen im Stellenplan hin, die Beachtung verdienen. Durch Umwandlung von BAT-Stellen in Beamtenstellen wird 1989 die Möglichkeit geschaffen, 180 vollbeschäftigte Bedienstete, die das wünschen, aus dem Angestellten- in das Beamtenverhältnis zu überführen.

Damit wird die Absicht der Landesregierung realisiert, im Schulbereich in der Regel Lehrer als Beamte zu beschäftigen. Die Landesregierung hält an dem Grundsatz fest,

daß das reguläre Dienstverhältnis des Lehrers das Beamtenverhältnis ist.

(Hertle (GRÜNE): Sackgasse, Herr Minister!)

Der Lehrer hat eine besondere Verantwortung gegenüber den Schülern als Erzieher. Er entscheidet über Noten und über Versetzung. Er hat hoheitliche Aufgaben inne. Deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, daß der Lehrer in Hessen als Beamter eingestellt und beschäftigt wird.

(Beifall des Abg. Dr. Jung (CDU))

Die von meinem nordrhein-westfälischen Kollegen Schwier neu entfachte Diskussion über den Beamtenstatus der Lehrer führt auf ein falsches Gleis. Bis auf die in weiten Teilen mit der SPD identische GEW sehen das im übrigen alle anderen Lehrerverbände genauso.

Lassen Sie mich ein Wort zur Lehrerarbeitszeit sagen. Dies ist ja bereits heute angesprochen worden. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, wiederholen gebetsmühlenartig Ihre Polemik zu diesem Punkt nach dem Motto: Irgend etwas bleibt immer hängen.

(Zuruf des Abg. Beucker (SPD))

Natürlich verdrängen Sie, Herr Holzapfel, wie lange Sie selbst auch in dieser Sache untätig in der Regierungsverantwortung gestanden haben. Wann haben Sie von der SPD denn die Lehrerarbeitszeit hier in Hessen gesenkt? Das würde ich ganz gern einmal von Ihnen hören.

(Beifall bei der CDU)

Und jetzt lärmen Sie um so lauter, je weniger Verantwortung Sie haben. Aber ich sage Ihnen, Herr Holzapfel: Obstruktion ist keine Opposition, und Aufregung ist kein Programm.

(Beifall bei der CDU)

Dagegen nimmt diese Landesregierung ihre Fürsorgepflicht gegenüber ihren Bediensteten sehr konkret durch Verbesserung der Stellenstruktur wahr, die die Koalition im Sommer beschlossen hat. Dies ist bereits vorgetragen worden.

Ich will hinzufügen: Wie sieht denn eigentlich die Arbeitszeitverkürzung für Lehrer in anderen von der SPD regierten Bundesländern aus? Da wird mir vorgetragen, daß man sich ernsthaft darüber Gedanken macht, etwa die Ferien zu verlängern. Auf diese Art und Weise wird Arbeitszeitverkürzung zur Bildungsverkürzung für unsere Kinder. Das darf nicht sein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein weiteres Wort sagen, und zwar zu den Protesten von einzelnen Lehrerkollegien wegen dieses Themas. Es ist bereits angesprochen worden: Da wird damit gedroht oder angekündigt, daß Klassenfahrten, Elternsprechtage, Weihnachtsfeiern wegen der Arbeitszeit der Lehrer ausfallen müßten. Dieses, meine Damen und Herren, auf dem Rücken unserer Kinder, von Menschen angekündigt, die für sich den Anspruch erheben, Pädagogen zu sein, Erzieher zu sein, die für sich den Anspruch erheben, nicht einem Beruf, einem Job nachzugehen, sondern aus Berufung zu handeln!

Ich sage Ihnen zu diesem Thema mit der ganzen Autorität meines Amtes: Wer von den Lehrern in diesem Bereich schwänzt, der muß nachsitzen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich füge hinzu: Wenn die GEW nun einen Streik erwägt, dann ist das ein glatter Rechtsbruch. Ich werde unnach-sichtlich mit Lehrern umgehen, die Beamte des Staates sind, die von Steuern der Bürgerinnen und Bürger besoldet werden, und die ganze Härte des Disziplinarrechts und alle weiteren rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

damit im Interesse unserer Kinder Schule nicht ausfällt, sondern ordnungsgemäß auch weitergeführt werden kann.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Verehrter Herr Holzapfel, bevor Sie zu laut schreien, bitte ich Sie, sich zunächst einmal mit Ihrer Kollegin, der Senatorin in Hamburg, der Frau Raab, in Verbindung zu setzen, die inzwischen angekündigt hat, sie wolle bis zu einer ganzen Gehaltskürzung disziplinarrechtlich gegen die Lehrer und gegen die Schulleiter vorgehen.

(Ibel (CDU): Bis zu einem Monatsgehalt!)

Meine Damen und Herren, die beispiellose Kampagne der Opposition gegen die Schulpolitik dieser Landesregierung findet bedauerlicherweise auch ihren Niederschlag in der Diffamierung der Finanzausweisungen an Schulträger in zwei Bereichen, und zwar zunächst einmal im Bereich der Schülerbeförderungskostenerstattung. Ich stelle hier in aller Deutlichkeit unmißverständlich fest: Die Rechte der Eltern im Rahmen der Kostenerstattung für die Schülerbeförderung sind in keiner Weise angetastet worden.

(Holzapfel (SPD): Sie lügen, Herr Minister!)

Diese Rechte der Eltern sind die gleichen, wie sie in den vergangenen Jahren in Hessen Übung und Brauch gewesen sind. Ich bedaure es, wenn bei diesem klaren Sachverhalt Herr Abg. Holzapfel sagt, ich lüge.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß die entsprechenden rechtlichen Vorschriften nicht verändert worden sind.

(Zuruf des Abg. Holzapfel (SPD))

Verändert worden ist folgendes. Aber es ist hochinteressant, daß Sie mit diesem Mißverständnis ständig Agitation in der Öffentlichkeit hier in Hessen betreiben.

Ich stelle fest: Verändert worden ist der Abrechnungsmodus zwischen dem Schulträger auf der einen Seite und dem Land auf der anderen Seite, der das Elternrecht völlig unberührt läßt.

Dieser Abrechnungsmodus sieht wie folgt aus: Ein Teil der den Schulträgern entstehenden Schülerbeförderungskosten wird spitz abgerechnet, nämlich 80 Prozent, und 20 Prozent werden pauschal abgerechnet, damit auch ein gewisses Eigeninteresse unter ökonomischen Gesichtspunkten seitens des Schulträgers gegeben ist.

Ich füge hinzu: Der hessische Finanzminister hat in dieser gesamten Angelegenheit nicht eine einzige Mark eingespart. Er hat all das, worum es hier geht, in den Kommunalen Finanzausgleich gegeben. Es ist ja mehr als einmal in den letzten Tagen nachgewiesen worden, daß der Kommunale Finanzausgleich den hessischen Landkreisen, Städten und Gemeinden mehr Geld gibt, als es je zuvor in den vergangenen zehn Jahren gegeben hat.

(Rausch (SPD): Warum betonen Sie das so?)

- Ich betone das deshalb so, weil Ihre Genossinnen und Genossen vor Ort nicht müde werden, den Eltern vorzumachen, diese böse Landesregierung würde die Schülerbeförderungskosten einschränken.

(Holzapfel (SPD): Völlig zu Recht!)

Dieses tun wir eben nicht.

(Beifall bei der CDU)

Gleichermaßen wird auch die Schulbaufinanzierung durch die Opposition in Mißkredit gebracht. Die Schulbaufinanzierung wird in den nächsten fünf Jahren von der gewohnten Projektförderung schrittweise auf eine pauschale Förderung umgestellt werden. Die Landesregierung hält den Zeitpunkt jetzt für gekommen, die Schulträger nach einer angemessenen Übergangsfrist künftig eigenverantwortlich über die durchzuführenden Schulbaumaßnahmen entscheiden zu lassen. Damit will die Landesregierung ein wichtiges Stück kommunaler Selbstverwaltung fördern.

Es ist eben falsch, wenn Herr Holzapfel durch das Land läuft und sagt, diese Landesregierung würde die Schulbauförderung halbieren. Dieses tun wir nicht. Der Modus der Mittelzuweisung ist verändert worden, und zwar im Dienste von mehr kommunaler Selbstverwaltungsfreiheit.

(Beifall bei der CDU)

Ich füge hinzu, daß in diesem von mir angesprochenen Zeitraum die Landesregierung projektbezogen eine halbe Milliarde Mark in Hessen den Schulträgern zur Verfügung stellen wird.

(Holzapfel (SPD): Das ist die Hälfte von dem, was sie früher bekommen haben!)

Dann will ich auf ein Thema eingehen, das ja immer wieder landauf, landab von der Opposition in extremer Weise vorgetragen wird. Hier wird ein Lied gesungen, um zum Schluß ein Bild zu stellen, das überhaupt nicht mit der Wahrheit in Übereinstimmung zu bringen ist, und zwar meine ich die Prozesse.

Ich will hier in aller Deutlichkeit sagen: Wahr ist, daß mein Vorgänger, der damalige Kultusminister Krollmann, auf eine entsprechende Frage im Landtag zugeben mußte, daß er aktuell an 643 Gerichtsverfahren beteiligt sei. Ich lese Ihnen aus dem Protokoll vom 17. Mai 1983 vor:

Frage des Abg. Schoppe: An wie vielen Gerichtsprozessen ist der Kultusminister zur Zeit beteiligt?

Antwort des Kultusministers Krollmann: An 643 Gerichtsverfahren, Herr Abgeordneter.

Zusatzfrage des Abgeordneten: Welche Gründe sind denn nach Auffassung der geschäftsführenden Landesregierung dafür maßgebend, daß die Zahl der Prozesse des Kultusministers im Vergleich zu früheren Jahren und vor allen Dingen auch im Vergleich zu anderen Ressorts doch so immens hoch ist?

Antwort meines Vorgängers: Herr Abgeordneter, ich habe keine Forschungen darüber angestellt, wie sich die Zahl der Prozeßbeteiligten des Hessischen Kultusministers in den Nachkriegsjahren entwickelt hat. Das könnten wir doch einmal unternehmen. Vielleicht ist es lehrreich. Was den Vergleich mit den übrigen Ressorts angeht: Es wird Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, daß im Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministers etwa die Hälfte oder gar noch etwas mehr als die Hälfte des Personals der Hessischen Landesregierung ressortiert. Die weitaus überwiegende Zahl

dieser Verfahren sind solche, die sich um Arbeitsverhältnisse drehen.

(Holzapfel (SPD): Arbeitsverhältnisse!)

Ich möchte hier ein für allemal mit der Mär aufräumen, als ob etwa unter dieser Landesregierung besonders viele Prozesse geführt würden. Ich habe nachprüfen lassen, daß nicht die Hälfte der Anzahl der von Herrn Krollmann angegebenen Prozesse gegenwärtig aktuell ist.

Ich will ein Weiteres hinzufügen: Es ist ja leider der Opposition - das bedaure ich - gelungen, bei einem Teil der Medien den Eindruck zu erwecken, als ob diese Landesregierung besonders häufig Prozesse verlöre. Das sieht dann wie folgt aus: Der Regierungspräsident, zum Beispiel in Darmstadt, wird in einer Abordnungsangelegenheit verklagt, und zwar von fünf Lehrern. Ein Lehrer verliert den Prozeß, drei Lehrer gewinnen den Prozeß. Am nächsten Tag steht in einer Zeitung, die der Landesregierung traditionell nicht besonders wohl gewogen ist, wortwörtlich als Schlagzeile: "Schon wieder Ohrfeige für Wagner! Prozeß verloren!"

Ich sage Ihnen ganz offen, meine Damen und Herren: Das habe ich selbst aus der Zeitung erfahren, weil natürlich ein solcher Prozeß ein Akt der laufenden Verwaltung ist.

(Lachen des Abg. Holzapfel (SPD) - Zuruf der Abg. Soltwedel (GRÜNE))

- Ja, natürlich. Bei 500 Abordnungen sind fünf Prozesse ein ganz normaler Zustand. Ich verweise nochmals auf die Situation, die Herr Krollmann damals hier beichten mußte.

Dann geht die Opposition in die Öffentlichkeit und verkauft im Abstand von vier bis sechs Wochen ein und denselben Prozeß zweimal. Ich bedaure, daß es eine Presse gibt, die dann zweimal auch solche Schlagzeilen bringt. So kann man natürlich nach und nach eine, natürlich aus Ihrer Sicht durchaus willkommene Atmosphäre, die uns aber nicht gefällt, Herr Holzapfel, wie Sie verstehen können, erzeugen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe dabei, meine Damen und Herren, nicht einmal davon gesprochen,

(Zuruf des Abg. Hertle (GRÜNE))

daß mein Vorgänger 200.000 Prozesse führen mußte. Stellen Sie sich einmal vor, das wäre mir passiert! Dann würde die Opposition sich nur noch in Dauerpressekonferenzen und Presseerklärungen ergehen, um deutlich zu machen, daß dieser Kultusminister nur noch ein Prozeßhansel sei. Ich denke, hier müssen wir endlich einmal die Relation auch wieder richtigstellen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir schon bei der Opposition sind - es lohnt sich fast nicht, darauf einzugehen -, muß ich dem Herrn Hertle doch sehr anraten, daß er sich auf seine künftigen Reden etwas besser vorbereitet. Dann hätte er nämlich gewußt, daß ich erstens zum 9. November einen Erlaß an sämtliche Schulen herausgegeben habe; ich schicke Ihnen diesen Erlaß gern zu, Herr Hertle, damit Sie hier künftig nicht die Unwahrheit sagen.

Zweitens muß ich ganz offen sagen: Ich verstehe nicht Ihre Bemerkung, was das Schlesier-Blatt angeht. Ich kenne dieses Blatt nicht. Herr Hertle, ich glaube, Sie sind

Lehrer, und vielleicht haben Sie sogar Geographie studiert. Vielleicht sollten Sie wissen, daß Königsberg, meine Geburtsstadt, nicht in Schlesien liegt. Vielleicht hat es da bei Ihnen irgendwelche Mißverständnisse gegeben.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Dann will ich Ihnen eines einmal sagen, meine Damen und Herren. Da haben Sie wirklich einen etwas eigentümliches Verständnis, eine gespaltene Bewußtseinslage. Auf der einen Seite kämpfen Sie hier in Hessen vehement für die Einführung des Ausländerwahlrechts, auf der anderen Seite begegnen Sie den deutschen Aussiedlern mit einem Höchstmaß an Mißtrauen in unserem Land.

(Hertle (GRÜNE): So ein Quatsch! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Zum Schluß vergessen Sie, sich für die elementarsten Menschenrechte der Deutschen in Ostpreußen, Pommern oder Schlesien einzusetzen. Ich denke, hier sollten Sie endgültig einmal glaubwürdig werden.

(Beifall bei der CDU)

Zur Beruhigung von Herrn Holzapfel möchte ich hinzufügen: Das Berufsschulförderungsprogramm, so wie es das Kabinett beschlossen hat, wird fortgesetzt.

(Unruhe - Glockenzeichen des Präsidenten)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Meine Damen und Herren, der Herr Kultusminister hat das Wort. Zwischenrufe sind immer gestattet. Aber die Unterhaltung im Plenum untereinander wollen wir doch bitte unterlassen.

**Dr. Wagner, Kultusminister:**

Ich möchte also Herrn Holzapfel beruhigen. Das Berufsschulförderungsprogramm wird auch im Jahre 1989 fortgesetzt. Es werden 10 Millionen DM zusätzlich für die beruflichen Schulen im Rahmen des Schulbauförderungsprogramms für entsprechende moderne Werkstattausstattung und dergleichen mehr bereitgestellt.

Ich darf Sie weiterhin beruhigen, Herr Holzapfel. Auch die Information der Eltern wird in diesem Jahr ganz ordnungsgemäß verlaufen. Es ist vielleicht Ihrer geneigten Aufmerksamkeit entgangen, daß die Übergangsverordnung, die in Teilen aufgehoben worden ist, in diesem Bereich weiterhin Gültigkeit hat, was die Unterrichtung und Information der Eltern angeht. Ich bitte also auch in diesem Bereich um etwas mehr Detailschärfe.

Wissen Sie, Herr Holzapfel, Sie ergehen sich hier in Wortkaskaden. Ich muß hier ganz offen sagen: Sie sind eloquent, und ein gewisser Hang zur Rhetorik ist Ihnen nicht abzusprechen.

(Dr. Jung (CDU): Demagogik! - Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Holzapfel, bei Ihnen kommt die Sache zu kurz. Das bedaure ich immer wieder. Die Rhetorik stimmt. Die Sache ist zu kurz gedacht.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es schon wirklich unverfroren, wenn ausgerechnet der Vertreter derjenigen Partei, die in Sachen Lehrerbedarfsplan nichts zustande gebracht hat, nun denselben Lehrerbedarfsplan von uns einfordert. So kurz ist das Gedächtnis der Bevölkerung nicht. Wir werden

auch hier noch rechtzeitig Ihren Wünschen gern nachkommen.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, ein Letztes sagen, weil auch hier Herr Holzapfel wiederum etwas nicht korrekt wiedergegeben hat, nämlich was die Frage der Erwachsenenfortbildung und -weiterbildung angeht. Ich habe vor dem Bundesverband der Deutschen Privatschulen folgendes gesagt: Auch im Bereich der Fortbildung und Weiterbildung gilt für uns und diese Landesregierung das Subsidiaritätsprinzip. Ich bin der Ansicht, daß das, was die freie Wirtschaft kann, nicht der Staat ohne Not übernehmen muß.

Ich habe gesagt, daß ich als Landrat darauf geachtet habe, daß zum Beispiel in Sportvereinen den Volkshochschulen keine Konkurrenz gemacht wird, weil nämlich in den Sportvereinen sich freies, ehrenamtliches Engagement entfaltet und weil die Volkshochschulen mit öffentlichen Steuermitteln unterstützt werden. Da muß man dafür sorgen, daß ein Gleichgewicht bleibt. Deshalb trete ich dafür ein, daß dort, wo Erwachsenenfortbildung und -weiterbildung stattfindet und dieses in der freien Wirtschaft geleistet werden kann, nicht ohne Not der Staat sich in diesen Bereich noch zusätzlich hineindrängt. Dabei bleibt es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich will darauf verzichten, darauf hinzuweisen, was in nur 18 Monaten diese Landesregierung im schulpolitischen Bereich geleistet hat. Sie hat inzwischen eine Erfolgsbilanz vorgelegt, von der sich die jetzige Opposition nichts hätte träumen lassen.

(Hertle (GRÜNE): Alpträume!)

Sie hat das, was wir innerhalb von eineinhalb Jahren geschafft haben, nicht innerhalb von zwei Jahrzehnten geleistet, und das, meine Damen und Herren, nicht immer unter ganz günstigen Arbeitsbedingungen. Das will ich am Rande hinzufügen.

Das Schulfreiheitsgesetz wäre nicht gekommen - auch daran müssen wir immer wieder denken -, wenn die jetzige Opposition etwa mit knapper Mehrheit in der Regierung geblieben wäre. Wir müssen auch immer dem Bürger, der Öffentlichkeit deutlich machen: Was wäre denn, wenn Rot-Grün weiter das Sagen hätte? Dann hätten wir jetzt eine flächendeckende Zwangsförderstufe in Hessen mit dem Weg zur integrierten Einheits- und Gesamtschule.

(Beifall bei der CDU) bewußt wird.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich denke, es wäre für die Schulpolitiker der Opposition gut, wenn sie häufiger in die Schulen gingen - ich möchte fast sagen: im doppelten Sinn des Wortes -, wenn sie auch einmal unmittelbar Praxiserfahrung sammeln, wenn sie unmittelbar in der Schule nach den Nöten der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und der Lehrer fragen und nicht sozusagen vom grünen Tisch theoretisch ihre politischen Argumente herleiten würden.

Ich bin in dieser Beziehung übrigens voll mit einer Äußerung der Abgeordneten Wagner-Pätzhold von den GRÜNEN einverstanden, die ich in der heutigen Zeitung gelesen habe. Sie sagte wortwörtlich, auch das rot-grüne Bündnis habe Fehler gemacht und zu sehr von oben argumentiert. Genauso ist es. Sie hat zu sehr von dem Theoriepult argumentiert, anstatt aus der Praxis heraus Erfahrung zu sammeln und von dorthin dann ihre Entscheidungen herzuleiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn ich frage, was gewesen wäre, wenn Rot-Grün weiterhin auch Schulpolitik hier hätte betreiben dürfen, dann verweise ich auf die Vorstellungen eines GEW-Landesverbandes, der sich am 23. September 1988 in der "Süddeutschen Zeitung" wie folgt äußert:

Doppelt gefordert: Abschaffung der Zifferbenotung bis zur vierten Klasse.

Das ist auch Ideengut der hiesigen GRÜNEN. Dann wird gefordert:

Ausbau der musischen Fächer durch Streichung des Religionsunterrichts.

GRÜNE treten für die Streichung des Religionsunterrichts ein. Das ist hochinteressant. Dann steht im übrigen hier drin:

Im Rahmen einer institutionalisierten Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule beispielsweise sollen Lehrer einen Teil ihrer Pflichtstunden im Kindergarten ableisten können.

(Soltwedel (GRÜNE): Was lesen Sie denn da vor?)

- Ich bin gern bereit, Ihnen das in Fotokopie zu überreichen.

Ich denke, mit der Verabschiedung dieses Haushaltsplanentwurfs werden die Voraussetzungen für die Fortführung einer erfolgreichen Schulpolitik im kommenden Jahr geschaffen. Ich darf mich dafür bedanken, daß seitens der Mehrheit des Parlaments diese Schulpolitik unterstützt worden ist, und darf weiterhin um Ihre Unterstützung bitten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß wir den Einzelplan 04 damit gelesen haben.

Ich rufe nunmehr den Einzelplan 10 auf:

**Einzelplan 10 - Hessischer Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit -**

Dazu liegen Wortmeldungen vor. Ich erteile zunächst dem Abg. Clauss das Wort.

**Clauss (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Umweltpolitik der neuen Landesregierung ist von Konzeptionslosigkeit gekennzeichnet. Sie ist gekennzeichnet von Rückschritt und im Hinblick auf den Einzelplan 10, den wir jetzt beraten, gekennzeichnet von Stagnation und Abbau.

Von den großen Sprüchen des früheren umweltpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion und dem jetzigen Umweltminister Karlheinz Weimar ist nichts, aber auch gar nichts übriggeblieben.

Wie in vielen anderen politischen Feldern - das ist bereits durch die Debatte zum Einzelplan 02 deutlich geworden - gilt auch hier das Motto der Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Walter Wallmann: Auch hier gilt das gebrochene Wort.

(Beifall bei der SPD - Dr. Müller (Gelnhausen) (CDU): Na endlich! Das war die Jubiläumsaussage! - Weitere Zurufe von der CDU)



Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade der Haushalt 1989 macht sehr deutlich: Wenn Umweltminister Weimar - so wie er es in den zurückliegenden 19 Monaten getan hat - weiterwurstelt, wird auf einem wichtigen, zentralen gesellschaftspolitischen Feld, nämlich der Umweltpolitik, die Zukunft unseres Hessenlandes verspielt.

Ich möchte mich in meinem Debattenbeitrag - auch angesichts der zur Verfügung stehenden Zeit - auf die Probleme des Abfalls konzentrieren. Mein Kollege Schlappner wird dann den Komplex Wasser behandeln und alles, was in dem Zusammenhang zu sagen ist, hier vortragen.

Lassen Sie mich feststellen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Landesregierung hat es bisher versäumt, Weichen für eine moderne Abfallwirtschaftspolitik, für ein in sich schlüssiges Konzept zur Lösung der Altlastenproblematik, aber auch notwendige Weichen im Hinblick auf eine leistungsfähige Umweltverwaltung zu stellen.

Ich stelle zu Beginn fest, daß der jetzige Umweltminister nunmehr 19 Monate im Amt ist, in dieser Zeit jedoch nicht in der Lage war, eine in sich schlüssige Konzeption für eine Fünfte Novelle zum Abfallgesetz vorzulegen, die den Verbänden und Organisationen in angemessener Weise zur Anhörung gestellt werden könnte, um anschließend von uns verabschiedet zu werden.

Was ist jüngst geschehen? Das Kabinett hat einen Entwurf verabschiedet, der dem Landtag zugeleitet worden ist. Wir hatten uns auf einen Terminplan für die Anhörung verständigt. Wir haben unsererseits zugesagt, uns nicht nur an dieser Beratung konstruktiv zu beteiligen; wir haben auch versucht, im Hinblick auf den Zeitplan alles nur Denkbare möglich zu machen. Aber kaum ist dieser Gesetzentwurf den Verbänden und Organisationen im Rahmen eines engen Zeitplanes zur Stellungnahme zugeleitet, schicken sich die beiden Koalitionsfraktionen CDU und F.D.P. gemeinsam mit dem Umweltminister an - das ist ja in der Zwischenzeit Mode geworden, daß man zu dritt auftritt, um damit die bereits in der Koalition vorhandenen Risse wenigstens optisch zu übertünchen -, Änderungen an zentralen Punkten der Fünften Novelle des Abfallgesetzes vorzunehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Jung (CDU))

- Herr Kollege Dr. Jung, ich habe dann meinerseits fairerweise sowohl den Fachsprecher Ihrer Fraktion als auch den Fachsprecher der F.D.P.-Fraktion darauf hingewiesen, daß die Vorlage, die wir in der Zwischenzeit als offizielle Drucksache erhalten haben, offensichtlich zentrale Mängel aufweist. Das war vor zwei Tagen. Bis heute habe ich noch kein Signal bekommen, wie diese Änderungen im einzelnen fachlich zu verstehen sind.

Jetzt besteht also sogar die Gefahr, daß der Vorsitzende des Unterausschusses, mit dem wir fairerweise ein Gespräch über den Termin der Anhörung geführt haben, erneut eine falsche Drucksache vorlegt und daß wir jetzt gezwungen sind, in diesem Jahr unter Umständen die Anhörung nicht mehr durchführen zu können. Wir haben unsererseits die Bereitschaft signalisiert, die Anhörung noch wenige Tage vor Weihnachten vorzunehmen, nicht deshalb, weil wir die Unfähigkeit der jetzigen Landesregierung und der sie tragenden Parteien unterstützen wollen, sondern weil wir der Auffassung sind, daß wir dringend eine Rechtsgrundlage für eine moderne Abfall-

wirtschaftsentwicklung brauchen, obwohl wir leider unser Gesetz nach rückwärts novellieren müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich darf erneut signalisieren, daß wir bereit sind, dort unsere Mitarbeit einzubringen. Wir sind nämlich zutiefst davon überzeugt, daß die Probleme nur im Konsens lösbar sind.

Der Ministerpräsident hat bei der Debatte zum Einzelplan 02 von Versäumnissen der früheren Landesregierung gesprochen. Dazu kann ich nur feststellen, daß die jetzige Landesregierung in den 19 Monaten ihrer Tätigkeit für die Ausweisung der Standorte überhaupt nichts getan hat. Die größten Mängel, was die Ausweisung von Standorten angeht, bestehen tatsächlich in den Gebietskörperschaften, in denen die CDU jahrelang mit Mehrheit die kommunalpolitische Verantwortung getragen hat.

Unser Antrag hat zum Inhalt, den Haushaltsansatz des Abfallwirtschaftsprogramms um 10 Millionen DM zu erhöhen und gleichzeitig die Verpflichtungsermächtigungen um 5 Millionen DM auszuweiten. Damit wollen wir signalisieren, daß wir der Auffassung sind, daß der dort zur Verfügung stehende Bewilligungsspielraum nicht ausreicht, um wenigstens die am dringendsten notwendigen Schritte auf diesem Gebiet zu tun.

Zweite Bemerkung: Stichwort Altlasten. In der jetzt vorgelegten Fünften Novelle ist versucht worden, die Altlastenproblematik im Ansatz zu lösen. Beim ersten Durchgang der Anhörung haben alle Verbände und Organisationen diesen Lösungsansatz einhellig abgelehnt. In der Zwischenzeit gibt es innerhalb der die Regierung tragenden Fraktionen bereits Bedenken, ob der Ansatz sinnvoll und richtig ist. Wir meinen, daß die Probleme nicht weiter aufgeschoben werden dürfen. Es würde den Zeitrahmen sprengen, wenn ich die SPD-Konzeption hier im einzelnen vortragen wollte.

(Dr. Müller (Gelnhausen) (CDU): Die Zeit hätten wir schon!)

- Das ist leider in dem uns heute zur Verfügung stehenden Zeitrahmen, Herr Kollege, nicht möglich. Aber ich möchte das Konzept wenigstens grob umreißen, damit unser Haushaltsantrag zu dieser Frage deutlich wird.

Wir sind der Auffassung - und dies wollen wir mit unserem Antrag zum Haushalt bewirken -, daß aus originären Landesmitteln 20 Millionen DM dem kommunalen Finanzausgleich im Einzelplan 17 zugewiesen werden sollten, und zwar zweckgebunden für diesen Bereich. Die Kommunen sollten ihrerseits ebenfalls 20 Millionen DM aufbringen. Dies wird ihnen im Rahmen des Ansatzes von 22,9 Prozent beim kommunalen Finanzausgleich nicht möglich sein. Wir wollen im Rahmen unserer Konzeption die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese 20 Millionen DM in Form von Gebühren von den privaten Haushalten erhoben werden können. Nur dadurch ist es möglich, das notwendige Finanzvolumen zu erhalten.

Unsere Konzeption sieht ferner vor, daß der gleiche Betrag von der Wirtschaft aufgebracht wird, und zwar im Rahmen der gleichen Technik, also über höhere Gebühren über die HIM. Diese Mittel sollen dann ebenfalls zweckgebunden diesem Altlastenfonds zur Verfügung gestellt werden. Diese von der Wirtschaft aufzubringenden 20 Millionen DM sollten für Maßnahmen im Altlastenbereich, die aus der hessischen Wirtschaft herühren, zur Verfügung stehen.

Die erwähnten 40 Millionen DM - 20 Millionen DM aus originären Haushaltsmitteln und 20 Millionen DM, die über Gebühren aufgebracht werden - sollten für Maßnahmen der Sanierung beziehungsweise zur Gefahrenabschätzung im Bereich der kommunalen Altlasten zur Verfügung stehen. Deshalb haben wir den Haushaltsantrag in Höhe von 20 Millionen DM gestellt.

Lassen Sie mich einen dritten Punkt erwähnen: Stichwort Grube Messel. Nunmehr liegt die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel vor. Ich denke, daß die Landesregierung in dieser Debatte zum Einzelplan 10 heute Antworten auf folgende Fragen zu geben hat. Wir wollen erstens von der Landesregierung wissen, wie sie den Beschluß des Gerichtes beurteilt, was die künftige rechtliche Situation von Planfeststellungsverfahren anlangt.

Wir selbst sind der Auffassung, daß diese Frage rechtlich ausgetragen werden muß, weil es sehr verhängnisvoll wäre, wenn sich die Rechtsprechung weiterhin in der Weise verfestigte, wie es sich abzuzeichnen scheint. Ich denke, das ist eine grundsätzliche Frage, die über das Problem der Grube Messel hinausgeht. Sonst wären wir überhaupt nicht mehr in der Lage, bei solchen großtechnischen Anlagen im Verlauf der Planung, der Durchführung und bei bereits laufenden Planfeststellungsverfahren entsprechende technische und ökologisch sinnvolle Möglichkeiten, was mehr Sicherheit im Hinblick auf Ressourcenschonung anlangt, einzubringen. Deshalb muß die Landesregierung, unabhängig von der Grube Messel, ein Interesse daran haben, diese prinzipielle Frage zu klären.

Die Landesregierung muß aber auch Antwort auf die Frage geben, wie sie dem Wunsch des Ministerpräsidenten Rechnung tragen will. Will sie jetzt die parallele Planung in diesem Entsorgungsbereich unterstützen, also die des Landkreises Darmstadt-Dieburg? Was geschieht dann mit den bereits durch den Träger der dortigen Abfallentsorgung, ZAS, vorgenommenen Investitionen am Standort der Grube Messel in Höhe von 40 Millionen DM? Was geschieht dann mit dem Gelände im Werte von rund 10 Millionen DM? Wird es vom Land übernommen, und stehen dann auch die entsprechenden Sachmittel - zur Sicherung des Geländes, angefangen mit dem Abpumpen des Wassers bis hin zu dem, was dort bergrechtlich zu sichern ist - zur Verfügung? Werden dem Minister für Wissenschaft und Kunst im Einzelplan 15 - insofern verweise ich auf die Ausführungen meiner Kollegin Breithaupt zu diesem Einzelplan - die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt?

Ich weise die Minister Weimar und Kanther auf folgendes hin: Wenn die Konsequenzen im Sinne der Ankündigung des Ministerpräsidenten gezogen werden sollen, müßte noch im Laufe der Haushaltsberatungen im Rahmen der dritten Lesung seitens der Landesregierung eine Ergänzungsvorlage eingebracht werden.

Die letzte Bemerkung, die ich machen möchte, meine sehr verehrten Damen und Herren, bezieht sich auf die Personalsituation. Wir haben über die Teilung der Gewerbeaufsichtsverwaltung in den klassischen Arbeitsschutzsektor und den Bereich, der jetzt im Verantwortungsbereich des Umweltministers und somit im Einzelplan 10 angesiedelt ist, nämlich den Immissions- und Strahlenschutzbereich; insbesondere die Genehmigungs-teile, lange Diskussionen in den entsprechenden Ausschüssen geführt.

Ich kann hier nur feststellen, daß sich in der Zwischenzeit - das wird uns insbesondere in Gesprächen mit der chemischen Industrie in Hessen bestätigt - die Genehmigungsfristen und die Dauer für die Genehmigung von Anlagen entgegen den Ankündigungen der Landesregierung nicht verkürzt, sondern sogar verlängert haben. Dies hängt damit zusammen, daß nicht genügend Personal zur Verfügung steht. Ich lasse überhaupt keinen Zweifel offen, daß das auch in der Vergangenheit nicht in dem Maße befriedigend war, wie ich mir das als ehemaliger Fachminister vorgestellt hatte und auch heute noch vorstelle. Aber die Landesregierung muß sich auch an dem messen lassen, was sie zu diesem Punkt in ihrer Oppositionszeit gefordert und vorgetragen hat. Da kann ich nur feststellen: Es genügt bei weitem nicht, was im Haushalt vorgesehen ist und was in der Zwischenzeit in Teilbereichen durch die Koalitionsfraktionen an Änderungen vorgeschlagen wurde. Wir schlagen vor, daß wir dieses Defizit schrittweise abbauen. Deswegen lautet unser Antrag auf 30 zusätzliche Stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, soweit die wichtigsten Schwerpunkte zur Erläuterung der Anträge, die wir gestellt haben, und die wichtigsten Punkte für den Teilbereich, den ich Ihnen vortragen wollte. Ich darf Ihnen jetzt bereits sagen, daß wir auf Grund der Fakten, die ich bereits angeführt habe und die mein Kollege Schlappner zum Wasserbereich noch vortragen wird, keine Möglichkeit sehen, dem Einzelplan 10 unsere Zustimmung zu geben, da er nicht einmal in Ansätzen das realisiert, was notwendig ist, nämlich im Umweltbereich die Voraussetzungen zu schaffen, um, wie es der Ministerpräsident bei der Diskussion des Einzelplans 02 angekündigt hat, Hessen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen. Was mit diesem Einzelplan bewirkt wird, ist, daß die Zukunft für unsere Kinder leider verspielt wird.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Herr Abg. Müller.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Wer spricht für die Regierung? "Guten Morgen, meine Damen und Herren, hier spricht die Landesregierung!")

**Dr. Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushaltsplan des Jahres 1989 setzt, wie nicht nur wir meinen, die sehr positive Linie fort, die seit Antritt der Regierungskoalition von CDU und F.D.P. in Hessen vor allem in der Umweltpolitik gilt.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Jubel, Jubel!)

Umweltvorsorge, leider Gottes notwendigerweise auch die Abwehr konkreter Umweltgefahren, die Risikovor-sorge und die vorausschauende Gestaltung der Umwelt nehmen bei dieser Koalition den allerhöchsten Rang ein.

(Beifall bei der CDU)

Die etwas nüchternen und trockenen Zahlen des Landeshaushalts, aber auch die Handlungen der Regierung zeigen die ständige Bereitschaft, die Gefahrenabwehr und die Vorsorge im Umweltbereich sehr ernst zu nehmen. Dies läßt sich auch daraus ableiten - ich halte das für einen einmaligen Vorgang bisher -, daß der Etat des Umweltministers dreimal stärker als der Gesamthaushalt

gestiegen ist. Schon dies zeigt, abgeleitet von den Daten, daß die Umweltvorsorgepolitik in Hessen endlich einen sehr hohen Stellenwert hat.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Jubel!)

- Auf Ihre Zwischenrufe hin will ich Ihnen sagen, Herr Kollege Fischer:

(Prof. Dr. Hamer (CDU): Reine Verlegenheit!)

Ich gebe Ihnen eines sogar zu: Die gegenwärtige Umweltpolitik in Hessen ist nicht immer so spektakulär wie zu Ihrer Zeit,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ich bin zerknirscht!)

aber sie ist im Sinne der Umweltpolitik effektiver. Dies ist uns unter dem Strich lieber.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, sicher ist es so, daß die großartige Darstellung von Ausstiegsszenarien, das nach Originalton Fischer "Bremsen und Blockieren als Grundlage der Politik" bei vielen der alternativen Bevölkerungsszene besser ankommt. Ich muß sagen: Die sehr harte Kärrnerarbeit des neuen Ministers zeigt endlich einmal, daß mit dem Mißverständnis Schluß gemacht wird, man könne durch lautes Schreien Umweltpolitik in zäher Kleinarbeit ersetzen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Fallen Sie auf die Knie, Herr Müller, danken Sie!)

Ich will auf das von Herrn Kollegen Clauss angesprochene Bild der Konzeptionslosigkeit näher eingehen.

(Clauss (SPD): Sie verkörpern sie mit! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Dr. Müller ist für Byzantinismus zuständig, nicht für Umweltpolitik!)

Wir haben inzwischen - seit gestern, Herr Kollege Clauss, und deswegen könnte ich Ihr Lachen auch anders deuten - den Beweis, daß bei zwei grundlegenden großtechnischen Projekten in Hessen die unverantwortliche, mangelhafte Vorbereitung derjenigen, die früher Genehmigungsverfahren betrieben haben,

(Clauss (SPD): Vorsicht, Vorsicht!)

zu einer Blockade in wichtigen Bereichen der Umweltpolitik geführt hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Von daher so zu tun, als seien Konzeptionslosigkeit und Rückschritt das Ergebnis der heutigen Politik, ist zumindest sehr mutig.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das muß man mal sagen: Die CDU war immer gegen Messel!)

Ich will überhaupt nicht über Grundsätze diskutieren, was die Nuklearbetriebe angeht. Sie kennen meine Auffassung. Man kann der Meinung wie die GRÜNEN sein, daß generell Kernenergie nicht zu vertreten sei. Dann muß man sofort aussteigen. Man kann prinzipiell der Auffassung sein wie wir, daß es Alternativen zur Kernenergie in der gegenwärtigen Form nicht gibt, daß sie verantwortbar ist und daß man sie so lange weiterbetreiben kann, bis Alternativen, die den Namen auch verdienen, vorhanden sind. Nur das Mittelding der SPD, die sagt, Atomenergie sei nicht zu verantworten, aber man steige vielleicht in zehn Jahren aus, ist eine Handlungsweise des Opportunismus und hat mit sorgfältiger Politik im Grundsatz nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Von daher sage ich ganz deutlich: Die CDU möchte die Nuklearbetriebe in Hanau im doppelten Sinne des Wortes sicher erhalten. Aber mit solchen Wünschen allein lassen sich diese Betriebe nicht erhalten. Es gehört dazu, daß man geordnete Genehmigungsverfahren zum Abschluß bringt. Wenn ich sage "Genehmigungsverfahren zum Abschluß bringt", dann kann das heißen, daß Genehmigungen erteilt werden, aber auch, daß sie nach sorgfältiger Prüfung verweigert werden. Nur, wer wie Sie es zwölf Jahre lang nicht einmal fertiggebracht hat, geordnete Genehmigungsverfahren zum Ende zu bringen, und heute den Nachfolgern, die damit aufräumen, Konzeptionslosigkeit vorwirft, der ist in der Tat mutig, schon bis hin zur Form der Realitätsferne.

(Rösler (CDU): Er ist schon übermütig!)

Von daher begrüßen wir, weil es anders nicht geht, daß in diesem Landshaushalt auch zusätzliche Stellen und zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt werden, um die Genehmigungsverfahren zunächst einmal zügiger abwickeln zu können und gleichzeitig auch die Aufsicht über die Errichtung zu gewährleisten. Dies gilt auch für die notwendig gewordenen Verfahren in immissionsschutzrechtlichen und baurechtlichen Fragen. Dies ist eine Handlungsweise, mit der man die politischen Ziele, die man will, auch klar umsetzen kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Kollege Clauss hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es wünschenswert wäre, über diese überdimensionale Steigerung des Umwelthaushalts hinaus noch sehr viel mehr Mittel zur Verfügung zu haben; denn in der Tat kann einem fast angst und bange werden, wenn man einmal den Investitionsbedarf zusammenzählt, der nur für "die großen Brocken" der hessischen Umweltpolitik noch aussteht: für die Werra-Entsorgung,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Dafür kann ja die Landesregierung nichts! Wurde die Bundesregierung mal von Rot-Grün gestellt?)

für die Grundwasseranreicherung im hessischen Ried, für den Bau von Rückhalteanlagen, für den Bau kommunaler Abwasseranlagen und, um ein weiteres großes Problem zu nennen, für die Sanierung von Altlasten. Dies sind nur die größten Brocken, die vor uns stehen. Alle diese Dinge zusammengenommen würden einen doppelten Haushalt sehr gut vertragen.

(Soltwedel (GRÜNE): Da muß sogar Herr Weimar lachen!)

Nur sage ich auch: Wir müssen mit sehr viel zäher Kleinarbeit dies alles vorantreiben.

(Beifall bei der CDU)

Bei einem zweiten großen Projekt haben wir auf Grund Ihres Versagens heute Probleme zu bewältigen, die äußerst kompliziert sind, nämlich bei der Grube Messel. Herr Kollege Fischer, es ist überhaupt nicht die Frage, wie man grundsätzlich zu der Möglichkeit und Notwendigkeit steht, die Grube Messel der Paläontologie oder der Abfallentsorgung zur Verfügung zu stellen.

(Clauss (SPD): Was machen wir jetzt?)

Daß hier 40 Millionen DM in den Sand gesetzt wurden, ist aus haushaltspolitischer Sicht schon schlimm genug.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ich bekenne offen, ich bin schuld! Die 40 Millionen habe ich in den Sand gesetzt!)

Entscheidend ist, daß in einer Art und Weise, die dem Vorgehen bei den Nuklearbetrieben fatal ähnlich ist, Chancen für Alternativen über einen langen Zeitraum verzögert worden sind.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Es ist mir nicht gelungen, in 14 Monaten eine Alternative zu finden! Herr Weimar ist 19 Monate im Amt und hat auch keine gefunden!)

- Herr Fischer, Sie dürfen nicht böse sein; aber Sie sind mir nicht so wichtig, um Sie in dieser Frage anzusprechen.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie haben mich doch angesprochen!)

- Nicht immer, wenn ich von hessischer Politik rede, meine ich Joschka Fischer. Sie sind zwar bedeutend, aber nicht so bedeutend. Es gab - selbst wenn Sie es nicht gern hören - auch vor Ihrer Zeit schon Regierungsmitglieder in Hessen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Mir geht es um den unendlich langen Zeitraum der Unsicherheit. Durch diese Form der Genehmigungsverfahren ist es dazu gekommen, daß die Nachfolgeregierung bei der Müllentsorgung im südhessischen Raum vor fast unlösbaren Problemen steht.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sagen Sie einmal etwas zu Frankfurt, zu Herrn Daum, zum Umlandverband!)

Dann sage ich etwas zu dem Gegenbeispiel. In einem anderen Teil Hessens ist exemplarisch vorgeführt worden, wie man in Fragen der Müllentsorgung handeln muß, nämlich in Mittelhessen. Da gibt es den Vorschlag - bis heute von der SPD auch im Landtag sehr zögerlich behandelt -, für Mittelhessen eine kreisübergreifende Lösung, ich sage ganz bewußt: eine Jahrhundertlösung der Abfallentsorgung in Gang zu setzen. Ich hätte mir schon gewünscht, daß der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion von dieser Stelle aus seinen kommunalpolitischen Freunden vor Ort ein Signal gegeben und gesagt hätte, daß dies die einzige Möglichkeit ist, der Lösung des Abfallproblems in Mittelhessen näherzukommen. Ich bin sicher, daß das in absehbarer Zeit überhaupt keine Frage der parteipolitischen Auseinandersetzung mehr sein wird. Aber Sie verlieren aus parteipolitischen Gründen und auch aus Angst vor den Gruppierungen vor Ort sehr viel Zeit, statt der Lösung dieses wichtigen Problems näherzukommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden um die Müllverbrennungsanlage in Wölfersheim in den vom Umweltminister genannten Dimensionen nicht herkommen,

(Boppel (GRÜNE): Wahnsinn!)

wenn nicht der von Ihnen begonnene Export von Abfall weitergehen soll. Dabei stehe ich überhaupt nicht an zu sagen, daß Müllverbrennung allein nicht alle Abfallprobleme lösen wird. Aber die von Herrn Kollegen Clauss nur aus formalen Gründen angesprochenen Änderungsanträge von CDU und F.D.P. im Zusammenhang mit der Fünften Novelle des Abfallgesetzes zeigen, daß wir das Verwertungsgebot und die Entlastung der Deponien in

der Praxis ernst nehmen, als Sie das während Ihrer Regierungszeit überhaupt nur im Ansatz versucht haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein - dies gehört auch zu den Erblasten dieser Landesregierung -, daß Müll zu einem der begehrtesten Exportgüter in dieser Republik wird.

(Zuruf des Abg. Clauss (SPD))

Ich sage deutlich, auch heute wieder: Müll ist kein Exportgut über Nationengrenzen und über Landesgrenzen hinweg.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aus diesem Grunde sind wir bemüht, durch Lösungen bei der Verwertung, durch Lösungen bei der Entlastung der Deponien, aber auch durch Suchen nach Standorten für Deponien und für Müllverbrennungsanlagen dieser Erblast sehr gezielt und sehr engagiert zu Leibe zu rücken.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zu einem zweiten Kernpunkt dieses Landeshaushalts 1989 kommen. Die Investitionsquote für Kläranlagen reicht aus, um ein Volumen von 500 Millionen DM und etwa 300 Einzelvorhaben überhaupt in Hessen wieder zu finanzieren. Dies ist deswegen entscheidend, weil hier endlich mit einer Handlungsweise aufgeräumt wird, die frühere Landesregierungen in der Frage der Abwasseranlagen an den Tag gelegt haben.

Der eindeutigen Benachteiligung des ländlichen Raumes wird seit Jahren durch erhöhte Ansätze für die Kanalisation endlich ein Ende bereitet, weil es nicht sein kann, daß beispielsweise das Gebiet des einzigen funktionierenden Grundwasserreservoirs in Hessen, der Vogelsberg, zu den Gebieten gehört, die den niedrigsten Kanalisationsgrad haben. Mit dieser Paradoxie hessischer Umweltpolitik der letzten Jahre wird endlich aufgeräumt. Es gibt eine gezielte und bessere Förderung für den ländlichen Raum, wo es natürlich weniger attraktiv ist, mit solchen Anlagen zu glänzen, und wo solche Investitionen über längere Strecken mit sehr viel höheren Mitteln getätigt werden müssen.

**Vizepräsident Sturmowski:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

**Dr. Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Nein.

Ein weiterer Bereich, der in den letzten Jahren von den Vorgängerregierungen so en passant aus dem Haushalt gestrichen worden ist, kommt durch die CDU und die F.D.P. zu neuen Ehren: der örtliche Hochwasserschutz. Es gab in den letzten Jahren im Haushalt des Landes Hessen keinerlei Mittel für den örtlichen Hochwasserschutz, obwohl der Investitionsbedarf hierfür auch zur Unterstützung der Gemeinden, die damit oft überfordert sind, immens ist. Ich gebe gerne zu, daß der Haushaltsantrag der Koalitionsfraktionen nur einen Tropfen auf den heißen Stein darstellt. Aber wir wollten gezielt als ein politisches Signal deutlich machen, daß diese Landesregierung auch örtlichen Hochwasserschutz, in Unterstützung der Städte und Gemeinden, wieder wichtig nimmt. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, diese Position wieder in den Haushalt aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich zu einem letzten Punkt kommen, der in anderem Zusammenhang hier schon eine bedeutende Rolle gespielt hat, zum Gewässerschutz. Als wir hier im Landtag über die Rettung der Nordsee diskutiert haben, war nicht jedermann verständlich, warum der Hessische Landtag über die Rettung der Nordsee diskutieren soll. Dabei ist jedermann klar, daß die Rettung der Nordsee und der Ostsee in den Binnenländern beginnen muß; darüber gibt es überhaupt keinen sachlichen Streit. Aber Bilder mit verendenden Robbenbabys und Szenarien, die an die Gefühle der Menschen appellieren, nützen nichts, wenn es um die konkrete Hilfestellung geht.

Es ist jetzt gelungen - vor allem der Bundesregierung, aber auch mit Unterstützung der Landesregierung -, bei der Frage der Werra-Entsorgung außerhalb der früheren politischen Fragestellung, die auch Sie, Herr Fischer, in diesem Parlament angesprochen haben, zu einer Lösung zu kommen. Es ist endlich gelungen, daß wir durch kommunalen Kläranlagenbau, durch Simultanfällungsanlagen und durch Denitrifikation und Nitrifizierung zu Ergebnissen kommen, die zwar nicht sehr spektakulär sind,

(Boppel (GRÜNE): Wo ist das Geld dafür?)

die aber in praktischen Schritten zu einer Erhöhung der Gewässerreinheit im Lande Hessen führen.

Nach alledem, was ich zum Einzelplan 10 darstellen durfte, stelle ich fest: Die Umweltpolitik ist in Hessen in guten Händen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

**Vizepräsident Sturmowski:**

Das Wort hat Herr Abg. Boppel.

**Boppel (GRÜNE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Abschluß des Haushaltsmarathons ist das Interesse an einer Umweltdebatte offenbar nicht sehr groß.

(Zurufe von der CDU)

In 24 Minuten ist es auch nur möglich, die wichtigsten Dinge plakativ anzureißen. Ich will dies tun.

Wenn wir die Umweltpolitik dieser Landesregierung betrachten, ergibt sich die Frage: Welche Maßstäbe legen wir eigentlich an? Man kann es von zwei Seiten betrachten. Da ist einmal die Meßlatte der Versprechungen, die Sie vor der Wahl und unmittelbar nach der Wahl gemacht haben, und da ist die Frage: Was ist ökologisch vertretbar und geboten? Unter beiden Betrachtungsweisen kommt man zu einem vernichtenden Urteil. Weder wird Ihre Umweltpolitik, Herr Weimar, den eigenen Ansprüchen gerecht, noch ist die CDU imstande, durch eine vorausschauende Umweltpolitik eine ökologische Zukunftsperspektive zu eröffnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Umweltpolitik gerät in dieser Landesregierung zunehmend in Gefahr, zu einer bloßen umwelttechnischen Nachsorge industrieller Naturzerstörung zu verkommen. Sie wird zum Hinterhof der Wirtschafts- und Industriepolitik und verliert zunehmend an Profil.

Wer ungehemmt und unreflektiert wirtschaftliches Wachstum propagiert, wie Herr Wallmann am Dienstag in seiner Grundsatzrede, der verkennt die Potenzierung

von Risiken und die schwindenden Möglichkeiten, die Risiken

(Beifall des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

des industriellen Wachstumsprozesses auszuschalten. Ich frage: Leistet diese Landespolitik einen Beitrag zur Risikoerkennung, Risikoverminderung oder gar präventiven Risikovermeidung? - Nein, es geht vor allem um Risiko-Umdefinition, um Bagatellisierung. Das zeigt sich von Jahr zu Jahr immer deutlicher.

Umweltpolitik muß sich daran messen lassen, ob sie schafft, die Produktion von Gütern und Energie und die Verteilung und Konsumtion von Gütern nicht unter Bedingungen ablaufen zu lassen, die eine Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen perpetuieren. Wir müssen im Gegenteil Natur und Lebensqualität zurückgewinnen. Aber das alles geschieht mit dieser Art von Umweltpolitik nicht.

Sie können vordergründig ein paar Haushaltszahlen für sich verbuchen. Das Gesamtvolumen des Etats steigt, bereinigt von den hinzugekommenen Zuständigkeiten, von 237 Millionen DM im Vorjahr auf 256 Millionen DM, ein Zuwachs von 8,3 Prozent. Noch nicht einmal die selbst postulierten 10 Prozent werden erreicht.

Aber wenn wir uns andere Zahlen angucken, sieht es schon anders aus. Ich trage einfach einmal die offiziellen Haushaltszahlen für umweltrelevante Ausgaben vor, die zu Beginn jedes Haushaltsplans stehen. Im letzten von Grün-Rot verantworteten Haushalt 1987 hatten wir 343 Millionen DM, 1988 abgesunken auf 320 Millionen DM und 1989 nur geringfügig angehoben auf 329 Millionen DM laut Haushaltsplan. Bei den umweltrelevanten Ausgaben ist eine deutliche Absenkung der zur Verfügung stehenden Mittel im Vergleich zwischen grün-roter und jetziger CDU-Regierung festzustellen. Das sind Zahlen, die Sie im Haushaltsplan nachlesen können, die korrekt sind.

Ich komme zu den konkreten Politikfeldern. Das ist einmal die Hausmüllmisere, der Müllnotstand. Worin besteht denn dieser Müllnotstand? Vordergründig sind keine Beseitigungskapazitäten da, vor allem in Südhessen. In Wirklichkeit steckt dahinter ein totales Versagen der Bundes- und Landesregierung und der politisch Verantwortlichen in Frankfurt am Main und Umgebung, die Abfalllawine zu stoppen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Schlappner (SPD))

Wie reagiert die Landesregierung darauf? - Mit dem eisernen Besen des Karlheinz Weimar: Entmachtung der Kreise; das Land legt Standorte, Art der Anlagen und Einzugsbereiche fest; Zentralisierungstendenzen, Kompetenzanmaßung.

Ich will als GRÜNER sagen: Wir wollen hier nicht den Fetisch einer Kommunalautonomie aufbauen. Wir wollen keinen verfassungsrechtlichen Nebenkriegsschauplatz aufmachen, sondern wir wollen fragen: Ist das politisch sinnvoll, kann das politisch erwünscht sein? Verheißt das, pragmatisch gesehen, Erfolg, wenn Gebietskörperschaften ihrer Abfallbeseitigungsrechte beraubt und damit auch ihrer Pflichten und Verantwortlichkeiten entledigt werden?

(Dr. Müller (Gelnhausen) (CDU): Das will doch kein Mensch!)

- Dann kennen Sie Ihre eigenen Gesetze nicht, wenn Sie das bestreiten.

(Rösler (CDU): Gerade weil wir das kennen!)

Aus grüner Sicht ist das, was zuletzt vorgelegt wurde, eine Fehlreaktion der CDU und dieses Ministers auf die Unfähigkeit primär der CDU-regierten Kommunen. Wo besteht denn der Müllnotstand? In der Presseerklärung von Herrn Nassauer und Herrn Wilke vom 11.11. wird pauschal gesagt, die Situation in zahlreichen Kreisen müsse als total verfahren angesehen werden. Stimmt das denn? Gehen wir doch die einzelnen Problemkreise durch:

An der Bergstraße - eine grüne Beigeordnete - läuft es wie geschmiert.

In Darmstadt-Dieburg - ein grüner Beigeordneter, der mit Hochdruck eine Alternativplanung für Messel realisiert, gegen den Widerstand von CDU, gegen die destruktive Trotzhaltung im ZAS. Brauchen wir dazu ein solches Gesetz?

Nehmen wir Marburg-Biedenkopf. Da gibt es Probleme.

(Hahn (F.D.P.): Wetterau!)

- Ich komme auch noch zur Wetterau, Herr Hahn. - Aber diese Probleme sind nicht von Rot-Grün verantwortet, sondern vom Sankt Florian einer CDU-Opposition, die sich auch dort in einer anhaltenden Trotzphase befindet und verantwortungslos mit der Notlage umgeht. Wenn Sie in diesen Kreisen bereit wären, ein Stück Verantwortung selber zu tragen, dann hätten wir diese Probleme nicht in einem einzigen Fall. Das ist der Kernpunkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Wetterau - ehemals ein grüner Dezernent, jetzt ein überforderter und untätiger SPD-Landrat. Auch dort Sankt Florian in Gestalt von Hugo Fröhlich, und auch dort eine Opposition, die sich nicht zu schade ist, im Kreistag Deponieraum zu verweigern, obwohl sie weiß, daß er gebraucht wird. Dann kommen Sie mit diesem Zwangsgesetz von oben.

Nehmen wir Gießen! Dort hat die rot-grüne Mehrheit den Standort Holzheim durchgebracht. Auch dort brauchen wir dieses Gesetz nicht.

Das Fazit muß heißen: In den fünf sogenannten Problemkreisen brauchen wir nicht dieses Kommunalentmündigungsgesetz, sondern im Gegenteil, es ist schädlich, es unterminiert die kommunale Selbstverantwortung, es blockiert und torpediert die kommunalen Anstrengungen. Es soll auch ablenken von der Unfähigkeit der CDU, sich konstruktiv an solchen Prozessen zu beteiligen. Sie sind mit der Pyrolyse übers Land gezogen, bis Minister Weimar sagte, es geht nicht. Weimar sagt, wir brauchen Deponieraum. Sie verweigern ihn in jedem Kreistag. Ist das eine verantwortungsvolle Position? Dann glauben Sie, man müsse das mit der Entmündigung der Kommunen von der Landesebene aus lösen.

Unter dem Aspekt der Ursachenforschung ist eines interessant. Alle diese fünf Problemkreise hatten bis zur Kommunalwahl 1985 eine CDU-Regierung,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Hört, hört!)

die in jedem Kreis ein abfallpolitisches Chaos hinterlassen hat: keine Verwertungsmaßnahmen, keine Getrennsammlung, unbrauchbare oder gar keine Deponiestandorte.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Becker (Nidda) (SPD))

Das einzige Schmuckstück Ihrer Politik hessenweit sind zwei Müllumladestationen in Marburg und Grund-Schalheim. Das ist alles, was Sie in der letzten Legislaturperiode dort erreicht haben. Wenn Sie heute so heftig für die Müllverbrennung krakeelen, frage ich Sie: Warum haben Sie das damals nicht realisiert? Sie hatten doch Zeit genug dafür.

Fazit: In den genannten Kreisen hat die CDU vor Jahren versagt. SPD und GRÜNE versuchen, die Probleme anzupacken. Jetzt kommt der Minister dazwischen und behauptet im Ernst, er könne das besser. Das ist in der Perspektive destruktiv und führt am Ende nur dazu, die Probleme auf die rechtliche Ebene zu verlagern.

Weimar geht es auch nur vordergründig um die Verlagerung von der kommunalen Selbstverwaltung auf die Staatsebene. In Wirklichkeit wollen Sie sich der kommunalen Zuständigkeiten bemächtigen, um wesentliche Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge in die Hände der Privatindustrie zu geben. Das steckt dahinter, wenn Sie Ihr Gesetz genau lesen. Die Industrie erzeugt den Dreck, sie schleust ihn durch uns als Verbraucher und Verbraucherinnen hindurch. Was dann im Abfalleimer oder in der Kläranlage ankommt, wird von der Industrie wieder genommen und erneut profitabel gehandhabt. Das ist Ihre Grundvorstellung.

Denken wir an den Energiebereich. Wir versuchen dort mühsam, kommunale Selbstbestimmung zurückzugewinnen, wollen kommunal mitentscheiden, wie Strom produziert und verkauft wird. Im Moment handeln wir uns im Abfallbereich dasselbe Dilemma ein, das wir im Strombereich schon haben. Dies muß verhindert werden.

Ihr Gesetz ist nur im Hinblick auf einen geographischen Bereich sinnvoll. Das Hauptproblem in der hessischen Müllsituation sind der Umlandverband Frankfurt und die Stadt Frankfurt. Elf Jahre CDU-Herrschaft haben dort in der Tat zu einem wirklichen Müllnotstand geführt. Bei der CDU in Frankfurt gibt es weder Vernunft noch Sachkenntnis, noch politischen Mut, noch Durchsetzungskraft. Der Einfluß der Landesregierung ist dort offenbar gleich Null. Herr Weimar, Sie sind 19 Monate im Amt. Sie haben es bis heute nicht fertiggebracht, den Umlandverband und die Stadt Frankfurt zu einem konkreten, praktischen Schritt zur Behebung der Abfallmisere zu bewegen. Ist Ihnen das klar, daß Sie 19 Monate vertan haben

(Fischer (Waldeck) (CDU): Er ist doch nicht schwerhörig!)

im Hinblick auf Ihre kommunalen Freunde Daum, Heuer und andere? Was wir in Frankfurt brauchen, ist nicht ein neues Gesetz, sondern eine neue Mehrheit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nur dann kann sich die Misere dort zum Besseren wenden. Schauen Sie sich an, was sich die CDU in der Weltmetropole Frankfurt alles geleistet hat und was sie sich noch leistet!

Eine Nachfolgedeponee für Buchschlag sollte seit 1982 gesucht werden. Damals war Herr Wallmann Oberbürgermeister und natürlich verantwortlich nicht nur für die Alte Oper, sondern auch für den Abfallbereich. Was ist geschehen? Ein Fiasko, ein Nichts an Planung! Man wälzt es ab in die DDR, ins Umland, nach Bayern. Jetzt kommt heraus, daß in Gießen in der Lahnau Gruben mit Frankfurter Bauschutt verfüllt werden. Die CDU sagt

dazu: Vorbildliche Rekultivierung. Das sind Problemlösungen, die die CDU praktiziert.

(Beifall bei den GRÜNEN - Soltwedel (GRÜNE):  
Das sieht euch ähnlich!)

Brauchen wir dazu, Herr Weimar, dieses nichtsnutzige kommunale Entmündigungsgesetz?

Nehmen wir den Osthafen. Sie haben hier früher fast keine Sitzung verstreichen lassen, ohne eine angebliche grün-rote Verschleppung zu kritisieren. Jetzt, Herr Weimar, demonstrieren Sie seit 19 Monaten Ihre eigene Unfähigkeit. Sie sind doch unfähig, dort überhaupt ein geordnetes Verfahren durchzuführen. 19 Monate sind verstrichen, und Sie sind noch nicht einmal imstande, einen Erörterungstermin richtig abzuwickeln.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ganz nebenbei, an die Adresse des Innenministers gerichtet, nährt das auch Zweifel, ob der neue RP Link seinen Aufgaben wirklich gewachsen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen wir den Eiertanz des Herrn Daum um die Frage der Bauschuttdeponie in Niedererlenbach oder Monte Scherbelino.

(Wagner (Eschwege) (SPD): Soviel Eier gibt es gar nicht, wie die tanzen!)

Er kapituliert vor den realen Problemen, obwohl es selbst von den GRÜNEN Unterstützung gäbe, die Sanierungsproblematik Scherbelino mit einer Bauschuttdeponie zu verbinden. Obwohl es das gibt, ist er nicht imstande, dies zu realisieren.

Ich kann Ihnen nur sagen: Die CDU im Raum Frankfurt demonstriert tagtäglich ihre Unfähigkeit. Und ob man Heuer gegen Kreling auswechselt, ändert an der Misere nichts.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wenn statt Daum Weimar in der Verantwortung stünde, würde es, glaube ich, auch keine entscheidende Änderung bringen.

Kommen wir jetzt zu Messel, was ja mit der Frankfurter Situation eng zusammenhängt. Das Urteil ist auf dem Tisch. Wir fordern die Landesregierung auf, umgehend Konsequenzen aus dem Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zu ziehen. Nach der Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses, Herr Weimar, muß das ewige Hin und Her um die Verfüllung der Grube endlich ein Ende haben. Von jetzt an gibt es weder eine rechtliche noch eine politische Legitimation, die Fehlplanung Messel fortzuführen.

Wenn Sie, meine Herren von der CDU, lamentieren, daß inzwischen 55 Millionen DM verbaut sind, muß ich Ihnen sagen: Wenn Sie, Ihre Parteikollegen im ZAS unten, auf uns gehört hätten, dann hätten Sie mindestens 20 Millionen DM an Fehlinvestitionen sparen können. Wir haben schon 1984 klipp und klar gesagt: Diese Deponie hat keine Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben 1984 schon damit begonnen, die Alternativen vorzubereiten - siehe das, was Herr Beuerle jetzt macht. Sie sind stur, störrisch gewesen, bis zum heutigen Tage. Alles sieht danach aus, daß der ZAS auch jetzt noch an dieser Fehlplanung festhalten will. Da kann ich nur sagen: Da helfen doch keine Gesetze. Es muß doch in einer großen Partei wie der CDU möglich sein, auch Parteifreunde zu überzeugen, daß sie auf dem falschen

Weg sind, um sie auf den richtigen Weg zu bringen. Wir erwarten von Ihnen, Herr Weimar, daß Sie das politische und planerische Aus für die Mülldeponie Messel erklären und sich dort hinter den grünen Beigeordneten stellen und gemeinsam mit ihm die Alternativen realisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen auch, Herr Weimar, daß die Deponie Zimmererwald nicht die Alternative zu Messel ist. Es gehört auch dazu, im Umlandverband endlich die nötigen Deponieplanungen in die Gänge zu bringen.

Jetzt zu Wölfersheim, das Herr Müller in seiner vermutlichen Abschiedsrede im Landtag so sehr gefeiert hat. Herr Weimar, Sie haben mit der Sache Wölfersheim bisher eigentlich nur Geld vergeudet, Schaden angerichtet, Zeit vergeudet. Sie haben in den mittelhessischen Kreisen gerade bei der CDU die Illusion geweckt, die Verbrennung schaffe alle Probleme vom Hals. Sie bagatellisieren die Probleme, die wir mit der Verbrennung haben. Sie betreiben regelrechte Volksverdummung. Ich habe hier ein Interview von Ihnen, das im "Gießener Anzeiger" vom 14.11.1988 dargestellt ist. Da wird nach den Schadstoffen gefragt, und Sie sagen in der Ihnen eigenen burschikosen Art:

Wir haben die Emission, also das Ausströmen verunreinigter Luft, im Griff. Auch in den großen Müllverbrennungsanlagen ergeben Messungen: Die Schadstoffe liegen unter den Grenzwerten, und wenn es anders wäre, müßten die bestehenden 47 Müllverbrennungsanlagen alle abgeschaltet werden.

Ist Essen-Karnap denn bei der Überschreitung der Grenzwerte abgeschaltet worden? Welche Grenzwerte meinen Sie eigentlich? Meinen Sie die TA Luft? Glauben Sie wirklich, man könne den Leuten weismachen, in der TA Luft sei alles das geregelt, was für sie relevant ist? Von welchen Dioxinen und Furangrenzwerten gehen Sie eigentlich aus? Wo sind die definiert? Sie betreiben Volksverdummung, Sie bagatellisieren Gefahren, und Sie tun damit selbst der Müllverbrennung keinen guten Dienst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer sich immer ernsthaft um die Lösung von Problemen bemüht, der darf die Leute nicht aus Halbwissen, aus einem mangelnden Verantwortungsbewußtsein heraus hinters Licht führen.

Was Sie dort in Mittelhessen planen - eine Mammutanlage mit 530.000 Jahrestonnen Durchsatz, die größte Anlage in der BRD, soweit mir das bekannt ist -, ist Gigantomanie, das hat nichts mehr damit zu tun, daß man auf kommunaler Ebene die Probleme mit Vermeidung und Verwertung lösen will und lösen kann. Deswegen sage ich Ihnen: Dieses Projekt hat bisher eher Schaden als Nutzen gebracht. Es hält die Kreise von den notwendigen Planungen ab. Offenbar haben Sie ja schon die Konsequenz gezogen. Weil die Kreise nicht freiwillig anbeißen, wollen Sie sie dazu zwingen, diese unnützen und umweltgefährdenden Maßnahmen durchzuziehen.

Sie wollen am Ende das Modell Bremerhaven realisieren, wo man den Müll inzwischen aus über 300 Kilometer Entfernung ankarren muß, um die Anlage noch vollzuzukriegen. Das sind Dinge, die wirtschaftlich und ökologisch pervers sind. So etwas verkaufen Sie als Lösung der Zukunftsprobleme.

Kommen wir zu einem anderen Punkt. Ich muß mich jetzt kurz fassen, da die Redezeit zu Ende geht. Kommen wir

noch einmal zu der Achillesferse Ihrer ganzen Politik, dem Export von Müll. Sie haben vor der Wahl Versprechungen gemacht, wieder und wieder. Sie wollten vor der Wahl nach Amtsübernahme die Exporte sofort stoppen. Wir kennen die Zitate von Kanther und anderen von damals, diese Krokodilstränen, die vergossen wurden. Die Frage ist doch; Was sind die Äußerungen von damals eigentlich wert? Wallmann hat noch nach der Wahl in einer Regierungserklärung den Stopp der Müllexporte angekündigt. Weimar hat im Fernsehen - das muß etwa im Mai gewesen sein - den Schluß der Exporte bis Ende 1988 angekündigt. Herr Weimar, Sie haben noch in diesem Jahr im April im Umweltausschuß enthüllt, daß es einen Stufenplan zum Abbau des Sondermüllexportes gebe, von dem man in diesem Jahr maximal 20.000 Tonnen exportieren wolle. Was ist denn daraus geworden? Nur Luftblasen, leeres Gerede zur Beruhigung der Bevölkerung! Das ist Täuschung der Öffentlichkeit und sonst nichts.

Was machen Sie jetzt? Sie machen die rechtliche Öffnung, Sie bereiten auf den Export als Normalzustand vor, Sie wollen ein Gesetz mit Exportparagraf.

(Fischer (Waldeck) (CDU): Wie ist Ihre Erfolgsbilanz?)

- Wir haben nie Hausmüll exportiert, Herr Fischer. Das ist nicht unser Problem, das ist Ihr Problem. Sie lassen die Infrastruktur bauen, um Müll exportieren zu können. Plötzlich erklären Sie letzte Woche, Sie wollten ab 1990 keine Exporte mehr machen. Wie soll das eigentlich gehen, Herr Weimar? Wir werden dieses Versprechen einklagen. Sie wollen vor der Kommunalwahl 1992, so habe ich das verstanden, die Exporte stoppen. Wir werden Sie 1990 daran erinnern, ob Sie das gemacht haben oder nicht. Ich fürchte, es geht wie mit allem, was Sie versprechen. Es dient der momentanen Erleichterung, und nach zwei Jahren ist es nichts mehr wert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage Sie: Was der Umweltverband Arche über den wirklichen Zustand auf den Deponien drüben schreibt, die Sie beschicken wollen - prallt das einfach an Ihnen ab? Läßt Sie das kalt? Reagieren Sie darauf? Wie soll das Bauschuttwunder denn praktisch vonstatten gehen, das Sie mit Ihrem Zwischenlagerkonzept versprochen haben? Führen Sie das doch einmal aus! Nach welchen Kriterien werden Zwischenlager errichtet, betrieben, wann, wie? Man muß den Eindruck haben, Sie flüchten sich aus der Peinlichkeit dieser Exporte, die Sie betreiben, in Zukunftsversprechungen, die Sie nicht einhalten können. Eines muß man noch einmal klar sagen: Sie haben ein kurzes Gedächtnis, meine Damen und Herren!

(Soltwedel (GRÜNE): Ich nicht!)

- Hier auf der politisch rechten Seite!

Der Export, den es zu grün-roten Zeiten gab, ist doch nicht vergleichbar mit dem, was Sie heute betreiben. Es geht um ein Vielfaches von Industrie- und Hausmüll, was dieser Minister hauptverantwortlich exportieren will. Das ist ein Unterschied in Dimensionen.

(Strecker (CDU): Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht!)

Herr Kanther dürfte sich morgens eigentlich nicht mehr im Spiegel betrachten, ohne schamrot zu werden in bezug auf unsere Brüder und Schwestern drüben in der DDR.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Mir fällt auf, daß er sich neuerdings vor jeder Abfalldebatte drückt, weil ihm das eventuell wirklich peinlich ist, was hier geschieht. In zwei Jahren will Hessen den Export von Müll beenden. Wir werden Sie in zwei Jahren fragen, Herr Weimar, wie weit Sie wirklich gekommen sind.

Ich wende mich einem anderen Thema zu, dem Sondermüll. Die gesamte Strategie der Landesregierung beschränkt sich auf die Anlagenerweiterung in Biebesheim, Höchst, Mainhausen und Herfa. Ich frage Sie: Kann das die Antwort auf die Nöte der Umwelt sein? Wo bleiben die Vermeidungsbemühungen? Wo bleibt das, was wir damals als ZIAH-Konzept entwickelt haben? Wo bleibt die Zusammenarbeit von Universitäten und Industrie zur Abfallvermeidung? Wo bleibt das Abfallkaster? Wo bleibt die Offenlegung der Abfallströme? Wo bleibt ein verbindlicher Verbreitungs- und Reduzierungsplan? Davon ist nichts da. In der Summe sind diese Erweiterungspläne überzogen. Der Bedarfsnachweis fehlt. In Einzelaspekten ist das ökologisch bedenklich, was Sie betreiben, sowohl was die Emissionen in Biebesheim und Höchst angeht, als auch was die Grundwassersicherheit in Mainhausen angeht. Hier sind noch viele offene Fragen, die noch zu vielen Problemen führen können.

Ein anderer Punkt: die Altlasten. Sie legen ein Gesetz vor, das sich vornehm um die Kernfrage herumdrückt. Wer finanziert die Altlastensanierung, und in welcher Höhe wird finanziert? In dieser Kernfrage bleibt Ihr Gesetzentwurf die Lösung schuldig.

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Herr Kollege Boppel, Sie haben noch drei Minuten Redezeit.

**Boppel (GRÜNE):**

Ich bedanke mich für diese Bemerkung. - In Ihrem Gesetzestext haben Sie die Alternative selber anskizziert, einen Pflichtverband zu gründen. Ich frage Sie: Wann sind Sie endlich soweit? Wie lange müssen wir noch Ihre Ergebnis- und Sprachlosigkeit ertragen? Die Zahlen bei der Industrie sind schon genannt worden. Man muß sie sich gut in Erinnerung rufen. Die Hoechst AG hat mit ihrer inländischen Kapitalgesellschaft in diesem Jahr einen Jahresgewinn von 1,3 Milliarden DM nach der Steuer zu erwarten. Die hessische Industrie erwartet mindestens 10 Milliarden DM. Und da feilschen Sie mit der Industrie, ob sie jährlich 20 oder 40 Millionen DM für die Altlastensanierung bereitstellt. Hier fragt man sich, wo wir eigentlich sind. Wir sind an einem Punkt, wo die Umwelt erlebbar, empirisch nachvollziehbar in immer größere Bedrängnis gerät. Da macht die Wirtschaft den Riesenreibach, und es ist in diesem Bundesland noch nicht einmal möglich, einen Betrag von vielleicht 100 oder 200 Millionen DM für die Altlastensanierung jährlich auf den Tisch zu bekommen.

Herr Weimar, das ist ein Armutszeugnis für Ihre Politik. Sie haben auch hier vorher angegeben, was Sie alles zuwege bringen wollten. Nach 19 Monaten ist nichts passiert. Ich muß Ihnen sagen: Herr Weimar, Sie sind auch in der Frage der Altlastensanierung ein Versager.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)



Für den ganzen Bereich der Sicherung, Räumung und Sanierung der kontaminierten Standorte, für Offheim, Pintsch, Eisert, Hirschhagen, Stadtallendorf, für die Forschung an den Hochschulen und für den Landesanteil an dem Altlastenfonds haben Sie zusammen 10 Millionen DM bereitgestellt. Wie soll das funktionieren? Mit diesen Haushaltsmitteln kann man keine Politik machen.

Ich bin wegen der Zeit gezwungen, Ausführungen zur Abwasser- und Luftverschmutzungspolitik auf wenige Sätze zu beschränken. Herr Weimar, Sie haben aus der Nordseekatastrophe keine Konsequenz gezogen. Wir warten immer noch darauf, wo das Sonderprogramm für die dritte Reinigungsstufe, für die Phosphateliminierung, für die Nitrifizierung und Denitrifizierung bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, daß dies geschieht. Wir wollen aber nicht, daß es auf Kosten des anderen Kläranlagenbaus geschieht. Warum sind Sie nicht imstande, wenigstens für 50 oder 100 Millionen DM ein Sonderprogramm aufzulegen? Sie haben es angekündigt und versprochen. Sie haben im Sommer große Töne gespuckt, was Sie alles mit der Nordsee tun wollen. Der Haushalt zeigt: Sie reden viel, Sie tun nichts.

#### Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):

Herr Boppel, Ihre Redezeit ist nun abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Ende.

#### Boppel (GRÜNE):

Meine Damen und Herren, die Situation verschärft sich. Die Stickoxide werden zum immer größeren Problem. Die Fluorwasserstoffe werden zu einem noch größeren Problem. Was ist Ihre Antwort? Sie senken die Mittel im Haushalt für die Luftreinhaltung drastisch ab. 1987 waren es noch 4,7 Millionen DM, 1989 nur noch 2,7 Millionen DM. Sie bauen neue Müllverbrennungsanlagen, die den Fluorwasserstoffausstoß noch drastisch anheizen.

Das ist Ihre Antwort auf die Nöte der Luft. Im Fazit muß man insgesamt sagen: Hessen ist mit Sicherheit nicht, wie das behauptet wird, auf dem Weg, mit seinem Umweltschutz ein Musterland zu werden. Im Gegenteil, mit jedem Haushalt werden aufs neue Chancen verspielt, den Anschluß an eine wirklich verantwortungsvolle ökologische Politik zu halten. Auch dieser Haushalt bringt uns weiter weg von der Lösung der Probleme. Er schafft neue Probleme, anstatt die alten zu lösen. Er eröffnet keine Perspektive für eine ökologische Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):

Für die Fraktion der Freien Demokraten hat Herr Hans-Jürgen Hielscher das Wort.

#### Hielscher (F.D.P.) (Vom Redner nicht durchgesehen):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dieser wahrhaft apokalyptischen Rede des Herrn Boppel, die er in seiner Art gehalten hat, die ihn hier bekannt gemacht hat, muß ich noch einmal darauf hinweisen, daß wir mit einer Erhöhung des Ansatzes um 10 Prozent deutlich machen, welchen Stellenwert der tatsächliche und realisierte Umweltschutz für diese Landesregierung in Hessen hat. Dies spiegelt sich insbesondere in der Schaffung von 51 neuen Stellen im Umweltministerium wider, die vorwiegend zur Verstärkung der im Vollzug tätigen

Beamten auf der unteren und mittleren Ebene eingesetzt werden.

Damit soll nicht mehr Bürokratie geschaffen werden, sondern endlich das Vollzugsdefizit und das, was in der Umsetzung fehlt, in den meisten Bereichen vermindert werden, um im Praxisvollzug schneller die real meßbaren Erfolge beim Umweltschutz zu erreichen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine Ausnahme sind 17 weitere neue Stellen für die Reaktorsicherheit und die Genehmigungsverfahren. Damit wird das Ministerium endlich in die Lage versetzt, die aufgelaufenen Genehmigungsverfahren rasch und zügig anzugehen und für alle Beteiligten die Rechtssicherheit herzustellen, die bei der verschleppten Bearbeitung in der Vergangenheit gefehlt hat.

(Claus (SPD): Da habt Ihr nichts mit zu tun gehabt!)

Meine Damen und Herren, wenn dies heute schon als ein Ergebnis des Untersuchungsausschusses zu Hanau festgehalten werden kann, dann heißt dies nur, daß die Personalausstattung in der Vergangenheit mehr als mangelhaft war. 17 neue Stellen sind ein Fortschritt, den auch die Opposition nicht bestreiten kann.

Hier wird es offenkundig, daß es der Opposition wie so oft in der Vergangenheit darum geht, vordergründig den jeweils aktuellen Schadstoff der Woche wieder in die Schlagzeilen zu ziehen.

(Claus (SPD): Für die Opposition der Vergangenheit stimmt das!)

Der Opposition geht es nicht darum, klare und effiziente Verbesserungen in der Umsetzung der Umweltpolitik zu erreichen oder zumindest anzuerkennen.

(Boppel (GRÜNE): Das sind leere Worthülsen!)

- Dies sind keine Worthülsen. Herr Kollege Boppel, Ihre rhetorischen Blähungen nehme ich zum Anlaß, auf Ihre Chuzpe einzugehen, die Sie uns heute beim Thema Abfallwirtschaft geboten haben.

(Soltwedel (GRÜNE): Sie Pillefixheini! - Claus (SPD): Erklären Sie doch einmal, was Chuzpe ist! Wissen Sie das denn? - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Glockenzeichen der Präsidentin)

- Herr Kollege Boppel spricht davon. Die Chuzpe liegt darin, daß er sich hier hinstellt und Krokodilstränen über das Sankt-Florians-Prinzip weint, das Sie und Ihre Freunde überall vor Ort propagiert haben. Das hat dazu geführt, daß faktisch keine Entscheidung mehr getroffen wird, wo Sie und Ihre Freunde kommunalpolitische Verantwortung tragen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Boppel (GRÜNE): Wo denn? Das ist Geschichtsklitterung!)

Ich räume ein, daß das Sankt-Florians-Prinzip auch in allen anderen Parteien, aber von Ihnen geprägt, immer mehr Anhänger findet. Dort, wo man abstrakt eine Notwendigkeit anerkennt, wird sie abstrakt bejaht, in der Umsetzung vor Ort aber blockiert. Sie wissen das, denn Sie haben in der Abfallpolitik diesen Weg eingeschlagen und bereitet.

Es geht weiter, wenn Herr Kollege Boppel sagt: Ich beklage das Sankt-Florians-Prinzip der Opposition in den Kreisen, die für eine Müllverwertungsanlage Wölfersheim in Betracht kommen.

Wir appellieren auch an die Kollegen der SPD, daß sie in diesem Bereich den Erkenntnissen, die sich auch bei ihnen permanent weiter ausbreiten, daß nämlich die thermische Verwertung weitaus besser ist als die Anlage neuer chemischer Zoos in Form neuer Deponien, nachkommen, ihre Blockadepolitik in den rot-grünen Kreisen Gießen-Land, Lahn-Dill, Marburg-Biedenkopf und auch im Wetteraukreis aufgeben, dort ihrer Verantwortung nachkommen

(Schlappner (SPD): Und in den schwarzen Kreisen!)

und auch noch vor der Kommunalwahl erklären, daß sie einer solchen Konzeption folgen wollen. Dies würde ich dann die Durchbrechung des Sankt-Florians-Prinzips nennen, nicht aber das permanente Vor-sich-Herschieben.

Was haben wir denn heute als Ausgangslage? Was haben wir denn, wenn wir feststellen, daß Ende nächsten Jahres 1,5 Millionen Tonnen Müll aus Hessen nicht mehr in Hessen entsorgt werden können? Da haben wir doch die Folgen einer Politik "Sankt Florian", bei der man in der Vergangenheit nicht bereit war, Notwendigkeiten anzuerkennen und die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Das mag vor Ort gelegentlich unpopulär sein und das mag auch - das räume ich Herrn Kollegen Fischer auf seinen Zwischenruf "Frankfurt" gern ein - in Frankfurt oft im argen liegen. Ich wünsche mir auch gelegentlich mehr Kooperation mit dem Umlandverband Frankfurt. Aber es geht doch allüberall darum, daß das, was auch über die Fraktionsgrenzen hinweg als richtig anerkannt wird, daß wir nämlich Entsorgungskapazitäten brauchen und Entsorgungseinrichtungen schaffen müssen, auch ganz konkret umgesetzt wird.

Ich sage noch einmal: Zu den Krokodilstränen der GRÜNEN gehört es eben auch, sich im Umlandverband Frankfurt den Beschlüssen, die sich auf die Abfallverwertungsanlage im Frankfurter Osthafen bezogen haben, dort vor Ort immer zu verweigern, an anderer Stelle aufzutreten und zu sagen: Wölfersheim wollen wir nicht, aber dann die Probleme, die durch den Richterspruch zu Messel aufgetreten sind, hier lauthals zu beklagen. Dies ist die Doppelmoral.

(Beifall bei der F.D.P.)

Diese Doppelmoral wird dann aber von den Bürgern draußen bewertet werden, wenn sie durch Ihre Politik und durch die Versäumnisse der rot-grünen Zusammenarbeit, die wir heute erkennen oder erst in Zukunft bemerken werden, ihre Mülltonnen nicht mehr geleert bekommen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dieses kann eine seriöse Regierungskoalition nicht zulassen. Aber Sie wissen selbst am besten, daß diese Versäumnisse der Vergangenheit mit ursächlich für das heutige Dilemma sind.

(Becker (Nidda) (SPD): Wer war denn bis 1985 an der Regierung?)

- Ich kann Ihnen das sagen, wer bis 1985 mit an der Regierung war, und ich kann Ihnen sagen, wann der alte Abfallbeseitigungsplan auf grünen Druck im Kabinett außer Kraft gesetzt worden ist. Ich kann Ihnen auch sagen, welche Anlagen im alten Abfallbeseitigungsplan standen, die - wären sie in dem Zeitraum seit 1985

weiterverfolgt worden - auch tatsächlich hätten umgesetzt werden können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie wissen, daß die Osthafenanlage bereits letztes Jahr hätte in Betrieb gehen sollen. Sie wissen, daß eine Reihe weiterer Entsorgungseinrichtungen in dem Abfallbeseitigungsplan der alten sozialliberalen Zeit standen. Aber ich sage: Aus diesem Grund haben wir auch mit den Änderungen, die wir als Fraktionen der CDU und der F.D.P. zum Abfallgesetz eingebracht haben, die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß dort auch ein Abfallbeseitigungsplan wieder in Kraft gesetzt werden wird.

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Herr Abgeordneter, es liegen drei Wortmeldungen für Fragen vor. Möchten Sie die zulassen?

(Hielscher (F.D.P.): Bitte sehr!)

Bitte zunächst Herr Abg. Clauss!

**Clauss (SPD):**

Herr Kollege Hielscher, damit wir das nicht so global machen, bleiben wir doch einmal konkret in einer Gebietskörperschaft, der Wetterau. Ich frage Sie, wo in der Wetterau rot-grüne Bündnisse waren. Haben Sie denn schon verdrängt, daß dort nicht nur der CDU-Landrat über die Müllproblematik gestolpert ist, sondern auch der von Ihrer Partei gestellte verantwortliche Dezernent nichts zustande gebracht hat?

(Zuruf von der F.D.P.: Der ist gefallen, das ist wahr!)

- Ich wollte es vornehm ausdrücken.

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Meine Damen und Herren! Es gibt keine Möglichkeit der Interpretation. Die Frage ist gestellt. Herr Hielscher, Sie haben das Wort.

**Clauss (SPD):**

Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie das verdrängt haben. Herrn Kollegen Hahn wollte ich nur den Hinweis geben: Im Sinne von Rehabilitation sollte man auch jemandem eine Chance geben.

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Herr Clauss, Sie haben nicht die Möglichkeit, Herrn Hahn zu interpretieren. Sie haben Herrn Hielscher eine Frage gestellt. Dieser antwortet bitte jetzt.

**Hielscher (F.D.P.):**

Frau Präsidentin, ich komme dem gern nach. Herr Kollege Clauss, Sie wissen so gut wie ich, daß dieser alte Abfallbeseitigungsplan auch für den Kreis Wetterau galt und daß in diesem alten Abfallbeseitigungsplan durchaus eine Konzeption stand, die es auch dem Wetteraukreis ermöglicht hätte, seinen Müll vernünftig zu entsorgen.

(Clauss (SPD): Das hat er gemacht!)

Sie wissen genauso gut wie ich, daß dort kein F.D.P.-Dezernent gestolpert ist. Gestolpert ist eine Landesregierung von Rot und Grün über die Versäumnisse in der Abfallpolitik.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber ich will es trotzdem noch einmal näher ausführen.

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Herr Kollege Hielscher, ich darf noch einmal fragen, ob Sie weitere Zwischenfragen zulassen.

(Hielscher (F.D.P.): Jetzt nicht mehr!)

Jetzt nicht mehr.

(Zurufe von den GRÜNEN)

**Hielscher (F.D.P.):**

Ich möchte jetzt den Teil Abfall im Zusammenhang vortragen. Ich glaube, daß es auch Ihnen, Herr Fischer, einmal gut anstände, andere ausreden zu lassen. Wir hören Ihnen auch permanent zu, wenn Sie Ihre mehr oder weniger lichtvollen Erkenntnisse hier zum besten geben.

Wenn wir uns heute diese Realitäten ansehen, dann müssen wir ganz klar erkennen, daß nicht in 19 Monaten das nachgeholt werden kann, was eben längere Zeit - und zwar nicht nur während der Regierungszeit des Ministers Fischer, sondern auch schon vorher während der rot-grünen Tolerierungsphase - an notwendigen Sachentscheidungen unterblieben ist. Wir wären heute mit der Abfallverwertungsanlage im Frankfurter Osthafen weiter, Herr Kollege Clauss, wenn dort von vornherein mit dem nötigen Nachdruck und nicht mit dem Ziel der Verschleppung ein Verfahren betrieben worden wäre. Das muß man auch dem ehemaligen Minister Fischer ins Stammbuch schreiben. Dann wären wir heute schon erheblich weiter und könnten bereits dazu übergehen, diese Konzeption in die Entsorgungssituation einzubeziehen.

(Boppel (GRÜNE): Was haben Sie alles schon versprochen, Herr Hielscher! Nichts ist geschehen! - Glockenzeichen der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich komme auf weitere Änderungsinstrumente, welche die Fünfte Novelle des Hessischen Abfallgesetzes vorsieht und die eine sehr rasche und notwendige Entlastung unserer Hausmülldeponien von Bauschutt und Erdaushub bewirken werden.

Melden Sie sich zu einer Zwischenfrage, Herr Kollege Fischer? Bitte schön! Dann machen Sie es auch formell und schreien Sie nicht dazwischen. Bitte schön! Ich gebe Ihnen die Gelegenheit.

(Fischer (Waldeck) (CDU): Darüber entscheidet der Präsident!)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Wenn Sie die Zwischenfrage zulassen, dann hat jetzt Herr Fischer (Frankfurt) das Wort.

**Fischer (Frankfurt) (GRÜNE):**

Herr Hielscher, ich wollte überhaupt nichts Böses sagen. Weil Sie die Planungsverzögerung bei der Müllverbrennungsanlage Osthafen sehr nachdrücklich beklagt haben, wollte ich Sie nur fragen, ob es richtig ist, daß auf Grund der Unfähigkeit der Umweltbehörden, namentlich des Regierungspräsidenten, und politisch zu verantworten durch den Umweltminister Weimar, vermutlich ein weiteres Jahr Planungsverzögerung eintreten wird, weil nicht sämtliche Unterlagen ausgelegt haben.

**Hielscher (F.D.P.):**

Herr Kollege Fischer, ich kann Ihnen, gern mit dem antworten, was ich - wie Sie auch - aus der Zeitung weiß,

daß eben bei der Offenlegung der Unterlagen einer Kommune - erstaunlicherweise ausgerechnet einer rot-grün regierten Kommune; ein grüner Umweltdezernent hat das zwei Tage vorher bekanntgegeben - ein sogenannter Null-Ordner fehlt. Dieses, sage ich Ihnen, fällt nicht in die Verantwortung des hessischen Umweltministers, sondern die Verantwortung liegt bei den verantwortlichen Herren des Regierungspräsidenten.

Auch bei der Anhörung zum Frankfurter Osthafen hat man erleben können, wie von der grünen Fraktion und Parteifreunden von Ihnen aus der grünen Fraktion im Umlandverband Frankfurt diese Anhörung benutzt wurde, um regelrecht gegen diese Pläne vorzugehen, regelrecht zu Felde zu ziehen. Daran merkt man, mit welcher scharfer Emotionalität Sie versuchen wollen, solche Planungen zu kippen.

Aber wir sind in einem Bereich der Umweltpolitik, der Abfallpolitik, bei dem es jenseits der Versäumnisse der rot-grünen Zeit auch einige weitere Fortschritte zu vermelden gibt. Sie wissen, daß wir die Planungen für die Sondermülldeponie in Mainhausen vorangetrieben haben.

(Boppel (GRÜNE): Wie weit sind Sie denn gekommen?)

Sie wissen, daß die Sonderabfallverbrennungsanlage in Biebesheim endlich um weitere 30.000 Jahrestonnen Kapazität erhöht wird.

Sie wissen darüber hinaus - das sage ich hier auch einmal als Bewertung des gestrigen Spruchs des VGH zur Grube Messel -, daß natürlich jetzt zunächst einmal sehr sachgerecht in eine Prüfung der Urteilsgründe eingetreten werden muß. Wenn die Regierung und die Koalition sehr sorgfältig geprüft haben, ob es denn weitere Möglichkeiten der Nachbesserung für die Grube Messel gibt, dann - das sage ich klar und deutlich für die F.D.P.-Fraktion - wäre es im Sinne einer Verbindung der paläontologischen Interessen und der auch vom Kollegen Clauss dargestellten Interessen der Abfallentsorgung positiv und richtig, wenn man eine solche verkleinerte Lösung der Grube Messel erreichen und das Planfeststellungsverfahren nachbessern könnte. Ich muß allerdings dazusagen, daß wir heute - einen Tag nach dem Urteil - noch nicht über alle Informationen verfügen und es durchaus auch andere Entscheidungsmöglichkeiten gibt.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Die F.D.P.-Fraktion sieht aber heute keine Veranlassung, von dem abzurücken, was permanent zentraler Bestandteil der Entsorgungskonzeption für diesen Bereich war, sofern es die rechtlichen Möglichkeiten zulassen.

Da sind wir wieder bei der Verantwortung in der Vergangenheit. Welche Landesregierung hatte denn den Planfeststellungsantrag zu verantworten?

(Boppel (GRÜNE): Staatssekretär Dr. Brans!)

Welche Landesregierung hatte denn letztendlich auch den Planfeststellungsantrag für Mainhausen, der gescheitert ist, zu verantworten? Wir sehen dabei fatale Ähnlichkeiten. Ich überlasse das Urteil darüber zunächst einmal der Geschichte.

Sie wissen ja, daß Sie mit Ihren politischen Vorstellungen wesentlich dazu beigetragen haben, daß wir heute solche Großprojekte, die für die Entsorgung notwendig sind, nicht mehr realisieren können. Die F.D.P. weiß, daß es einige Gruppen und Personen gibt, die Herzenswünsche

haben. Wir wissen heute, daß wir Abfallentsorgungsnotwendigkeiten haben.

Wir wissen, daß ein Teil der Bürger in dieser Region auch den Herzenswunsch hat, in der Grube Messel Abfall zu entsorgen, aber gleichzeitig der Paläontologie die Möglichkeit weiterer Grabungen einzuräumen. Dies muß geprüft werden, und dies wird zu einer raschen Entscheidung zu führen sein, damit weitere Entscheidungen rasch und sachgerecht auch umgesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, wir werden im Zusammenhang mit der Fünften Novelle des Abfallgesetzes und den Koalitionsergänzungsanträgen auch sicherstellen, daß die billige, aber einfalllose Praxis, den Wertstoff Erdaushub auf die nächstgelegene Deponie zu kippen, ebenfalls beendet und durch eine andere, weitergehende Regelung abgelöst wird.

Dies wird dazu führen, meine Damen und Herren, daß der Export dieser Abfälle eine sehr teure, aber auch eine sehr kurze Episode sein wird und auch nur sein darf, denn hessischer Müll muß auch tunlichst in Hessen entsorgt werden. Dieses ist das Ziel der Hessischen Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen. Hätten wir nicht Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten, wären wir hier auch schon ein Stück weiter.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Boppel zu?

**Hielscher (F.D.P.):**

Mit Blick auf die Zeit nicht. In der gestrigen Debatte zum Einzelplan 02 glaubten die Kollegen Fischer und Clauss, gegen den Vorwurf, sie hätten die Genehmigungen der Abfallverwertungsanlage Osthafen verzögert, eine Entlastungsattacke reiten zu müssen. Sie haben das eben wieder versucht. Aber ich sage noch einmal: Wenn die Akten in dem Bereich nicht so lange auf Eis gelegen hätten, wären wir in dem Planfeststellungsverfahren schneller gewesen.

Das sind abfallpolitische Altlasten, die auch die heutige Opposition zu verantworten hat. Sie sollte deswegen auch einmal sehr viel kritischer die Frage an sich richten, ob es denn auf Dauer wirklich Sinn macht, hier die politische Schuld zu verteilen, Krokodilstränen zu weinen und gleichzeitig im Ohr zu haben, wie nach der letzten Abfalldebatte eigentlich sämtliche Kommentatoren, die diese Landtagsdebatte verfolgt haben, gesagt haben: Hier geht es keiner Fraktion um die Sachlösung. Hier werden nur Argumente hin- und hergeschoben.

Es geht aber darum - darauf haben die Bürger draußen im Land Anspruch -, daß wir die sachgerechten Entscheidungen treffen. Dies haben wir in diesem Haushalt getan. Dies haben wir in der Vorbereitung zu der Fünften Novelle des Abfallgesetzes getan. Dieses tun wir mit der Novelle zum Hessischen Wassergesetz.

Auch in diesem Bereich - es ist bereits mehrfach angesprochen worden; auch die Zeit verbietet es mir, näher darauf einzugehen - ist es vorangegangen. Natürlich müssen wir über einzelne Sachfragen - deswegen ist auch zwischen der zweiten und dritten Lesung eines Haushalts noch eine weitere Ausschußberatung - reden. Natürlich müssen wir auch noch einmal darüber reden, wie wir im Hessischen Wassergesetz Einzelheiten in Verbindung mit

den Betroffenen regeln. Ich wäre dankbar, wenn das, was an Gemeinsamkeit hier angekündigt wird, auch in die Realität umgesetzt würde. Nicht Taten, Worte zählen an der Stelle.

(Clauss' (SPD): Umgekehrt, so habe ich es einmal gelernt!)

- Nicht Worte - ich gebe Ihnen recht -, sondern Taten zählen an dieser Stelle. Wenn Sie das so gelernt haben, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie diese Ihre Erfahrung auch in die Praxis umsetzen.

Meine Damen und Herren, ich will abschließend noch einmal darauf hinweisen, daß auch bei der Altlastensanierung einiges an Fortschritten in diesem Landeshaushalt festzustellen ist. Es wäre zu wünschen, daß mehr Kommunen als in der Vergangenheit davon Gebrauch machten, was dieser Haushaltsansatz ermöglicht, nämlich Altstandorte zu untersuchen. Ich fordere auch dabei noch einmal dazu auf, daß man dem Beispiel einiger Kommunen aus dem Umlandverband Frankfurt mehr nachkommt und Altstandorte untersuchen läßt.

Der Änderungsantrag Drucks. 12/3391 der Koalitionsfraktionen bringt für die Luftmeßstationen im Vogelsberg einen weiteren Fortschritt. Damit wird das landesweite Luftmeßnetz endlich komplettiert.

(Boppel (GRÜNE): Sie haben doch die Mittel gekürzt bei der Luftreinhaltung!)

Dieses alles sind nur Bestandteile einer geordneten und einer effizienten Umweltpolitik, die diese Koalition trägt.

Ich möchte abschließend nur noch einmal dazu auffordern, endlich - das sage ich als Mitglied der F.D.P.-Fraktion in diesem Landtag - dazu überzugehen, auch einmal mit weniger Emotionen und mit mehr Sachlichkeit die Dinge anzupacken und auch draußen mit unseren Parteifreunden in der Kommunalpolitik umzusetzen, die sachgerecht und notwendig sind. Ansonsten treiben wir - Stichwort: St. Florian - in eine Entwicklung hinein, die eigentlich keine der hier im Hause vertretenen Fraktionen sich wünschen kann, daß nämlich Politik entscheidungsunfähig wird und notwendige Entscheidungen entweder aus Angst vor Ort nicht getroffen werden oder aber nachher nicht realisiert werden können.

Ich glaube, wenn dies alles Bestandteil unserer Überlegungen, auch im Zusammenhang mit einem Haushaltsgesetz, ist, dann wären wir einen Schritt weiter gekommen. Dieser Haushalt zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Wenn auch die Opposition vor Ort - nicht nur die Regierungsparteien, denn die tun das - dabei etwas mehr mitarbeitete, dann würde dieser richtige Weg noch erfolgreicher und schneller beschritten werden können.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Als nächster Redner hat Herr Abg. Schlappner für die SPD-Fraktion das Wort. Herr Kollege, Sie haben noch etwa 12 Minuten zur Verfügung.

**Schlappner (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich den Appell des Kollegen Hielscher aufnehmen und mich auch dafür aussprechen, daß in der Umweltpolitik mehr Sachlichkeit

und mehr Verständnis für unterschiedliche politische Positionen und Zuständigkeiten herrschen.

Dazu gehört auch, daß die F.D.P. auf Landesebene viele Jahre Verantwortung mitgetragen hat und daß Entscheidungen, die heute Verwaltungsgerichtshöfe treffen, von der F.D.P. mitverantwortet werden müssen. Zum Teil waren sie von Ihrem damaligen Staatssekretär Bräns veranlaßt. Stehlen Sie sich bitte nicht aus der landespolitischen Geschichte heraus!

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Zur Wahrheit in diesem Lande zählt auch, daß in vielen Kreisen, im Umlandverband, in der Stadt Frankfurt Kommunalpolitiker anders oder nicht entschieden haben, als Landesregierungen es sich vorgestellt haben. Sie können heute nicht so tun, als ob alle ungelösten Probleme in der Abfallwirtschaft und im Hinblick auf die Standorte von Abfalldeponien auf Nachlässigkeit und Versagen früherer Landesregierungen zurückzuführen seien. Sie können dies den früheren Landesregierungen nicht in die Schuhe schieben und heute für sich geltend machen: Weil diese Entscheidungen dort nicht fallen, konnten wir in der Abfallpolitik bis heute nichts tun.

Es wird ja nicht so sein - das gehört auch zur Ehrlichkeit -, daß Sie beispielsweise heute davon reden, daß die Umweltpolitik in Hessen erst am 5. April vergangenen Jahres begonnen hat. In Hessen wurde schon immer gute Umweltpolitik betrieben. Sie unterscheidet sich in vielen Bereichen vorbildlich von der Umweltpolitik, die in anderen Bundesländern bisher betrieben worden ist.

Es gibt überall Altlasten. Es gibt überall ungelöste Umweltprobleme, auch in den anderen Bundesländern. Dann seien Sie ehrlich und sagen Sie nicht den Bürgern, daß in Hessen die Probleme liegen geblieben wären und darauf gewartet worden sei, bis eine schwarz/blau-gelbe Koalition Umweltprobleme anpacke!

(Beifall bei der SPD)

Es gehört auch zur Wahrheit, daß Umweltprobleme in Hessen auch nicht allein auf Landesebene gelöst werden können. In Hessen stirbt der Wald weiter. In Hessen werden weiter Abwässer produziert. Auf Grund fehlender bundesgesetzlicher Regelungen können Schadstoffe mit dem Abwasser eingeleitet werden, die nur schwer oder überhaupt nicht mehr herausgefiltert werden können.

Es gehört also auch eine entsprechende Bundesgesetzgebung dazu, damit unser Wasser sauber bleibt, damit der Wald nicht mehr stirbt und unser Boden nicht mehr belastet wird. Das sind hessische Umweltprobleme, die die Landesregierung - die frühere und die jetzige - nicht mehr allein lösen kann. Ich meine, dieser Hinweis gehört mit zur Ehrlichkeit, ebenso die Frage, inwieweit Kommunen und das Land überhaupt in der Lage sind, beispielsweise für Abwasseranlagen finanzielle Unterstützungen zu gewähren. Ich weise insofern auf die schlechte Finanzlage hin, die auf Grund der von Ihnen eingeleiteten Steuerreform entstanden ist. Auf kommunaler Ebene und auch auf Landesebene haben wir finanziell überhaupt keine Spielräume mehr für Umweltpolitik. Auch das muß gesagt werden, wenn es um hessische Umweltpolitik geht.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Reif (CDU))

- Sie hätten mehr Geld zur Verfügung gestellt, sagen Sie. Aber im Verhältnis zum vergangenen Jahr haben Sie praktisch die gleichen Ansätze für die Abwasserentsor-

gung in den Haushalt 1989 eingestellt. Sie haben die Ansätze im Kommunalen Finanzausgleich gekürzt, Sie haben die Ansätze bei der Abwasserabgabe erhöht. Aber in der Summe sind Ihre Ansätze für den Kläranlagenbau nicht gestiegen, sondern gleichgeblieben.

(Zurufe von der CDU)

Wir waren uns aber doch alle darin einig, daß es mit der Schädigung der Nordsee nicht so weitergehen kann. Sie haben nicht mehr Mittel eingesetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Clauss (SPD))

Auch nach Auffassung der jetzigen Landesregierung ist es notwendig, beim Hochwasserschutz viel mehr in den Ausbau der Rheinwinterdeiche zu investieren. Sie haben dort 1 Million DM mehr eingesetzt, aber nach den Auskünften Ihrer eigenen Landesregierung sind hierfür über 64 Millionen DM erforderlich. Wenn Sie die Deichsanierung im Hessischen Ried in dieser Geschwindigkeit weiter betreiben, werden wir mindestens noch acht Jahre brauchen, bis die notwendige Sicherheit für die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Gemeinden in dem Kreis geschaffen ist.

(Greiff (CDU): Was haben Sie denn die ganzen Jahre gemacht? Jahrelang haben Sie nichts gemacht!)

- Sie müssen sich an dem messen lassen, was Sie dem Wähler versprochen haben. Sie sind nicht in der Lage, diese Versprechungen heute zu halten.

Wenn die Landesregierung selbst schreibt, dargestellt an diesem Beispiel, im Hochwasserfall würden bei Deichbrüchen an den gefährdeten Stellen im Hessischen Ried bis zu zirka 30.000 Hektar überschwemmt, und in den Ortslagen mit Wohnungen für insgesamt 200.000 Einwohner, mit Gewerbebetrieben, Industrie- und Gewerbeanlagen würde ein nicht abschätzbarer Schaden an privatem und öffentlichem Eigentum entstehen, dann sage ich Ihnen: Das ist Sparsamkeit an der falschen Stelle.

(Reif (CDU): Wenn man Sie hört, dann hatten wir ja nie Hochwasser! - Greiff (CDU): Aber Sie haben jahrelang nichts gemacht!)

Meine Damen und Herren, Sie kommen nicht umhin, sich von uns kritisch für das in Anspruch nehmen zu lassen, was Sie den Wählern, was Sie der hessischen Bürgerschaft versprochen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie greifen zu kurz, meine Damen und Herren, wenn Sie dies unter die Überschrift stellen, daß jetzt mit der Gefahrenabwehr, mit der echten Vorsorgepolitik begonnen werde. Sie haben weder zur Gefahrenabwehr etwas Entscheidendes beigetragen noch zu einer umweltpolitischen Vorsorgepolitik, die in allen Bereichen viel zu kurz greift und den Umweltproblemen unseres Landes nicht gerecht wird.

Zum Abschluß möchte ich daran erinnern, daß mehrfach die Vorlage eines Hessischen Wassergesetzes angekündigt worden ist. Wir haben es aber bis heute noch nicht gesehen. Sie haben eine Anhörung durchgeführt. Sie haben gehört, daß die kommunalen Gebietskörperschaften, die Aufgabenträger, das Hessische Wassergesetz in einem ganz entscheidenden Punkt bemängelt haben, daß die Ausstattung der Behörden mit entsprechendem Personal eine Voraussetzung für die Praktizierung eines neuen Wassergesetzes ist. Auch hierfür sind im neuen

Landeshaushalt entsprechende Voraussetzungen nur sehr unzureichend geschaffen worden, was mehr Stellen sowohl bei den staatlichen Behörden des Landrates, bei der unteren und der oberen Wasserbehörde und auch bei den Wasserwirtschaftsämtern angeht. Das, was Sie heute vorlegen, entspricht nur zu einem Minimum dem, was man unter einer modernen Umweltpolitik im Lande Hessen versteht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist nicht allein eine Frage des Geldes. Das ist auch eine Frage des politischen Willens. Da erwarten wir, daß Sie mehr bringen, daß Sie zumindest das einhalten, was Sie dem Wähler und dem Bürger versprochen haben und was Sie unserer Umwelt schuldig sind.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Als letzter Redner in der Aussprache zum Einzelplan 10 hat der Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit, Herr Weimar, das Wort.

#### **Weimar, Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir bauen die Umweltverwaltung systematisch finanziell, personell und maschinell weiter aus. Das Umweltministerium kann mit dem Ergebnis der Haushaltsvorlage und den Anträgen der Koalitionsfraktionen zufrieden sein. Der Weg in die neunziger Jahre ist sehr positiv vorgezeichnet und - was ich als Umweltminister für besonders wichtig halte - nicht mehr umkehrbar.

Finanziell wurde der Umwelthaushalt auch unter Berücksichtigung der zusätzlichen Aufgaben, die wir ab dem 1.1.1989 haben, insbesondere in der Gewerbeaufsicht, um 9,8 Prozent gesteigert. Das ist die höchste Zuwachsrate aller Einzelpläne dieses Landeshaushalts. Die Investitionsquote des Umwelthaushaltes beträgt 35 Prozent, beim restlichen Haushalt 15,5 Prozent. Die Sachausgaben sind um 28 Prozent gestiegen. Auch dort ist ein überproportionales Wachstum zu verzeichnen.

Maschinell bauen wir ein hessisches Umweltbeobachtungs- und Informationssystem auf EDV-Basis auf. Die Steigerung beträgt dort 2,8 Millionen DM im Jahre 1988, 16,5 Millionen DM im Jahre 1989.

(Boppel (GRÜNE): Das begrüßen wir sogar!)

Der Computer wird in Zukunft nicht ein fernes Fremdwort für die Landesverwaltung sein, sondern er wird die Realität der Landesverwaltung sein. Darauf lege ich ganz außerordentlichen Wert.

Die Büroautomation wird zügig realisiert und ausgebaut. Auch dieser Bereich ist von ungewöhnlicher Bedeutung für eine funktionierende Landesverwaltung. Hier besteht, wenn ich das so sagen darf, sicherlich ein eminenten Nachholbedarf.

Personell legen wir um 51 Stellen zu. Zusätzlich erhalten wir 17 Stellen für die Genehmigung und die Aufsicht im Bereich der Reaktorsicherheit.

Mit einem gewissen Stolz darf ich den Mitarbeitern sagen: Wir werden auch ein neues Ministerium bekommen. Die Interimsregelung, unter dem Dach des Finanzministeriums sozusagen nur geduldete Gäste zu sein, wird beendet. Dies wird eine erhebliche Auswirkung auch auf die Funktionsfähigkeit der Verwaltung haben. Damit wird auch dafür gesorgt, daß die Umweltverwaltung optisch

nach außen endlich die Bedeutung bekommt, die ihr eigentlich zusteht.

Meine Damen und Herren, wir bauen die Umweltvorsorge aus. Das Vermeiden von Umweltproblemen hat höchste Priorität. Ich darf hier einige Beispiele nennen. Ich darf auch sagen, daß mich die bisherige Haushaltsdebatte auf der einen Seite erfreut hat, während sie mich auf der anderen Seite etwas irritiert hat. Auf der einen Seite wurde fast ausschließlich über kommunale Verhältnisse im Abfallbereich gesprochen. Auf der anderen Seite ist man mit der Umweltproblematik im Lande Hessen sicher ein bißchen weitergekommen. Dort besteht offensichtlich kein großer Diskussionsbedarf. Ich bin erfreut darüber, daß insofern quer über die Fraktionen allgemeine Zufriedenheit herrscht.

Ich möchte aber meinerseits, auch für eine interessierte Öffentlichkeit, noch einmal darstellen, an welchen Punkten hier Umweltvorsorge nachdrücklich betrieben wird.

Die Einleitungsbescheide für Einleitungen von Schadstoffen ins Wasser werden beschleunigt fortgeschrieben. Damit wird der Schadstoffeintrag in unsere Gewässer bedeutend reduziert. Das Wassergesetz wird nach einer in positiver Weise abgelaufenen Anhörung mit der Zustimmung aller Beteiligten für weite Passagen dieses Gesetzes in Kürze dem Landtag zugeleitet. Die Abwasserkataster werden fortgeschrieben. Die Bewirtschaftungspläne für Gewässer, die noch nicht das Gütezeichen Klasse II haben, werden wir weiter fortschreiben und dann, darauf basierend, unsere Planungen beziehungsweise Baumaßnahmen für Kläranlagen abstellen.

Das Grundwassergüte-Meßprogramm wird fortgesetzt und weiter ausgebaut. Wir werden weitere zehn Meßstellen errichten; die Zahl wird also von 175 auf 185 erhöht. Wir werden in diesem Bereich verstärkte Fremdvergabe vornehmen, damit wir schnellstmöglich zu einem geschlossenen Informationsnetz für die Grundwassergüte in Hessen kommen.

Die Luftreinhalteplanung wird fortgesetzt. Dort wird das Luftmeßnetz jetzt geschlossen, dankenswerterweise auch auf Grund eines Antrages der Koalitionsfraktionen. Das Emissionkataster wird fortgeschrieben.

Herr Abg. Boppel, wenn Sie sagen, hier seien die Mittel gekürzt worden, dann muß ich Sie auf zwei Dinge hinweisen. Zum einen sind die Meßstellen jetzt vervollständigt, und zum zweiten erstellen wir in Zukunft diese Luftreinhaltepläne über die neu zu schaffende EDV in eigener Regie, so daß wir keine Fremdvergaben mehr machen müssen. Deshalb sind die Mittel zwar in absoluten Zahlen etwas niedriger geworden; aber tatsächlich haben wir sehr viel mehr zur Verfügung, weil wir jetzt andere Aufgaben als die Fremdvergabe von entsprechenden Aufträgen aus diesem Topf bedienen können.

Die Gutachten zur Erstellung von Vermeidungsbescheiden im Sonderabfallbereich werden im Jahr 1989 fortgesetzt. Sie sind die notwendige Grundlage dafür, daß wir in Zukunft die Sonderabfallvermeidung festschreiben können.

Das Abfallwirtschaftsprogramm wird fortgesetzt, meine Damen und Herren. Wir werden auch im Jahre 1989 dafür 17 Millionen DM zur Verfügung haben. Damit Sie einmal sehen, welche konkreten Maßnahmen wir in die Wege leiten: Die Firma APURA wird zum Beispiel in Wiesbaden eine Anlage bauen, mit der 80.000 Tonnen Altpapier zusätzlich aufgearbeitet werden können, dies

mit unserer nachdrücklichen Unterstützung sowohl im Genehmigungsverfahren als auch jetzt bei der Realisierung des Projekts. Sie sehen also: Wir reden nicht nur von Recycling, sondern wir fördern auch Recyclingmaßnahmen.

(Beifall bei der CDU)

Der naturnahe Gewässerausbau wird weiter fortgesetzt. Hier wird das Land Hessen auf der einen Seite mit seinen zur Verfügung stehenden Mitteln alles tun. Zum zweiten habe ich in einer umfänglichen Aktion dazu aufgerufen, dieses Projekt auch durch private Dritte zu fördern. Die Resonanz darauf war gut, und Sie sehen, daß man unabhängig vom Geldausgeben durch persönliche Initiative einiges bewegen kann. Wir schlagen hier sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe. Zum einen sind wir dort ökologisch erfolgreich, zum anderen tun wir auch etwas gegen Hochwasser. Ich meine, daß das ein besonders herausragendes Programm der Umweltvorsorge des Landes Hessen ist.

Ein weiterer Punkt ist das Thema Winterdeiche; Herr Kollege Schlappner, Sie haben das angesprochen. Ich finde es nicht ganz in Ordnung, weil Sie die ganze Zeit darauf rekurriert haben, daß auch früher schon Umweltpolitik gemacht worden sei und die jeweils nachkommende Landesregierung sich bitte darauf besinnen solle, daß hier Leistungen schon erbracht worden seien. Sehr richtig; nur darf man nicht umgedreht uns dafür kritisieren, daß wir jetzt 12,5 Millionen DM insgesamt zur Verfügung haben, um das Deichbauprogramm durchführen zu können, wenn Sie in früheren Jahren nur 1,5 Millionen DM im Haushalt hatten. Wenn Sie in früheren Jahren nur annähernd soviel Geld wie wir jetzt ausgegeben hätten, dann wäre das Problem längst gelöst.

(Beifall bei der CDU)

Nur müssen wir uns ja finanziell an dieser Stelle auch nach der Decke strecken.

Gleichzeitig forcieren wir übrigens auch den Oberrheinausbau. Das ist ein aktiver Hochwasserschutz, wofür wir 4 Millionen DM zusätzlich eingestellt haben und wodurch eine unmittelbare Entlastung der Deiche eintritt.

Meine Damen und Herren, ich denke, daß das ein kleiner Ausschnitt dessen ist, was wir für die Umweltvorsorge tun. Es gibt noch eine Vielzahl anderer Projekte; aber, wie gesagt, es sollte nur ein beispielhafter Ausschnitt sein.

Meine Damen und Herren, wir beseitigen Stück für Stück die alten Lasten; ich formuliere das bewußt so. In der Altlastensanierung ist das vorgelegte Gesetz bundesweit das erste, mit dem wir uns das rechtliche Instrumentarium schaffen, die Altlastensanierung insbesondere da voranzutreiben, wo noch - -

(Zurufe des Abg. Boppel (GRÜNE))

- Herr Kollege Boppel, fragen Sie doch nicht immer, wer das bezahlt!

(Boppel (GRÜNE): Ich frage Sie immer das gleiche, weil Sie nie eine Antwort geben!)

- Das zeigt mir, daß Sie nach einem Jahr Beschäftigung mit dem Gesetz immer noch nicht begriffen haben, worum es geht. Beim Altlastensanierungsgesetz geht es darum, daß wir solche, die sanierungspflichtig sind und bei denen noch Geld vorhanden ist, dazu zwingen zu sanieren. Deswegen fragen Sie mich doch nicht, wer es bezahlt!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte ein Instrumentarium haben, das sicherstellt, daß vor Ort tatsächlich saniert wird, wo noch Verantwortliche vorhanden sind. Das ist doch das, was Sie von mir immer verlangen: das Verursacherprinzip.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Im übrigen sind wir dabei, die Kommunen nach wie vor zu unterstützen: 5 Millionen DM und 8 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen für weitere Sanierungsmaßnahmen. Wir betreiben auch eine Vielzahl konkreter Projekte; auch das ist hier bei der Diskussion völlig unterschlagen worden: Hirschhagen 3,8 Millionen DM, Stadtallendorf 500.000 DM, Pintsch-Oel 6 Millionen DM, Offheim 750.000 DM, Deponie Eisert 1,5 Millionen DM. Wir engagieren uns freiwillig beim Pionierpark Mühlheim. Wir sind bei den Sanierungsmaßnahmen Caltex Raunheim ganz nah am Ball, um dort die Sanierung voranzutreiben. Eine enorme Menge von Grundwasserunreinigungen wird im Einzelfall von den Fachbehörden angegangen.

(Boppel (GRÜNE): Das Geld reicht doch hinten und vorne nicht!)

Meine Damen und Herren, hätten Sie doch einmal in der Vergangenheit soviel getan, wie wir es jetzt tun - um einmal aufzugreifen, was Sie hier immer dazwischenschreiben. Diese Projekte sind von uns in die Wege geleitet worden, und ich bin sehr stolz darauf, daß wir mit diesen Problemlösungen ernst machen und nicht nur darüber reden, daß man hier einmal etwas tun müsse.

(Beifall bei der CDU)

Die Altanlagenanierung und die Entschwefelung und Entstickung von Anlagen schreiten voran. Hier sage ich ausdrücklich: Hier profitiert diese Landesregierung davon, daß in den früheren Jahren die notwendigen Schritte in die Wege geleitet worden sind. Ich habe erst vor wenigen Tagen bei der MKW eine Anlage in Betrieb nehmen dürfen, zu der mein Vorgänger im Amt, vertreten durch seinen Staatssekretär, einen Vertrag mit der MKW vereinbart hatte, auf Grund dessen das realisiert wurde, was ich jetzt in Betrieb nehmen konnte. Meine Damen und Herren, wir sind doch gar nicht so eng, daß wir an jeder Stelle sagten, niemand vor uns hätte etwas geleistet. Aber wir müssen natürlich auch die politischen Unterschiede herausarbeiten, und die sind zum Beispiel im Kläranlagenbauprogramm zu sehen.

1984 betrug das Haushalts-Ist in diesem Bereich 145 Millionen DM, 1985 183 Millionen DM, 1986 200 Millionen DM. Als wir an die Regierung kamen, haben wir den Haushaltsansatz auf 285 Millionen DM gesteigert und die Ausgabereise um 20 Millionen DM reduziert. Das heißt, wir haben weit über 100 Millionen DM per anno gegenüber 1986 mehr ausgegeben, also ein Drittel mehr. Gegenüber dem Jahr 1984 war es sogar das Doppelte. Nun frage ich Sie mal: Wenn Ihnen heute das Anliegen so ernst ist, warum haben Sie denn in den damaligen Jahren dort nicht klare Schwerpunkte gesetzt, sondern in erheblichem Umfang Bürgerhäuser und sonstiges gebaut?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Entschuldigen Sie, aber an dieser Stelle lasse ich mir nun wirklich nicht die Leistungen, die wir hier erbracht haben, von solchen Leuten absprechen, die in der Vergangenheit eben lieber über der Erde etwas gebaut haben, um politisch etwas darzustellen, und die uns heute dafür kritisieren, daß wir das doppelte Geld für Anlagen unter der Erde ausgeben. Aber ich finde, daß das allemal gut investiertes Geld ist. Sagen Sie doch bitte endlich auch

einmal, daß wir in diesem Bereich Beispielhaftes leisten. Die Zahlen belegen es doch eindeutig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir gehen das Abfallproblem entschlossen an. Es ist genau das eingetreten, was ich über Jahre hier prognostiziert habe. Ich sagte, die grundsätzliche Verweigerung der früheren Landesregierungen und das Klima, was hier geschaffen worden ist, würden dazu führen, daß der Abfallexport notwendig sei beziehungsweise daß unser Abfallsystem kollabiere. Meine Damen und Herren, habe ich nicht recht behalten? Leider habe ich recht behalten. Es war doch die Vorleistung, die von früheren Landesregierungen erbracht worden ist. Herr Fischer, Sie sagen immer, es seien ja nur 14 Monate gewesen. Es ging doch nicht nur um Sie. Es gab doch über sechs Jahre eine Kooperation zwischen der SPD und den GRÜNEN, in der alles über Bord geworfen worden ist, was die SPD in der Vergangenheit ausgezeichnet hat.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sechs Jahre?)

- Fünf Jahre, fünf wertvolle Jahre! Wenn ich der SPD an dieser Stelle überhaupt etwas vorzuwerfen habe, dann ist es, daß sie in der Vergangenheit zwar eine gute Politik in diesen Fragen gemacht und eine Fülle von Anlagen geschaffen hat, nur das alles auf dem Altar rot-grüner Zusammenarbeit über Bord geworfen hat und sich heute hinstellt und diese Landesregierung dafür kritisiert, daß wir jetzt versuchen, die Karre aus dem Dreck zu ziehen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Eineinhalb Jahre, Herr Weimar!)

Ich habe auch nicht landesweit die Kommunalpolitiker beschimpft, sondern ich gehe schlicht vom Ergebnis aus und stelle fest, daß in weiten Bereichen dieses Landes diese notwendige Aufgabe nicht gelöst ist. Die "Arbeitsteilung", die da lautet, auf der einen Seite seien die Kommunen für die Abfallentsorgung zuständig, auf der anderen Seite sei der Minister für die politischen Prügel zuständig, kann doch so nicht funktionieren. Deswegen sage ich: Wenn schon die Dinge vor Ort nicht vorangehen und Kreisgrenzen keine geborenen Grenzen für eine moderne Abfallbeseitigung sind, dann muß hier das Land in der Tat Verantwortung übernehmen, aber nicht in der Weise, daß in Zukunft das Land diese Anlagen betreibt, sondern in der Form, daß wir nur Vorgaben machen, wie das zu geschehen hat. Dann können alle Kommunalpolitiker zeigen, wie leistungsfähig sie vor Ort sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Nur dann, wenn sie das nicht machen und wollen, müssen wir ein Instrumentarium schaffen, um die Dinge dennoch durchzusetzen. Ich bin dazu entschlossen, und dankenswerterweise sind die Koalitionsfraktionen ebenfalls dazu entschlossen.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Crux früherer Politik war ja, daß wir zwar gute Abfallbeseitigungspläne hatten, allerdings niemand den Mut hatte, sie durchzusetzen. Sonst wären wir ja schon längst soweit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn wir jetzt Recyclingziele in den Gebietskörperschaften angeben, wenn wir jetzt angeben, daß Mindestpreise für Einlagerungen zu nehmen sind, die viel höher als

bisher sein werden, wenn wir ein Deponieverbot für Erdaushub und Bauschutt aussprechen, dann sagt Herr Abg. Boppel, das sei eine Fehlreaktion. Sie haben doch jahrelang von Recycling und sonstigem gesprochen. Warum haben Sie denn so etwas nicht eingeführt? Ich habe doch gesagt, nun sei Schluß mit diesen Dingen, und die Koalitionsfraktionen sind bereit, den Kreisen vorzuschreiben, was recyclet werden muß.

Das ist doch entschlossene Politik, und das ist keine Schwätzerei, wie Sie sie über Jahre hinweg betrieben haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das sind keine Fehlreaktionen, sondern das ist eine moderne Abfallpolitik, und nur so kommen wir von den Exporten weg.

Wir stehen auch zu den Projekten, die in diesem Land laufen. Ich stehe zu meinem Vorschlag, in Wölfersheim eine Müllverbrennungsanlage zu errichten - eine frühere Idee, die ich wieder aufgegriffen habe. Ich bin fest entschlossen, mit den verantwortlichen Gebietskörperschaften diese Maßnahme durchzusetzen. Wir stehen natürlich auch zur Müllverbrennungsanlage im Osthafen. Wir stehen zu einer Erweiterung von Biebesheim. Wir stehen zu der Sonderabfalldeponie Mainflingen. Wir stehen dazu, daß bei der Hoechst AG weitere Verbrennungskapazität für Klärschlamm und Sondermüll geschaffen wird. Aber wo habe ich denn in den Jahren vorher einmal ein solches Wort von einem Minister an dieser Stelle gehört? Damals ist immer die Hängepartie gepredigt worden, und es gab nie Entscheidungen in dieser Richtung. Jetzt müssen wir dazu kommen, diese Dinge durchzusetzen,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

und zwar auch mit einer Verwaltung, die auf eine finale Lösung dieses Problems zugeschnitten ist. Ich werde mich mit großem Nachdruck auch dafür einsetzen, daß dies in Zukunft geschieht.

Bei Messel handelt es sich um das gleiche Problem. In den siebziger Jahren ist eine Planung aufgestellt worden, die jetzt von den Gerichten als nicht haltbar angesehen wird. Dann kann man sich heute nicht hinstellen und sagen, diese Landesregierung sei daran schuld. Wir haben den Planfeststellungsbeschuß doch so übernommen. Es ist Tatsache, daß die GRÜNEN 40 Millionen DM in den Landeshaushalt eingestellt haben, um das Projekt zu stoppen, es aber nicht gestoppt haben. Uns den Vorwurf zu machen, wir seien diejenigen, die das zu verantworten hätten, ist doch eine absurde Verdrehung der Tatsachen.

(Boppel (GRÜNE): Ziehen Sie doch jetzt endlich die Konsequenzen!)

Ein solches Problem muß von der Sache her gelöst werden und darf nicht ideologisch gelöst werden. Nachdem das Urteil da ist, müssen wir prüfen, welches die Lösung für die Zukunft ist. Das geht nicht durch öffentliche Erklärungen, sondern durch Gespräche mit den Beteiligten. Mit ihnen erörtern wir sehr ernsthaft, was dort zu machen ist. Glaube doch niemand, daß nur mit einem Richterspruch, daß kein Müll nach Messel darf, die paläontologische Forschung gesichert sei. Auch die paläontologische Nutzung dieser Deponie wird noch erhebliche Fragen aufwerfen, nicht nur von der Kostenseite her, sondern auch wegen des Hangrutsches usw. Das Tableau von Problemen ist nicht so abzuräumen, Herr



Boppel, wie Sie es wollen: mit einer politischen Erklärung des Ausstiegs.

(Boppel (GRÜNE): Das gehört aber dazu!)

Entscheidend ist, zusammen mit den Betroffenen diese Dinge systematisch zu überprüfen und dann eine gemeinsame Lösung herbeizuführen. Das Umweltministerium ist bereit, dazu seinen Beitrag zu leisten. Wir haben vorgearbeitet. Die Entscheidung kam nicht völlig überraschend. Wir sind in der Lage, den Beteiligten eine Synopse zur Verfügung zu stellen, in der die Vor- und Nachteile einzelner Lösungen präsentiert werden. Dann werden wir diese Dinge erst einmal nichtöffentlich mit den Beteiligten diskutieren, statt sie in die Öffentlichkeit zerren zu lassen, damit etwa überhaupt keine Lösung zustande kommt.

Eines ist klar: Es muß eine schnelle Lösung kommen, denn auf die Dauer kann ein Abfallexport aus diesem Raum in die DDR oder sonstwohin nicht akzeptiert werden. Das ist der Rahmen, in dem wir uns bewegen. Das werden wir nicht hier am Podium machen, sondern das werden wir mit den Beteiligten besprechen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): 1990!)

Meine Damen und Herren, wir genehmigen grundsätzlich, wenn Anträge positiv zu bewerten sind und wenn sie Recht und Gesetz entsprechen. Uns unterscheidet, daß wir politische Opportunität in dieser Frage nicht mehr gelten lassen, sondern daß wir sachgerechte Entscheidungen nach Recht und Gesetz treffen.

(Boppel (GRÜNE): Was soll denn das heißen?)

Deswegen beschleunigen wir auch die Genehmigungsverfahren in Hanau. Wir wollen möglichst schnell nach § 7 des Atomgesetzes genehmigte Betriebe. Ich bin außerordentlich dankbar dafür, daß es möglich ist, die Genehmigungsverfahren durch Personaleinstellung weiter zu beschleunigen. Lassen Sie mich kurz etwas zu den Anträgen der GRÜNEN sagen. Die GRÜNEN haben beantragt - Herr Boppel, es ist interessant, daß Sie gar nicht darüber gesprochen haben -

(Boppel (GRÜNE): Weil ich keine Zeit mehr hatte!)

diese 17 Stellen zu streichen. Was ist denn die Konsequenz eines solchen Streichungsantrags? Wollen Sie nun sichere Anlagen in Hanau, wollen Sie möglichst bald nach Recht und Gesetz genehmigte Anlagen in Hanau, oder wollen Sie mit einem solchen Streichungsantrag erreichen, daß Sie diesen Minister noch länger diffamieren können, weil da keine genehmigten Betriebe seien? Das ist doch die Absicht, die dahintersteckt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Sie wollen diese Hängepartie. Sie wollen überhaupt nicht, daß mit Personalverstärkung die Genehmigungsverfahren dort zu Ende gebracht werden, daß sichere Anlagen gebaut werden. Das ist doch der Punkt.

(Soltwedel (GRÜNE): Wir wollen keine Atomindustrie, darum geht es doch! - Gegenrufe von der CDU)

Bleiben Sie doch in Ihrer Logik, und sprechen Sie nicht - -

(Fortgesetzte Zurufe - Glockenzeichen des Präsidenten)

**Präsident Möller:**

Meine Damen und Herren, Herr Weimar kann sich zwar auch gegen größeren Stimmaufwand durchsetzen, aber ich meine, jetzt ist es zu arg. Also piano!

**Weimar, Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit:**

Dennoch bleibe ich bei der Härte der Argumentation. Dieser Streichungsantrag ist ein Indiz dafür, daß Sie in Hanau gar keine genehmigten Betriebe wollen und daß Sie die ordnungsgemäße Durchführung der Genehmigungsverfahren, solange es irgend geht, torpedieren wollen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie haben doch nur vor einer Sache nachhaltig Angst: daß in Hanau genehmigte, sichere und von den Gerichten bestätigte Anlagen in Zukunft stehen werden. Wir werden dafür sorgen, daß es dazu kommt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Boppel (GRÜNE): Sie sind doch nur Erfüllungsgehilfe der Atomindustrie!)

- Ich bin "Erfüllungsgehilfe der Atomindustrie", natürlich! Deswegen werden wir bei RBU eine sicherheitstechnische Begutachtung machen, deswegen haben wir die Nachrüstung bei NUKEM durchgeführt, deren Notwendigkeit seit 1982 bekannt ist. Zitieren Sie doch einmal aus dem Untersuchungsausschuß, daß seit 1982 die Mängel bei NUKEM bekannt waren und daß ich im Jahre 1987 die Weisung erteilt habe, sofort stillzulegen. Aber das zitieren Sie ja aus den Ausschüssen nicht, denn das paßt nicht in Ihr Konzept.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Dabei bleibt es auch weiterhin, darauf können Sie sich verlassen. Deswegen kann überhaupt keine Rede vom Erfüllungsgehilfen sein. Ich bin nur meiner Aufgabenstellung als Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit verpflichtet, für genehmigte Betriebe und für Sicherheit in diesen Anlagen zu sorgen. Ich lasse mich an der Stelle von niemandem beleidigen oder mir die Ehre abschneiden, daß ich nur einen Gedanken an etwas anderes vergeuden würde. Ich denke da ganz von meiner Aufgabe her, und dabei bleibt es auch.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir müssen auch die große Aufgabe der Integration der Gewerbeaufsicht, Bereich Immissionsschutz, in die Umweltverwaltung vollziehen. Hier besteht ein Personaldefizit; das wird aufgearbeitet. Hier wird es um optimalen Einsatz von Maschinen beziehungsweise von Computertechnologie und von Personal gehen. Es wird wichtig sein, die Gewerbeaufsicht auf lange Sicht als modernen Vollzugsteil der Umweltverwaltung auszubauen. Wir werden uns dieser Aufgabe mit großem Nachdruck widmen. Ich bin ganz sicher, daß die Kollegen von der SPD, insbesondere Kollege Clauss aus früherer Beschäftigung mit der Frage, uns dabei durchaus unterstützen werden.

Ich bin ohnehin der Meinung, daß es in vielen Sachbereichen derzeit eine gute Entwicklung gibt, indem zwischen den Fraktionen eine Zusammenarbeit möglich ist. Ich möchte auf jeden Fall dazu beitragen, und ich bin für jede Unterstützung dankbar, die der Umweltpolitik in Hessen aus den einzelnen Fraktionen gewährt wird.

Meine Damen und Herren, die Umwelt in Hessen kommt gut voran, die Entwicklung ist positiv. Der neue Haushalt wird helfen, die Entwicklung zu beschleunigen. Ich danke den Koalitionsfraktionen für ihre Unterstützung und

hoffe darauf, daß auch seitens der Oppositionsfractionen eine breite Unterstützung gewährt wird. Wir streben das an, was wir insgesamt anstreben: Auch im Umweltbereich soll Hessen die Nummer 1 werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

**Präsident Möller:**

Meine Damen und Herren, zu Einzelplan 10 hat noch einmal Herr Kollege Clauss (SPD) das Wort.

**Clauss (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Debatte über den Einzelplan 10 haben sowohl der Kollege Hielscher als auch der Kollege Müller die beiden Planfeststellungsverfahren für Mainhausen und Messel angesprochen. Ich hatte an sich gehofft, der Umweltminister würde sich eindeutig hinter die Planfeststellungsbehörde stellen. Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, um dies ausdrücklich zu tun.

Ich halte es für legitim, daß beide Fraktionen die politische Auseinandersetzung mit dem ehemals politisch Verantwortlichen führen. Aber ich denke, es ist kein guter Stil, wenn in einer solchen Debatte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von betroffenen Behörden, konkret der Planfeststellungsbehörde, des Oberbergamtes, in die Auseinandersetzung hineingezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen möchte ich für mich als zeitweilig verantwortlichen Umweltminister feststellen - und ich darf das auch für meine Kollegen sagen, die diese Verantwortung getragen haben -, daß beide Beschlüsse von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Oberbergamtes nach bestem Wissen und Gewissen und handwerklich korrekt betrieben worden sind und daß es keine Veranlassung gibt, diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eine politische Auseinandersetzung hineinzuziehen.

Ich stelle mich nachdrücklich hinter diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das entspricht nicht nur dem guten Stil, sondern sie haben es nicht verdient, in die politische Auseinandersetzung hineingezogen zu werden.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Möller:**

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan? - Bitte schön, Herr Kollege Hielscher!

**Hielscher (F.D.P.) (Vom Redner nicht durchgesehen):**

Herr Präsident! Nach dem, was der Kollege Clauss hier in einer persönlichen Erklärung ausgeführt hat - er hat mich namentlich erwähnt; das ist nachzulesen -, möchte ich zu Protokoll geben, daß es nicht zutrifft, daß ich Mitarbeiter des Oberbergamtes in irgendeiner Weise herabgesetzt oder negativ erwähnt habe. Dies gehört der Wahrheit zuliebe hier festgestellt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Möller:**

Herr Kollege Hielscher, damit haben Sie vorausgesetzt, daß die Beratung des Einzelplans 10 beendet ist; denn sonst hätten Sie die persönliche Erklärung noch nicht abgeben können. Es erfolgt aber kein Widerspruch.

Wir kommen zum

**Einzelplan 06 - Hessischer Minister der Finanzen -**  
in Verbindung mit

**Einzelplan 13 - Landesschuld -**

**Einzelplan 14 - Versorgung -**

**Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung -**

**Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen -**

Ich stelle fest, dazu gibt es keine Wortmeldungen. Damit ist das erledigt.

Ich rufe ebenso förmlich auf:

**Einzelplan 11 - Hessischer Rechnungshof -**

Keine Wortmeldung.

**Einzelplan 12 - Landespersonalamt Hessen -**

Keine Wortmeldung.

(Starzacher (SPD): Einzelplan 20!)

- Danke für den Hinweis. Das steht nicht auf meiner Vorlage, aber ich bin immer dankbar, wenn man mir hilft, die Formvorschriften zu beachten.

**Einzelplan 20 - Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund -**

Keine Wortmeldung.

Es erhebt sich kein Widerspruch, wenn ich die schwerwiegende Feststellung treffe: Die zweite Lesung des Landeshaushalts ist abgeschlossen. Jetzt müssen wir uns darüber unterhalten, ob wir über die Einzelpläne in zweiter Lesung abstimmen, obwohl noch nicht im Haushaltsausschuß beratene Anträge der Fraktionen einzuarbeiten sind. Wir sind auf der sichersten Seite, wenn wir jetzt trotzdem in zweiter Lesung über die Einzelpläne, wie sie angegeben sind, abstimmen.

Einzelplan 01 - Hessischer Landtag - Wer ist dafür? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig.

Einzelplan 02 - Hessischer Ministerpräsident -

(Boppel (GRÜNE): Der Herr der Sümpfe!)

einschließlich Bevollmächtigte der Hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten. Wer ist dafür? - Herr Kollege Boppel, ich will nicht sehr formell werden, aber ich halte diese Äußerung für fast rügenswert.

(Boppel (GRÜNE): Welche Äußerung?)

- Sie haben eben gesagt: "Der Herr der Sümpfe!"

(Boppel (GRÜNE): Ich meinte den Ministerpräsidenten!)

- Dann rufe ich Sie wegen dieses Ausdrucks - Sie meinten den Ministerpräsidenten mit "der Herr der Sümpfe" - formell zur Ordnung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir waren in der Abstimmung über Einzelplan 02. Zugestimmt haben CDU und F.D.P. Wer ist dagegen? -

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die Bewohner der Sümpfe!)

Enthaltungen? - Dieser Einzelplan ist mit Mehrheit angenommen.

Einzelplan 03 - Hessischer Minister des Innern - in Verbindung mit Einzelplan 19 - Förderung des Wohnungs- und Städtebaus -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Einzelplan ist angenommen von CDU und F.D.P. gegen SPD und GRÜNE ohne Enthaltung.

Einzelplan 04 - Hessischer Kultusminister -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Angenommen mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und F.D.P. gegen SPD und GRÜNE, keine Enthaltung.

Einzelplan 05 - Hessischer Minister der Justiz -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Angenommen mit der Mehrheit von CDU und F.D.P. gegen SPD und GRÜNE, keine Enthaltung.

Einzelplan 06 - Hessischer Minister der Finanzen - in Verbindung mit Einzelplan 13 - -

(Blaul (GRÜNE): Getrennte Abstimmung!)

- Einzelabstimmung.

Einzelplan 06 - Hessischer Minister der Finanzen -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Angenommen mit der Mehrheit von CDU und F.D.P. gegen SPD und GRÜNE.

Einzelplan 07 - Hessischer Minister für Wirtschaft und Technik -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Angenommen mit der Mehrheit von CDU und F.D.P. gegen SPD und GRÜNE.

Einzelplan 08 - Hessischer Sozialminister -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Angenommen mit der Mehrheit von CDU und F.D.P. gegen SPD und GRÜNE, keine Enthaltung.

Einzelplan 09 - Hessischer Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Angenommen mit der Mehrheit von CDU und F.D.P. gegen SPD und GRÜNE, keine Stimmenthaltung.

Einzelplan 10 - Hessischer Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Angenommen mit der Mehrheit von CDU und F.D.P. gegen SPD und GRÜNE, keine Enthaltung.

Einzelplan 11 - Hessischer Rechnungshof -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig ohne Enthaltung angenommen.

Einzelplan 12 - Landespersonalamt Hessen -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig und ohne Enthaltung angenommen.

Einzelplan 13 - Landesschuld -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Angenommen mit der Mehrheit von CDU, SPD und F.D.P. gegen die GRÜNEN.

Einzelplan 14 - Versorgung -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Enthaltung, im übrigen einstimmig, angenommen.

Einzelplan 15 - Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Er ist angenommen mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen SPD und GRÜNE und damit mit der erforderlichen Mehrheit.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Trotz Fettstuhl!)

Einzelplan 16 - Wiedergutmachung -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig.

Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Angenommen mit der Mehrheit von CDU und F.D.P. gegen SPD und GRÜNE, keine Enthaltung.

Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Angenommen mit der Mehrheit von CDU und F.D.P. gegen SPD und GRÜNE, keine Enthaltung.

Jetzt fehlt nur noch Einzelplan 20 - Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund -. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Angenommen mit der Mehrheit von CDU und F.D.P. gegen SPD und GRÜNE, keine Enthaltung.

Jetzt haben wir über die Einzelpläne abgestimmt. Wer dem Haushaltsgesetz einschließlich der Ergänzungsvorlage der Landesregierung vom 6. September 1988 in zweiter Lesung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist dem Gesetzentwurf der Landesregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1989 und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften - Drucks. 12/3332 zu Drucks. 12/3032 - einschließlich der Ergänzungsvorlage der Landesregierung vom 6. September 1988 mit Mehrheit zugestimmt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

So steht es im Ausdruck. Wer will das Wort? - Kollege Nassauer!

**Nassauer (CDU) (Redner hat auf Durchsicht verzichtet):**

Herr Präsident! Die Ergänzung bezieht sich auf die Vorlage der Landesregierung vom 6. September, stammt aber selbst von einem späteren Zeitpunkt.

(Dr. Jung (CDU): 17. November! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Seid Ihr da so sicher? Prüft das lieber noch einmal nach!)

**Präsident Möller:**

- Vom 17. November. - Es erhebt sich kein Widerspruch. Wir haben an zweiter Stelle über die Ergänzung der Vorlage der Landesregierung vom 6. September in der Fassung vom 17. November abgestimmt. Da es keine weitere gibt, gibt es da auch keine Unklarheit.

Jetzt überweisen wir die von mir soeben genannte Gesetzes- und Ergänzungsvorlage und die folgenden Änderungsanträge - ich zähle Sie auf; das ist der neueste Stand - zur Vorbereitung der dritten Lesung in den Haushaltsausschuß: die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der F.D.P. auf Drucks. 12/3354 bis Drucks. 12/3400, Drucks. 12/3545 bis Drucks. 12/3595, Drucks. 12/3597 bis Drucks. 12/3604, Drucks. 12/3606, Drucks. 12/3609 und Drucks. 12/3614; ferner die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucks. 12/3459 bis 12/3539, 12/3596 und 12/3612, und die Änderungsanträge der Fraktion der GRÜNEN, Drucks. 12/3401 bis Drucks. 12/3458, Drucks. 12/3540 bis Drucks. 12/3542 und Drucks. 12/3610 sowie Drucks. 12/3611. Alles das, was wir hier und heute und die letzten Tage unter Tagesordnungspunkt 6 in zweiter Lesung gelesen und behandelt haben, wird zur Vorbereitung der dritten Lesung dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Das ist damit festgestellt. Kann ich damit widerspruchslos davon ausgehen, daß wir diese zweite Lesung endgültig abgeschlossen haben? - Gut.

Dann rufe ich wie ausgedruckt Punkt 4 der Tagesordnung auf - -

(Dr. Jung (CDU): 5!)

- Sollen wir erst Punkt 5 machen? Da soll es aber keine Aussprache geben, damit uns keine Panne passiert.

Ich rufe also **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 1988 (Nachtragshaushaltsgesetz 1988) - Drucks. 12/3331 zu Drucks. 12/3031 -**

Berichterstattung durch Herrn Abg. Zabel wird nicht gewünscht, Aussprache wird nicht gewünscht. - Ich sehe keine Wortmeldung. Wer diesem Gesetzentwurf in der zweiten Lesung zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Danke sehr. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, es wurde zugestimmt mit den Stimmen der CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der GRÜNEN.

(Starzacher (SPD): Herr Präsident! Auch hierzu müßte eine Überweisung zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushaltsausschuß erfolgen!)

- Ich bedanke mich für den Hinweis, Herr Kollege Starzacher. Auch hier gibt es eine Überweisung zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushaltsausschuß. - Kein Widerspruch und damit einstimmig so gebilligt.

Jetzt rufe ich **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über den privaten Rundfunk in Hessen (Hessisches Privatrundfunkgesetz - HPRG) - Drucks. 12/3281 zu Drucks. 12/2478 -**

Berichtersteller ist Herr Abg. Troeltsch.

Wird Berichterstattung gewünscht? - Herr Kollege Jung!

**Dr. Jung (CDU):**

Herr Präsident! Ich bitte den Tagesordnungspunkt 52 hier noch mit aufzurufen. Wir haben uns verständigt, die Petitionen, die zu dem Medienkomplex gehören, hier ebenfalls mit aufzurufen.

**Präsident Möller:**

Besteht Widerspruch gegen dieses Vorhaben? - Nein. Also rufe ich **Punkt 52** zur gleichzeitigen Beratung und Beschlußfassung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Antrag der Abg. Lütgert, Krollmann, Reitz, Kurth, Starzacher, Dr. Streletz, Hartherz, Winterstein, Zabel (SPD) und Fraktion betreffend Sicherung des Rechts auf freie Berichterstattung - Drucks. 12/3285 zu Drucks. 12/3107 -**

Berichtersteller ist Herr Abg. Nassauer.

Erste Frage: Soll Herr Troeltsch Bericht erstatten?

(Dr. Jung (CDU): Ja!)

- Dann bitte ich den Berichtersteller um Berichterstattung zum Rundfunkgesetz unter Tagesordnungspunkt 4.

**Troeltsch, Berichtersteller:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Ich trage Ihnen die Beschlußempfehlung und den Bericht des Hauptausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über den privaten Rund-

funk in Hessen (Hessisches Privatrundfunkgesetz - HPRG) - Drucks. 12/3281 zu Drucks. 12/2478 vor.

Der Gesetzentwurf war dem Hauptausschuß (federführend), dem Innenausschuß und dem Rechtsausschuß (beteiligt) in der 46. Plenarsitzung am 31. Juli 1988 überwiesen worden.

Der Rechtsausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 2. November beraten und den Hauptausschuß mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU und der F.D.P. gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Vertreter der Fraktion der SPD vorgeschlagen, dem Plenum zu empfehlen, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den im Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. vorgesehenen Änderungen unter Anfügung des Satzes zu § 22 Abs. 6: "Ein Verfahren zur Hauptsache findet nicht statt." in zweiter Lesung anzunehmen. Zuvor hatte der Rechtsausschuß den Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucks. 12/2797 - mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion der GRÜNEN sowie den Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN - Drucks. 12/3077 - mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen des Vertreters der Fraktion der GRÜNEN abgelehnt.

Der Innenausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 3. November 1988 beraten. Er hat den Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucks. 12/2797 - mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Vertreter der Fraktion der GRÜNEN sowie den Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN - Drucks. 12/3077 - mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der GRÜNEN bei Stimmenthaltung einiger Vertreter der Fraktion der SPD abgelehnt und sich dem Vorschlag des Rechtsausschusses an den federführenden Hauptausschuß mit dem gleichen Stimmenverhältnis angeschlossen.

Der Hauptausschuß hat den Gesetzentwurf sowie die dazu eingegangenen Änderungsanträge und Petitionen in seiner Sitzung am 4. November 1988 beraten. Er hat den Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucks. 12/2797 - mit den Stimmen der Vertreter der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion der GRÜNEN und Nichtanwesenheit des Vertreters der Fraktion der F.D.P. sowie den Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN - Drucks. 12/3077 - mit den Stimmen der Vertreter der Fraktion der CDU gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Vertreter der Fraktion der SPD und Nichtanwesenheit des Vertreters der Fraktion der F.D.P. abgelehnt. Mit dem genannten Beschluß ist der Hauptausschuß den Vorschlägen des beteiligten Innenausschusses und des beteiligten Rechtsausschusses gefolgt.

Sie werden gebeten, folgenden Beschluß zu fassen:

Der Hauptausschuß empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Vertreter der Fraktion der CDU gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Vertreter der Fraktion der SPD und Nichtanwesenheit des Vertreters der Fraktion der F.D.P., den Gesetzentwurf mit dem im Änderungsantrag der

Fraktionen der CDU und der F.D.P. - Drucks. 12/3223 - vorgesehenen Änderungen sowie mit folgender Änderung anzunehmen:

§ 22 Abs. 6 wird folgender Satz angefügt: "Ein Verfahren zur Hauptsache findet nicht statt."

Die sich daraus ergebende Fassung ist Drucks. 12/3281 als Anlage beigelegt.

Der Hauptausschuß empfiehlt dem Plenum bei Nichtanwesenheit des Vertreters der Fraktion der F.D.P. einstimmig, die Petition Nr. 1292/XII der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Der Hauptausschuß empfiehlt dem Plenum ferner mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN bei Nichtanwesenheit des Vertreters der Fraktion der F.D.P., die Petitionen Nr. 1524, 1552, 1560, 1561, 1591, 1627, 1670 und 1708/XII der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, die Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Herr Präsident, als Vorsitzender des Hauptausschusses bin ich gebeten worden, Sie zu bitten, vor der Abstimmung über das Gesetz über die Petition Nr. 1292/XII getrennt abstimmen zu lassen und in einer weiteren getrennten Abstimmung die übrigen Petitionen, die ich eben verlesen habe, zu behandeln.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Möller:

Meine Damen und Herren, die Berichterstattung hat ergeben, daß wir im Verlauf dieser Aussprache die Petitionen Nr. 1292/XII und die eben genannten Petitionen Nr. 1524, 1552, 1560, 1561, 1591, 1627, 1670 sowie 1708/XII mit behandeln.

Wird die Berichterstattung des Kollegen Nassauer zu Tagesordnungspunkt 52 gewünscht? - Darauf wird verzichtet. Dann hat als erster in der Aussprache der Herr Ministerpräsident das Wort.

#### Dr. Wallmann, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie beraten heute abschließend ein für die weitere Entwicklung der Rundfunkordnung in Hessen wesentliches Gesetz.

(Beifall bei der CDU)

Durch das Privatrundfunkgesetz soll auch in Hessen die Zulassung privater Rundfunkanbieter ermöglicht und damit eine duale Rundfunkordnung geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Damit wird ein wichtiges Ziel meiner Regierungserklärung vom April 1987 erreicht. Die nunmehr mögliche private Konkurrenz wird den publizistischen Wettbewerb im Rundfunk fördern. Die private Hörfunkkette und eine verbesserte Verbreitung der privaten Fernsehprogramme werden das Programmangebot für die Bürger unseres Landes erweitern.

Auch dieses Hohe Haus hat die Verabschiedung des Gesetzes sorgfältig vorbereitet. In der öffentlichen Anhörung des Hauptausschusses haben auch Sie die betroffenen Gruppen und Institutionen zu Wort kommen lassen. Sie haben Zweifelsfragen geklärt. Das Hearing des Chefs der Staatskanzlei und die Anhörung des Hauptausschus-

ses haben zu einem besseren Verständnis gegensätzlicher Positionen und auch zu einem Abbau medienpolitischer Kontroversen beigetragen. Dies begrüße ich.

Der Hauptausschuß hat die Regierungsvorlage in ihren Eckpunkten bestätigt. Die empfohlenen Änderungen gehen weitgehend auf die Anhörung und auf Wünsche der SPD-Fraktion zurück. Ich begrüße diese Verständigung der Fraktionen von CDU und F.D.P. mit der SPD-Fraktion. Das Privatrundfunkgesetz wird hierdurch auf eine breite parlamentarische Grundlage gestellt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich bin davon überzeugt, daß dies auch für den Vollzug des Gesetzes von Bedeutung sein wird.

Meine Damen und Herren, die jetzige Fassung des Gesetzes halte ich für eine sachgerechte und ausgewogene Regelung für den privaten Rundfunk in Hessen. Nachdem die Ausschüsse ihre Beratungen abgeschlossen haben, möchte ich mich nicht mehr auf sämtliche Kernpunkte des Gesetzes, sondern nur noch auf drei Regelungen eingehen: das Hörfunkkonzept, die Finanzierungsregelung und die Sendezeit für die Kirchen.

Erstens zum Hörfunkkonzept. Die Entwicklung seit der Einbringung des Regierungsentwurfs hat das von der Landesregierung vorgeschlagene Hörfunkkonzept bestätigt. Neueren Studien läßt sich entnehmen, daß die Finanzierungsmöglichkeiten des Rundfunks im lokalen Bereich in der Vergangenheit eindeutig überschätzt wurden. Es ist immer noch nicht abschließend geklärt, welche Reichweiten Lokalstationen für eine solide Finanzierung durch Werbung benötigen. Deshalb ist beispielsweise in Nordrhein-Westfalen bis heute, zwei Jahre nach Verabschiedung des Mediengesetzes, noch kein Lokalsender in Betrieb.

Zugleich verstärken sich in allen Flächenländern mit lokalem Hörfunk die Bemühungen um landesweite Rahmen- oder Mantelprogramme für die Lokalstationen. Ich erwähne das geplante "Network-Modell" der bayerischen Zeitungsverlage und die geplante Kooperation zwischen nordrhein-westfälischen Zeitungsverlegern und dem Westdeutschen Rundfunk in Nordrhein-Westfalen. Wenn große Sender das Hauptprogramm liefern und die Lokalsender ihre Aktivitäten auf lokale Fenster beschränken, dürfte - programmlich gesehen - kaum noch ein Unterschied zu einer Hörfunkkette mit regionalen und lokalen Fenstern bestehen.

Kommt es zu einer entsprechenden Entwicklung, hat das Konzept der Hörfunkkette gewiß weitere Vorteile: Das Konzept gewährleistet, daß die Sendungen im Lande Hessen produziert werden.

(Beifall bei der CDU)

Ferner ist die Verantwortung für das Gesamtprogramm transparenter als bei einer Vielzahl von Lokalstationen mit zugekauftem Mantelprogramm und überregionaler Verflechtung.

Zweitens zur Finanzierungsregelung. Das Gesetz enthält eine bislang in der Bundesrepublik Deutschland einmalige - und, wie ich meine, auch vorbildliche - Regelung über die Verwendung des zusätzlichen Anteils an der Rundfunkgebühr. Die vollständige Zuweisung dieser Mittel an die Landesmedienanstalten hat in einigen Ländern - gemessen am Grundsatz der Sparsamkeit - zu einem durchaus bedenklichen Ausgabeverhalten in diesen Anstalten geführt.

(Beifall des Abg. Troeltsch (CDU))

Das Gesetz versucht, einer solchen Entwicklung in Hessen durch eine differenzierte Regelung entgegenzuwirken. Diese Regelung sichert der Landesanstalt flexibel die erforderlichen Mittel.

Mit den von ihr nicht benötigten Mitteln soll der Hessische Rundfunk auf Grund einer "Kulturklausel" das kulturelle Leben in Hessen noch stärker in seinem Programm widerspiegeln. Durch verstärkte Rundfunkberichte und -übertragungen von kulturellen Veranstaltungen aus allen Landesteilen verspreche ich mir eine Förderung dieser Veranstaltungen und vergleichbarer kultureller Aktivitäten.

Drittens. Der Gesetzentwurf sieht in Übereinstimmung mit dem Rundfunkstaatsvertrag vor, daß private Rundfunkveranstalter den evangelischen Kirchen, der Katholischen Kirche und den jüdischen Gemeinden angemessene Sendezeiten zur Übertragung religiöser Sendungen einzuräumen haben. Im Hinblick auf die amtliche Begründung des Rundfunkstaatsvertrages haben die beiden großen Kirchen in der Anhörung des Hauptausschusses die Befürchtung geäußert, der Begriff der religiösen Sendung könnte bei der Umsetzung des Gesetzes zu eng ausgelegt werden.

Diese Gefahr sehe ich nicht. Die Landesregierung hat in dem von ihr vorgelegten Gesetzentwurf unter religiösen Sendungen alle Sendungen verstanden, die im Zusammenhang mit dem kirchlichen Verkündigungsauftrag stehen. Zur Bestimmung dieses Auftrages ist grundsätzlich nicht der Staat, sondern nur die jeweilige Kirche selbst berufen.

Meine Damen und Herren, entsprechend meiner Regierungserklärung vom April 1987 ist Kern der Medienpolitik der Landesregierung die Einfügung des privaten Rundfunks und die Sicherung des Bestandes und der Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Diese Medienpolitik stützt sich auf den grundsätzlichen Konsens der Länder im Rundfunkstaatsvertrag und auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Rundfunkfreiheit.

Auf Grund des Privatrundfunkgesetzes werden nunmehr erstmals in Hessen private Rundfunkanbieter zugelassen. Die Zulassung ist nicht Sache der Landesregierung, sondern der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk, die von den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen im Lande getragen werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll durch eine Erhöhung der Rundfunkgebühr finanziell gesichert werden. Die Landesregierung hat dem Landtag bereits den hierfür erforderlichen Staatsvertrag mit der Bitte um Ratifizierung zugeleitet.

Nach Verabschiedung dieser Regelungen zum privaten und zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird die Medienpolitik ihr besonderes Augenmerk auf eine ausgewogene Balance zwischen den beiden Rundfunksystemen zu richten haben. Trotz aller belebenden Konkurrenz, die wichtig ist, gilt es, die Kontroversen zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk abzubauen und zu einem Mehr an Gemeinsamkeiten beizutragen. Die Probleme, die sich aus dem dualen Rundfunksystem ergeben, sind sachgerecht zu lösen. Die Überlegungen der Länder, die freie Kurzberichterstattung im Rundfunk zu sichern, sind ein erster Schritt in diese Richtung. Ich begrüße daher die Empfehlung des Hauptausschusses, diese Bemühungen zu unterstützen.

Im übrigen wird es vorrangig darauf ankommen, verstärkt den Blick auf die europäische Dimension des

Rundfunks zu richten. Ich erwähne hier nur die Stichpunkte "EG-Rundfunkrichtlinie", "Europakonvention über grenzüberschreitendes Fernsehen" und "deutsch-französischer Kulturkanal".

Die Bundesländer sind Träger der Kulturhoheit und der hieraus abgeleiteten Rundfunkhoheit. Sie haben darauf zu achten, daß durch die Entwicklung auf europäischer Ebene nicht die kulturelle Dimension des Rundfunks in Frage gestellt und der Rundfunk zu einer bloßen Ware denaturiert wird.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Durch eine solche Entwicklung würde auch die Rundfunkhoheit der Länder und damit eine wesentliche Kompetenz dieses Hohen Hauses obsolet werden. Wie wesentlich diese Kompetenz ist, meine Damen und Herren, veranschaulicht das heute beratene Gesetz zur Gestaltung unserer Rundfunkordnung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

#### **Präsident Möller:**

Die erste Wortmeldung ist von Herrn Kollegen Lütgert von der Fraktion der SPD.

#### **Lütgert (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der ersten Lesung des Gesetzes über den privaten Rundfunk in Hessen im Juli dieses Jahres haben wir Sozialdemokraten unsere Positionen deutlich gemacht. Niemand kann daran zweifeln, daß wir nach wie vor Befürworter und Förderer eines föderativ organisierten öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems sind, das seine Unabhängigkeit gegenüber Staat und Regierung wahrt und das gesellschaftlich kontrolliert wird.

Die Tatsache, daß durch die Entwicklung von Technik, Politik und Rechtsprechung ein bewährtes System verändert wird, wird von uns nicht begrüßt, aber als Faktum zur Kenntnis genommen.

Vor diesem Hintergrund haben wir den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Privatrundfunkgesetz bewertet. Gemessen an den medienpolitischen Ankündigungen und Absichten der hessischen CDU, die diese als Oppositionspartei kundtat, erscheint uns das Gesetz in der jetzt vorliegenden Fassung als kleineres Übel.

(Beifall bei der SPD)

Wir hatten angekündigt, den Gesetzentwurf kritisch zu prüfen und Änderungseinträge einzubringen. Außerdem hatten wir unsere Bereitschaft zu Gesprächen mit denen, die das Gesetz auf eine möglichst breite parlamentarische Basis stellen wollten, angeboten.

Unsere konstruktiven Änderungsvorschläge zum Gesetz haben ihren Niederschlag in einem umfangreichen Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 2.8.1988 gefunden. Dieser Antrag ist gemeinsam mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung in einer Anhörung des Hauptausschusses mit gesellschaftlichen Gruppen und mit Interessenvertretern erörtert worden.

Dabei hat sich gezeigt, daß zahlreiche Experten die Positionen der SPD unterstützen. Wir begrüßen, daß Teile unseres Antrags von der Regierungsmehrheit übernommen wurden beziehungsweise in wichtigen Punkten Kompromisse erzielt werden konnten.

Insbesondere begrüßen wir, daß unter anderem die Forderung der SPD, daß auch privater, durch Werbung

finanzierter Rundfunk einen kulturellen Auftrag haben muß, verwirklicht wird. So wird jetzt in § 11 folgender Absatz 5 angefügt:

Das landesweite Hörfunkprogramm hat zu einer umfassenden Information beizutragen, der Bildung, Beratung und Unterhaltung zu dienen und dem kulturellen Auftrag des Rundfunks zu entsprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig ist für uns weiter, daß in dem Organ der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk, Versammlung genannt, nun auch ein Vertreter der Arbeitnehmer, die später im privaten Medium arbeiten werden, Sitz und Stimme erhält. Die Vorstände der Industriegewerkschaft Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst und des Hessischen Journalistenverbandes werden einen Vertreter in das Gremium zu entsenden haben.

Wir bedauern, daß CDU und F.D.P. nicht bereit waren, unseren weiteren Vorschlägen nach Aufnahme der Kommunalen Spitzenverbände, der Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege, der ausländischen Mitbürger, der Verbraucher, der Vertreter der Erwachsenen- und Jugendbildung und des Landesjugendrings in die Versammlung Rechnung zu tragen. Auch hier besteht bei veränderten politischen Mehrheitsverhältnissen in Hessen ein Novelierungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Weiter begrüßen wir, daß wir auch beim Problem der Kontrolle wirtschaftlicher Macht, bei dem Problem der Konzentration von Macht, einen - wenn auch kleinen - Schritt vorangekommen sind.

So wird § 14 des Regierungsentwurfs verändert. Seither sollte im binnenpluralen Modell ein Anteilseigner höchstens 20 Prozent des Kapitals und des Stimmrechts auf sich vereinigen dürfen. Die Forderung der Sozialdemokraten nach einer Höchstgrenze von 10 Prozent wird jetzt die Festlegung auf 15 Prozent zur Folge haben. Außerdem wird die Verhinderungsklausel für Doppelmonopole ergänzt werden.

In § 15 Abs. 1 wird eingefügt, daß sich Verleger, die in einem überwiegenden Teil des Verbreitungsgebietes eine marktbeherrschende Stellung bei Tageszeitungen haben, nicht am Vollprogramm des Rundfunks beteiligen dürfen.

Meine Damen und Herren, auf unseren Vorschlag hin wird im übrigen auch § 2 des Gesetzes ergänzt. Der Hessische Rundfunk wird ermächtigt, den dem Lande Hessen gemäß Rundfunkstaatsvertrag zustehenden Kanal für die digitale Übertragung eines Satellitenhörfunkprogramms allein oder in Kooperation mit anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstaltern zu nutzen.

Des weiteren begrüßen wir, daß die von der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen anerkannte Frage, daß das Recht auf freie Berichterstattung endlich durchgesetzt werden muß, von den verantwortlichen Politikern in Hessen unverzüglich angepackt wird. Es kann nach unserer Ansicht nicht hingenommen werden, daß die Berichterstattung über Ereignisse von allgemeinem Interesse lediglich über gewinnbringende Exklusivverträge vermarktet wird.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben wir gefordert, im hier zur Verabschiedung anstehenden Gesetz entsprechende Regelungen aufzunehmen. Dazu konnten sich die Mehrheitsfraktionen

nicht bereit erklären. Sie waren aber bereit, dem Geist eines Antrages unserer Fraktion vom 4.10. zu folgen, der die Landesregierung auffordert, mit den übrigen deutschen Bundesländern Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, einen Staatsvertrag über die Sicherung des Rechts auf freie Berichterstattung abzuschließen und dem Landtag zur Ratifikation vorzulegen. Die Zusage der Landesregierung, daß sie in diesem Sinne verfahren wird, veranlaßt uns, dem Antrag in der Fassung des Hauptausschusses - Drucks. 12/3285 - zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, wir bedauern, daß die Mehrheit des Hauses nicht bereit ist, unserem weitergehenden Vorschlag zur Herstellung von Pluralität, Ausgewogenheit, Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle nachzukommen. Das ist auch der wesentliche Grund dafür, weshalb wir dem Gesetz nicht zustimmen können.

Wir waren und sind bereit, mitzutragen, daß eine landesweite Rundfunkkette ohne lokale Werbung entsteht. Unser zentrales Argument gegen lokale Werbung und gegen über lokale Werbung finanzierten Kommerzfunk war immer, daß hierdurch das Zeitungssterben forciert und eine weitere Pressekonzentration vorangetrieben wird. Das wollen wir nicht.

Ich muß aber hier noch einmal unterstreichen, was ich bereits bei der ersten Lesung gesagt habe. Ein bevorzugter Zugang allein von Presseunternehmen zum Rundfunk wäre verfassungswidrig. Die Bewerber um eine Lizenz, die jetzt in Hessen Gewehr bei Fuß stehen, müssen sich anderen Bewerbern gegenüber öffnen. Sie müssen flexibler werden und kompromißbereit sein, wenn sie denn den Anforderungen von Gesetz und Rechtsprechung gerecht werden wollen.

(Beifall bei der SPD)

Es wird von uns nicht akzeptiert, wenn eine Gruppe einer anderen ihre publizistischen und wirtschaftspolitischen Bedingungen aufzwingen will.

Meine Damen und Herren, bis heute konnten CDU und F.D.P. nicht erklären, weshalb sie unserem Antrag, die offenen Kanäle dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zuzuordnen, nicht folgen konnten. Wir bedauern das, weil damit den im Land entstehenden Rundfunkinitiativen ihre Arbeit erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird.

Meine Damen und Herren, in dem Gesetzgebungsverfahren, das wir heute zum Abschluß bringen wollen, sind dem Landtag außergewöhnlich viele Petitionen zugegangen. Mehr als 6.500 Petenten, Journalisten, Künstler, Gewerkschafter, Schriftsteller, verlangen, daß die zukünftigen Betreiber von Kommerzfunk in Hessen die Gewähr dafür bieten, daß die Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten den sozialen und wirtschaftlichen Rechten der hessischen Verfassung entsprechen und das bestehende Tarifrecht anerkannt wird.

Ich muß sagen, meine Damen und Herren: Ich empfinde es als skandalös, daß Tausende Bürgerinnen und Bürgern Hessens überhaupt beim Landtag ihre verfassungsgemäßen Rechte einklagen müssen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Respektierung unserer Verfassung muß doch wohl für alle Demokraten in diesem Land selbstverständlich sein.

Hintergrund dieser zahlreichen Petitionen ist der Vorgang, daß sich die Verleger in Hessen seit elf Jahren weigern, einen Tarifvertrag zu unterschreiben, der in anderen Bundesländern bereits Gültigkeit hat. Mit diesem Vertrag sollen elementäre Arbeits- und Lebensbedingungen von sogenannten freien Journalistinnen und Journalisten abgesichert werden.

Eine solche Forderung, meine Damen und Herren, ist mehr als berechtigt. Wir leben doch nicht mehr im Frühkapitalismus.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Honorare, die zum Teil vergleichsweise unter einem Stundenlohn von 9 DM liegen, sind Hungerlöhne.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Wir, die Sozialdemokraten, solidarisieren uns aus diesem Grunde mit denen, die für ihre berechtigten Interessen streiten, und werden sie weiterhin nach Kräften unterstützen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

#### Vizepräsident Clauss:

Als nächster Redner hat Herr Kollege Posch für die Fraktion der F.D.P. das Wort. Ihm folgt Herr Kollege von Plottnitz für die Fraktion der GRÜNEN.

#### Posch (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Lütgert, im Gegensatz zu Ihnen tolerieren wir nicht nur das, was sich durch die Gesetzgebung und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in der Medienlandschaft herauskristallisiert hat, nämlich ein duales Rundfunksystem, sondern wir befürworten dieses duale Rundfunksystem in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit der Verabschiedung des Hessischen Privatfunkgesetzes in zweiter Lesung geht eine leidvolle Phase hessischer Medienpolitik zu Ende, denn damit wird in Hessen diese duale Rundfunkordnung erstmals ermöglicht.

Hessen kann damit ein Medienstandort werden, bei dem auch private Anbieter - man muß hinzufügen: wenn auch zunächst in geringem Umfang - eine Chance haben.

Ich möchte auf die Vielzahl der einzelnen Anträge hier nicht mehr eingehen und mich einer politischen Wertung der Stimmenthaltung der SPD weitestgehend enthalten. Ich halte Ihre Enthaltung für eine verdeckte Zustimmung und begrüße sie, weil damit hoffentlich Ruhe in die hessische Medienlandschaft einkehren kann. Dies kann für beide Systeme, das privatrechtliche wie das öffentlich-rechtliche System, nur von Vorteil sein.

Meine Damen und Herren, ich bin bei der Einbringung des Privatfunkgesetzes durch die Landesregierung auf die grundsätzlichen Positionen der F.D.P.-Landtagsfraktion bereits eingegangen, so daß ich nur auf einige wenige Positionen noch einmal zu sprechen kommen will. Alles in allem läßt sich, von grundsätzlichen Ausgangspositionen abgesehen, festhalten, daß die Anhörung die wesentlichen Grundsatzpositionen des Gesetzentwurfs der Landesregierung bestätigt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es sind dies drei Dinge: die landesweite Hörfunkkette, regionale Fenster als Auswahl-

kriterium und die Frage des zumindest zeitlich begrenzten Ausschlusses der regionalen und lokalen Werbung.

Meine Damen und Herren, die Anhörung hat deutlich gezeigt, daß es richtig ist, an Stelle einer Vielzahl lokaler Rundfunkanbieter eine landesweite Hörfunkkette vorzusehen, weil nur auf diese Art und Weise gewährleistet ist, eine Konkurrenzmöglichkeit gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schaffen.

Wir haben darüber hinaus davon Abstand genommen, die regionalen Fenster zwingend als Zulassungsvoraussetzung im Gesetz vorzusehen. Gleichwohl bin ich der Auffassung, daß bei der Auswahl durch die Landesmedienanstalt die Tatsache, ob regionale Fenster angeboten werden, ein wichtiges Auswahlkriterium sein muß, weil nur so die Auswahlgrundsätze des Landesmediengesetzes tatsächlich umgesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, die Frage des Ausschlusses regionaler und lokaler Werbung war bei diesem Gesetzgebungsvorhaben stets umstritten. Ich bin sicher, sie wird auch künftig umstritten bleiben. Die Anhörung hat meines Erachtens gezeigt, daß es wichtig ist, die Frage der regionalen und lokalen Werbung einer Revisionsklausel zu unterwerfen.

Die von den Zeitungsverlegern befürchtete Existenzbedrohung bereits durch die Fensterwerbung kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt meines Erachtens weder bewiesen noch widerlegt werden. Es gibt Indizien - Herr Lütgert, Sie haben darauf hingewiesen -, die für eine Gefährdung der Presse sprechen.

Die Frage ist auch zugegebenermaßen bei uns kontrovers diskutiert worden. Deswegen halten wir die gefundene Regelung, nach Ablauf von vier Jahren auf Grund eines Berichtes der Landesmedienanstalt eine neue Entscheidung treffen zu müssen, für richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dies ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil für den künftigen Programmanbieter eine Bringschuld in der Weise besteht, nachzuweisen, ob lokale Werbung eine Gefährdung der Presse darstellen würde.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident und Herr Kollege Lütgert sind darauf eingegangen, daß im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens das Recht auf freie Kurzberichterstattung eine Rolle gespielt hat. Sie hatten zunächst beantragt, dieses Recht auf freie Kurzberichterstattung bereits im Privatfunkgesetz vorzusehen.

Die Frage, ob und in welchem Umfang den Rundfunkanstalten und den privaten Rundfunkveranstaltern bei öffentlichen Ereignissen und Veranstaltungen von besonderem Interesse ein Recht auf Berichterstattung eingeräumt werden soll, wird derzeit zwischen den Ländern erörtert.

Der Grund für die Forderung eines Rechts auf freie Kurzberichterstattung waren seinerzeit natürlich die Bundesligafußballspiele. Allerdings wird damit die Diskussion verkürzt, denn dieses Recht auf freie Kurzberichterstattung gilt nicht nur für derartige Veranstaltungen, sondern für sämtliche Veranstaltungen oder Ereignisse von besonderem Interesse.

#### Vizepräsident Clauss:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. Streletz?



**Posch (F.D.P.):**

Nein, ich möchte zu Ende kommen. - Der Streit, der hinsichtlich der Bundesligaübertragungsrechte seinerzeit entbrannt ist, ist durchaus auch denkbar bei der Vergabe von Senderechten für andere öffentliche Veranstaltungen und Ereignisse.

Das Recht auf freie Kurzberichterstattung - ich gehe davon aus, Herr Lütgert, daß Sie das ähnlich sehen - ist keine Frage, die primär im Privatfunkgesetz zu regeln ist, sondern im Rundfunkstaatsvertrag geregelt werden sollte. Es geht nicht an, daß in den Ländern unterschiedliche Regelungen bestehen. Nur für den Fall, daß eine rundfunkstaatsvertragliche Lösung nicht zustande kommen sollte, wäre der hessische Gesetzgeber gefordert, eine derartige Regelung sowohl im HR-Gesetz wie im Gesetz über den Privatfunk vorzusehen.

Hier ist eine Fülle schwieriger verfassungsrechtlicher, zivilrechtlicher und wettbewerbsrechtlicher Fragen zu klären. Wir sind deshalb der Auffassung, daß wir die Verhandlungen der Länder abwarten sollten.

Meine Damen und Herren, ich hatte gesagt: Ich will auf die Änderungsanträge nicht im Detail eingehen. Lassen Sie mich aber zu einem Punkt etwas sagen, der naturgemäß am heftigsten umstritten war, nämlich zur Zusammensetzung der Anstaltsversammlung. Ich habe den Eindruck, daß in der öffentlichen Diskussion die Funktion der Anstaltsversammlung etwas falsch bewertet worden ist, weil sie mit der Mitgliedschaft im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks gleichgesetzt worden ist.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sehr richtig!)

Ich halte dies für falsch, weil die Aufgabe der Anstaltsversammlung mit den Aufgaben des Rundfunks nicht vergleichbar ist. Hier handelt es sich um die Anstaltsversammlung, die die Aufsicht über den privaten Funk zu gewährleisten hat, wohingegen der Rundfunkrat in den öffentlich-rechtlichen Sender integriert ist.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sehr bedenkenswert!)

- Danke schön, Herr Kollege Fischer.

Wir haben bei der Zusammensetzung dieser Anstaltsversammlung zwei Dinge berücksichtigen müssen. Wir mußten zum einen nach Möglichkeit eine Höchstzahl gesellschaftlich relevanter Gruppen berücksichtigen, andererseits aber auch die Arbeitsfähigkeit eines solchen Gremiums sicherstellen. Ich halte die Ausweitung, die im Wege dieses Kompromisses zustande gekommen ist, für vertretbar und mit beiden Zielen für vereinbar. Eine weitergehende Lösung wäre zumindest einem Ziel, nämlich dem der Effektivität, nicht gerecht geworden.

Wir bitten auch insoweit all die Gruppen um Verständnis, wenn ihren Wünschen nicht in vollem Umfang Rechnung getragen werden konnte.

Meine Damen und Herren, unlängst wurde in einem Bericht über eine Tagung der Evangelischen Akademie, wo der Hessische Rundfunk und Private zu Wort kamen, für das Ergebnis dieser Veranstaltung folgende Überschrift gewählt: Konkurrenz und Ergänzung. Ich glaube, daß diese Überschrift für das Verhältnis von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privatrechtlichem Rundfunk die richtige Überschrift ist. Ich bitte insbesondere auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, zu akzeptieren, daß wir künftig in Hessen ein duales System haben, wobei die

privaten Anbieter eine Chance bekommen müssen, sich einen Markt zu erobern.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, daß wir mit diesem Gesetzentwurf den ersten Schritt in die richtige Richtung getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

**Vizepräsident Clauss:**

Als nächster Redner hat Herr Abg. von Plottnitz für die Fraktion der GRÜNEN das Wort in der Debatte; ihm folgt Herr Kollege Nassauer von der Fraktion der CDU.

**von Plottnitz (GRÜNE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir haben die entscheidenden Aspekte unserer Kritik am Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Landesmediengesetz bereits in der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfes vorgetragen. Im Gegensatz zur SPD sind wir allerdings nicht in der Lage, für die Zeit, die seitdem vergangen ist, hier Erfolge oder auch nur Teilerfolge zu vermelden. Was unsere Kritik angeht, blieben die Ohren der Landesregierung und der Mehrheitsfraktionen verschlossen. Das ist natürlich nichts, was uns wundert, im Gegenteil.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die Schlappohren!)

- So war es auf jeden Fall. Die Ohren blieben verschlossen. Das wundert uns nicht. Das zeigt, daß es doch noch Differenzen zwischen GRÜNEN und SPD gibt, die in diesem Fall bedauerlicherweise existieren. Wir hätten auch gern unsere Forderungen im Zusammenhang mit dem Landesmediengesetz realisiert gesehen.

(Lütgert (SPD): Aber Sie haben doch nur eine gestellt! - Gegenruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): So bescheiden waren wir!)

Wir haben eine Forderung gestellt, von der wir meinten, daß sie besonders bedeutsam sei. Diese Forderung haben wir in Form eines Änderungsantrages formuliert.

(Zuruf des Abg. Lütgert (SPD))

- Aber, Herr Kollege Lütgert, Sie selbst waren ja auch bei der ersten Lesung anwesend und wissen, daß wir eine ganze Reihe anderer Aspekte kritisch angemerkt haben.

Wenn man sich jetzt das Ergebnis des Kompromisses ansieht, der hier gefunden worden ist zwischen SPD und CDU, so bestätigt sich ein Eindruck, den man eigentlich schon nach der Lektüre des ursprünglichen Gesetzentwurfes haben mußte. In der Tat scheint es so zu sein, daß die Landesregierung im Umgang mit den neuen Medien auf der einen Seite die angeblichen Segnungen, die vor allem im medienwirtschaftlichen Bereich vorhanden sein sollen, bejubelt und herbeisehnt; auf der anderen Seite scheint es aber auch in den Reihen der Koalition und der Landesregierung selbst eine Ahnung zu geben, daß man es hier mit einer Büchse der Pandora zu tun hat, bei der man irgendwie zu verhindern sucht, daß sie sich mit verheerenden gesellschaftlichen Folgen öffnet.

(Troeltsch (CDU): Sehr subtil!)

Das ist ja heute auch in dem zum Ausdruck gekommen, was der Herr Ministerpräsident zum Stichwort des

kulturellen Auftrages in der Betätigung privater Medien gesagt hat. Ich kann Ihnen nur wünschen, meine Damen und Herren, daß das, was Sie hier an Vorkehrungen zu treffen versuchen, auch Erfolg haben wird. Ich bin dessen aber nicht sicher.

Wenn ich mir vor Augen führe, welche Debatte es zur Medienwirklichkeit des Jahres 1988 in der Bundesrepublik Deutschland, gerade im Sommer und Herbst dieses Jahres, etwa im Zusammenhang mit der Geiselnahme von Gladbeck, aber auch in anderen Zusammenhängen, gegeben hat, dann habe ich doch allergrößte Zweifel, ob dieser jubelnde Umgang mit den neuen Medien, der gerade konservative Medienpolitik in der Bundesrepublik kennzeichnet, so begründet und gerechtfertigt ist, wie es von seiten seiner Urheber immer zum Ausdruck gebracht wird.

Zu der Frage der Medienwirklichkeit im Sommer 1988 hat sich, wie ich finde, auf sehr aufschlußreiche Weise ein englischer Schriftsteller, nämlich Anthony Burgess, der Autor des Buches "Clockwork Orange", geäußert. Er hat sich dazu in einem Aufsatz geäußert, den die "Zeit" in ihrer Ausgabe vom 2. September publiziert hat. Er hat sich auch zum Umgang der Medien - auch der potentiellen neuen Medien - mit solchen Ereignissen wie der Geiselnahme von Gladbeck beschäftigt. Er sagte dazu zweierlei, was ich hier vortragen möchte, um zu verdeutlichen, was wir in diesem Zusammenhang an Gefahren, verbunden mit Ihren Gesetzentwürfen, sehen. Er schreibt zum einen:

Bei den Mördern von Gladbeck waren die Fernsehreporter rasch genug am Schauplatz, um mordgierige Schwachköpfe in Unterhaltung für die beste Sendezeit zu veredeln. Die TV-Kameras verliehen ihnen automatisch Glanz. Denn der Glanz des kleinen Bildschirms, den sonst winkende Präsidenten, auch Ministerpräsidenten, wie wir wissen, Schönheitsköniginnen und längst dahingegangene Filmstars liefern, fällt allem und jedem zu, der am gleichen Medium teilhat. Tatsächlich erlaubt der Fernseher keine rechte Wahl zwischen einem echten und einem gespielten Mörder. Die Grenzen zwischen Wirklichkeit und Scheinwelt sind fließend, und alles wird zum Futter für das gleichförmige Bild.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sehr richtig!)

Er sagt im gleichen Zusammenhang noch etwas anderes, was ähnlich aufschlußreich und für Ihren Gesetzentwurf sehr relevant ist. Er sagt:

Je größer die Zahl der Kanäle wird, desto mehr blutige Leichen werden den Bildschirm überschwemmen, fiktional sowohl wie Opfer eines regelrechten Mordes.

Wenn man die medienwirtschaftlichen Möglichkeiten im Umgang mit den neuen Medien so bejubelt wie Sie, muß man sich darüber im klaren sein, daß das in der Tat die gefährvolle Konsequenz Ihrer Medienpolitik ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang fällt es schon als ungeheuer widersprüchlich auf, daß die ersten, die sich über die Art und Weise beschwerten, wie zum Beispiel das Fernsehen in der Bundesrepublik mit der Geiselnahme von Gladbeck umgegangen ist, exakt aus den gleichen konservativen Reihen stammen, die anschließend hergehen und unter dem Stichwort "Wettbewerb und Konkurrenz" qua Medienpolitik dafür Sorge tragen, daß sich möglichst

viele Kanäle in der Gesellschaft der Bundesrepublik mit solchen Folgen tummeln können.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Lütgert (SPD))

Zu den Ungereimtheiten konservativer Politik - das kann man ja hier im Hessischen Landtag ganz besonders gut beobachten, finde ich - gehört es, daß auf der einen Seite ein erzreaktionärer Kultusminister eine Schulpolitik betreibt, derzufolge der heimatliebende Bildungsbürger des 19. Jahrhunderts im Jahre 1988 zum Maß aller Dinge werden soll,

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abg. Troeltsch (CDU))

daß auf der anderen Seite aber qua Medienpolitik einer Entwicklung Vorschub geleistet und eine Entwicklung tatkräftig gefördert wird, an deren Ende die Gefahr besteht, daß die Menschen nicht mehr in der Lage sind, eine mörderische Wirklichkeit von einer mörderischen Fernsehserie zu unterscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die Synthese dazu ist "Heidi"!)

- Wahrscheinlich, ja. Im übrigen, von diesem Aspekt abgesehen, fehlen im Entwurf der Landesregierung nach wie vor Einzelaspekte, ohne die ein solches Gesetz unseres Erachtens nicht verabschiedet werden dürfte.

Das betrifft einmal Vorschriften, durch die die innere Pressefreiheit im Rahmen privater Rundfunkveranstaltungen gewährleistet zu sein hätte. Private Rundfunkveranstalter in Hessen, die, aus welchen Gründen auch immer, aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen, mit der Meinungsfreiheit der Journalisten oder Journalistinnen, die bei ihnen beschäftigt sind, willkürlich umzuspringen gedenken, finden im Gesetzentwurf der Landesregierung nicht das geringste Hindernis für solche Willkürvorhaben. Wir meinen, es hätte da eine Schutzvorkehrung eingeführt werden müssen. Das wäre auch möglich gewesen; dafür gibt es schon Modelle.

Außerdem fehlt ein Aspekt, der wichtig ist und in der jüngsten Debatte immer wichtiger geworden ist: Es fehlt ein Beschlagnahmeverbot zum Schutz der Pressefreiheit auch privater Rundfunkveranstalter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Derzeit ist es so, daß sich Rundfunkveranstalter, ob öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche, gefallen lassen müssen, wider Willen zu Hilfsorganen von Polizei und Staatsanwaltschaft zu werden, und zwar zu Lasten der Pressefreiheit und zu Lasten ihrer aktiven Informationsfreiheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesem Punkt - das wäre landesrechtlich machbar gewesen - hätte ein Beschlagnahmeverbot zugunsten der Journalisten und zugunsten der Pressefreiheit in diesen Anstalten eingeführt werden können und müssen.

(Troeltsch (CDU): Um Gottes willen!)

Es gibt einen weiteren Punkt, den der Kollege Lütgert hier schon angesprochen hat. Er betrifft die sozialen Belange der sogenannten freien journalistischen Mitarbeiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Tat ist es ein Unding, daß sich diese freien journalistischen Mitarbeiter in Hessen im Falle privater Rundfunkveranstaltungen gefallen lassen müssen, was sie sich derzeit schon im Printbereich gefallen lassen müssen, nämlich absolute verlegerische Willkür, wenn es um ihre

Bezahlung und um die Bedingungen ihrer Arbeit geht. - Da lacht Herr Troeltsch, weil er bis heute nie vor der Notwendigkeit stand, sein Brot als freier journalistischer Mitarbeiter zu verdienen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich empfehle Ihnen, das einmal einen Monat lang mitzumachen. Sie würden dann wahrscheinlich sehr viel dünner als bislang hier wieder auftauchen, weil es Ihnen in der Tat schwerfiele, das Brot zu verdienen.

(Troeltsch (CDU): Herr von Plottnitz, ich kenne doch die Petitionen, über die wir abgestimmt haben!)

- Meine Kritik ist, daß Sie derart mitleidlos auf diese Petitionen reagieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hätten doch die Möglichkeit gehabt, in das Landesmediengesetz eine Vorschrift einzuführen, die die Zulassung privater Anbieter davon abhängig macht, daß sie die Tarifverträge auch für diesen Mitarbeiterbereich akzeptieren.

(Troeltsch (CDU): Das können Sie doch nicht im Mediengesetz machen!)

- Doch, es steht Ihnen doch als Landesgesetzgeber frei, die Zulassungskriterien aufzustellen, die Sie aufstellen wollen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

- Ich will mich in der Tat hier nicht in eine Privatdebatte mit Herrn Troeltsch verlieren.

Es gibt drei weitere Belange, von denen wir meinen, daß sie als Mangel in diesem Gesetzentwurf ganz besonders auffallen. Es zeigt in der Tat einmal mehr, welche Haltung Sie im Bereich der Ausländerpolitik verfolgen, daß Sie nicht in der Lage waren, von den Millionen Ausländern, die in Hessen leben, auch nur einen einzigen als gesellschaftlichen Repräsentanten in die Anstaltsversammlung aufzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man fragt sich im übrigen natürlich auch, aus welchen Gründen kein Mensch bei Ihnen beziehungsweise keiner der Autoren des Gesetzentwurfs sich Gedanken darüber gemacht hat, ob man nicht zumindest die Stellung der Frauen in der Anstaltsversammlung stärken kann, obwohl es zumindest in den Ausschußsitzungen und vor allem auch in der Anhörung angesprochen worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es mag ja gesetzestechnisch schwierig sein - das gebe ich Ihnen zu -, eine Quotierung bei dem Modell von gesellschaftlicher Kontrolle, wie es hier vorgesehen ist, einzuführen. Aber wenn man nur eine einzige Frauenvereinigung berücksichtigt und die Gefahr sieht, daß wiederum die Herren der Geschichte auch die Anstaltsversammlung wie bisher bestimmen, dann hätte man zumindest ein Mehr an Frauenvereinigungen und ihrer Vertreterinnen innerhalb der Anstaltsversammlung berücksichtigen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun etwas zum Stichwort Recht auf freie Kurzberichterstattung. Herr Kollege Lütgert, ich muß gestehen, daß mich doch sehr gewundert hat, daß sich die SPD damit einverstanden erklärt hat, sich auf den Weg schicken zu

lassen, auf den sie die Landesregierung verwiesen hat. Es wäre eine Forderung gewesen, die von uns mit großer Leidenschaft unterstützt worden wäre. Es hätte die Möglichkeit bestanden, das Recht auf freie Kurzberichterstattung - -

(Anhaltende Zurufe)

- Ich fahre fort: Wo denn sonst, wenn nicht im jetzt zu verabschiedenden Landesmediengesetz hätte die Möglichkeit bestanden, das Recht auf freie Kurzberichterstattung im Interesse einer informierten Öffentlichkeit und im Interesse einer Öffentlichkeit, die diesen Namen verdient, einzuführen?

(Lütgert (SPD): Ich hätte es gerne mit Ihnen beschlossen, aber es reicht nicht!)

Wenn man zu dem Ergebnis kommt, daß es noch verfassungsrechtliche Bedenken gebe, dann wartet man eben mit der Verabschiedung eines solchen Gesetzes, bis sichergestellt ist - -

(Widerspruch bei der CDU)

- Für Sie ist es offenbar keine Frage, daß man Öffentlichkeit privatisieren kann. Bald wird es ja so weit sein, daß auch die Sitzungen des Hessischen Landtags nur gegen Zahlung einer möglichst hohen Gebühr in Rundfunk und Fernsehen übertragen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die wären nicht verkäuflich!)

- Die wären wahrscheinlich nicht verkäuflich; aber, Herr Kollege Fischer, wir können uns ja einmal andere Zustände und Verhältnisse vorstellen, bei denen wir vielleicht verkäuflicher wären, vor allem dann, wenn es auch vom Unterhaltungswert vergnüglicher wäre. Ich nenne nur das Stichwort Parlamentsreform.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sehr gut!)

Aber dem Herrn Nassauer ist das natürlich ganz wurscht. Im Zweifelsfall sieht er nicht, daß dadurch auch demokratische Aspekte von Öffentlichkeit zerstört werden. Das ist in der Tat ein sehr wichtiger Punkt. Wir meinen, daß es unbedingt im Landesmediengesetz hätte verabschiedet werden müssen. Man darf nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag warten, bis man in einem Rundfunkstaatsvertrag zu einem Ergebnis kommt, wie es "dem Geist des Antrags der SPD" entspricht; Herr Lütgert, diese Formulierung hat mich sehr beeindruckt.

**Vizepräsident Clauss:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Wagner von der F.D.P.-Fraktion?

(von Plottnitz (GRÜNE): Bitte!)

- Bitte sehr, Frau Kollegin!

**Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):**

Herr von Plottnitz, können Sie mir einmal erklären, warum eigentlich Ihre Fraktion Sie dauernd unterbricht?

(Heiterkeit)

**von Plottnitz (GRÜNE):**

Ich kann Ihnen nur antworten, Frau Kollegin, was ich gestern schon - ich weiß nicht mehr, wem von der CDU-Fraktion - geantwortet habe: Ich finde es sehr nett und rührend, daß Sie sich neuerdings immer den Kopf unserer Fraktion zerbrechen. Zerbrechen Sie sich den

Kopf Ihrer eigenen Fraktion; das haben Sie dringend nötig, wie man es auch diesem Gesetzentwurf ansieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das sind auch Nebenaspekte. Es gibt aber noch einen sehr zentralen Punkt, von dem wir meinen, daß er bei der Würdigung des Gesetzentwurfs der Landesregierung nicht unterschlagen werden darf. Er hängt mit folgendem zusammen: Es wäre sicherlich naiv und blauäugig, davon auszugehen und der Landesregierung ihre ständigen Beteuerungen zu glauben, es gehe hier ausschließlich um eine Mehrung und Verbesserung der publizistischen Arbeit innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Das hat den Charakter einer Schutzbehauptung. Faktisch behandeln die Landesregierung und die Mehrheitsfraktionen ihren Gesetzentwurf und die Möglichkeiten, die mit ihm verbunden sein sollen, effektiv als Waffe zur publizistischen Schwächung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Das heißt in Hessen konkret: zur Schwächung des Hessischen Rundfunks. Das darf man nicht vergessen. Das hat seinen einfachen Grund, daß es hier eine politische Schwächungsabsicht gibt. Der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion ist der Hessische Rundfunk politisch noch nicht botmäßig genug.

(Beifall bei den GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): So ist es!)

Das läßt sich ja auch an relativ unauffälligen, aber dennoch immerhin in die Öffentlichkeit gedruckenen Einzelbeispielen belegen, wie groß Ihre politischen Begehrlichkeiten in bezug auf den Hessischen Rundfunk und in bezug auf Medien überhaupt sind.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Sie wissen gar nicht, was das ist!)

- Das hört natürlich Frau Wagner ganz besonders ungern; davon gehe ich aus. Ich darf Sie einmal an folgendes erinnern. Vor einiger Zeit - ich weiß nicht mehr, wie lange es her ist - gab es einen Anschlag, von dem wir inzwischen alle wissen, daß er augenscheinlich terroristischer Art war, von dem aber in den ersten Stunden in der öffentlichen Berichterstattung nicht ganz klar war, was er gewesen ist. Es gab im Hessischen Rundfunk wohl eine Journalistin, die einen Bericht gemacht hat - ich habe ihn nicht selbst gehört -, in dem sie nicht das, was vorgegangen ist in der Dramatik eines terroristischen Anschlags geschildert, sondern offensichtlich etwas gesagt hat, was in die Richtung ging, daß es vielleicht gar kein Anschlag gewesen sei. So habe ich es in Erinnerung.

(Zurufe der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Das ist im wesentlichen das, was geschehen ist. Was war die Folge? Die Folge war, daß der Kollege Nassauer, Mitglied des Rundfunkrates und Mitglied des Hessischen Landtags, nichts Eiligeres zu tun hatte, als zum Hessischen Rundfunk zu laufen und sich zu beschweren, daß diese Dame nicht in der erforderlichen Staatszuträglichkeit ihrer Berichterstattungspflicht entsprochen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Nassauer, es wäre ja auch zu schrecklich, wenn ein Vorgang, der zunächst einmal so aussieht, als ob er ein terroristischer Anschlag, aber vielleicht auch etwas anderes sein könnte, sich nicht als ein terroristischer Anschlag herausstellen würde. Es wäre ja geradezu eine Gefährdung der Staatssicherheit der Bundesrepublik, wenn ein solches Ergebnis zu verzeichnen wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Es gibt ein weiteres Beispiel. Da hat sich unlängst Ihr Wirtschaftsminister Schmidt - im hessischen Fernsehen, wenn ich mich recht erinnere - zu der Frage des zukünftigen Schicksals der Startbahn West geäußert. Er hat der staunenden Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die Startbahn West in absehbarer Zeit gänzlich überflüssig werden könnte - eben jene Startbahn West, um die mit so großen Opfern von allen Seiten auf das leidenschaftlichste gestritten worden ist. Nun mag es sein, daß manche mit Erstaunen zur Kenntnis genommen haben: Aha, auf der Startbahn West können wir in drei Jahren Rollschuh fahren - was ja immerhin eine Verwendungsart für dieses Bauwerk wäre. Aber der Vorgang hat offensichtlich in den Reihen des Kabinetts zu Irritationen, zu Verstimmungen geführt. Da muß es Mißhelligkeiten gegeben haben. Wer war dann im Ergebnis wieder schuld? Der Hessische Rundfunk. Der Wirtschaftsminister hat sich lautstark öffentlich beschwert, er sei hier nicht richtig zitiert worden, ihm sei keine Gerechtigkeit widerfahren und dergleichen mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem Wirtschaftsminister konnte in diesem Fall geholfen werden. Wenn ich es richtig gelesen habe - ich habe es nicht gesehen -, wurde die gesamte Sendung noch einmal abgespielt.

Man kann nur das wiederholen, was der Intendant des Hessischen Rundfunks dazu erklärt hat: Man möge in solchen Fällen nicht den Boten der schlechten Nachricht bestrafen, sondern die schlechte Nachricht selber, und die schlechte Nachricht war hier der hessische Wirtschaftsminister.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, mich würde es auch gar nicht wundern, wenn wir im Anschluß an das Thema, das wir gestern hier diskutiert haben - Korruptionsskandal, mögliche Verstrickung hoher und höchster hessischer Landesbeamter -, in absehbarer Zeit oder vielleicht sogar in kürzerer Zeit erleben würden, daß sich auch hier die politische Begehrlichkeit der CDU und der F.D.P. in vergleichbarer Form äußern würde.

**Vizepräsident Clauss:**

Herr Kollege, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**von Plottnitz (GRÜNE):**

Ich bin gebeten worden, zum Schluß zu kommen. Ich will das tun.

Die Vorgänge, die ich aufgezeigt habe, bestätigen die Richtigkeit unserer Forderung, sowohl im öffentlich-rechtlichen Bereich als auch im privatrechtlichen Bereich Parteien und Regierungsvertreter aus den staatlichen Aufsichtsorganen hinauszuschmeißen, auf gut deutsch gesagt. Dort haben sie nur kontraproduktive Funktion. Wir freuen uns, daß diese Forderung sich langsam herumzusprechen beginnt und daß selbst ein Mann wie Ihr Parteifreund Biedenkopf sich diese Forderung kürzlich zu eigen gemacht hat. Wir haben uns auch gefreut, in der Anhörung zu hören, daß der Intendant des Hessischen Rundfunks, Herr Kelm, keinen Hehl daraus gemacht hat, für wie plausibel er im Interesse der Presse- und Rundfunkfreiheit diese Forderung der GRÜNEN

hält. Wir bedauern es, daß diese Forderung nicht durchgesetzt werden konnte. Wir hoffen weiter darauf, aber wir werden allein schon aus diesem Grunde dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Clauss:**

Als nächster hat Herr Kollege Nassauer für die Fraktion der CDU das Wort.

**Nassauer (CDU) (Redner hat auf Durchsicht verzichtet):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will für die Verabschiedung dieses Gesetzes nicht unbedingt historische Dimensionen bemühen, zumal nach dieser langen Haushaltsberatung. Aber ich denke doch, es sollte darauf hingewiesen werden, daß dies eines der wichtigeren Gesetzesvorhaben ist, daß wir nun seinem Abschluß zuführen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es gibt nach langen medienpolitischen Auseinandersetzungen in diesem Land, wenn dieses Gesetz verabschiedet ist, auch in Hessen den privaten Rundfunk.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Die uns von der SPD und den GRÜNEN verordnete Technologiefeindlichkeit, vor allen Dingen die uns von den GRÜNEN verordnete sauertöpfische Bürgerbevorzugung, ist zu Ende.

(von Plottnitz (GRÜNE): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Hessen ist aus der Medienblockade entlassen, Hessen gewinnt Anschluß an die Medienentwicklung unserer Zeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie sind doch der oberste Säuerling hier im Hause!)

Das ist wichtig, weil wir hier in einen erheblichen Rückstand geraten waren. Denn die Roten und die GRÜNEN hatten den Versuch unternommen, den wichtigen Fortschritt auf diesem Feld an Hessen vorbeizulenken und Hessen zur Insel zu machen und damit ein Stück Rückstand zu dekretieren, das auch der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes geschadet hat. Mit alledem ist jetzt Schluß, meine Damen und Herren. Wie bereits einmal gesagt: auch Hessen schaltet jetzt wieder auf Empfang.

**Vizepräsident Clauss:**

Herr Kollege Nassauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Nassauer (CDU): Bitte sehr! - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Schlachtfregatte!)

Bitte sehr, Frau Kollegin Dr. Streletz!

**Dr. Streletz (SPD) (Von der Rednerin nicht durchgesehen):**

Herr Kollege Nassauer, könnten Sie im Zusammenhang mit Ihrer Äußerung, daß Hessen keine Insel mehr sei, daß mehr Bürgerbeteiligung sein sollte, einmal erklären, warum Sie die Anregung des Landesfrauenrates auf Festschreibung einer bestimmten Frauenzahl abgelehnt

haben und warum im Gesetzestext steht, daß der Landesfrauenrat einen Vertreter benennen soll?

**Nassauer (CDU):**

Verehrte Frau Kollegin, ich möchte zunächst den von Herrn Fischer soeben in die Debatte geworfenen Begriff "Schlachtfregatte" zurückweisen. Ich finde, das gehört sich nicht.

(Zustimmung des Abg. Dr. Jung (CDU) - Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Zu Ihrer Frage, Frau Kollegin: Ich bin davon überzeugt - wir haben im Hauptausschuß auch davon gesprochen -, daß den Frauen nicht damit gedient wäre, wenn wir hier eine Art zusätzlichen Naturschutzpark in Form irgendeiner Quote dekretieren würden. Ich bin davon überzeugt, daß es im Interesse der Frauen läge, wenn alle gesellschaftlich relevanten Gruppen, die der Anstaltsversammlung angehören, selbst entscheiden, ob sie einer Frau ein solches Mandat übertragen oder nicht. Dieses Problem kann mit Hilfe einer Quote nicht gelöst werden. Deswegen haben wir davon Abstand genommen.

(Zustimmung des Abg. Dr. Jung (CDU))

**Vizepräsident Clauss:**

Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

(Nassauer (CDU): Ich möchte die Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen!)

- Also nicht. Dann fahren Sie bitte fort.

**Nassauer (CDU):**

Auch im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks haben wir die Erfahrung gemacht, daß schon deswegen, weil dort die Verpflichtung besteht, Frauen nachzuwählen, wenn nicht genügend vorhanden sind, alle Gruppen sich diese Frage gar nicht erst zu stellen brauchen. Sie können ja darauf ausweichen, daß der Rundfunkrat Frauen nachzuwählen hat, wenn keine da sind. Ich glaube, das ist eine Regelung gegen die wohlverstandenen Interessen der Frauen, Frau Dr. Streletz. Deswegen haben wir sie nicht eingeführt.

(Zuruf der Abg. Hinz (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist schon eine grundsätzlich wichtige Entscheidung, die wir hier getroffen haben. Wir sind sehr zufrieden, daß in der Anhörung, der wir uns intensiv unterzogen haben, die Grundsätze dieses Gesetzes bestätigt wurden. Ich erwähne hier in erster Linie die Entscheidung für eine landesweite Kette. Angesichts der beschränkten, nur knapp zur Verfügung stehenden Frequenzen mußten wir uns für die Zulassung lokaler Rundfunkstationen auf der einen Seite oder einer landesweiten Kette auf der anderen Seite entscheiden. Wir haben uns auf den Grundsatz besonnen, der uns veranlaßt hat, privaten Rundfunk überhaupt einzuführen. Ich will mit einem Mißverständnis aufräumen: Ich gehe überhaupt nicht davon aus, daß privater Rundfunk schrankenlos etwa unsere politischen Überzeugungen transportieren werde. Das ist überhaupt nicht zu erwarten. Wir erwarten von dem Privatfunk nur eines: Konkurrenz zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und damit die Chance der Vielfalt für den Bürger. Das erwarten wir vom Privatfunk.

(Beifall bei der CDU)

Damit diese Chance zur Vielfalt besteht, mußten wir uns zunächst auf die landesweite Kette konzentrieren. Denn

nur eine landesweite Kette bietet die Chance, daß überall im Land und nicht nur im Rhein-Main-Ballungsgebiet, dem für die Werbeträger interessanten Raum, privater Rundfunk möglich wird. Ihn muß es nämlich auch in Nord- und Osthessen geben, er darf nicht als Innovation auf das Rhein-Main-Ballungsgebiet beschränkt sein. Deswegen die Grundsatzentscheidung für die landesweite Kette.

Wir haben im Gefolge der Anhörung eine Reihe von Änderungen in den ursprünglichen Entwurf der Landesregierung eingefügt. Ich will zu zwei Positionen Stellung beziehen, die in der Zwischenzeit in die Diskussion geraten sind.

Da gibt es einmal den Begriff der religiösen Sendungen. Es ist von Belang, daß er nicht auf sakrale Handlungen im engeren Sinne beschränkt wird, sondern daß er auch sonstige Äußerungen und Stellungnahmen der Kirchen umfaßt, die dem Verkündigungsauftrag entsprechen.

Ich sage ausdrücklich, daß dies dem gesetzgeberischen Willen der Mehrheit entspricht, falls dies jemals vor Gericht streitig werden sollte.

Ich erwähne einen zweiten Punkt. Herr Kollege Lütgert hat im Hinblick auf die Doppelmonopolklausel den Begriff der „marktbeherrschenden Stellung“ erwähnt. Damit ist dann, wenn eine Anbietergemeinschaft Antragsteller ist, auch jedes einzelne Mitglied dieser Anbietergemeinschaft gemeint. Aber natürlich sind die Anteile der einzelnen Mitglieder der Gemeinschaft nicht zu addieren. Auch dies wäre ein Fehlschluß, falls er gezogen worden sein sollte.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Frequenzzuordnung. Im ursprünglichen Entwurf war eine Regelung darüber nicht enthalten. Sie ist auch, streng genommen, entbehrlich, weil es Sache der Landesregierung ist, im Zweifelsfall eine solche Zuordnung vorzunehmen. Wir haben uns aber angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts veranlaßt gesehen, eine entsprechende Formel zu übernehmen, um deutlich zu machen, daß erstens die Zuweisung auf der Grundlage dieser gesetzlichen Vorschrift erfolgen soll und zweitens bestimmte Kriterien einzuhalten sind.

Es ist unverkennbar, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen weiten Vorsprung bei der Zuordnung von Frequenzen hat. Wenn es darum geht, Vielfalt herzustellen, müssen die privaten Rundfunkveranstalter die Möglichkeit haben, diesen Vorsprung aufzuholen. Deswegen gehen wir davon aus, daß künftig freiwerdende Frequenzen zunächst dem Zweck zu dienen haben, die Vielfalt zu ermöglichen, indem sie Privaten zugeordnet werden.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der Sinn der Regelung, die wir hier getroffen haben.

Es ist ganz unverkennbar, daß die Kollegen von der SPD ihre Haltung zur Frage des privaten Rundfunks geändert haben. Ich gehe davon aus, daß Sie inzwischen erkannt haben, daß Sie in der Frage neuer Medien mutterseelenallein in der Ecke gestanden haben, mehr oder weniger kleine Kinder.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Mami, einsam und kalt ist es im Wald!)

- Es ist wohl so. - Nachdem insbesondere auch einige maßgebliche Politiker der SPD das Opfer auf sich genommen haben, die Bürde des Kommerzes bei den verschiedenen Gesellschaften zu ertragen, beginnen nun

auch die Sozialdemokraten, sich der neuen Wirklichkeit zuzuwenden, und schauen vorsichtig durch die Finger, wie es mit den neuen Medien steht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich begrüße das ausdrücklich. Es ist im Interesse unseres Landes, daß die SPD ihre Haltung in dieser Frage korrigiert. Nicht zuletzt deswegen haben wir mit Ihnen über Ihren Änderungsantrag ausführlich gesprochen und einige Überlegungen übernommen. Aber es kann doch nicht verborgen bleiben, daß Sie, nachdem Sie beginnen, den alten Standort zu räumen, einen neuen noch nicht gefunden haben.

In Ihrer Fraktionssitzung - so war es in der „Frankfurter Rundschau“ zu lesen - ist mit einer Stimme entschieden worden, daß Sie sich der Stimme enthalten werden. Die Presse berichtete am nächsten Tag darüber mit der Überschrift: „SPD nicht gegen Privatfunk“. Andere Organe berichteten: „SPD nicht für Privatfunk“. Das beschreibt die Zwitterhaltung der SPD ganz treffend. Im Augenblick ist sie noch nicht einzuordnen. Ich habe Ihnen gewiß keine Ratschläge zu geben, aber ich glaube, es wäre der Sache dienlicher, wenn Sie sich zu einer konsequenten Haltung entschließen könnten und der Angelegenheit zustimmen würden, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Es sind noch einige Einzelfragen angesprochen worden, die nicht ganz unerwidert bleiben können. Ich erwähne das Problem des Rechts auf freie Kurzberichterstattung. Wir halten es für zweckmäßig, zunächst die Sondierung der Länder abzuwarten, wie dieses Problem gelöst werden kann. Daß es nicht allein in einem Landesmediengesetz geregelt werden kann, ist offenkundig. Die geeignete Materie wäre ein Rundfunkstaatsvertrag. Es kann aber auch nicht verkannt werden, daß es in diesem Zusammenhang noch schwerwiegende rechtliche Probleme gibt, wobei ich mich wundere, daß das der Jurist von Plottnitz so ohne weiteres übergeht.

(Posch (F.D.P.): Das tut er öfter!)

- Den Verdacht habe ich auch, Herr Posch.

Es ist ganz unverkennbar so, daß jemand, der etwa ein Fußballspiel veranstaltet, auch das Recht hat, darüber zu entscheiden, wer gegen welches Entgelt dort Zutritt hat.

(von Plottnitz (GRÜNE): Das kommt auf den Einzelfall an! - Zuruf des Abg. Schneider (Wiesbaden) (SPD))

Fragen des bürgerlichen Rechts, der Vertragsautonomie, des Wettbewerbsrechts, des Urheberrechts, auch die Frage, wie weit das Grundrecht auf freie Berichterstattung nach Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz reicht, müssen zunächst einmal sehr sorgfältig diskutiert werden.

(Beifall des Abg. Dr. Jung (CDU))

Solange das nicht geschehen ist, wäre es ziemlich töricht, eine Klausel in ein Landesmediengesetz aufzunehmen. Ich verlasse mich darauf, daß die Länder in angemessener Zeit einen Vorschlag unterbreiten werden.

**Vizepräsident Clauss:**

Herr Nassauer, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

(Nassauer (CDU): Bitte!)

Bitte schön!

**Fraas (SPD):**

Herr Kollege Nassauer, wenn ich auf Ihre letzte Passage Bezug nehme und sage, ich hielte sie für richtig, würden Sie dann meine Auffassung teilen, daß der Veranstalter, wenn er Dienste der öffentlichen Hand in Anspruch nimmt, zum Beispiel der Polizei, auch entsprechende Zahlungen zu leisten hat?

**Nassauer (CDU):**

Meine Damen und Herren, diese Frage haben wir schon in einem anderen Zusammenhang diskutiert. Ich halte es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß nur die Polizei befugt und beauftragt ist, für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Das kann nicht von Geldleistungen abhängig gemacht werden. Diesen Auftrag hat die Polizei ohnehin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Schneider (Bickenbach) (SPD): Wie ist es mit den Kosten der Stadien?)

Wie gesagt, bei der Frage der freien Kurzberichterstattung bedarf es noch einiger rechtlicher Klärungen. Aber ich wollte auf das eingehen, was Herr von Plottnitz zu unserer angeblichen Schwächungsabsicht im Hinblick auf den Hessischen Rundfunk gesagt hat.

Ich nehme gern die Gelegenheit wahr, darauf hinzuweisen, daß wir voll auf dem Boden der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts stehen,

(von Plottnitz (GRÜNE): Das wäre ja noch schöner!)

die eine duale Rundfunkordnung vorsieht, in der sowohl private wie öffentlich-rechtliche Veranstalter ihren Platz haben.

Ich füge hinzu: Gerade in einem dualen System, in dem es privaten Rundfunk gibt, gewinnt der kulturelle Auftrag des öffentlichen Rundfunks besonderes Gewicht. In der Tat muß er sich nicht im wesentlichen über Werbemaßnahmen finanzieren, obwohl auch die Werbemaßnahmen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk immer mehr zunehmen, sondern ihm stehen Gebühren zu, gegenwärtig noch Zwangsgebühren. Mit diesen Gebühren ist es legitim, daß er seinem kulturellen Auftrag in besonderer Weise nachkommt. Ich wäre sehr dafür, daß sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk darum in Zukunft besonders kümmert.

(Boppel (GRÜNE): Mehr Kultur und weniger Politik!)

Wenn ich allerdings sehe, daß es auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Sendungen gibt wie den "Blauen Bock" oder daß 90 Millionen Dollar ausgegeben werden, um den letzten Unterhaltungsschund aus Amerika aufzukaufen und damit der Konkurrenz der Privaten entgegenzutreten zu können,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

dann zweifle ich daran, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf diese Weise seinem öffentlich-rechtlichen Auftrag in angemessener Weise Rechnung trägt.

(Beifall bei der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Schauen Sie doch einmal SAT 1 an, was da für ein Quatsch läuft! Das wird nur noch übertroffen durch den Unsinn, den Sie hier verzapfen! - Weitere Zurufe - Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich bin davon überzeugt, daß in der Möglichkeit, zum bisherigen öffentlich-rechtlichen Monopol private Konkurrenz zu installieren, für die Bürger die Chance der Vielfalt liegt. Wenn ich es einmal etwas flapsig sagen darf: Wir werden in der Lage sein, auf die öffentlich-rechtliche Vielfalt zu verzichten und duale Vielfalt herbeizuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Das ist unser Ziel mit diesem Gesetz. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung, und ich richte diese Bitte auch ausdrücklich noch einmal an die SPD.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

**Vizepräsident Clauss:**

Als letzter Redner in der Debatte hat Herr Kollege Posch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

**Posch (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr von Plottnitz, die GRÜNEN haben sich die Aufgabe zugeschrieben, sich als Gralshüter der Staatsferne und damit der Rundfunkfreiheit darzustellen. Das stimmt aber nicht immer. Dazu möchte ich einmal zitieren.

Es gibt eine Auseinandersetzung zwischen dem Datenschutzbeauftragten und dem Hessischen Rundfunk; die ist Ihnen bekannt. In einem Rechtsgutachten zu diesem Problem sagt der Hessische Rundfunk:

Mit diesem Zitat: "Nie zuvor in der Geschichte des Datenschutzes ist die Geltung der gesetzlichen Bestimmungen so offen und unumwunden in Frage gestellt worden," gab der Datenschutzbeauftragte das Stichwort für gegen die Grundlagen des staatsfernen Rundfunks gerichtete Redebeiträge.

Dabei verweist er auf die Diskussion über den Sechzehnten Tätigkeitsbericht und dann zitiert Sie der Hessische Rundfunk:

So ließ sich der Abg. von Plottnitz unter anderem in folgender Weise aus: "In der Tat wäre im Zweifel eine Intervention des Landtags erforderlich, um dem Hessischen Rundfunk so auf die Finger zu klopfen, wie es offensichtlich notwendig ist."

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P.)

Das sagt Ihnen, Herr Kollege von Plottnitz, der Hessische Rundfunk zu Ihrer Einstellung, wenn es um Rundfunkfreiheit und Staatsferne geht. Daran sollten Sie sich erinnern lassen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

**Vizepräsident Clauss:**

Meine Damen und Herren, damit ist die zu Punkt 4 und Punkt 52 verbundene Debatte abgeschlossen. Herr Abg. Fischer hat sich für eine persönliche Erklärung nach § 65 der Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. - Bitte schön, Herr Fischer!

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Zurück!)

- Das heißt, Sie halten Ihre Wortmeldung für die persönliche Erklärung nicht mehr aufrecht. Jetzt hat sich Herr Abg. von Plottnitz zur Abgabe einer persönlichen Erklärung nach § 65 der Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. Er hat dazu das Wort. Bitte schön!

**von Plottnitz (GRÜNE):**

Ganz kurz, meine Damen und Herren: Herr Kollege Posch - vielleicht war er selbst gar nicht daran schuld - hat einen Gutachter zitiert, der mich in dem Fall falsch zitiert hat.

(Zurufe von der CDU)

Ich kann ja nichts für Ihre Gutachter. Ich lege Wert auf die Feststellung, falsch zitiert worden zu sein. Sie wissen selbst, daß es in der Auseinandersetzung ausschließlich um administrative Daten und nicht um Daten ging, die journalistischen Quellenschutz genießen. Dazu habe ich Stellung genommen, und davon habe ich auch nichts zurückzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der F.D.P.)

**Vizepräsident Claus:**

Meine Damen und Herren, die persönliche Erklärung ist zur Kenntnis genommen worden.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Zur Abstimmung steht nach der zweiten Lesung der Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über den privaten Rundfunk in Hessen in der Fassung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Hauptausschusses - Drucks. 12/3281.

(Unruhe)

Herr Kollege Dr. Jung, ich bitte um Nachsicht. Sie wollen einen Hinweis zur Abstimmung geben?

**Dr. Jung (CDU):**

Herr Präsident, es war vereinbart, daß erst noch über die Petitionen abgestimmt wird, und zwar getrennt, wie es der Berichterstatter vorgetragen hat. Ich möchte bitten, das jetzt auch so zu vollziehen.

**Vizepräsident Claus:**

Wenn das so vereinbart war, dann will ich dem gern Rechnung tragen. Das sind in der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses, Drucks. 12/3281, im Abschnitt A die Nummern 2 und 3. Ich lasse entsprechend dieser Empfehlung des Hauptausschusses getrennt abstimmen.

Wer der Beschlußempfehlung in Nummer 2 und damit zu der Petition Nummer 1292/XII seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Dann ist entsprechend der Empfehlung des Hauptausschusses beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Beschlußempfehlung zu den unter Nummer 3 aufgeführten Petitionen abstimmen. Ich verzichte darauf, die Petitionen im einzelnen zu nennen, die Nummern gehen aus der Beschlußempfehlung hervor. Wer der unter Nummer 3 aufgeführten Empfehlung des Hauptausschusses folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN angenommen.

Wir können jetzt über die in Drucks. 12/3281 in Abschnitt A Nummer 1 vorgelegte Beschlußempfehlung des Hauptausschusses abstimmen. Gibt es da noch Irritationen, Herr Kollege Fischer? - Das ist nicht der Fall. Dann weiß jetzt jeder, über was er abstimmt.

Wer dem Gesetzentwurf in dieser Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD angenommen. Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Wir müssen jetzt über Punkt 52 abstimmen. Ich frage, wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben will. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der GRÜNEN entsprochen. Damit ist Punkt 52 erledigt.

Wir wollen versuchen, die Tagesordnung einvernehmlich durchzusehen und noch möglichst viele Punkte entweder endgültig zu erledigen oder an die zuständigen Ausschüsse zu überweisen. Das erfordert jetzt ein wenig Konzentration, insbesondere der Geschäftsführer der vier Fraktionen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Unsere Geschäftsführerin sitzt da oben im Präsidium!)

- Frau Wagner-Pätzhold, ich ernenne Sie zur Schriftführerin, damit Sie die Geschäftsführerin Ihrer Fraktion ablösen können.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir haben die Tagesordnungspunkte 1, 2, 3, 4, 5 und 6 erledigt. Wir wollen jetzt versuchen, die Tagesordnung ab Punkt 7 noch etwas abzuräumen. Ich frage, welche Punkte wir ab Punkt 7 erledigen können. Punkt 11?

(Starzacher (SPD): Nein!)

- Nein. Punkt 13?

(Starzacher (SPD): Nein! Der nächste zu erledigende Tagesordnungspunkt ist aus Sicht der SPD-Fraktion der Punkt 14! - Dr. Jung (CDU): Punkt 18!)

Gibt es vor Punkt 18 noch einen Tagesordnungspunkt, der zu erledigen ist? - Das ist nicht der Fall. Herr Dr. Jung signalisiert Punkt 18. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend Fort- und Weiterbildung der Lehrer an beruflichen Schulen - Drucks. 12/3026 -**

Herr Dr. Jung!

**Dr. Jung (CDU):**

Herr Präsident, die CDU-Fraktion geht mit gutem Beispiel voran und beantragt, den Antrag unter Punkt 18 unmittelbar in den Ausschuß zu überweisen.

**Vizepräsident Claus:**

Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag wird ohne Aussprache und Begründung an den Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen. Es ist so beschlossen. Damit ist Tagesordnungspunkt 18 erledigt.

Wer bietet mehr? Gibt es vor dem Tagesordnungspunkt 41 noch zu erledigende Punkte?

(Dr. Jung (CDU): Wir haben nichts mehr!)

Gut. Dann sind wir bei Tagesordnungspunkt 41. Herr Kollege Starzacher!



**Starzacher (SPD):**

Ich bitte, über die Buchstaben a, b und c der Beschlußempfehlung getrennt abzustimmen.

**Vizepräsident Clauss:**

Es gibt keinen Widerspruch dagegen, daß wir den Tagesordnungspunkt aufrufen. Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Aufteilung der Stellen bei der Teilung der Gewerbeaufsichtsverwaltung - Drucks. 12/3227 zu Drucks. 12/2186 -**

Berichtersteller ist Herr Abg. Gerling. Wird auf die Berichterstattung verzichtet? - Das ist der Fall. Ich lasse zunächst über Abschnitt A Buchst. a abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß diesem Punkt mit den Stimmen der Vertreter der CDU, der F.D.P. und der Fraktion der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD zugestimmt worden ist. Damit ist Punkt 1 abgelehnt.

Wer will Buchst. b seine Zustimmung geben? - Danke. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist Punkt 2 einstimmig von allen vier Fraktionen angenommen worden.

Darf ich fragen, wer Buchst. c seine Zustimmung geben will? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist Buchst. c mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der GRÜNEN angenommen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 43 auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Sofortprogramm gegen die katastrophalen Studienbedingungen - Drucks. 12/3250 zu Drucks. 12/3183 -**

Berichtersteller ist Herr Abg. Görlach. Auf den Bericht wird verzichtet. Wer der Beschlußempfehlung und dem Bericht seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Bericht wird mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN zugestimmt. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 47 auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technik zu dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend "Erklärungs-Tohuwabohu" innerhalb der Landesregierung zum weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens - Drucks. 12/3258 zu Drucks. 12/2981 -**

Berichtersteller ist Herr Abg. Fischer (Waldeck). Auf den Bericht wird verzichtet?

(Zurufe von den GRÜNEN: Berichten! - Dr. Jung (CDU): Nein!)

- War das ernsthaft gemeint? - Auf den Bericht wird verzichtet. Wer der Beschlußempfehlung und dem Bericht zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

Dann ist dieser Tagesordnungspunkt einstimmig für erledigt erklärt worden. -

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 48 auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technik zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Zukunftsperspektiven des Frankfurter Flughafens - Drucks. 12/3259 zu Drucks. 12/3185 -**

Berichtersteller ist auch hier Herr Abg. Fischer (Waldeck). Auf Berichterstattung wird verzichtet. Wer der Beschlußempfehlung und dem Bericht seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist die Beschlußempfehlung und der Bericht mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der GRÜNEN angenommen worden. Damit ist Tagesordnungspunkt 48 erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 49 auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Verhängung der Todesstrafe durch ein Militärgericht der USA in Frankfurt am Main - Drucks. 12/3282 zu Drucks. 12/2242 -**

Berichtersteller ist Herr Abg. Lenz (Frankfurt). Auf den Bericht wird verzichtet, wie ich sehe. Wer will der Beschlußempfehlung und dem Bericht zustimmen? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Bericht und die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der GRÜNEN angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 50 auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend Gestattungsvertrag für das militärische Übungsgelände im Viernheimer Wald - Drucks. 12/3283 zu Drucks. 12/2307 -**

Berichtersteller ist Herr Abg. Hartherz. Auf den Bericht wird verzichtet. Wer dem Bericht und der Beschlußempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann wird dem Bericht und der Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der GRÜNEN gefolgt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 51 auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Gestattungsvertrag für das militärische Übungsgelände im Viernheimer/Lampertheimer Wald - Drucks. 12/3284 zu Drucks. 12/2570 -**

Berichtersteller ist Herr Abg. Hartherz. Auf den Bericht wird verzichtet. Wer seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dem Bericht und der Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der GRÜNEN entsprochen.

Gibt es weitere Punkte, die wir erledigen können?

(Görlach und Dr. Günther (SPD): Tagesordnungspunkt 58! - Heiterkeit)

- Herr Vizepräsident, ich darf Sie bitten, hier keine unnötige Desorientierung herbeizuführen.

**Blaul (GRÜNE):**

Herr Präsident, es gibt noch die Chance, unseren Dringlichen Antrag, Drucks. 12/3605, von hier aus an den Innenausschuß zu überweisen.

**Vizepräsident Clauss:**

Das wäre in der Tat Tagesordnungspunkt 58.

(Heiterkeit)

Ich rufe somit Tagesordnungspunkt 58 auf:

**Dringlicher Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend finanzielle Inanspruchnahme von Fluggesellschaften im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern auf dem Frankfurter Flughafen - Drucks. 12/3605 -**

Soll der Dringliche Antrag nur an den Innenausschuß oder auch an andere Ausschüsse überwiesen werden? - Herr Dr. Jung!

**Dr. Jung (CDU):**

Wir schlagen vor, daß der Dringliche Antrag nur dem Innenausschuß überwiesen wird.

**Vizepräsident Clauss:**

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Der Dringliche Antrag wird dem Innenausschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

Gibt es noch weitere Möglichkeiten zur Erledigung? - Herr Kollege Starzacher!

**Starzacher (SPD):**

Ich meine, die Petitionen mit Ausnahme der die Asylbewerber betreffenden Petitionen. Die Nummern müßten dem Präsidium bekannt sein. Die anderen Petitionen können wir erledigen.

**Vizepräsident Clauss:**

Also gibt es vor dem Tagesordnungspunkt 56 keine Möglichkeit, weitere Punkte zu erledigen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 56 auf:

**Beschlußempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen - Drucks. 12/3351 -**

Wir haben uns zu Beginn verständigt, daß aus dem Paket der Petitionen zur Drucks. 12/3351 herausgenommen werden die Petitionen Nr. 150, 298, 548, 837, 1204, 1338, 1460, 1557, 1598 und 1606/XII. Diese Petitionen sollen erst in der Dezember-Plenarsitzung besprochen und gegebenenfalls erledigt werden. - Ich höre keinen Widerspruch.

Dann lasse ich jetzt über die Petitionen in der Drucks. 12/3351 abstimmen mit Ausnahme der eben von mir genannten Petitionen. Wer den Beschlußempfehlungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir die Beschlußempfehlungen angenommen und damit auch die Petitionen entsprechend beschieden.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich mich bedanken, daß es doch noch möglich war, sehr viele Tagesordnungspunkte zu erledigen. Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich darf die Sitzung schließen, Ihnen einen guten Nachhauseweg und einen angenehmen Abend wünschen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 18.12 Uhr)